

Deutschland Archiv



Deutschland Archiv 2019

Deutschland Archiv 2019

Schriftenreihe Band 10498

Deutschland Archiv 2019

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren finden sich auf den Seiten 188–189.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Inhalte der im Text und Anhang zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) und die Autorinnen und Autoren keine Haftung übernehmen.

Bonn 2020

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Lektorat und Redaktion Print- und E-Book-Ausgabe:
Anja Linnekugel, Holger Kulick

Redaktion »Deutschland Archiv« Online:
Anja Linnekugel, Holger Kulick, bpb

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf
Umschlagfoto: © ddp images/Berthold Stadler
Druck und Bindung: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.

Sämtliche Einzeltexte stehen – mit Ausnahme der Bilder – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0498-2

www.bpb.de/deutschlandarchiv

Inhalt

Editorial	9
MARTIN SABROW	
● Im Jahr der Jubiläen – Die ungewisse Republik	11
ANGELA SIEBOLD	
● Das Jahr 1989 und sein Stellenwert in der europäischen Erinnerung	24
CYRIL BUFFET	
● »Die deutsche Regierung beschleunigt zu stark«	35
LAURA WEHR	
● Die »Wende« aus der Perspektive der Übersiedlerinnen und Übersiedler aus der DDR	45
BERND GREINER	
● Spuren und Lehren des Kalten Krieges	56
ARNE HOFFRICHTER	
● Einheitsrhetorik und Teilungspolitik in West und Ost	69
KEITH R. ALLEN	
● Internationale Finanzakteure und das Echo des Sozialismus	80
MAX TRECKER	
● Soziale Marktwirtschaft ohne Mittelstand? Wiedervereinigung und Unternehmertum in Ostdeutschland	91
HOLGER LENGFELD	
● Kaum Posten für den Osten	101
MAJA APELT UND IRENE ZIERKE	
● Wirkungen der Umgestaltung an einer ostdeutschen Hochschule	111

PIA SCHMÜSER UND RAPHAEL RÖSSEL

- Pflege als Alltagsphänomen: Familien behinderter Kinder in der Bundesrepublik und DDR 121

INTERVIEW MIT ANDREA PRAUSE

- Die Freiheit der Distanzierten – die alternative Modeszene der DDR 130

JÖRG ROESLER

- Zwischen Realitätsakzeptanz und Planillusion 139

INTERVIEW MIT HELMUT SUTER

- Honeckers Jagdfieber zahlte die Bevölkerung 151

KATRIN HAMMERSTEIN

- Eine Fernsehserie schreibt Geschichte – Reaktionen auf die Ausstrahlung von »Holocaust« vor 40 Jahren 161

MANFRED WILKE

- Ein widerständiges Leben: Heinz Brandt 171

Autorinnen und Autoren 188

Bildnachweis 190

THEMENSCHWERPUNKTE

- Erinnern, Gedenken, Aufarbeiten
- Transformationsprozesse und Deutsche Einheit
- Alltag und Gesellschaft
- Machträume in der DDR
- Kultur und Medien
- Un-Rechts-Staat DDR

Editorial

2019 war das Jahr der Jubiläen: 100 Jahre Weimarer Verfassung, 70 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie 30 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall. Die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte ist und bleibt von immenser Bedeutung für die Stärkung unserer Demokratie.

Das *Deutschland Archiv Online* hat sich 2019 vor allem dem Jahr 1989 aus unterschiedlichen Perspektiven gewidmet, auch – und das ist neu – mit historischen Filmdokumenten auf www.deutschlandarchiv.de.

Wir haben beleuchtet, was die politischen Veränderungen 1989 für Mittelost- und Osteuropa sowie für unser heutiges Europa bedeuten, vor allem vor dem Hintergrund des erstarkenden Nationalismus und Populismus. Wegen der angespannten Situation zwischen den USA, Russland, China und Europa lohnt es, sich mit den Mechanismen des Kalten Krieges zu befassen. Doch auch Themen aus dem Transformationsprozess, der insbesondere Ostdeutschland seit 30 Jahren prägt, standen und stehen im Fokus: zum Beispiel der westgeprägte Elitenwechsel seit 1990 und das Wirken der Treuhänder.

Wichtig für das Verständnis von Ost und West ist ferner das Wissen um den jeweiligen Alltag: zum Beispiel das Leben von Familien mit Kindern mit Behinderung in Bundesrepublik und DDR. Bemerkenswert war auch die Kreativität der alternativen Modeszene der DDR in den 1980er Jahren. Derweil fand das Politbüro keine Lösung für die Wirtschaftskrise der DDR und ging lieber zur Jagd.

Außerdem erinnern wir an die erste Ausstrahlung der US-amerikanischen TV-Serie »Holocaust« vor 40 Jahren, im Januar 1979, sowie an den »Streiter für einen humanen Sozialismus«, den Gewerkschaftsjournalisten Heinz Brandt, der 2019 in Berlin für sein »widerständiges Leben« im Nationalsozialismus und Kommunismus gewürdigt wurde.

Dieser Band enthält ausgewählte Beiträge aus dem Jahr 2019, weiteren Lesestoff finden Sie auf www.deutschlandarchiv.de. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

*Anja Linnekugel und Holger Kulick
Redaktion Deutschland Archiv der bpb
Berlin, Dezember 2019*



Martin Sabrow

Im Jahr der Jubiläen – Die ungewisse Republik

Über Jahrzehnte gründete das bundesdeutsche Selbstverständnis nicht so sehr auf Kontinuität, sondern auf Abgrenzung. Für die NS-Zeit verstand sich dies von selbst, aber auch die Weimarer Republik bildete in Ost wie in West eine Art Negativfolie, um sich ihrer demokratischen Stabilität zu versichern.

Vom demokratischen Neubeginn nach 1945 an dominierte in beiden deutschen Staaten ein teleologisches Weimarbild, das vom verheißungsvollen Anfang 1918/19 nicht reden konnte, ohne das unrühmliche Ende 1933 im Blick zu haben. Welche Chancen die Weimarer Republik verpasst hatte, welche Lehren aus ihrem Scheitern zu ziehen waren, solcher Art waren die Fragen, die sich von bundesdeutscher Warte an das vierzehnjährige Zwischenspiel der Demokratie richteten und in die titelgebende Formel des 1956 erschienenen Buchs von Fritz René Allemann mündeten »Bonn ist nicht Weimar«!

Mit wachsendem Abstand und besonders mit dem Auslaufen der Sonderwegsdebatte über Deutschlands belastete Ankunft in der Moderne aber verlor die Frage nach den verpassten Chancen und nachwirkenden Defiziten der ersten deutschen Republik ihre Bedeutung. Für dreißig Jahre lang wirkte die Weimarer Republik wie aus der Zeitgeschichte herausgefallen und wurden ihr ihre zukunftsweisenden Errungenschaften eher undeutlich zugerechnet. Dass sie, kaum ausgerufen, noch in den Tagen der Novemberrevolution eine wegweisende Tarifpartnerschaft begründete und unter Finanzminister Matthias Erzberger die umfangreichste Reform der deutschen Finanzgeschichte zuwege brachte, auf der die deutsche Steuergesetzgebung noch heute fußt; dass sie mit der deutsch-französischen Verständigung und mit der Ausbildung des Europagedankens supranationale Handlungsräume öffnete, die noch unser heutiges Denken bestimmen; dass die Weimarer Verfassung mit der Kodifizierung von Grundrechten auch das Selbstverständnis der Bundesrepublik begründete, all das ist im öffentlichen Geschichtsbewusstsein kaum noch präsent.

Das zeithistorische Interesse in Deutschland richtet sich auf die Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit; nicht aber auf die Selbstbehauptungskämpfe der ersten deutschen Demokratie: Wie wenig die Versailler Friedensverhandlungen von 1919 bloßes Siegediktat waren, wie nah das Attentat auf Walther Rathenau 1922 das Land an den Rand des Bürgerkriegs, aber auch zu einer historisch unerhörten und sich nie wiederholenden Aktionseinheit der drei Arbeiterparteien führte, wie sehr schon 1924 der Barmat-Skandal und 1929 der Sklarek-Skandal die Republik um ihren Kredit brachten, wie weitgehend nicht Brüning's Sparpolitik, sondern Dawes- und Young-Plan die Krise der Weltwirtschaft unbeherrschbar machten. All diese einst leidenschaftlich debattierten Vorgänge haben keine dauerhafte Historisierung erfahren, die ihnen einen festen Platz im nationalen Gedächtnis angewiesen hätte. Sie bilden eine Lücke im gesellschaftlichen Gedächtnis, kondensiert zu kurzen und überdies sachlich oft unhaltbaren Formeln, nach denen etwa der Versailler Vertrag die Republik ruinierte, der Rathenau-Mord antisemitisch motiviert war, das Personal der Weimarer Politik sich als korrupt und unfähig erwies, die Härte der Wirtschaftskrise durch Brüning's Sparpolitik verursacht wurde und die Weimarer Demokratie an der Unreife ihrer Bürger scheiterte.

So blieb die vergessene Weimarer Republik weitgehend ortlos, und dieser Zustand hat sich auch in den letzten Jahren nur zögernd gewandelt – etwa mit der Gründung des Vereins »Orte der Demokratiegeschichte« oder der Eröffnung des »Hauses der Weimarer Republik – Forum für Demokratie« in Weimar zum 100. Jahrestag der Verabschiedung der Weimarer Reichsver-

fassung in diesem Jahr. Immer noch aber ist die bundesdeutsche Geschichtspolitik auf Identität durch Abgrenzung gegründet; in der 1999 verabschiedeten und 2008 fortgeschriebenen Gedenkstättenkonzeption heißt es: »Der Bund fördert aufgrund von Beschlüssen des Deutschen Bundestages Gedenkstätten und zukünftig auch Erinnerungsorte zur nationalsozialistischen Herrschaft und zur SED-Diktatur.« Als herausragendes Förderkriterium gilt »die Exemplarität für einen Aspekt der Verfolgungsgeschichte der NS-Terrorherrschaft oder der SED-Diktatur«. Orte der Weimarer oder Bonner Demokratie sind bislang nicht Gegenstand der Förderung.

Vergewisserung durch Aufarbeitung

Neben der Vergewisserung durch Abgrenzung, die die ersten Jahrzehnte bestimmte, hat die Bundesrepublik einen zweiten Pfeiler seiner historischen Selbstverständigung geschaffen: die Vergewisserung durch Aufarbeitung. Der Begriff Aufarbeitung verbindet sich vor allem mit Theodor Adorno, der »die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit« in seinem berühmten Vortrag von 1959 noch eher widerstrebend musterte, weil sie »sich während der letzten Jahre als Schlagwort höchst verdächtig gemacht hat«. Denn: »Mit Aufarbeitung der Vergangenheit ist in jenem Sprachgebrauch nicht gemeint, daß man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewusstsein. Sondern man will einen Schlußstrich darunter ziehen und womöglich es selbst aus der Erinnerung wegwischen.«¹

Gegen diese tradierte Auffassung des Aufarbeitens als einer aus der Handwerkssprache entlehnten Metapher der auffrischenden Instandsetzung einer abgenutzten Sache setzte Adorno eine Neudefinition der Aufarbeitung, die sich gegen das Nachleben des Nationalsozialismus in der Gegenwart richtete. Seither hat der Begriff eine semantische Karriere ohnegleichen gemacht. Seine Anlehnung an Sigmund Freuds tiefenpsychologisches Konzept des erinnernden Durcharbeitens formulierte einen durchschlagskräftigen Appell zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, der die Abschüttelung der Vergangenheit als »Unfähigkeit zu trauern« mit gefährlichen politischen Konsequenzen zu lesen erlaubte.

Vergangenheitsvergegenwärtigung als Weg zur Gesundheit – aus dieser erfolgreichen Einbettung des Umgangs mit der jüngsten Geschichte in einen sozialen wie politischen Krankheitsdiskurs erklärt sich der Erfolg des Begriffs Aufarbeitung, der andere Formen der Vergangenheitsüberwindung etwa durch Vergessen und Tabuisierung in den diagnostischen Rahmen von Störung und Verdrängung stellte. Dabei machte der Begriff

Aufarbeitung allerdings eine bemerkenswerte Verschiebung durch. In der Tiefenpsychologie gilt das erinnernde Durcharbeiten bekanntlich als Schritt zur endgültigen Heilung mit dem Ziel des psychischen Überwindens und Loslassens. Im gesellschaftlichen Aufarbeitungsdiskurs hingegen ist nicht loslassendes Vergessen das Ziel, sondern die fortwährende Auseinandersetzung als dauerhafter Auftrag zur Erinnerung.

Ihren eigentlichen Durchbruch erzielte die Vergangenheitsaufarbeitung erst nach dem Ende des zweiten großen europäischen Diktatorsystems und insbesondere im Zuge der Auseinandersetzung um den Umgang mit den Stasi-Unterlagen. Sie hatte lange mit der Konkurrenz des übermächtigen Gegenbegriffs der Vergangenheitsbewältigung zu kämpfen. Auch dann noch galt vielen Historikern die »emotionale Wirksamkeit« des Terminus »Bewältigung« gegenüber der technisch-kalten Aufarbeitung für schützenswert: »Benutzt man ›bewältigen‹«, schrieb Bert Pampel noch 1995, »so fühlt man geradezu die Last des Problems, mit der man fertig werden muß. ›Bewältigung‹ wirkt sprachlich persönlicher und belastender als das nüchterne und distanzierte ›Aufarbeiten‹. Aus dieser Perspektive heraus erscheint es keineswegs mehr zufällig, daß die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit das Prädikat ›bewältigen‹ verlangte, während man die DDR-Geschichte mehrheitlich ›nur‹ ›aufarbeiten‹ will.«²

Entsprechend lesen sich die programmatischen Bekenntnisse heutiger Bundesregierungen. »Ohne Erinnerung keine Zukunft – zum demokratischen Grundkonsens in Deutschland gehören die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, der deutschen Kolonialgeschichte, aber auch positive Momente unserer Demokratiegeschichte«, heißt es etwa im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode.³ Das schon im vorangegangenen Koalitionsvertrag von 2013 zu findende Bekenntnis, »die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden voran[z]utreiben«,⁴ führte zu einer seltsamen Verkehrung der Beziehung zwischen Politik und Wissenschaft und macht auf diese Weise die identitätsstiftende Kraft der Aufarbeitung sichtbar.

Mittlerweile gilt die Behördenprüfung auf ihren NS-Umgang hin als eine Art Gütesiegel, um das alle Ministerien mit einer Leidenschaft konkurrieren, die binnen zehn Jahren zu einem eigentümlichen Rollentausch geführt hat: 2009 noch standen Teile des Auswärtigen Amtes den bohrenden Fragen der Historiker in kritischer Abwehr gegenüber; heute drängen oberste Verfassungsorgane mit Macht darauf, den Grad ihrer postfaschistischen Belastung prüfen zu lassen, und halten den zögernden Historikern die braunen Flecken auf ihrer Behördenweste entgegen, um die Plausibilität ihres Anliegens zu unterstreichen.

In der Aufarbeitung zeigt uns die verpfuschte Vergangenheit, wie es in Zukunft besser zu machen ist. Das Bewusstsein, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, hat die absurde Annahme, dass Geschichte Lehren bereithalte, die man beherzigen müsse, um vor Wiederholung gefeit zu sein, zu einem quasireligiösen Glaubensartikel gemacht, der parteiübergreifend der Politik unserer Zeit ihre wertbezogene Letztbegründung verleiht.

In diesem Sinne forderte Bärbel Bohley nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, dass die neugewählten Abgeordneten auf eine frühere MfS-Zusammenarbeit überprüft würden, um nicht zum Opfer der politischen Erpressung durch geheimdienstliche Seilschaften der alten DDR-Eliten zu werden: »Wenn die Geschichte jetzt nicht aufgearbeitet wird, dann wiederholt sich bei uns, was nach 1945 in Westdeutschland mit dem Überleben der alten Nazis im Staatsapparat – und nicht nur da – verbunden ist. Wir wollen auf unser 68 nicht zwanzig Jahre warten wie ihr.«⁵ Im selben Denkmuster begründete das Bundesministerium für Bildung und Forschung Ende 2018 eine Ausschreibung zur DDR-Aufarbeitung mit dem programmatischen Leitsatz: »Wer seine Vergangenheit kennt, kann Zukunft gestalten.«⁶

Im Glauben, durch Abgrenzung von der eigenen unheilvollen Vergangenheit und ihrer Aufarbeitung vor dem historischen Rückfall gefeit zu sein, fußt mit dem Selbstverständnis der geläuterten Nation auch der Geltungsanspruch Deutschlands als einer soft power, die eine wertgebundene Außenpolitik für sich in Anspruch nimmt, deren oberste Norm die Menschenrechte und nicht das Nationalinteresse seien: »Ein souveränes Europa, die transatlantische Partnerschaft, das Engagement für Frieden und Sicherheit, die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie der Einsatz für den Multilateralismus – das sind die Leitplanken deutscher Außenpolitik.«⁷

Als ein halbes Jahrzehnt zuvor Altkanzler Helmut Schmidt kühl erklärte, dass gute Außenpolitik »nicht wertgebunden sein (soll), sondern sie soll am Frieden orientiert sein«, trieb ihn sein Gesprächspartner Giovanni di Lorenzo mit einer einzigen Frage in die Enge: »Kann es denn allen Ernstes eine vernünftige Außenpolitik geben, in der die Menschenrechte überhaupt keine Rolle spielen?«⁸ Ausnahmen bedürfen starker geschichtspolitischer Begründung – mit der Gefahr einer Wiederholung von Auschwitz begründete Bundesaußenminister Joschka Fischer 1999 die Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Einsatz im Kosovo.

Abgrenzung und Aufarbeitung bilden seit über drei Jahrzehnten Leitkategorien des bundesdeutschen Selbstverständnisses. Ein prägnantes Beispiel bietet der von Jahrfünft zu Jahrfünft sich steigernde Feierkult um den Jahrestag des Mauerfalls 1989. Das zeithistorische Erfolgsnarrativ schreibt den

Herbst 1989 in die großen Traditionen der deutschen Freiheitsgeschichte ein: »Was 1848 noch scheiterte (und 1953 blutig niedergeschlagen wurde), fand 1989 ein glückliches, erfolgreiches Ende.«⁹ Es deutet »1989« als glücklichen Ausgang aus dem 1914 begonnenen Katastrophenjahrhundert und Endpunkt einer Epoche, »die Europa und die Welt nach den verheerenden Kriegen und Krisen der ersten Jahrhunderthälfte im eisernen Griff des Ost-West-Konflikts gehalten hatte«.¹⁰

Die Rückkehr der Ungewissheit

Fünf Jahre später scheint alles anders. »Die stetige Erosion der demokratischen Kultur setzt sich an diesem Wahlsonntag ungebremst fort«, kommentierte die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, das Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen am 27. Oktober 2019, bei der die AfD von 10,6 auf knapp 24 Prozent hochgeschwungen ist, während CDU und SPD zusammen nur noch 30 Prozent der Wählerschaft zu binden vermochten.¹¹

Der polarisierende Umgang mit der Massenflucht nach Europa, der Aufstieg des Rechtspopulismus, die schrankenlose Verfügbarkeit der sozialen Medien haben die politische Kultur der Bundesrepublik erschüttert. Auch in Bezug auf die Vergangenheit ist alter Gewissheit neue Ungewissheit gewichen, wie sich am Umgang mit dem 100-jährigen Jubiläum der Weimarer Republik ebenso offenbart wie mit dem 30. Jahrestag des Mauerfalls.

Der Befund einer vergessenen Republik gilt nicht mehr. Weimar hat in den letzten zwei oder drei Jahren im Gegenteil eine erstaunliche Renaissance erfahren und ist zu einem allgegenwärtigen Bezugspunkt von Feuilletondebatten, Jubiläumsausstellungen und Gedenkveranstaltungen aufgestiegen.

Wie aktuell die Sorge vor der Wiederkehr Weimars in der öffentlichen Diskussion unserer Zeit ist, lehrt die 2019 gezeigte Ausstellung »Vom Wesen und Wert der Demokratie« im Deutschen Historischen Museum Berlin, die ihre Besucher mit einer Eingangstafel empfing: »Die liberale Demokratie ist heute nicht mehr selbstverständlich, sondern wieder in Gefahr.« Diese Deutung fügt sich in ein zeithistorisches Erzählmuster, das die Wiederkehr unheilvoller Tendenzen aus der Weimarer Republik beschwört und in den letzten drei, vier Jahren überraschend an Zugkraft gewonnen hat.¹²

So wie die Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP schon seit den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 keine Reichstagsmehrheit mehr

besaß, hat auch die Große Koalition der Bonn-Berliner Republik ihre Mehrheit mittlerweile verloren. Insbesondere der atemberaubende Niedergang der SPD ruft Parallelen zur Weimarer Republik in Erinnerung, als die SPD zwischen den Maiwahlen 1924 und den Novemberwahlen 1932 von 29,8 Prozent auf 20,4 Prozent sank und ihr ewiges Spannungsverhältnis zwischen visionärer Programmatik und staatspolitischer Pragmatik 1930 unter Reichskanzler Müller nicht anders diskutierte als heute: Wieder geht es um die Differenz von Wahlversprechen und Handlungszwängen, und 2019 scheint wie 1930 besonders der Parteibasis die Glaubwürdigkeit der Partei nur durch den Abschied von der Macht wiederherstellbar.

Das zweite Zeichen einer alarmierenden Parallelität liegt im schockierenden Anwachsen des Rechtspopulismus, der mittlerweile zu einer förmlichen neuen Ost-West-Spaltung geführt hat und in Sachsen und Thüringen, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg breite Zonen der sozialen Einschüchterung geschaffen hat. Voller Furcht schaute das politische Berlin auf die ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst 2019, bei denen die AfD zwar doch nicht zur führenden Kraft im Osten aufsteigen konnte, aber doch die übrigen Parteien in Zweckbündnisse zwingt, die wenig programmatische Schnittstellen haben.

Von den ›Weimarer Verhältnissen‹ orakelte die Presse vor dem Urnengang in Thüringen, und dies nicht nur wegen des Umstands, dass jeder vierte Wähler in einem Land, in dem die NSDAP 1930 ihre erste Regierungsbeteiligung erreichte, seine Stimme einer Partei gab, deren dezidiert rechtsextrem auftretender Spitzenkandidat ungeniert mit seiner politischen Nähe zum Nationalsozialismus kokettiert. Der sorgenvolle Weimar-Vergleich reicht weiter: »Aber in Thüringen nun scheinen tatsächlich Weimarer Verhältnisse auf – die Situation nämlich, die in der ersten deutschen Republik zur Politikblockade geführt hatte: Zwei Parteien, eine links, die andere weit rechts, die koalitionspolitisch nichts voneinander wissen wollen, sind zusammen stärker als die Parteien dazwischen, also die breite Mitte.«¹³

Der Weimar-Bezug hat zudem seine Abgrenzungskraft verloren. Das in die Krise geratene Selbstverständnis der Bundesrepublik zeigt sich auch darin, dass sie wieder einen legitimen Platz für Weimar sucht, um sich der unvermuteten Erfahrung der eigenen Zukunftsoffenheit historisch zu versichern. Sie kompensiert den erschütterten Glauben an den Bruch mit der Diktaturvergangenheit durch neue Kontinuitätslinien, die die Novemberrevolution als Beginn unserer Demokratie (Wolfgang Niess) beleuchten und Weimar als unterschätztes Modell liberaler Demokratie (Jens Hacke) diskutieren.

Die erste deutsche Republik dient nunmehr als zeithistorischer Spiegel, um den Paradigmenwechsel von der Gewissheit zur Fragilität zu beglaubigen, der sich als neue demokratische Großzählung abzeichnet. Exemplarisch die alarmierte Kommentierung der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 in der politischen Publizistik: »Zum ersten Mal in der 70-jährigen Geschichte der Bundesrepublik sind die gewählten Politiker und Parteien nicht in der Lage, nach einer Bundestagswahl eine Koalition auf normalem Wege und in überschaubarer Zeit zustande zu bringen. Das ist beileibe noch keine Staatskrise, Berlin ist noch lange nicht Weimar, aber immerhin haben wir es mit einer echten Krise der demokratischen Regierungsbildung zu tun.«¹⁴

Ins Wanken geraten ist auch der Glaube an die Kraft der Aufarbeitung. In Bezug auf den Nationalsozialismus ist der alle politischen Lager übergreifende Erinnerungskonsens der Gegenwart durch das Aufkommen des Rechtspopulismus und seine partielle Verschmelzung mit dem Extremismus der Alten Rechten mit verstörender Wucht gesprengt worden. Seither mehren sich öffentlich geäußerte Zweifel, ob der Glaube an die Geltungsmacht der Aufarbeitung nicht womöglich ein naiver Selbstbetrug gewesen sei.¹⁵

DDR-Aufarbeitung in einer Parallelwelt?

Auch für den DDR-Fall stellt sich die Frage nach einem möglichen Versagen der Aufarbeitung. Das sich besonders in Ostdeutschland immer weiter ausbreitende Klima von Intoleranz und Menschenverachtung befördert das harsche Verdikt, dass die Aufarbeitung »ihre Aufgabe, Demokratie zu befördern, verfehlt« habe.¹⁶

Das Urteil einer zumindest im Osten Deutschlands weitgehend gescheiterten Vergangenheitsaufarbeitung kann sich auf eine jüngste Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach stützen, der zufolge nur 42 Prozent der Ostdeutschen gegenüber 77 Prozent der Westdeutschen die in Deutschland gelebte Demokratie für die beste Staatsform halten. Viele Ostdeutsche fühlten sich »immer noch fremd im eigenen Haus«, interpretierte Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, das Umfrageergebnis¹⁷ und Bundeskanzlerin Angela Merkel kommentierte: »Das Land war vielleicht nie so versöhnt, wie man dachte.«¹⁸

In der Tat findet die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nach übereinstimmender Feststellung vieler Beobachter »in einer Parallelwelt statt«, die die breite Öffentlichkeit wenig interessiert und in starkem Maße selbst-

referentielle Züge trägt.¹⁹ Sie wird in Ostdeutschland zudem bevorzugt als »eine westdeutsche Idee« angesehen²⁰, wie sich als gängiges Urteil insbesondere im Zuge der juristischen Verfolgung von SED-Unrecht und in der öffentlichen Auseinandersetzung um den diskreditierenden Vorwurf der Stasi-Mitarbeit an zahllosen Beispielen herausbildete.

Die nicht zuletzt von der Sorge vor einer zweiten Vergangenheitsverdrängung getriebene Gleichsetzung beider deutscher Diktaturen, die etwa das MfS-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen von einem »Dachau des Kommunismus«²¹ sprechen ließ, stellt sich vielen Beobachtenden rückblickend als »Bevormundung durch eine fremdbestimmte Aufarbeitung« dar, mit der »die ehemaligen DDR-Bürgerrechts-Kreise und diverse öffentlich finanzierte Akteure aus dem Westen (...) das SED-Regime und die DDR-Gesellschaft bis ins kleinste Detail unter die historische Lupe legten«, um so zu »vermeiden und zugleich wiedergut(zu) machen, was in Westdeutschland nach 1945 zunächst geschehen war: Verdrängung, Vertuschung, Vergessen«.²²

In der Folge dieser geschichtspolitischen Normierung zeitgenössischer Erfahrung traten öffentliches und privates Gedächtnis weit auseinander. Unter den Auspizien der Aufarbeitung entwickelte sich ein aus der Gegnerschaft zum SED-Staat erwachsenes Diktaturgedächtnis, das die DDR als historischen Unrechtsstaat konturiert und ihre Geschichte aus dem fundamentalen Unterschied von Freiheit und Unfreiheit, von Gesetzlichkeit und Willkür, von Zwangsherrschaft und Demokratie erzählt. Das Diktaturgedächtnis beherrscht den Raum der öffentlichen Erinnerung, aber es deckt sich nicht mit dem Erfahrungshorizont jenes großen Teils der DDR-Bevölkerung, der vom Umbruch 1989 mehr passiv erfasst wurde als dass er aktiv auf ihn hingearbeitet hätte, und der neben dem Gewinn auch die Kosten des Zusammenwachsens von Ost und West bilanziert.

Neben der Diktaturerinnerung und vielfach in direkter Opposition zu ihr entfaltete sich nach 1989 ein lebensgeschichtliches Deutungsmuster, das den Umbruch von 1989 nicht in den heroischen Narrativen der mutigen Machtüberwindung fasst, sondern vor allem als unvermuteten Einbruch in die vertraute Lebenswelt.

Dieses Arrangementgedächtnis beharrt auf der Idee eines richtigen Lebens auch unter den falschen Umständen und erzählt die Geschichte der DDR weder allein vom guten Aufbauwillen noch vom restlosen Scheitern her, sondern von den Ambivalenzen eines sozialistischen Systems, in dem Hoffnung und Enttäuschung, offene Mitmachbereitschaft und versteckte Verweigerung, Integration und Ausgrenzung nahe beieinander wohnen und das gerade darin seine eigene sinnweltliche Normalität geschaffen

hatte. Die Krise der Aufarbeitung beruht entscheidend auf dem Umstand, dass diese beiden Gedächtnisse nicht nur weitgehend unverbunden nebeneinander bestehen, sondern sich wechselseitig die Existenzberechtigung absprechen.

Wer die DDR-Aufarbeitung als »Endlosabrechnung« schmäht, die ihrem »Wesen nach SED-Propaganda mit umgekehrten Vorzeichen« sei²³, negiert ihre Leistung ebenso so radikal, wie sie umgekehrt ein Denken monopolisiert, gemäß dem Bundespräsident Christian Wulff 2011 bemängelte, dass »der menschenverachtende Charakter der SED-Diktatur noch nicht ausreichend im öffentlichen Bewusstsein verankert sei.«²⁴

Der fachliche wie öffentliche Rückblick auf »1989« hat sich zunehmend von einer isolierten Jubiläumsperspektive zu lösen begonnen und um eine diachrone Dimension erweitert, die die Vor- und Nachgeschichte des Umbruchs von 1989 hervorhebt und den kritischen Anschluss an die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung sucht.²⁵

Zunehmend sehen sich die dramatischen Ereignisse des revolutionären Herbstes in eine »lange Geschichte der ›Wende‹« eingebettet²⁶ und gewinnt im öffentlichen Bewusstsein die soziale Revolution von oben Konturen, die der politischen Umwälzung von unten folgte und die euphorische Hochstimmung der ostdeutschen Selbstbefreier in eine »tiefe Sinnkrise« umschlagen ließ.²⁷ Aus dem wachsenden zeitlichen Abstand heraus präsentiert sich die Überwindung der SED-Herrschaft von 1989/90 nicht nur als glücklicher Abschluss eines »kurzen« 20. Jahrhunderts, sondern zugleich als problembehafteter Anfang eines »langen« 21. Jahrhunderts.

Mit dem Ruf nach Freiheit auf den Leipziger Montagsdemonstrationen im Oktober und November 1989 trat auch Pegida ins Leben, und im Umschwung von »Wir sind das Volk« zu »Wir sind ein Volk« steckt die Forderung nach Zugehörigkeit ebenso wie nach Ausgrenzung, die in den Worten Thomas Hertfelders der revolutionären Romanze von 1989 ihre »beunruhigende Zweideutigkeit« verleiht.²⁸

Verlorene Abgrenzung von Weimar, desillusionierte Aufarbeitung von NS-Herrschaft und SED-Diktatur – in beiden Entwicklungen offenbart sich ein Zerfall der Gewissheiten, die die Bundesrepublik eine Generation lang und seit ihrer Fundamentalliberalisierung begleitet und stabilisiert haben. An ihre Stelle ist eine neue Fragilität getreten, die mit der allenthalben beschworenen Krise und Vertrauenskrise der Demokratie und ihrer »seit zwanzig Jahren dominanten Meistererzählung«²⁹ korrespondiert.

Das muss im 30. Jahr nach der Wiedervereinigung und eines gesamtdeutschen demokratischen Neuanfangs kein schlechtes Zeichen sein. Dass Demokratie weder selbstverständlich ist noch selbstgefällig werden darf,

und dass sie neben wohlgeordneten auch ruppige und schmutzige Verhältnisse kennt, zählt zu ihrem Wesen, wie Paul Nolte mit Recht betont.³⁰

Krisen sind auch Chancen, und für die Geschichtsschreibung eröffnen sie die Möglichkeit, die Weimarer Republik nicht mehr nur auf 1933 hin zu erzählen, sondern über 1945 hinaus bis zur Gegenwart zu verfolgen, und den Untergang der DDR nicht mehr nur als politischen Sieg über die Unfreiheit zu verstehen, sondern auch als kulturellen Umbruch mit langfristigen Folgen.

Neubefragung statt Routineantworten – wie anders sollte das Land sich einer Zukunft öffnen, die mehr sein will als bloße Verlängerung der Gegenwart?

Erschienen auf DA Online am 29.1.2020.

Anmerkungen

- 1 Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: ders., Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a.M. 1963, S. 125–146, hier S. 125; siehe zum Folgenden auch: Martin Sabrow, »Vergangenheitsaufarbeitung« als Epochenbegriff, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 67 (2013), H. 6, S. 494–505; ders., Zeitgeschichte schreiben. Von der Verständigung über die Vergangenheit in der Gegenwart, Göttingen 2014.
- 2 Bert Pampel, Was bedeutet »Aufarbeitung der Vergangenheit«? Kann man aus der »Vergangenheitsbewältigung« nach 1945 für die »Aufarbeitung« nach 1989 Lehren ziehen? In: APuZ, 45 (1995) 1–2, S. 27–38, hier 30.
- 3 Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 167, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/koalitionsvertrag-zwischen-cdu-csu-und-spd-195906>, letzter Zugriff am 30.1.2020.
- 4 Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, S. 130, <https://www.bundestag.de/resource/blob/194886/696f36f795961df200fb27fb6803d83e/koalitionsvertrag-data.pdf>, letzter Zugriff am 30.1.2020.
- 5 Bärbel Bohley, Damit sich Geschichte nicht wiederholt. Keine Stasi-Mitarbeiter in die neue Volkskammer, in: die tageszeitung, 22.03.1990.
- 6 »Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind Vergangenheit, sagte Christiane Wirtz, Staatssekretärin im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, bei einer Veranstaltung des Rosenberg-Projekts zur Aufarbeitung des Justizministeriums. »Sie werden sich nicht wiederholen. Aber es gibt kein Ende der Geschichte. Auch heute gibt es Gefahren für Humanität und Freiheit, auch in unserem demokratischen Rechtsstaat und nicht nur hier, sondern auch in unseren Nachbarländern. Wir können aus der Geschichte lernen.« Pressemitteilung, Wissenslücken über die DDR schließen, 12.6.2018, <https://www.bmbf.de/de/wissensluecken-ueber-die-ddr-schliessen-6346.html>, letzter Zugriff am 6.12.2019.
- 7 Auswärtiges Amt, Grundprinzipien deutscher Außenpolitik, 9.10.2019, <https://www.auswaertigesamt.de/de/aussenpolitik/themen/grundprinzipien/216474>, letzter Zugriff am 9.12.2019.
- 8 Entsprechend defensiv fiel Schmidts Antwort aus: »Nein, kann es nicht geben. Aber ich bin dagegen, dass Außenpolitik darin besteht, die Besuche von Ministern aus einem anderen Land

- dafür zu benutzen, eine menschenrechtsgeneigte Rede zu halten, die in Wirklichkeit an das eigene Publikum gerichtet ist. Wenn ich das Thema mit einem Politiker eines anderen Landes erörtern wollte, dann täte ich das jedenfalls nicht öffentlich.« Giovanni di Lorenzo, Fragen an den Altkanzler: Verstehen Sie das, Herr Schmidt?, in: Zeitmagazin 3/2014.
- 9 Rainer Eppelmann/Robert Grünbaum, Sind wir die Fans von Egon Krenz? Die Revolution von 1989/90 war keine »Wende«, in: Deutschland Archiv (DA) 37 (2004), H. 5, S. 864–869, hier S. 867.
 - 10 Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 12; ebenso auch die Darstellung bei Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2002, S. 517.
 - 11 Thüringen-Wahl 2019 live: »Die Demokratie sortiert sich neu«, in: Die Welt, 27.10.2019, <https://headtopics.com/de/thuringen-wahl-2019-live-die-demokratie-sortiert-sich-neu-welt-9194888>.
 - 12 Vgl. Helmuth Kiesel, Hässlich entstellt in den Untergang. Berlin ist nicht Weimar, heißt es. Zu Recht? Unheilvolle Tendenzen aus der Weimarer Republik kehren wieder. Man darf sie nicht unterschätzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.10.2018.
 - 13 Albert Funk, Wer mit wem in Thüringen nach der Wahl? Land der begrenzten Möglichkeiten. In Thüringen ist der Wahlausgang am Sonntag offen. Koalitionsoptionen gibt es zwar einige. Es droht jedoch ein Patt. Und was dann? Ein Überblick, in: Der Tagesspiegel, 2.10.2019.
 - 14 Albrecht von Lucke, Nach Jamaika: Die fragile Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2017, S. 5–8, hier S. 5.
 - 15 »Wenn man sich heute das extremistisch, vorwiegend rechtsextremistisch infizierte Ostdeutschland anschaut (...), dann kann man ja gar nicht anders, als zu konstatieren, dass der geschichtspolitische Auftrag der staatlich geförderten Aufarbeitung gescheitert ist.« Ilko Sascha Kowalczuk, Die Aufarbeitung ist gescheitert, in: taz, 20.4.2016.
 - 16 Ilko-Sascha Kowalczuk, »Und was hast du bis 1989 getan?« Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit sollte die Demokratie befördern. Sie hat ihr Ziel verfehlt. Und das ist nicht mal das Schlimmste, in: Süddeutsche Zeitung, 23.10.2018.
 - 17 Renate Köcher, Ostdeutsche haben wenig Vertrauen in Staat und Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.2019.
 - 18 »Parität erscheint mir logisch«. Offen wie selten spricht Angela Merkel mit der Autorin Jana Hensel über Feminismus, das Regieren als Frau und die mangelnde Anerkennung für die Lebensleistung vieler Ostdeutscher, in: Die Zeit, 23.1.2019.
 - 19 Jana Hensel, Erich währt am längsten. Wie soll man an die DDR erinnern? Vielleicht ist es Zeit für einen lässigeren Blick – ohne das Unrecht zu vergessen. Wie die Nachgeborenen zu einer zeitgemäßen Aufarbeitung finden könnten, in: Die Zeit, 9.11.2018.
 - 20 Ilko-Sascha Kowalczuk, Zur Gegenwart der DDR-Geschichte. Ein Essay, in: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/zur-gegenwart-der-ddr-geschichte>, 18.3.2019, letzter Zugriff am 24.4.2019.
 - 21 Ebd.
 - 22 Arno Orzessek, Aufarbeitung der SED-Vergangenheit. Kann Vergessen nicht auch heilsam sein?, Deutschlandfunk Kultur, 17.10.2018, https://www.deutschlandfunkkultur.de/aufarbeitung-der-sed-vergangenheit-kann-vergessen-nicht.976.de.html?dram:article_id=430789, letzter Zugriff am 19.4.2019.
 - 23 Vgl. Matthias Krauß, Wem nützt die Aufarbeitung, Berlin 2016, S. 46; vgl. auch Andreas Fritsche, Wozu die DDR-Aufarbeitung dient. Der Potsdamer Journalist und Buchautor Matthias Krauß glaubt an ein Ablenkungsmanöver, in: Neues Deutschland, 14.6.2014.
 - 24 Bundespräsident warnt vor Verharmlosung der SED-Diktatur, in: Frankfurter Rundschau, 4.7.2011.

- 25 Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Transformationsforschung: Christopher Banditt, Quantitative Erforschung der ostdeutschen Transformationsgeschichte, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, <https://zeitgeschichte-online.de/thema/quantitative-erforschung-der-ostdeutschen-transformationsgeschichte>, letzter Zugriff am 28.6.2019.
- 26 Marcus Böick/Kerstin Brückweh, Einleitung »Weder Ost noch West«. Zum Themenschwerpunkt über die schwierige Geschichte der Transformation Ostdeutschlands, in: Zeitgeschichte-online, März 2019, <https://zeitgeschichte-online.de/thema/einleitung-weder-ost-noch-west>, letzter Zugriff am 28.6.2019.
- 27 So schon Konrad H. Jarausch, Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt am Main 1995, S.303 ff.; vgl. auch Christoph Lorke, Die Einheit als »soziale Revolution«. Debatten über soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren, in: Zeitgeschichte-online, 18.3.2019, <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-einheit-als-soziale-revolution>, letzter Zugriff am 28.6.2019.
- 28 Thomas Hertfelder, 70 Jahre Bundesrepublik. Aufstieg und Krise einer Meistererzählung. Vortrag Stuttgart, 21.5.2019. Ich danke Thomas Hertfelder für die Einsichtnahme in das Vortragsmanuskript.
- 29 Ebd.
- 30 Vgl. Paul Nolte, Die Zeiten sind rau, aber das ist normal. Twitterhass, Populismus, Individualisierung: Die Auseinandersetzungen, mit denen Demokratien leben müssen, sind härter geworden. Kein Grund zu Verzagen, in: Der Tagesspiegel, 27.10.2019.



Am 9.10.1989 fand nach dem Montagsgebet in der Leipziger Nikolaikirche die historische, friedliche Montagsdemonstration mit über 70000 Menschen statt. Schweigend und noch ohne Transparente ging es vom Karl-Marx-Platz um den Leipziger Innenstadtring.

Angela Siebold

Das Jahr 1989 und sein Stellenwert in der europäischen Erinnerung

Zwischen Befreiungseuphorie, populistischer Vereinnahmung und Pluralisierung

Das Jahr 1989 lässt sich ohne Zweifel als eines der ereignis- und folgenreichsten Jahre der Zeitgeschichte beschreiben, nicht nur mit Blick auf Deutschland, sondern auch auf Europa: Erstens hinsichtlich der geographischen Reichweite und damit auch bezogen auf die Zahl der Länder, die von den Umbrüchen 1989 direkt oder indirekt betroffen waren. Neben dem Mauerfall jäherten und jähren sich 2019 beispielsweise die ersten halbfreien

Wahlen in Polen im Juni, das *Paneuropäische Picknick* an der österreichisch-ungarischen Grenze und die grenzübergreifende Menschenkette im Baltikum im August zum 30. Mal. In ihrer Summe trugen solche Ereignisse zu einem meist gewaltfreien Wandel im östlichen Teil Europas bei. Bis heute verfügen sie über eine hohe symbolische und emotionale Wirkungsmacht. 1989, so könnte man argumentieren, betraf dabei nicht nur den östlichen Teil des Kontinents, sondern war zugleich die Voraussetzung für die Schaffung eines freien und friedlichen Gesamteuropas.

Zweitens war der Umbruch von 1989 nicht nur in seiner Summe, sondern auch in den transnationalen Verflechtungen ein europäisches Jahr. Die oben genannten Ereignisse waren grenzübergreifend wirksam, Dissidenten und oppositionelle Gruppen pflegten über den nationalen Rahmen hinaus Kontakte. Bürgerinnen und Bürger verschiedener Länder fühlten sich durch die Entwicklungen in anderen Ländern ermutigt, auf die Straße zu gehen oder das eigene Land zu verlassen. All diese Verflechtungen beförderten das, was heute häufig als Dominoeffekt bezeichnet wird – eine grenzüberschreitende Dynamik, welche schließlich nicht nur zum Ende nationaler Regierungen, sondern zur Implosion des gesamten kommunistischen Einflussbereichs und schlussendlich zum Ende der Sowjetunion im Jahr 1991 führte. Aber auch für die westeuropäischen Staaten änderten sich durch 1989 grundsätzliche politische, ökonomische und soziale Koordinaten, sei es durch machtpolitische Verschiebungen, neu zugängliche Märkte oder einsetzende Migrationsbewegungen. Neue Begegnungsräume, aber auch neue Grenzziehungen entstanden – sowohl aus westlicher als auch aus östlicher Perspektive.

Positiver Bezugspunkt oder umstrittener Einschnitt?

Im historischen Vergleich steht 1989 als Chiffre für einen Wandel, der von den Mitlebenden zunächst überwiegend positiv wahrgenommen und erinnert wurde. Dies stellt insofern eine Besonderheit in der europäischen Zeitgeschichte dar, als sich die westeuropäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich im Bestreben nach einer *Abgrenzung* zur Vergangenheit und unter dem Ziel eines *Nie wieder* zusammengeschlossen hatten.¹ Die Europäische Integration sollte nicht Altes bestärken, sondern Feindseligkeit, Krieg, Völkermord und Vertreibung in Zukunft verhindern.

1989 dagegen ließe sich als ein europäischer Knotenpunkt betrachten, verbinden sich mit dem Jahr doch Schlagworte wie Friedliche Revolution, Demokratisierung, Befreiung oder Grenzöffnung. Als gemeinsamer europäischer Erinnerungsort hätte die Zäsur 1989 das Potenzial, den Zusam-

menhalt der europäischen Gesellschaften zu stärken. Blickt man in die Debatten der vergangenen Jahre und aktuell in das Gedenkjahr 2019, so trifft man jedoch zahlreiche kritische Stimmen. Dem transnationalen, positiven Erfahrungsjahr 1989 steht zunehmend eine Erinnerung gegenüber, die nicht von dem Gedanken der Annäherung, sondern von einer nationalen Verengung und einer Distanzierung zu den damaligen Ereignissen gekennzeichnet ist. Die Kritikpunkte reichen hierbei in mehreren europäischen Ländern – etwa in Polen, Rumänien, in Ungarn und Deutschland, aber auch in Russland – von der nicht angemessenen Aufarbeitung des Kommunismus über das west-östliche Machtgefälle im Transformationsprozess bis hin zu Fehlern bei der ökonomischen Umgestaltung. Diese Themen dienen jedoch weniger einer sachlichen Auseinandersetzung, sondern werden argumentativ eingesetzt, um gesellschaftliche Abgrenzungen zu untermauern – sowohl innerhalb der Nationalstaaten als auch auf europäischer Ebene. Sie stehen in Verbindung mit der Wiederbelebung nationaler Stereotype sowie Forderungen nach einer protektionistischen Wirtschafts- oder einer restriktiven Migrationspolitik – also grob verallgemeinert einem Rückgängigmachen derjenigen Werte, für welche die Zäsur 1989 in Europa bisher symbolisch stand.

Um diese Entwicklung zu verstehen, ist es sinnvoll, erstens genauer zu betrachten, wie sich die Erinnerung an 1989 in den letzten 30 Jahren entwickelt hat. Zweitens lohnt ein Blick auf die aktuellen Äußerungen vor allem der neueren populistischen Bewegungen, welche diese kritischen Positionen in mehreren europäischen Ländern lautstark vertreten. Damit stilisieren sie 1989 zu einem negativen Gründungsmythos ihrer eigenen, häufig nationalistisch zu verortenden Bewegungen.

Europäische Deutungen in den 1990er Jahren

Zwar überwogen zunächst in den meisten Ländern Europas die Euphorie ob des überraschend friedlich verlaufenen Wandels und das Gefühl der Befreiung von bisherigen Unterdrückungssystemen. Die Kritik an den Entwicklungen seit 1989 ist allerdings kein neues Phänomen. In Polen etwa war die Frage nach der Härte, mit der gegen die kommunistischen Eliten vorgegangen werden sollte, von Beginn an politisch stark umstritten. Andere Länder, wie zum Beispiel Estland und Lettland, hatten weniger mit heterogenen Positionen zur jüngsten Vergangenheit durch politische Lager, sondern durch nationale Minderheiten zu kämpfen.² Am stärksten litten sicherlich die Nachfolgestaaten Jugoslawiens unter den Folgen des

macht- und geopolitischen Umbruchs um 1989.³ Auch in Deutschland war der Weg zur Einheit nicht unumstritten: So kamen schon früh Visionen eines sogenannten *Dritten Wegs* und auch alternative Szenarien bezüglich einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf. Diese wurden jedoch durch die zügige Entscheidung für eine Deutsche Einheit nach Art. 23 GG rasch aussichtslos und verloren dadurch lange an Aufmerksamkeit.⁴

Rückblickend zeigen solche unterschiedlichen Einstellungen allerdings die ursprüngliche Offenheit des Transformationsprozesses, der nachträglich oft vereinfachend und verfälschend als alternativlose »Rückkehr des Ostens nach Europa« im Sinne einer Anpassung an das westliche Modell dargestellt worden ist.

Diese sehr vereinfachende Sichtweise hat ihre Ursache auch darin, dass alternative Positionen auf offizieller Ebene der eben erst gegründeten Europäischen Union und vieler westlicher Regierungen kaum wahrgenommen wurde. Geschichtspolitisch betonte der Westen vor allem das glückliche Ende des Kalten Krieges und stellte dies in einen Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: Während Westeuropa 1945 befreit worden wäre, sei der Osten des Kontinents 1989 nachgefolgt. Diese Sichtweise, dass der Osten 1989 nachgeholt habe, was im Westen schon lange erreicht worden war – individuelle Freiheit, Demokratie, Modernisierung – dominierte die Deutung von 1989 vor allem die ersten 15 Jahre. Sie überlagerte bestehende Deutungskonflikte gerade in den ostmitteleuropäischen Staaten, welche auch dort aufgrund der Westorientierung im Rahmen der EU-Beitrittsperspektive zunehmend an Gewicht verloren.

Aufbrechen der Narrative nach der EU-Osterweiterung

Das änderte sich im neuen Jahrtausend: Besonders seit 2004 kamen neue geschichtspolitische Strategien und – zum Teil alte – miteinander konkurrierende Deutungsangebote zur Zäsur 1989 an die Oberfläche. Sie lassen sich in zwei Stränge unterteilen: Einerseits in die offizielle Geschichtsdeutung der EU sowie der proeuropäisch eingestellten Regierungen unter den EU-Mitgliedstaaten. Demnach habe besonders die Osterweiterung, so der Historiker Stefan Troebst, eine »dramatisch intensiviert geschichtspolitische Debatte auf gesamteuropäischer Ebene« ausgelöst und unter anderem zur »Konzipierung einer EU-Geschichtspolitik im Kontext des grenzübergreifenden Identitätsmanagements Brüssels« geführt.⁵ Dieses propagierte das Jahr 1989 einerseits als erfolgreiches Jahr der Befreiung Osteuropas,⁶ zugleich war die Sicht Brüssels von einer stark asymmetrischen und häufig

als arrogant oder ignorant empfundenen Wahrnehmung geprägt, die östliche Perspektiven wie auch eine westliche »Kotransformation« (Philipp Ther) vernachlässigte. Die EU-Geschichtspolitik zur Zäsur 1989 hat in den ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten deshalb auch immer wieder zu Protesten geführt.⁷

Andererseits traten nun die neuen Mitgliedstaaten aus dem Osten nach ihrem Beitritt zur EU selbstbewusster auf, auch in ihrer geschichtspolitischen Positionierung. Besonders die nationalkonservativen Stimmen, etwa aus Polen und Ungarn, positionierten sich nicht nur offensiv kritisch zu europapolitischen Sachfragen, sondern auch zur dominierenden Sichtweise bezüglich der Zäsur 1989. Sie formulierten alternative historische Deutungsangebote, die mittlerweile in vielen europäischen Ländern, auch in Deutschland geäußert werden. Sie argumentieren dabei nicht im Sinne einer europäischen Annäherung sondern vertreten in der Regel eine nationale, häufig sogar nationalistische Verengung der Erinnerung an 1989 und werden geschichtspolitisch zur Legitimation des eigenen Machtanspruchs genutzt.

Populistische Abgrenzungen zur jüngsten Vergangenheit

Die Kritik der populistischen Bewegungen in Europa richtete sich in der Regel gegen die Art der Transformation seit 1989 und konkreter gegen die politischen Machthaber der unmittelbaren Nachwendezeit – sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene. In Polen, wo es durch den *Runden Tisch* zu einem »Verhandlungssieg« (Andrzej Paczkowski) unter Einbeziehung der kommunistischen Machthaber gekommen war, wurden die Deutungskonflikte markant: »Behaupteten die einen«, so die Historiker Piotr Buras und Burkhard Olschowsky, »der Runde Tisch hätte die Solidarność-Revolution erst zu einem glücklichen Ende gebracht, entgegneten ihnen die anderen, der Pakt mit den Kommunisten hätte die Umgestaltung des öffentlichen Lebens und den Umbau des Staates in Wirklichkeit weitgehend verhindert.«⁸ Besonders die rechtskonservative Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) vertritt bis heute die letztere Position und verbindet die Kritik an 1989 mit dem »Mythos des Antikommunismus«, indem sie einen klaren Bruch mit der Vergangenheit vor und nach 1989 suggeriert.⁹ Aufgrund der Uneinigkeit in der Deutung der Ereignisse von 1989 erinnerten die politischen Lager in Polen im Juni 2019 sogar getrennt an die Demokratisierung des Landes.¹⁰

Eine ähnliche geschichtspolitische Strategie verfolgt die AfD und überträgt die Kritik auf gegenwärtige Problemlagen: Das aktuelle System

ähnele dem Unterdrückungssystem des Kommunismus, gegen den die Bevölkerung 1989 aufbegehrt hätte. So verkündete etwa die Berliner AfD am 9. November 2017 über den Kurznachrichtendienst Twitter: »Wer am 9.11.89 ›Wir sind das Volk‹ rief, ruft es auch heute. Damals – wie heute – werden diese Regierungskritiker bekämpft.«¹¹ Die parlamentarische Demokratie wird so diskreditiert und in Anlehnung an 1989 als undemokratisch und elitenfreundlich beschrieben. »Die Mechanismen«, so die Berliner AfD weiter, »sind identisch. Kanzler, die eigenmächtig handeln. Regierungstreue Medien. Illegal handelnde Justizminister. Korrupte Regierungspolitiker. Schikanieren der eigenen Bürger. Verfassungsfeindliche Politik... etc.«¹²

Auf diese Kritik folgt nicht selten auch die Stärkung des Begriffs der sogenannten Wendevertierer. Häufig wird diese Perspektive mit europa-, migrations- oder sozialpolitischen Themen in Verbindung gebracht. So erklärte beispielsweise AfD-Bundessprecher Alexander Gauland in der Fernsehsendung *Lanz* im ZDF Anfang September 2019, der Erfolg seiner Partei ließe sich vor allem durch die Fehler der anderen politischen Akteure erklären, die im Zuge der deutschen Einheit gemacht worden seien und die dazu geführt hätten, dass sich Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlten. Die Wahrnehmung der Ostdeutschen deutete er folgendermaßen: »Die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel nimmt ihnen (nach 1989, Anm. der Autorin) zum zweiten Mal die Heimat.«¹³

Ähnliche Argumentationsmuster finden sich auch bei der österreichischen FPÖ, welche die Zäsur 1989 und den EU-Beitritt 1995 in einen direkten Zusammenhang mit einer zunehmenden Zuwanderung, der Entstehung von sozialer Verunsicherung, Arbeitslosigkeit sowie ökonomischen Abstiegsängsten bringt.¹⁴ Solche Deutungen führen nicht zuletzt dazu, dass sich die Gruppe der Unzufriedenen im Land in ihrer Eigenverantwortung entlastet sieht: Schuld an ihrer Lage seien demnach die äußeren Umstände, konkreter die politischen und ökonomischen Eliten, welche ihre Machtpositionen zum eigenen Vorteil ausgenutzt hätten.

Auch die EU-Institutionen und andere westliche Akteure der Nachwendzeit – in Deutschland etwa die Treuhandanstalt – geraten zunehmend in Kritik. Sie hätten, so der Vorwurf, die ostmitteleuropäischen Staaten nicht gleichberechtigt behandelt. Das daraus abgeleitete neue Aufbegehren gegen westliche Vorgaben machte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in einer Rede in Bálványos im Juli 2018 deutlich, in der er verkündete: »Vor dreißig Jahren haben wir noch gedacht, Europa sei unsere Zukunft, und heute denken wir, dass wir die Zukunft Europas sind.«¹⁵ Orbáns Haltung spitzt eine Unzufriedenheit zu, wie sie seit 1989 immer

wieder von verschiedenen Politikvertretern aus Ostmitteleuropa geäußert worden war. Sie kann als Reaktion auf eine vom Westen vorgegebene und einseitige Anpassungspolitik nach 1989 betrachtet werden. Sie verschleierte jedoch auch die Eigenverantwortlichkeit der ostmitteleuropäischen Staaten und verkürzt komplexe europäische Entscheidungsprozesse auf Machtfragen zwischen Nationalstaaten. Die Vertreter dieser Position stellen sich selbst in der Regel dennoch als europafreundlich dar, indem sie die EU zwar kritisieren, diese jedoch zugleich von der Identität des »Europäers« trennen, welche nach wie vor positiv besetzt bleibt.¹⁶

Vereinnahmung der Revolution und Inszenierung einer »neuen Wende«

Diese Deutungen von 1989, wie sie in Europa in den vergangenen Jahren entstanden sind, sind nicht nur mit dem Ziel formuliert, die bestehenden Ordnungen zu delegitimieren, sondern vor allem das eigene politische Programm als Utopie einer »wahren Wende« zu stilisieren. Mit Blick auf die AfD haben Greta Hartmann und Alexander Leistner dieses Vorgehen als aktualisiertes »Widerstandsnarrativ von ‚1989‘«¹⁷ gedeutet, das Protestierende gegen das bestehende System mobilisieren soll. Auch die PiS nahm explizit Bezug auf 1989, indem sie etwa 2015 das eigene Programm unter dem Schlagwort *dobra zmiana* (»guter Wandel«) der Zeit von 1989 gegenüberstellte.¹⁸ Demnach sei die alte, schlechte Zeit nicht 1989, sondern erst mit der Regierungsverantwortung der PiS-Partei zu Ende gegangen.

In Russland inszeniert sich Wladimir Putin ebenfalls als Heilsbringer der Erneuerung in Abgrenzung zu den alten Eliten, allen voran Michail Gorbatschow und Boris Jelzin, die Russland in den 1990er Jahren in chaotische Zustände gebracht hätten,¹⁹ wohingegen Putin nun »auf die Wiederherstellung der Weltmacht Russland« abziele.²⁰

Der positive Freiheitsmythos von 1989 tritt so zunehmend in Konkurrenz zur Deutung von 1989 als negativem Gründungsmythos neuer Bewegungen. In vielen ostmitteleuropäischen Ländern reiht sich diese Sichtweise in eine lange historische Kontinuität der Unterdrückung und Fremdbestimmung ein und wendet sich sowohl gegen sogenannte innere als auch äußere Feinde. Der Erfolg populistischer Bewegungen, die häufig Externalisierungsstrategien mit der Propagierung klarer Feindbilder verbinden,²¹ schlägt sich somit auch im Erinnerungsdiskurs über 1989 nieder.

Erklärungsversuche

Worin gründet die grenzübergreifend erfolgreiche Kritik an 1989, 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges? Als ein Erklärungsansatz gilt sicherlich, dass die in den vergangenen 30 Jahren dominierende Sichtweise auf die Zeit um 1989 zu einseitig und zu undifferenziert gewesen ist. Stimmen, die sich kritisch mit den Ereignissen und vor allem mit den Folgen von 1989 und der Rolle des Westens auseinandersetzten, wurden innerhalb der Nationalstaaten, gerade aber auch auf europäischer Ebene zu lange überhört und erfahren erst langsam verstärkte Aufmerksamkeit. Dies wird auch von Vertretern der gemäßigten Parteien wahrgenommen. So erklärte etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Interview zu Beginn dieses Jahres ihre Sichtweise auf die neuen Deutungen zu 1989:

»Und jetzt, nach einer gewissen Zeit und mit Abstand, sind wir wieder in einer Phase, in der man zurückschaut. Oft denke ich, es ist ein wenig, wie es 1968 im Westen war, denn auch damals wurde bohrend nachgefragt: Wer seid ihr vor 1945 gewesen? Und wie seid ihr danach damit umgegangen? So befragen wir uns heute mit Blick auf den Zeitenwechsel von 1989 auch. Das ist ein selbstverständlicher, gar nicht außergewöhnlicher Prozess, den man zulassen muss. Zum Beispiel gibt es mit Blick auf die Treuhand viele Fragen, die die Menschen nun einfach stellen wollen. Das ist legitim, auch wenn natürlich die Zeiten vor 1945 und nach 1989 in keiner Weise vergleichbar sind.«²²

Zweitens passt die zunehmend kritische Sicht auf die Transformationszeit nach 1989 in das große Krisennarrativ Europas, das spätestens seit 2007 durch Finanz- und Eurokrise, neue Kriege und Terrorismus, Zuwanderungsdebatten bis hin zum Brexit aufkam und weiter anhält. Auch wissenschaftliche Publikationen zu 1989 schlossen sich diesem Krisennarrativ an und schrieben nicht mehr vom »Triumph of Hope« (John Lewis Gaddis), sondern vom »Aufbruch der entscherten Gesellschaft« (Heinrich Best und Everhard Holtmann), dem »Preis der Freiheit« (Andreas Wirsching), »The Burdens of Freedom« (Padraic Kenney) oder von der »Übernahme« des Ostens durch den Westen (Ilko-Sascha Kowalczyk).

Die Entwicklung zeigt drittens, dass die Komplexität der Zäsur 1989 gerade in ihrer Vieldeutigkeit lange unterschätzt worden ist. 1989 endete nicht einfach eine Zeit der Unterdrückung. Das Jahr warf und wirft in seinem auslösenden Charakter auch zahlreiche Fragen auf, die zudem nicht in allen Ländern gleichermaßen und gleich schnell angegangen wurden. Das

zeigt beispielsweise die noch längst nicht abgeschlossene justizielle Aufarbeitung der gewaltsamen Revolution vom Dezember 1989 in Rumänien, die erst kürzlich zur Anklage des ehemaligen Präsidenten Ion Iliescu geführt hat.²³

Pluralisierung der Erinnerung?

Neben allen problematischen Entwicklungen im politischen Diskurs lässt sich der neue Umgang mit 1989 in Europa möglicherweise auch als Chance begreifen. So stellt er zunächst einmal eine Pluralisierung der Erinnerung an eine tatsächlich vieldeutige Zeit dar. Dass sich das Akteurspektrum im geschichtspolitischen Streit um 1989 geweitet hat und sich damit auch die Perspektiven auf die jüngste Vergangenheit ausdifferenziert haben, könnte sich auch hin zu einem verstärkten Dialog und einem demokratischen Streit um das heutige Selbstverständnis Europas entwickeln.²⁴

Der Rekurs auf 1989 in der heutigen Zeit sollte aber in Anbetracht der zunehmenden populistischen Vereinnahmung auch als Aufforderung zu einer verstärkten Professionalisierung der Erinnerung verstanden werden.

Noch zu häufig legitimieren sich die »Aufarbeiter« von 1989 durch ihre persönliche und politische Biographie und nicht durch ihre berufliche Ausbildung.²⁵ Auch das befördert eine nationale Sichtweise der Erinnerung, schließlich waren viele Erfahrungsräume – häufig notgedrungen – auf die nationalen, manchmal sogar auf regionale Grenzen beschränkt. Ein professioneller Blick auf 1989 und die nachfolgende Zeit könnte dagegen grenzübergreifende Gemeinsamkeiten in der europäischen Erinnerung an 1989 herausstellen, beispielsweise durch die Erforschung und Vermittlung von vergleichbaren Wahrnehmungen, von west-ost-übergreifenden Verunsicherungen, Hoffnungen oder Enttäuschungen – ohne sich dabei auf nationale Abgrenzungen zurückzuziehen oder ein vereinfachendes Bild vom befreiten Kontinent zu überzeichnen.

Erschienen auf DA Online am 30.9.2019.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Stefan Auer, Contesting the origins of European liberty. The EU narrative of Franco-German reconciliation and the eclipse of 1989, in: Eurozine, 10.09.2010, <https://www.eurozine.com/contesting-the-origins-of-european-liberty/>, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 2 Vgl. Eva-Clarita Pettai, Erinnerungsdiskurse und Geschichtspolitik in den baltischen Staaten, in: APuZ 8/2017, S.28–33.
- 3 Vgl. Holm Sundhaussen, Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, in: APuZ 32/2008, S.9–18, hier: S.12.
- 4 Vgl. Martin Sabrow, Der vergessene »Dritte Weg«, in: APuZ 11/2010, S.6–13.
- 5 Stefan Troebst, Die Europäische Union als »Gedächtnis und Gewissen Europas?« Zur EU-Geschichtspolitik seit der Osterweiterung, in: Etienne François u.a. (Hg.), Geschichtspolitik in Europa seit 1989, Göttingen 2013, S.94–155, hier: S.95.
- 6 Ein eindrückliches Beispiel hierfür stellt die Gedenkfeier aus dem Jahr 2009 zum 20-jährigen Jahrestag des Mauerfalls in Berlin dar. Vgl. Edita Ivaničková/Miloš Řezník/Volker Zimmermann, Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Das Jahr 1989 im deutsch-tschechisch-slowakischen Kontext, Essen 2013, S.7–14, hier: S.7.
- 7 Vgl. bspw. den Konflikt zwischen Brüssel und Warschau bezüglich eines Videos der Europäischen Kommission zum 20. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs; vgl. Auer, Contesting the origins (Anm. 1).
- 8 Piotr Buras/Burkhard Olschowsky, 1989: Mauerfall & Runder Tisch. Asymmetrische Gründungsmythen, in: Hans Henning Hahn/Robert Traba (Hg.), Deutsch-polnische Erinnerungsorte. Band 2: Geteilt/Gemeinsam. Paderborn 2014, S. 199–224, hier S. 203.
- 9 Cezary Michalski, Der Mythos in der polnischen Politik nach 1989, in: Deutsches Polen-Institut Darmstadt (Hg.), Jahrbuch Polen 2018: Mythen, Wiesbaden 2018, S. 9–21, hier S. 13.
- 10 Vgl. Monika Sieradzka, Walesa: »Die PiS hat Demokratie nie gelernt«, Deutsche Welle, 04.06.2019, <https://www.dw.com/de/walesa-die-pis-hat-demokratie-nie-gelernt/a-49057601>, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 11 Twitter-Account der AfD Berlin, 09.11.2017. <https://twitter.com/afdberlin/status/928715629867216896?lang=de>, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 12 Ebd.
- 13 Alexander Gauland in der Sendung Markus Lanz, 04.09.2019, <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-4-september-2019-100.html>, Min. 13:40–13:45, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 14 Vgl. Franz Fallend/Fabian Habersack/Reinhard Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich. Zur Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: APuZ 34–35/2018, S. 33–40, hier S. 35.
- 15 Viktor Orbán, Rede auf der 29. Freien Sommeruniversität in Bálványos, 29.07.2018, <http://www.miniszterelnok.hu/viktor-orbans-rede-auf-der-29-freien-sommeruniversitat-in-balvanyos/>, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 16 Vgl. z.B. das Interview mit dem PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński: Sind Sie Polens dunkle Macht, Herr Kaczyński?, Bild.de, 27.07.2016, <https://www.bild.de/politik/ausland/partei-rechtsgerechtigkeit-polen/sind-sie-polens-dunkle-macht-herr-kaczynski-47022750.bild.html>, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 17 Greta Hartmann/Alexander Leistner, Umkämpftes Erbe. Zur Aktualität von »1989« als Widerstandserzählung, in: APuZ 35–37/2019, S.18–24, hier S. 23.
- 18 Vgl. Karolina Wigura/Jarosław Kuisz, Autodafés in Zeiten der Polarisierung. Postkommunistischer Populismus in Polen, in: Andreas Rostek (Hg.), POLSKA *first*. Über die polnische Krise, Berlin 2018, S. 81–94, hier S. 82.

- 19 Vgl. Ilya Budraitskis, Konservative Ideologie und die Besonderheiten des politischen Regimes in Russland, in: Russland-Analysen 358/06.07.2018, S. 12–17, hier S. 15.
- 20 Siehe Eva-Maria Stolberg, Das umstrittene Erbe des Michail Gorbatschow. Russland zwischen Zerfall und Neuanfang, in: Indes 1/2019, S. 117–126, hier S. 119.
- 21 Zur Definition von Populismus vgl. Jan-Werner Müller, Was heißt: Populismus an der Macht?, in: Osteuropa 1–2/2016, S. 5–17.
- 22 Interview mit Angela Merkel, »Parität erscheint mir logisch«, in: Die ZEIT 05/2019, S. 4–5, hier S. 5.
- 23 Vgl. Rumänien: Die Revolution von 1989 kommt vor Gericht, tagesschau.de, 08.04.2019, <https://www.tagesschau.de/ausland/iliescu-anklage-101.html>, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 24 Dass der Gegenwartsbezug zu 1989 vielfältig hergestellt werden kann, zeigen etwa die Großdemonstrationen in Tschechien, die nach dem Vorbild der *Samtenen Revolution* von 1989 gegen den Ministerpräsidenten Andrej Babiš und den ihm vorgeworfenen Subventionsbetrug protestieren. Vgl. Marianne Allweiss, Vorbild Samtene Revolution: Neue Großdemonstrationen in Prag, Deutschlandfunk.de, 22.06.2019, https://www.deutschlandfunk.de/vorbild-samtene-revolution-neue-grossdemonstrationen-in-prag.1773.de.html?dram:article_id=452010, letzter Zugriff am 18.09.2019.
- 25 Bzgl. der DDR–Aufarbeitung vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Zur Gegenwart der DDR–Geschichte. Ein Essay, in: Zeitgeschichte–online, März 2019, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/zur-gegenwart-der-ddr-geschichte>, letzter Zugriff am 18.09.2019.



Der französische Präsident François Mitterrand (r) wird am 20.12.1989 von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow (l) begrüßt. Das französische Staatsoberhaupt hielt sich zu einem eintägigen Besuch in Ost-Berlin auf.

Cyril Buffet

»Die deutsche Regierung beschleunigt zu stark«

Der umstrittene DDR-Besuch von Mitterrand im Dezember 1989

»Ein glückliches Ereignis«, so bezeichnete am 10. November 1989 der französische Präsident, bei einem Besuch Kopenhagens, die Öffnung der Berliner Mauer am Vortag. Er fügte aber hinzu, dass die Geburt eines »neuen Gleichgewichts ... schwierig« sein werde.¹ Als François Mitterrand nach Paris zurückkam, erhielt er einen Anruf von Bundeskanzler Helmut Kohl, der die »unvorstellbare« Stimmung in Berlin beschrieb. Der Bundes-

kanzler zeigte sich jedoch vorsichtig: er schilderte einen »Entwicklungs-«, nicht einen »revolutionären« Prozess, und er versicherte ihm, dass »unser Ziel nicht ist, die Lage zu destabilisieren«. ² Der französische Präsident bat ihn, seine besten Glückwünsche an das deutsche Volk zu übermitteln, das offensichtlich »bewegende Stunden durchlebte«. Mitterrand verglich später die Ereignisse in der DDR mit der Revolution von 1789, deren zweihundertsten Jahrestag Frankreich gerade groß gefeiert hatte.

Die ersten Reaktionen Mitterrands legten die Vermutung nahe, dass er sich über die Entwicklung in der DDR freute. Im Übrigen hatte er selbst im Frühling 1989 die deutsche Wiedervereinigung innerhalb der nächsten zehn Jahre vorausgesagt. Im Juli 1989 erkannte er die »Legitimität« des deutschen Strebens nach Einheit an. ³ Er stellte aber vier Bedingungen, die er nie aufgeben werde: die Wiedervereinigung sollte »friedlich und demokratisch« verlaufen; sie sollte mit dem Einverständnis aller betroffenen Länder geschehen; sie sollte sich in die Europäische Gemeinschaft integrieren; sie sollte Michail Gorbatschow, den Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), nicht »stürzen«. ⁴ Am Ende des traditionellen bilateralen Gipfels, der am 3. November 1989 in Bonn stattfand, fragte ein deutscher Journalist den französischen Präsidenten, ob er die Wiedervereinigung fürchte. Da die Übersetzung auf sich warten ließ, beugte sich ein angespannter Kohl in Mitterrands Richtung und flüsterte ihm zu: »Das ist eine wichtige Frage. Alle müssen ihre Antwort hören.«

Mitterrand erwiderte ruhig: »Ich habe keine Angst vor der Wiedervereinigung.« ⁵

Die Antwort befriedigte den Kanzler, der keine Gelegenheit ausließ, sie zu zitieren, während sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den folgenden Wochen abkühlten. ⁶ Sechs Tage später fiel die Mauer.

Mitterrands Einstellung zur Wiedervereinigung war ambivalent

Zunächst bestätigte Mitterrand seine Unterstützung für die Bundesrepublik. Gorbatschow gegenüber, der ihn am Abend des 10. November vor »übersteigter Begeisterung« und »unkontrollierbaren Auswirkungen« warnte, drückte er sein Verständnis für die Deutschen aus, und betonte, dass »dass Frankreich ein Freund der Bundesrepublik sei«. ⁷ Das entsprach auch der Einstellung der Mehrheit der französischen Bevölkerung: Eine Umfrage desselben Tages zeigte, dass mehr als 62 Prozent der Franzosen die Perspektive der Wiedervereinigung guthießen. ⁸

Trotz seiner öffentlichen Erklärungen zeigte François Mitterrand eine gewisse Ambivalenz: »In Mitterrands Brust kämpfen zwei Seelen.«⁹ In Wirklichkeit fürchtete er eine Umwälzung durch die Wiederherstellung der Deutschen Einheit. Er wiederholte ständig, dass Europa am Rande des Abgrunds stehe, so wie 1913.¹⁰ Er fürchtete ein mächtigeres Deutschland, das sich von der Viermächte-Aufsicht emanzipiert und seine volle Souveränität zurückgewinnt und, dass ein Balanceakt zwischen Ost und West beginnt. Letztendlich würde sich das Gleichgewicht des Kontinents verändern und die Vormachtstellung Frankreichs in Westeuropa in Frage gestellt.¹¹

Mitterrand wusste aber auch, dass er die deutsche Wiedervereinigung nicht verhindern konnte. Er versuchte, sie in sichere Bahnen zu lenken, und ihr Tempo zu kontrollieren, weil er überzeugt war, dass dieser Prozess nicht »irgendwie« und »irgendwann« zustande kommen darf.¹² Er äußerte: »Frankreich würde sowieso nicht in der Lage sein, die Wiedervereinigung zu vereiteln, wenn diese sich ereignete. Man kann doch nicht einen Krieg gegen Deutschland führen, um seine Wiedervereinigung zu verhindern! Das einzige, was Frankreich tun kann, ist darauf zu beharren, dass gewisse Prinzipien zu respektieren sind.«¹³

Obwohl er es bestritt, nahm Mitterrand eine Haltung ein, die glauben ließ, dass er den Wiedervereinigungsdrang zu bremsen versuchte. Jedoch ging er nicht so weit wie die britische Premierministerin, Margaret Thatcher, die ihn bat zu helfen, »die Wiedervereinigung zu stoppen oder zu verlangsamen«.¹⁴ Während des europäischen Gipfels in Straßburg im Dezember 1989 nahm Thatcher eine Karte aus ihrer Handtasche, die verschiedene Konfigurationen des deutschen Territoriums in der Geschichte darstellte. Sie zeigte diese Mitterrand und sagte zu ihm: »Das ist für die Zukunft nicht beruhigend.«¹⁵ Die »Eiserne Lady« glaubte, Zweifel bei ihm zu erkennen und hoffte ihn dazu zu bewegen, mit ihr gemeinsam »den deutschen (Vereinigungs-)Drang auskontern« zu können.¹⁶ Der französische Präsident schien dem Angebot gegenüber offen, aber er wollte letztendlich nicht den weiteren Aufbau Europas einer hypothetischen anglo-französischen Allianz opfern.¹⁷

Sorge vor übereilter Wiedervereinigung

Mitterrands Absicht war es nicht, einen Prozess zu blockieren, den er selber als legitim und unabwendbar ansah. Er wollte aber vermeiden, dass sich diese Entwicklung zu schnell und unkontrolliert vollzog. In diesem Sinne unternahm er mehrere diplomatische Initiativen (Besuche bei Gorbatschow

und Bush sowie die Reise in die DDR), die von Misstrauen geprägt schien. Er war außerdem von den Bedenken Gorbatschows beeinflusst, der ihm mitteilte, dass er in der UdSSR womöglich zwei Stunden nach der Wiedervereinigung von einem Marschall ersetzt werde.¹⁸ Um über die »Stabilisierung« der deutschen Situation zu diskutieren, traf Mitterrand sich mit Gorbatschow am 6. Dezember 1989 in Kiew.¹⁹ Der Generalsekretär der KPdSU war immer noch wütend aufgrund des Zehn-Punkte-Programms zur Überwindung der Teilung Deutschlands, das Helmut Kohl eine Woche zuvor dem Bundestag vorgelegt hatte. Darin sicherte der Bundeskanzler der DDR Unterstützung für humanitäre und wirtschaftliche Notlagen zu. Im Gegenzug sollte es einen Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR geben.

Kern des Programms war das Ziel, konföderale Strukturen zu schaffen. Damit sollte die Deutsche Einheit vorbereitet werden. Um Vorbehalten entgegenzutreten, sollte der Einigungsprozess in eine Weiterentwicklung der Europäischen Union integriert werden. Gorbatschow nannte diesen Plan Kohls ein »Diktat« und hielt »Kohl für einen Elefanten im Porzellanladen«. Mitterrand war ebenfalls unzufrieden mit diesem Programm, über das er im Vorhinein nicht informiert worden war.²⁰ Bitter enttäuscht bekam Mitterrand einen »Wutanfall«: »Kohl hat mir nichts gesagt! Das werde ich nie vergessen! Gorbatschow wird zornig sein. Er wird sich das nicht gefallen lassen, das ist unmöglich! Ich brauche das nicht zu verhindern, die Sowjets werden es für mich tun.«²¹ Gorbatschow war ebenfalls wütend, gab jedoch zu, dass »die Frage der Wiedervereinigung sich eines Tages stellen wird«.²² Die beiden Staatsmänner einigten sich, Kohls Elan zu bremsen.

Kurz danach berichtete der französische Präsident seinem amerikanischen Pendant über seinen Besuch in Kiew. Unter der Sonne der Karibik-Insel Saint-Martin erzählte er dem US-amerikanischen Präsidenten George Bush, dass Gorbatschow von den West-Mächten erwartete, dass sie die Begeisterung des Bundeskanzlers dämpfen sollten: »Er will, dass man ihm hilft, die Entwicklung zu bremsen. Er ist gegen die Wiedervereinigung. Ich nicht. Ich stimme aber mit ihm überein, dass man langsamer vorgehen soll. Die deutsche Regierung beschleunigt zu stark.«²³

Wie Mitterrand später einem französischen Journalisten sagte, war er enttäuscht, dass die UdSSR nicht erreicht hatte, den Mauerfall und den Einigungsprozess stärker zu beeinflussen: »Der Fall der Mauer hat uns überrascht. Mich, aber auch Bush. Das ist Gorbatschows Schuld, der versprochen hatte, den Prozess der deutschen Wiedervereinigung zu verlangsamen. Er hat nichts verhindert. Im Gegenteil. Als ich ihm dies vorgeworfen habe, hat er mir einfach geantwortet: ›Ich hatte keine Mittel dazu.«²⁴

Unter sowjetischem Druck stimmten die drei Westmächte schließlich dafür, dass eine Sitzung der amerikanischen, britischen und französischen Botschafter in der Bundesrepublik mit ihrem sowjetischen Kollegen in der DDR am 11. Dezember 1989 in Berlin tagen sollte. Diese Besprechung fand im alten Gebäude des Alliierten Kontrollrates statt, das seit fast vierzig Jahren nicht genutzt worden war.²⁵ Während Großbritannien diese Konfiguration des Treffens begrüßte, brachte das Zurückgreifen auf diese Viermächte-Konstellation die Vereinigten Staaten und Frankreich in Verlegenheit: Sie wollten nicht den Eindruck erwecken, die Bundesregierung ausschließen zu wollen. Auch wenn diese Konferenz zu nichts Konkretem führte, irritierte sie die Bundesregierung durchaus. Noch mehr empörte das Bundeskanzleramt wenig später die Bekanntgabe einer geplanten Reise Mitterrands in die DDR. Mehrere Wochen lang herrschte zwischen Paris und Bonn deshalb Verstimmung.²⁶

Mitterrands DDR-Reise belastete Beziehung mit der Bundesrepublik

Theoretisch handelte es sich bei Mitterrands Reise um einen Gegenbesuch zum Besuch des DDR-Staatschefs Erich Honecker im Januar 1988 in Paris.²⁷ Anlässlich des vierzigsten Jahrestags der DDR am 7. Oktober 1989 schickte Mitterrand am Vorabend eine übliche Gratulation an Honecker. Dieser nutzte die Gelegenheit, um Mitterrand erneut in die DDR einzuladen. Mitterrand nahm diesmal das Angebot an. Obwohl sich die politische Situation dort zunehmend verschlechterte, sah Mitterrand nicht ein, warum er nicht in die DDR reisen sollte. Beide Seiten beeilten sich ein Datum zu finden, und am 21. November gaben sie bekannt, dass der Besuch einen Monat später stattfinden sollte, vom 20. bis zum 22. Dezember 1989. Zwischenzeitlich war Honecker gestürzt worden, Egon Krenz wurde für kurze Zeit sein Nachfolger als Generalsekretär der SED und der neue Staatschef, der »farblose« Manfred Gerlach, der »ein Wendehals par excellence« war, bekleidete die Funktion nur provisorisch.²⁸

Vor seiner Abreise bat Mitterrand die französische Diplomatin Caroline de Margerie, die Lage in der DDR zu analysieren. Sie riet ihm nachdrücklich ab, diese Reise in einen Staat zu unternehmen, in dem man einen »seltsamen Eindruck von Irrealität« spüre: Es schien ein Staat in Auflösung zu sein.²⁹ Mitterrand hielt trotzdem an dieser Reise fest. Warum? Er brachte selbst zwei Gründe vor: Erstens war er interessiert, eine Region kennenzulernen, wo sich das Schicksal Europas entscheiden sollte; zwei-

tens wollte er den demokratischen Übergang unterstützen. Wollte er auch ein historisches Moment nicht verpassen?

In Bonn wurde die Bekanntgabe dieser Reise mit Unverständnis, sogar mit Bestürzung, aufgenommen.³⁰ Im Bundeskanzleramt zeigte man sich darüber verärgert, und die westdeutsche Presse wunderte sich. Die französischen Medien berichteten über die Reaktionen in der Bundesrepublik, wo eine große populäre Zeitung fragte, ob der französische Präsident dem Bundeskanzler nicht »einen Stoß in den Rücken«³¹ versetze. Eine linke Wochenzeitschrift verglich ihn mit dem ehemaligen österreichischen Diplomaten und Gegenpart Napoleons, Klemens Wenzel Fürst von Metternich, und warf Mitterrand vor, ein Gegenbündnis zu suchen, um Deutschland einzukreisen.³²

Mitterrand sprach am 9. Dezember in Straßburg das Thema im Gespräch mit Kohl an. Ein Mangel an Vertrauen und Offenheit machte sich deutlich bemerkbar: Kohl traute sich nicht, ihn zu bitten, auf diesen »anachronistischen« Reiseplan zu verzichten; Mitterrand lehnte es ab, diesen unausgesprochenen Wunsch Kohls zu erfüllen.³³

Erster und letzter DDR-Besuch eines französischen Staatschefs

Am 10. Dezember bestätigte der französische Präsident im Fernsehen, dass er die DDR zehn Tage später besuchen würde. Am 20. Dezember 1989 traf Mitterrand dort ein, während Kohl aus der DDR ausreiste, nach einem triumphalen Erfolg in der dortigen Öffentlichkeit. Die Ankunft des Franzosen war ein Glücksfall für das kommunistische Regime. Dieses klammerte sich an die trügerische Hoffnung, dass Mitterrands Reise die Souveränität und Legitimität des zerfallenden Staates garantieren könnte. Das Zentralorgan der SED, *Neues Deutschland*, kündigte mit Stolz den Besuch des »ersten westlichen Staatschefs« an.

Die Reise hatte nur zwei Stationen: Ost-Berlin und Leipzig als Zentrum der Protestbewegung. In Ost-Berlin betonte Mitterrand den Viermächte-Status der Stadt. Obwohl Frankreich nie Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR anerkannt hatte, erklärte der französische Präsident während des Banketts, dass »die Deutsche Demokratische Republik und Frankreich noch viel zusammen vorhaben«. Und tatsächlich unterzeichneten die beiden Staaten fünf bilaterale Abkommen, die für die nächsten fünf Jahre gelten sollten!³⁴

Außer der Besprechung mit dem reformwilligen DDR-Regierungschef Hans Modrow, traf Mitterrand Oppositionsführer und vor allem Studierende der Leipziger Karl-Marx-Universität.³⁵ Mitterrand versuchte die Stimmung der Ostdeutschen zu begreifen. Er traf aber hauptsächlich mit

Politikerinnen und Politikern, Intellektuellen und Dissidentinnen und Dissidenten zusammen, die nicht die Stimmung der allgemeinen Bevölkerung widerspiegeln, welche immer lauter die Vereinigung der beiden deutschen Staaten verlangte.

In Leipzig traf Mitterrand in der Thomaskirche den Dirigenten Kurt Masur, der eine wichtige vermittelnde Rolle während der dortigen großen Demonstrationen im Oktober 1989 gespielt hatte. Dann besuchte er die Nikolaikirche, die der Mittelpunkt der Protestbewegung war. Schließlich redete er in der Leipziger Universität. Eine große Menge wartete dort auf ihn, sodass er Schwierigkeiten hatte, sich einen Weg bis zum Podium zu bahnen. Da das Amphitheater zu klein war, bat er die Studierenden, die draußen warteten, sich auf den Boden der Gänge oder direkt vor das Podium zu setzen.³⁶ Die jungen Leipzigerinnen und Leipziger zeigten sich neugierig, einen führenden westlichen Politiker, und gar noch einen französischen, zu treffen und anzuhören.

Rede in der Leipziger Universität

Mitterrand hielt eine ausgewogene Rede. Er rief zuerst mit gewisser Nostalgie seine Erinnerungen als Kriegsgefangener in Thüringen wach. Er zog dann eine Parallele zwischen den Ereignissen von 1789 und denen von 1989. Er erkannte auch an, dass die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten von »einer besonderen Art« war. Der französische Präsident nutzte jedoch vorsichtige Formulierungen, um über die Wiedervereinigung zu sprechen. Zwar erklärte er, dass »die deutsche Einheit in erster Linie vom deutschen Volk abhängt« und dass »Frankreich sich ihr nicht widersetzen wird«, weil sein Land »immer die Seite der Freiheit« wähle. Er drückte aber deutlich aus, dass man »das europäische Gleichgewicht berücksichtigen« müsse, weil es eine Angelegenheit sei, die alle Nachbarländer Deutschlands betreffe. Er unterstrich die Notwendigkeit, die deutsche und die europäische Einigung gemeinsam voranzubringen.³⁷ Mitterrand erweckte den Eindruck, eine Geschichts- und Morallektion erteilen zu wollen, obwohl die Westdeutschen seit vierzig Jahren ihre demokratische Gesinnung, und die Ostdeutschen während der letzten Monate ihre Gelassenheit und ihre politischen Reife bewiesen hatten.

Für den französischen Präsidenten war vor allem die Frage der Unverletzlichkeit der polnischen Grenze von großer Wichtigkeit, die wiederum die Ostdeutschen nicht besonders interessierte. Zudem hatte der Bundestag am 8. November 1989, diese Grenze nochmals mit einem Entschließungs-

antrag anerkannt, der vierhundert Stimmen bei vier Gegenstimmen erhalten hatte. Aus wahltaktischen Gründen verhielt sich Helmut Kohl jedoch manchmal unklug, weil er den Zuspruch der Vereine der Heimatvertrieben gewinnen wollte. Dies wiederum erregte die Ängste der Polen, was Mitterrand offensichtlich Sorgen bereitete.³⁸

Zurück in Ost-Berlin wiederholte Mitterrand in Interviews, dass die Deutschen selber über ihr Schicksal entscheiden sollten: »Möge der Wille des deutschen Volkes sich ausdrücken und geschehen!«³⁹ Obwohl 50 Polizisten für seine Sicherheit zuständig waren, schaffte er es, unauffällig in der Nacht einen Spaziergang entlang der Mauer zu machen. Schließlich reiste Mitterrand aus Ost-Berlin ab, angeblich »glücklich, diese Momente miterlebt zu haben«.

Wie sein diplomatischer Berater Hubert Védrine im Rückblick gestand, sei diese Reise dennoch ein »Fehler« gewesen.⁴⁰ Und Mitterrand schwächte seine Position, weil er das Angebot von Kohl ablehnte, gemeinsam mit ihm und Modrow am 22. Dezember 1989 an der Zeremonie der Öffnung des Brandenburger Tores teilzunehmen.⁴¹ Der französische Präsident erklärte: »Das ist eine Sache zwischen den Deutschen. Ich werde an ihr nicht teilhaben. Kohl hat mich nicht im Voraus über sein Zehn-Punkte-Programm informiert. Er weigert sich, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Und er will, dass ich seine Inbesitznahme der DDR legitimiere? Das ist zu dreist! Er kann nicht erwarten, dass ich in diese Falle tappe.«⁴²

Immer noch gekränkt hielt Mitterrand seine Anwesenheit an dieser Veranstaltung, die symbolisch das Ende der Teilung einer Stadt, eines Landes und eines Kontinents darstellte, für »inopportun«. Der Generalsekretär des Elysée-Palastes, Jean-Louis Bianco, erklärte, dass der Präsident nicht erscheinen wollte, »wie der Cousin, der sich in das Hochzeitsfoto hineindrängt.«⁴³ Dies war untypisch für Mitterrand, der ansonsten symbolische Gesten durchaus verstand, wie er schon mehrmals bewiesen hatte. In Kiew etwa hatte er keine Hemmungen gezeigt, Gorbatschow vorzuschlagen, ihn in die DDR zu begleiten.

Der bundesdeutsch-französische Zwist endete allerdings einige Tage später, während eines langen Spaziergangs von Mitterrand und Kohl in Latché, wo sich das Ferienhaus des Präsidenten befand. Sie klärten die Divergenzen auf und einigten sich, die deutsche Wiedervereinigung gemeinsam mit einer neuen Etappe der europäischen Integration zu verbinden, die mit dem Maastrichter Vertrag abgeschlossen werden sollte.⁴⁴

Doch im Rückblick bleibt Mitterrands Reise in die DDR ein diplomatischer Fauxpas. Im Gegensatz zu Präsident Bush hatte Mitterrand damit eine Gelegenheit ausgelassen, sein Land als verlässlichen Freund Deutsch-

lands zu zeigen. Die deutsch-französischen Beziehungen gingen aber auch damals wieder gestärkt aus einer Krise hervor, indem beide Staaten das gemeinsame Ziel der Vertiefung der europäischen Kooperation weiterverfolgten.

Erschienen auf *DA Online* am 1.10.2019.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Institut François Mitterrand, 10 novembre 1989: Conférence de presse de François Mitterrand à Copenhague, <http://www.mitterrand.org/10-novembre-1989-Conference-de.html>, letzter Zugriff 18.09.2019.
- 2 Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 26.
- 3 Vgl. François Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France*, Paris 2001, S. 32–33; Hubert Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand. A l'Élysée de 1981 à 1995*, Paris 1996, S. 423.
- 4 Siehe Pierre Favier/Michel Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand. 3. Les défis (1988–1991)*, Paris 1996, S. 176.
- 5 Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm. 3), S. 53.
- 6 Vgl. Daniel Vernet, Mitterrand, l'Europe et la réunification allemande, in: *Politique étrangère* 68 (2003) 1, S. 165–179, hier S. 170–171.
- 7 Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm. 4), S. 180 und 184.
- 8 Vgl. François-Georges Dreyfus, *L'opinion française devant l'unification allemande*, in: *Revue d'Allemagne* 24 (1992) 2/3, S. 257–286, hier 258–259.
- 9 Teltschik, 329 Tage (Anm. 2), S. 96; Ulrich Lappenküper, Mitterrand und Frankreich. Die enträtselte Sphinx, München 2011, S. 260; Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 1014.
- 10 Vgl. Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm. 9), S. 265; Jacques Attali, *Verbatim III (1988–1991)*, Paris 1995, S. 337.
- 11 Vgl. Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm. 9), S. 261–262; Frédéric Bozo, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*, Paris 2005, S. 167; Attali, *Verbatim III* (Anm. 10), S. 313 und 322.
- 12 Vgl. Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm. 3), S. 43.
- 13 Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm. 3), S. 428; Favier und Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm. 4), S. 177–178.
- 14 Vgl. Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm. 3), S. 440.
- 15 Attali, *Verbatim III* (Anm. 10), S. 369–370.
- 16 Vgl. Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm. 9), S. 270.
- 17 Vgl. Attali, *Verbatim III* (Anm. 10), S. 354.
- 18 Siehe Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm. 4), S. 197; Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm. 3), S. 442.
- 19 Vgl. Franz-Olivier Giesbert, *François Mitterrand. Une vie*, Paris 2011, S. 492 und 497; Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm. 9), S. 267–269; Teltschik, 329 Tage (Anm. 2), S. 71; Vernet, Mitterrand, l'Europe et la réunification allemande (Anm. 6), S. 176–177; Mikhail Narinskiy, Gorbatchev, Mitterrand et la réunification allemande, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 258 (2015) 2, S. 27–56, hier 33–35; Favier und Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm. 4), S. 189–190.

- 20 Vgl. Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.59–60; Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.264–265; Tilo Schabert, *How World Politics is Made: France and the Reunification of Germany*, Columbia 2009, S.240.
- 21 Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.264.
- 22 Vgl. Attali, *Verbatim III* (Anm.10), S.350.
- 23 Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm.3), S.443; Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.272.
- 24 Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.213–214; Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.86.
- 25 Attali, *Verbatim III* (Anm.10), S.373; Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm.3), S.47; Favier und Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.209.
- 26 Vgl. Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.47 und 60; Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.261; Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.191–193.
- 27 Vgl. Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm.3), S.104–105.
- 28 Siehe Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.95; Favier und Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.220.
- 29 Vgl. Attali, *Verbatim III* (Anm.10), S.374; Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm.3), S.452; Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.217; Schabert, *How World Politics is Made* (Anm.20), S.273.
- 30 Vgl. Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.60–61 und 72.
- 31 Siehe Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm.3), S.106.
- 32 Vgl. ebd.
- 33 Vgl. Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.95; Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.216.
- 34 Siehe Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.274; Ulrich Pfeil, *La portée du voyage de François Mitterrand en RDA (20–22 décembre 1989)*, in Anne Saint-Sauveur/Gérard Schneilin (Hg.), *La mise en œuvre de l'unification allemande (1989–1990)*, Paris 1998, S.325–340, hier 328–330.
- 35 Vgl. Hans Modrow, *Aufbruch und Ende*, Hamburg 1991, S.93.
- 36 Siehe Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.218–219; Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm.3), S.111–114.
- 37 Vgl. Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm.3), S.430; Attali, *Verbatim III* (Anm.10), S.380–381.
- 38 Siehe Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm.3), S.135; Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.263; Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.76; Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.199–201; Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm.3), S.434–435.
- 39 Mitterrand, *De l'Allemagne, de la France* (Anm.3), S.115.
- 40 Siehe Favier/Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.217.
- 41 Vgl. Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.276.
- 42 Attali, *Verbatim III* (Anm.10), S.381–382; Védrine, *Les Mondes de François Mitterrand* (Anm.3), S.453.
- 43 Favier und Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.221.
- 44 Teltschik, 329 Tage (Anm.2), S.97–100; Attali, *Verbatim III* (Anm.10), S.389–390. Lappenküper, Mitterrand und Frankreich (Anm.9), S.278; Favier und Martin-Roland, *La Décennie Mitterrand* (Anm.4), S.225–226; Schabert, *How World Politics is Made* (Anm.20), S.278–280. Vernet, Mitterrand, *l'Europe et la réunification allemande* (Anm.6), S.178.



Übersiedlerinnen und Übersiedler aus der DDR, die von der Bundesregierung freige-
kauft wurden, Mitte der 1980er Jahre bei ihrer Ankunft in einem Notaufnahmelager.

Laura Wehr

Von der (eigenen) Geschichte eingeholt?

Die »Wende« aus der Perspektive von Übersiedlerinnen und Übersiedlern aus der DDR

Für Familien, die in den 1980er Jahren per Ausreiseantrag die DDR ver-
lassen hatten, war die »Wende« von besonderer biographischer Bedeutung:
Nicht nur der Sinn der Ausreise stand rückblickend in Frage; auch die kul-
turellen Identitäten und familialen Zugehörigkeiten gerieten (erneut) auf
den Prüfstand.

Ost-West-Migration zur Zeit der deutsch-deutschen Teilung

Im Zeitraum zwischen der Gründung der DDR im Oktober 1949 bis zur Grenzöffnung im November 1989 verließen dreieinhalb bis vier Millionen Menschen die DDR in Richtung Westen.¹ Die Ursachen für die Ost-West-Migration waren vielfältig: Allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen System, latente Verbitterung angesichts der eingeschränkten beruflichen Möglichkeiten, Angst vor Verfolgung und Inhaftierung zählten ebenso dazu wie die Sorge um die Zukunft und das Wohl der Kinder, der Wunsch nach Meinungsfreiheit, die Sehnsucht nach Reisefreiheit oder das Bedürfnis nach Familien-Zusammenführung.

Die meisten DDR-Emigrantinnen und Emigranten flüchteten noch in den 1950er Jahren nach West-Berlin und in die Bundesrepublik. Nach der Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 und dem nachfolgenden Ausbau der Grenzschutzanlagen verlagerte sich der Schwerpunkt der Wanderungsbewegung von der illegalen Flucht auf die bürokratisch geregelte dauerhafte Ausreise. Allerdings gab es dafür bis Ende 1988 keinerlei gesetzliche Grundlage.

Der Begriff Ausreiseantrag kursierte jedoch schon seit Mitte der 1970er Jahre in der Bevölkerung: Auch wenn die zuständigen Behörden dies negierten, erfuhren Ausreisewillige immer häufiger von Gleichgesinnten, die in die Bundesrepublik emigriert waren. Diese hatten sich auf ihr Recht auf Freizügigkeit berufen und mit der UNO-Erklärung über die Allgemeinen Menschenrechte (1948) und der KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) argumentiert: In Letzterer wurden, wenn auch ohne rechtliche Verbindlichkeiten, »Direktbeziehungen, menschliche Kontakte, Familienzusammenführungen, Erleichterungen von Eheschließungen«² eingefordert. Partei und Staat reagierten auf Übersiedlungersuche mit harten Gegenmaßnahmen: Ausreisewillige verloren oftmals sofort den Arbeitsplatz, wurden diffamiert, von der Staatssicherheit überwacht oder sogar verhaftet und zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt.

Langfristig zwang die wachsende Zahl der Antragstellenden die DDR-Führung jedoch zu Zugeständnissen. Im September 1983 trat die »*Verordnung zur Regelung von Fragen der Familien-Zusammenführung*« in Kraft: Demnach durfte, wer Rentnerin und Rentner oder invalidisiert war oder Verwandte ersten Grades im Westen hatte, einen Antrag auf Ausreise stellen. Alle anderen Antragstellenden handelten aus Sicht der Behörden rechtswidrig. Trotzdem gaben die Behörden den Anträgen nun immer wieder massenhaft statt, um Druck auf den Staat abzubauen. Die Sogwirkung der Ausreisebewegung nahm dadurch jedoch zu: Seit Mitte der

1980er Jahre organisierten sich die Antragstellenden zunehmend und entwickelten öffentlichkeitswirksame Protestformen. Polizei, Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) reagierten mit Verhaftungen und Abschiebungen in den Westen, zeigten sich aber zunehmend machtlos gegenüber der neuen Massenbewegung, die 1989 noch 50 000 Ausreisegenehmigungen erstritt und wesentlich zum Niedergang der DDR beitrug.³

Dass das Recht auf Ausreise in den 1980er Jahren zunehmend häufiger von Familien mit minderjährigen Kindern beansprucht wurde, ist bislang kaum bekannt.⁴ Den unerforschten Migrationsgeschichten dieser Familien widmet sich das kulturwissenschaftliche DFG-Projekt »Geteiltes Land, gespaltene Familien?«. ⁵ Mithilfe von Leitfaden-Interviews geht das Forschungsprojekt der Frage nach, wie Eltern und Kinder den langjährigen Prozess der Ost-West-Migration erlebt haben und wie sich dieser auf das soziale System Familie ausgewirkt hat.⁶

Im Rahmen der Interviews wurde den ehemals Ausgereisten auch die Frage gestellt, wie sie die »Wende« erlebt hatten. Die Befragten reagierten darauf sehr unterschiedlich – sowohl was die Länge der Erzählung, deren Inhalt als auch die sie begleitenden Emotionen betraf. Nahezu alle Interviewten waren sich aber darin einig, dass der Mauerfall keinesfalls erwartbar war. »Das war nicht absehbar!« hieß es in den Interviews immer wieder.

Die Montagsdemonstrationen

In der biographischen Retrospektive wird die individuelle Chronik der »Wende« stets als eine Geschichte erzählt, die langsam, aber sicher auf einen dramatischen Höhepunkt zuläuft. Den Spätsommer und den Frühherbst 1989 beschreiben die Interviewten als eine flirrende Zeit der äußeren Unruhe und inneren Anspannung. So erzählt Ruth Weger⁷:

»Ende August sind wir gerade in der Oberlausitz gewesen, wo das mit Ungarn schon losging, [mit den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern], die dortblieben. Und eine Nichte von mir, Lehrerin, hatte Vorbereitungswoche für den Schulbeginn, die kam hochrot wieder und sagte: ›Ich weiß nicht, was wird in den nächsten Tagen, es sind ein paar nicht wiedergekommen.‹ Also, es war eine Unruhe! Und dort in der Gegend [war] auch immer die Angst: ›Marschieren wieder die Russen ein?‹ Wie 68, da waren die Russen dort durch die Dörfer gezogen und in die Tschechei einmarschiert. [...] Und es war eine wahnsinnige Angst da: Was passiert denn jetzt?«

Auch Clara Kowalski erinnert sich noch gut an diese Zeit: *»Es hat sich ja dann so zugespitzt, dass du gewusst hast, es passiert irgendwas. [...] Wir haben*

ständig Nachrichten gehört. Und der Hans ist ja auch noch nach Leipzig gefahren und hat dort mitdemonstriert.«

Ihr Ehemann, der die gelockerten Einreisebestimmungen zur Leipziger Messe-Zeit genutzt hatte, erzählt begeistert: *»Das Bild werde ich nie vergessen, wie ich dann da am Straßenrand stand, und die zogen vorbei mit hochintelligenten Transparenten, [...] und ich dachte: «Die Leipziger, das sind meine Osis!» Wie mutvoll und euphorisch die dort gesprochen haben! [...] Und das war gerade die Demo, wo's Spitz auf Knopf war, wo die ganze Kampfgruppe und NVA, [wo alle] schon eingekesselt waren, und die Aufrufe von dem Masur, dem Dirigenten, über [Lautsprecher]: »Bitte keine Gewalt, wir laden euch zum Dialog ein«. Und es kam nicht zum Kampf! Das war der Umbruch. Dann hatte die DDR verloren. Oder, wie dann ein Stasi-General gesagt hat: »Wir waren auf alles vorbereitet, aber nicht auf Kerzen.«*

An einer Montagsdemonstration hat auch Johannes Becker teilgenommen, der als 24-Jähriger im Herbst 1989 auf Besuch in Leipzig war. In seiner Erzählung klingt allerdings noch deutlich die Angst vor Verhaftung und Internierung durch: *»Da hat mich ein Kumpel mitgeschleppt, und ich hab das so bereut, weil [...], die haben da die Leute eingekesselt, die Polizei, und ich wusste genau: Wenn die mich erwischen! Bei der Demo! Brauche ich nicht mehr ausreisen. Kann ich völlig vergessen. Die haben ja alle auch Kameras gehabt! [...] Und mein Freund, der hat mich dann so richtig an die Kirche rangedrängelt, durch die ganzen Leute durch, damit ich aus dem Hauptgeschehen... Weil, die haben ja immer Transparente hochgehalten, und dann kamen sofort Zivil-Stasi-Leute und haben das weggerissen, richtig brutal, haben die weggeschleppt, also festgenommen. (...) Und wenn sie mich erwischt hätten, die hätten mich ja nicht mehr rausgelassen, als Anstifter vielleicht oder westlicher Agitator oder sowas.«*

Diese bemerkenswerten Erfahrungsberichte haben empirischen Seltenheitswert, denn die meisten Übersiedlerinnen und Übersiedler hatten in der DDR Einreiseverbot. Die dramatischen Geschehnisse vom Herbst 1989 konnten sie nur im (westdeutschen) Fernsehen mitverfolgen. Tito West erinnert sich noch an seine damalige Fassungslosigkeit: *»Ich hab immer gesagt: Der Mut von den Leuten auf der Straße, ja? [...] Wenn man nicht weiß, was passiert! Die hatten ja erst mal reingepöbeln, oder du bist weg vom Fenster, dann kommst du ins Gefängnis und jahrelanger Prozess, oder die schlagen dich tot... Das hätte doch keine Sau interessiert!«*

Der 9. November 1989

Wie andere generationenspezifische Epochenmarker (etwa die Mondlandung 1969, das Attentat auf die israelische Mannschaft während der

Olympischen Spiele in München 1972 oder der 11. September 2001) stellt auch der 9. November 1989 einen mental-emotionalen Erinnerungsort dar: Viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen erinnern sich bis heute daran, wie sie vom Fall der Berliner Mauer erfahren haben und welche Reaktionen diese Nachricht bei ihnen auslöste.

Für die DDR-Übersiedlerinnen und -Übersiedler hatte dieses historische Ereignis jedoch eine besondere biographische Bedeutung, schließlich waren sie jahrelang davon ausgegangen, dass ihre Ausreiseentscheidung unwiderruflich sei und sie ihr Herkunftsland niemals wiedersehen würden. Entsprechend deutlich haben die Befragten auch noch den Abend des Mauerfalls vor Augen. Clara Kowalski erzählt: *»Wir hatten [beim sozialen Träger unserer Einrichtung] Mitglieder-Versammlung, [...] und wir hatten im Vorstand einen CSU-Stadtrat. Und der ging auf einmal ans Mikrofon und sagte, er möchte die Versammlung unterbrechen, er hat gerade die Information erhalten, in Berlin ist die Mauer gefallen [Stimme bricht]. Ich saß dort, ich war wie vom Donner gerührt. Und mir schossen sofort die Tränen in die Augen.«*

Johannes Becker verfolgte live im Fernsehen mit, wie der DDR-Oberst Günter Schabowski die sofortige Reisefreiheit bekannt gab: *»Da hab ich gedacht: Das ist jetzt irgendwie gespielt. Das kann nicht sein. [...] Und dann die nächsten Tage und Stunden, die waren der Hammer! Ich [...] hab nur Fernsehen geguckt und immer gedacht: Das kann nicht sein! Da musste man ständig heulen, wenn man diese Szenen da gesehen hat...«*

In den erzählten »Mauerfall«-Erinnerungen ist immer wieder von großen Emotionen die Rede. Vielfach wurden Tränen vergossen – Tränen der Freude, der Erleichterung, der Rührung: *»Ich hab heulend am Fernseher gesessen«,* sagt Rosa West, *»weil das kein Mensch für möglich gehalten hätte. Dass so ein System mal so zusammenbricht.«*

Jedoch waren keineswegs alle Übersiedlerinnen und Übersiedler vom Mauerfall begeistert. Vielmehr gibt es auch Interviewpassagen, aus denen Empörung, Wut und das Gefühl des Betrogen-Seins sprechen – angesichts der Tatsache, von der Geschichte überholt worden zu sein. So erzählt Heidemarie Lieb: *»Und dann, kaum waren wir drüben, fiel die Mauer, ne? Wir sind am 13. August ausgereist, '89, und ein paar Monate später war sie... Ich saß dann in Schweden und hörte das, und dann hab ich gedacht: Das darf doch wohl nicht wahr sein. Da haben die uns zweieinhalb Jahre für nichts und wieder nichts geknebelt.«*

Zu guter Letzt gibt es noch Fälle wie den von Dieter Fürst, der schlichtweg keine Worte mehr für seine Gefühle findet. Zu hoch waren die emotionalen Kosten der Ausreise, zu dicht ist der Nebel der Erinnerung, zu unzugänglich das Terrain der Vergangenheit. Ein Ausschnitt aus dem Interview:

Interviewerin: Ich würde Sie gerne noch fragen, wie Sie die Wende erlebt haben?

Dieter Fürst: *Also, ich bin von einem Cousin meiner Frau angerufen worden: «Wir sind jetzt in Westberlin.» Ich sag: «Was?» – «Ja, die Mauer ist gefallen.» Das war alles, wir [...] haben kein Fernsehen geguckt, wir haben nichts mitgekriegt, wurden da angerufen und von außerhalb, wenn man's so will, informiert. [...] Und da hab ich dann erstmal den Fernseher angemacht und hab geguckt.*

Interviewerin: Und was ist Ihnen da so durch den Kopf gegangen?

Dieter Fürst: *Das weiß ich nicht mehr, ehrlich. [Lange Pause]*

Die erste Zeit nach dem Mauerfall

Die verbreitete Fassungslosigkeit und Euphorie ob des Geschehens korrespondierte im Herbst 1989 vielfach mit dem Bedürfnis nach aktiver Teilhabe. Maria Fink erinnert sich: *»Das war ne unglaubliche Freude, das war einfach nicht zu fassen. [...] Eigentlich hätt' ich müssen gleich nach Berlin fahren, so von meinem Gefühl. [...] Als ich die dort hab die Mauer hochkrabbeln sehn, hab ich gedacht: Eigentlich müsstest du jetzt dabei sein.«*

Maria Fink ist nicht die Einzige, die hin und weg ist vom Geschehen um den 9. November – oder vielmehr: weg und hin will zum Geschehen. Jedoch korrespondierte das gefühlte *»Ich muss dahin, muss mal eben nach Berlin«* oft mit einem realen Verhaftet-Bleiben. Die Gründe dafür waren vielfältig; im Interview zeigte sich vielfach ein Art Rechtfertigungszwang: Etwaige Notwendigkeiten des Alltags im Westen (*Die Arbeit! Die Abiturprüfungen!*) wurden ebenso angeführt wie ein subtiles Unbehagen gegenüber der ostdeutschen Herkunftsregion und ihrem Grenzregime. Jan Becker, der damals 20 Jahre alt war, sagt: *»Ich fand das eine bedrückende Vorstellung, an die Grenze zu reisen und das nochmal zu sehen. [...] Besonders, nachdem nochmal deutlicher wurde, wie viele Menschen [da] gestorben sind. Konnte ich mich in dem Moment nicht dazu überwinden, dorthin zu fahren und zu feiern.«*

Mittelfristig leisteten viele Übersiedlerinnen und Übersiedler am jeweiligen Herkunftsort Habitus-spezifische »Entwicklungshilfe«. So organisierte das kirchlich engagierte Ehepaar Kowalski Kopiergeräte für ein neu gegründetes katholisches Magazin; die Krankenschwester Ruth Weger schulte Kolleginnen im Umgang mit Diabetes; und die Psychologin Ulrike Becker organisierte Treffen ost- und westdeutscher Frauengruppen. Im Zuge der materiellen und instrumentellen Hilfen wurden wechselseitig Kompetenzen und Wissensbestände angeeignet und vermittelt; vor allem aber trugen die sozialen Begegnungen dazu bei, sich über Gemeinsam-

keiten und Unterschiede in den gelebten Biographien zu verständigen. Dass dabei immer auch Bitterkeit respektive Scham angesichts der unterschiedlichen Lebensverhältnisse zum Vorschein kam, veranschaulichen die Erzählungen ebenfalls auf beeindruckende Art und Weise.

Generell erscheint die unmittelbare Nachwende-Zeit in den Interviews immer auch als eine Zeit der biographischen Selbstverortung und Reflexion. Angehörige beider familialer Generationen von Übersiedlerinnen und Übersiedlern suchten nun verstärkt den gedanklichen respektive den realen Ort ihrer Herkunft auf und konfrontierten sich so aktiv mit ihren DDR-Erinnerungen. Manche von ihnen taten dies eher situativ und punktuell – etwa, wenn sie bei Besuchen aus »Insider-Sicht« (Foto-)Essays über die ehemalige »DDR« verfassten; andere setzten sich aktiv über einen längeren Zeitraum mit dem Herkunftsland auseinander, indem sie nach Ostdeutschland remigrierten bzw. Berlin als »dritten Ort« zum Lebensmittelpunkt machten.

Generell fällt bei der analytischen Materialdurchsicht auf, dass das Erzählen über die »Wende« immer auch bedeutet, soziale Positionierungen vorzunehmen und zwar in mehrerlei Hinsicht: In Bezug auf die eigene Zugehörigkeit zu »Ost« oder »West«; in Bezug auf die im Osten zurückgelassenen Herkunftsfamilien; und in Bezug auf den »biographischen Sinn« der Migration. Diese drei Aspekte sollen abschließend noch kurz beleuchtet werden.

Ossi, Wessi oder was? Kulturelle Zugehörigkeiten

Als im November 1989 die Berliner Mauer fiel, hatten sich die meisten der interviewten Familien gerade mühsam ein Fundament für ihre neue Existenz in Westdeutschland geschaffen. Nach einer langen Zeit des Übergangs, die von diversen Abhängigkeiten und hohem Anpassungsdruck gekennzeichnet war, verfügten sie endlich wieder über ein eigenes Zuhause, hatten sich beruflich und schulisch neu orientiert und bescheidene materielle Absicherung erlangt. Zudem waren sie einigen, wenigen Menschen begegnet, die sich für ihre Migrationsgeschichten und die Verhältnisse in ihrem Herkunftsland interessierten.

Dass die DDR für die meisten Westdeutschen in den 1980er Jahren weit weg war, hatten die Übersiedlerinnen und Übersiedler schon bei ihrer Ankunft in der Bundesrepublik erfahren – etwa durch naive Fragen wie »Spricht man dort Russisch?«. Dieser Eindruck bestätigte sich nun im Kontext des Mauerfalls. So erzählt Clara Kowalski: »Als der [Stadtrat] sagte, [...] in Berlin ist die Mauer gefallen, [...] da saß neben mir ne Kollegin [...], und dann sagte die zu mir: ›Du, das gibt ne Steuererhöhung.‹ Das werde ich nie vergessen! Sie hat

ja Recht gehabt. Aber die hat das sofort... Das war so ne richtige Münchnerin, die überhaupt keinerlei... Die wusste zwar... Aber sie hat gesagt: ›Du warst für mich total hier eingebunden, ich hab nie gedacht, dass du ne Beziehung zur DDR hast.‹

Neben zweifelhaften Komplimenten wie diesem, das an positiven Rassismus erinnert und exemplarisch das Hierarchiedenken vieler Westdeutscher widerspiegelt, erfuhren die Übersiedlerinnen und Übersiedler im Kontext der »Wende« neue Fremdzuschreibungen: »[Da] war man plötzlich wieder der DDR-Bürger bei vielen«, erzählt Rosa West, die in einem schwäbischen Dorf lebt, »und dann fingen manche erst an, sich zu interessieren. Oder es auch nicht so toll zu finden, dass die dann [...] alle gekommen waren. [...] In Gesprächen [hieß es dann] so: ›Die sollen mal alle drübenbleiben. Die nehmen uns das bisschen Arbeit hier auch noch weg.‹ Das war nie so persönlich, weil man ja lange genug da war. Aber das Thema war schon so ein bisschen... Vielleicht war man auch empfindlich, aber man hat's anders gehört.«

Die Übersiedlerinnen und Übersiedler reagierten unterschiedlich auf die Stereotypen und Ressentiments der Westdeutschen: Befremden, Resignation oder ironische Distanzierung lassen sich ebenso aus den erzählten Erinnerungen ablesen wie das Bedürfnis nach »Aufklärung«. So versuchte der damals 20-jährige Paul West, der die ad hoc einsetzende massenhafte Ost-West-Wanderung selbst skeptisch verfolgte (»Mein erstes Gefühl bei der Wende war: Muss ich jetzt noch weiter Richtung Westen? Schließlich haben meine Eltern so viel Aufwand betrieben, sich vor diesen Leuten zu retten, die jetzt alle hierherkommen.«), die Vorurteile der westdeutschen Gleichaltrigen zurückzuweisen, indem er die Erfahrung des ehemals geteilten Alltags und die damit verbundenen Wissensbestände für sich reklamierte: »Nach der Wende hab ich immer gesagt: Ich darf die Ostler hassen, [...], weil ich weiß, was das für Lumpenhunde sind. Aber als dann hier jeder schimpfte auf die Ostler, da hab ich gesagt: Nee, nee, so einfach isses auch nicht!«

Die als ambivalent empfundene Haltung gegenüber »den« Ostdeutschen ist kein Einzelfall. Denn viele ehemals Ausgereiste sind davon überzeugt, dass die Menschen in Ostdeutschland in den »Wende«-Jahren von »Westlern« übervorteilt und massiv gedemütigt wurden: Der seit 1989 zu beobachtende »Import« von als inkompetent wahrgenommenen »Besser-Wessis« sowie der Export von materiellem Kulturerbe (»Die Holländer haben damals in Leipzig anhängsweise die Antiquitäten weggekartt.«) und die Zerschlagung gewachsener Strukturen rufen bei den ehemals Ausgereisten bis heute Empörung hervor und tragen nachhaltig zur Solidarisierung mit den im Herkunftsland Verbliebenen bei. Zugleich wird aus den Narrationen aber auch immer wieder deutlich, dass den Befragten »die« Menschen in Ostdeutschland teilweise bis heute fremd sind. In den Interviews manifestieren sich diese Fremdheitsgefühle

- in der Irritation über den ostdeutschen Normal-Lebenslauf: *»Da bin ich heilfroh, dass ich diesen Weg nicht [gehen] musste. [...] Dass ich mich nicht so früh für einen Beruf entscheiden musste. Oder heiraten, weil man dann zusammenziehen kann! Schrecklich!«*
- in der Wut über die fehlende Auseinandersetzung mit der SED-Vergangenheit: *»Dann hab ich gedacht: Jetzt ist die Luftblase geplatzt, und jetzt ist alles nicht wahr? Es war keiner bei der Stasi, es war keiner in der SED? Was ist das denn?«*
- im Unverständnis über die weitverbreitete Unzufriedenheit: *»Also ich kenne niemand, der nicht auf die Füße gefallen ist. Aber es gehört ja zum guten Stil im Osten, zu meckern. Obwohl's denen saugt geht! Im Verhältnis zu früher!«*
- in der Abscheu vor der sogenannten Ostalgie: *»Die Leute, die so eine DDR-Nostalgie haben – das bringt mich um den Verstand! [...] Die haben aus meiner Sicht einen Rückschaufehler. Denen wünsch ich dann, dass es einen Knall gibt und es ist wieder, wie's war, mit allem Furchtbaren.«*

Vereinigtes Land, gespaltene Familien? Positionierungen im familialen Kontext

In der biographischen Rückschau beschreiben viele Übersiedlerinnen und Übersiedler die »Wende« auch als einen Kulminationspunkt der innerfamilialen Dynamiken: Stellte sich doch durch den Mauerfall und die damit veränderten Rahmenbedingungen des Alltagslebens die Frage, wer von den familialen Akteuren nun wo stand – ideologisch, moralisch, sozial und ökonomisch – und die biografisch »richtigen« bzw. »falschen« Entscheidungen getroffen hatte.

In vielen Familien brachen zur »Wende«-Zeit latente familiäre Konflikte wieder auf. In den Interviews zeigt sich dies an beiläufig zitierten, von Neid zeugenden Bemerkungen zurückgelassener Familienmitglieder: *»Ihr seid ja wohl die Sieger der Geschichte!«* bekam etwa eine Familie zu hören, die noch im November 1989 ausgereist war und im Westen Fuß gefasst hatte, bevor die massenhafte Ost-West-Migration und der Niedergang der ehemaligen DDR eingesetzt hatten.

Drastischer gestaltete sich die innerfamiliale Auseinandersetzung, wenn die Familien-Mitglieder explizit unterschiedliche politische Ansichten vertreten hatten – wie im Fall der »roten Schwester« von Maria Fink: *»Meine älteste Schwester war mit achtzehn Jahren Parteigenossin geworden [...]. Das ist [...] bis heute ein Familiendrama. [...] Und wir trauen uns eigentlich bis heute nicht so richtig ranzugehen, ans Thema. Einmal sind wir darauf gekommen, da ging's drum, wo nach der Wende die ganzen Stasi.... Da sagt sie: Habt ihr eigentlich gedacht, dass*

ich bei der Stasi war? Ich sag: Naja, wir haben's nicht ausgeschlossen! Und da war sie sehr beleidigt. Weil, für sie war ein großer Unterschied zwischen Parteizugehörigkeit und Stasi. Sie fand halt Stasi auch schlimm, vor allen Dingen, was dann auch bekannt geworden war, und hat also glatt gesagt, dass hätte sie alles nicht gewusst. Ich sag: Das kann nicht sein! Das gibt es nicht! Du hast eigentlich mit deiner Parteizugehörigkeit das total unterstützt, dass diese ganzen Sachen abgelaufen sind!«

Von der (eigenen) Geschichte eingeholt? Zum biographischen Sinn der Ausreise

Wie bewerten die Angehörigen beider Generationen nun heute, vor dem Hintergrund des Endes der deutsch-deutschen Teilung, ihre Ausreise?

Lässt man die Interviews Revue passieren, zeigt sich auf den ersten Blick ein sehr positives Gesamtbild: Die meisten Befragten wiesen darauf hin, wie sehr die Ausreise ihrer Biographie eine positive Wendung gegeben habe. Allerdings gilt es, wie generell bei Interviews, auf Widersprüchlichkeiten und Auslassungen zu achten. Ein Beispiel dafür ist der Ausschnitt aus dem Interview mit der ansonsten eher redseligen Doris Fürst, die im Zuge eines Hauserbes in Niedersachsen für ihre Familie die Ausreise beantragt hatte. Sie wird sehr einsilbig, als die Rede auf die retrospektive Bewertung des Familienprojekts Ausreise kommt:

Interviewerin: Und dann ist die Mauer gefallen...

Doris Fürst: *Aber dann hab ich trotzdem gesagt: Nein, es war schon gut, dass wir schon früher da waren.*

Interviewerin: Ja?

Doris Fürst: *Doch, also der Rasen, [...] das war alles voller Johannisbeeren, es war höchste Eisenbahn, hier war 'ne Katze, die hat das alles so zerkratzt schon... war schon einiges im Argen, nicht? Und es war höchste Zeit, dass wir das hier übernommen haben. [Pause]*

Interviewerin: Wenn diese Erbschaft nicht gewesen wäre, wären Sie in der DDR geblieben?

Doris Fürst: *Dann wären... wahrscheinlich... Wahrscheinlich, mhm.*

Insgesamt ist vor dem Hintergrund der Interviewaussagen deutlich geworden, dass das Erzählen über und Erinnern an die Wende aus Akteursperspektive stets mit kulturellen, sozialen und familialen Positionierungen einhergeht. Offenkundig wurde auch, dass die Wende-Erzählungen der Übersiedlerinnen und Übersiedler nicht nur als ein Ausdruck der inneren und äußeren Auseinandersetzung mit der eigener Ost-West-Identität gelesen werden können, sondern sich darin auch die Stereotypen, kultu-

rellen Differenzen und Abgrenzungsmechanismen der Aufnahmegesellschaft – und das Befremdet-Sein der zurückgelassenen Familienangehörigen – spiegeln: Insofern erscheint »die Wende« in der erzählerischen Retrospektive immer auch als ein Seismograph für das subjektive Zugehörigkeits- respektive Fremdheitsgefühl der ehemals Ausgereisten.

Der Interpretation, dass ehemals Ausgereiste rund 30 Jahre nach der Ost-West-Migration (noch immer) zwischen allen Stühlen sitzen, würden die meisten Interviewten wohl widersprechen. Nicht von der Hand zu weisen erscheint jedoch der Eindruck einer leisen biographischen Verunsicherung, die sich durch alle Interviews zieht und in engem Zusammenhang mit den Geschehnissen der »Wende« steht: Bot der Zusammenbruch des Systems doch einerseits die Option der späten Genugtuung und der moralischen Legitimation des eigenen Tuns; andererseits erschienen aber auch angesichts der offenen Grenzen und der nun massenhaft einsetzenden Ost-West-Migration die eigenen Kosten und Mühen fragwürdig und der Sinn der Ausreise nachhaltig in Frage gestellt.

Erschienen auf DA Online am 7.10.2019.

Anmerkungen

- 1 In der einschlägigen Literatur werden auch höhere und niedrigere Zahlen von DDR-Emigrantinnen und -Emigranten genannt; vgl. Bettina Effner und Helge Heidemeyer, Die Flucht in Zahlen, in: dies. (Hg.), Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Berlin 2005, S. 27–31; Renate Hürtgen, Ausreise per Antrag. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, Göttingen 2014, hier S. 11 sowie S. 55.
- 2 Vgl. Anja Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 91), München 2012, hier S. 57.
- 3 Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 2. Auflage 1999, hier S. 285; Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn 2009, hier S. 188–192; Hürtgen, Ausreise per Antrag (Anm. 1), hier S. 10.
- 4 Ebd., hier S. 74.
- 5 Die Monographie zum Forschungsprojekt wird unter dem Titel »Geteiltes Land, gespaltene Familien?« im Jahr 2020 erscheinen. Weitere Publikationen der Autorin zum Thema unter: https://www.ekwee.uni-muenchen.de/personen/mitarbeiter/wehr_laura/publikationen/index.html, letzter Zugriff 7.10.2019.
- 6 Vgl. Laura Wehr, Vergessene Migrationsgeschichte/n? Die Ausreise aus der DDR in der Erinnerung von Übersiedler-Eltern und -Kindern, in: Deutschland Archiv, 14.12.2016, <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/238655/vergessene-migrationsgeschichten-die-ausreise-aus-der-ddr>, letzter Zugriff 7.10.2019.
- 7 Alle verwendeten Personennamen sind Pseudonyme.



Blick auf den Atompilz auf einem Testgelände in Nevada am 23. Mai 1953. Hunderte hochrangiger US-Militärs sowie Kongressmitglieder waren anwesend, als erstmalig in der Geschichte eine Atombombe mittels eines neuartigen Artillerie-Geschützes (r) abgeschossen wurde.

Bernd Greiner

Spuren und Lehren des Kalten Krieges

Der Kalte Krieg kann aus unterschiedlichen Gründen als eigenständige Epoche beschrieben werden. Nie zuvor wurde ein Streit um unvereinbare Weltanschauungen – in diesem Fall der Streit zwischen Staatssozialismus und Parteidiktatur auf der einen Seite, freier Marktwirtschaft und repräsentativer Demokratie auf der anderen – mittels der Drohung beiderseitiger Vernichtung ausgetragen, genauer gesagt mit Waffensystemen, deren Einsatz das Überleben der gesamten Menschheit in Frage gestellt hätte. Auch in Deutschland Ost und West hielten beide Bündnisysteme entsprechend umfangreiche Waffenarsenale in Bereitschaft, aber nicht nur hier.

Nie zuvor machten ganze Bündnissysteme ihre Sicherheit von der globalen Multiplikation des eigenen und einem gleichzeitigen Bankrott des konkurrierenden Gesellschaftsmodells abhängig, nie zuvor versuchten sie den jeweils anderen noch aus dem hintersten Winkel der Erde zu vertreiben. Nie zuvor investierten moderne Gesellschaften derart viele Ressourcen in Militär, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Propaganda und Kultur um eines einzigen Zieles willen – zur Demonstration ihrer Überlegenheit in einem überzüchteten Wettbewerb der Systeme.

Kurz: Nie zuvor benahmen sich Weltmächte und ihre Verbündeten jahrzehntelang so, als befänden sie sich im Krieg, ohne unmittelbar gegeneinander Krieg zu führen. Deshalb ist die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts einzigartig.

Der »historische Ort« des Kalten Krieges

Aber nicht alles, was weltweit während des Kalten Krieges geschah, passierte wegen des Kalten Krieges. Dekolonialisierung, Globalisierung und Modernisierung wären auch unter anderen Vorzeichen zum Zuge gekommen, in veränderter Form wahrscheinlich, aber nicht minder wichtig. Und die während des Zweiten Weltkrieges gemachten Gewalterfahrungen samt der damit verbundenen Traumatisierung und Angst waren in das kollektive Gedächtnis zahlreicher Gesellschaften ohnehin eingeschrieben.

Viele der nach 1945 geführten Kriege hingen allenfalls indirekt mit der machtpolitischen Konkurrenz der Supermächte zusammen. Gleiches gilt für innenpolitische Wendepunkte wie die Bürgerrechtsbewegung in den USA, den Kampf gegen die Apartheid in Südafrika oder das Aufbegehren der »68er Generation« in Asien, den USA und Europa – von den weltweiten Umweltschutzkampagnen ganz zu schweigen, die auch ohne die Querverbindungen zu Friedensaktivisten und anderen Kritikern des Kalten Krieges die etablierte Politik unter Druck gesetzt hätten.

Die Rolle von Nuklearwaffen als »Treibstoff« des Kalten Krieges

Als die UdSSR im August 1949 ihre erste Atomwaffe testete und damit das amerikanische Monopol durchbrach, trat das Wesentliche des Kalten Krieges zutage: Der Streit um unvereinbare Weltanschauungen wurde ab sofort mittels der Drohung beiderseitiger Vernichtung ausgetragen – ein welthis-

torisches Novum. Zudem setzte sich ein fataler Gedanke durch: Atomwaffen sind politische Waffen, wer als Großmacht glaubwürdig sein will, kann auf sie nicht verzichten. Die Nachricht von der sowjetischen Atombombe beschleunigte in den USA den Bau einer thermonuklearen Superwaffe, die ihre Energie nicht durch Kernspaltung, sondern durch Kernfusion freisetzt. Eine im Frühjahr 1954 getestete Wasserstoffbombe übertraf mit 15 Megatonnen die Sprengkraft ihres gegen Hiroshima eingesetzten Vorgängers um das 750fache. Sieben Jahre später brachte es die von der UdSSR erprobte »Zar-Bombe« auf 50 Megatonnen und einen auf 64 Kilometer Höhe aufgetürmten Atompilz. Bis Mitte der 1980er Jahre wuchsen die Arsenale beider Supermächte auf über 60 000 Sprengköpfe, genug, um den gesamten Globus und mit ihm die Menschheit gleich mehrmals zu vernichten.

Dennoch stellte sich keine politische Ernüchterung ein. Im Gegenteil. Immer mehr Staaten strebten nach dem Besitz von Nuklearwaffen. Frankreich, Großbritannien, die Volksrepublik China und Israel waren bis Ende der 1960er Jahre ebenfalls Atommächte, später folgten Indien, Pakistan und Nordkorea. Verlässliche Haushaltsdaten fehlten auf allen Seiten. Angeblich gaben allein die USA während des Kalten Krieges fünf Billionen Dollar für Weltuntergangswaffen aus. Davon abgesehen, kann die psychologische Bedeutung von Atomwaffen gar nicht hoch genug veranschlagt werden: Sie schürten das beiderseitige Misstrauen, nährten Bedrohungsängste und verfestigten Feindbilder. Auch und gerade deshalb sollten sie als der wichtigste »Treibstoff« des Kalten Krieges gesehen werden.

»Heiße Kriege« in der Dritten Welt

Nach 1945 wurden in der Dritten Welt in rund 150 Kriegen vermutlich 22 Millionen Menschen getötet. Diese Bilanz geht nicht allein auf die Rivalität der Supermächte zurück. In vielen Fällen gaben regionale Machtkämpfe, Bürgerkriege und Stammesfehden den Ausschlag – oder die Befreiung von kolonialer Herrschaft. Aber Ost wie West ergriffen in der Mehrzahl der Fälle politisch Partei, unterstützten ihre Günstlinge mit Geld und Waffen, entsandten Militärberater, Söldner und bisweilen auch eigene Truppen. Weil beide Blöcke in der Dritten Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch Fuß fassen wollten, wurden lokale Konflikte intensiviert und künstlich in die Länge gezogen. Das Engagement der Supermächte eröffnete den Empfängern oft ungeahnte Handlungsspielräume. Allein die Drohung, ins gegnerische Lager zu wechseln, hielt die jeweilige Schutzmacht bei der Stange und trieb den Preis des Krieges weiter nach oben. Die Hin-

terlassenschaften heißer Kriege im Kalten Krieg werden auf unabsehbare Zeit spürbar bleiben: Umweltgifte und Beschädigungen des Erbguts (Vietnam), großflächig versteckte Landminen (Angola), Bevölkerungsverluste (Kambodscha, Nicaragua, El Salvador, Guatemala) oder politische Radikalisierung (Afghanistan).

Eskalation und De-Eskalation von Krisen im Kalten Krieg

Zwanzig von gut vierzig Jahren des Kalten Krieges standen im Zeichen akuter politischer und militärischer Krisen. Regelmäßig wurden Truppen mobilisiert, Atombomber, Interkontinentalraketen oder Unterseeboote in Alarmbereitschaft versetzt und Eskalationsszenarien durchgespielt, um die Gegenseite unter Druck zu setzen, zu verunsichern oder gar mit unabwägbareren Risiken zu konfrontieren. In manchen Fällen gaben die Hegemonialmächte USA und UdSSR den Anstoß, bisweilen drängten »kleine Akteure« wie Nord- und Südkorea oder Kuba in den Mittelpunkt, und mitunter griffen Auseinandersetzungen zwischen Bündnispartnern über die geographischen und politischen Grenzen der west-östlichen Paktsysteme hinaus.

Teilweise wurden die Konflikte an der europäischen »Zentralfront« des Kalten Krieges ausgetragen, teilweise im Nahen Osten, in Asien, Afrika und Lateinamerika. So unterschiedlich die Beteiligten und die Schauplätze, so verschieden waren auch die Ursachen und Anlässe. Zeittypische, der internationalen Konstellation nach 1945 geschuldete Faktoren vermengten sich mit Impulsen aus anderen Epochen.

Trotz des unbestreitbaren Gewichts der Supermächte sollte der Blick über Washington und Moskau hinausgehen. Dass Mao den Krieg in Korea eskalierte; dass er am Ussuri 1969 einen Grenzkrieg mit der UdSSR anzettelte; dass Nordkorea die treibende Kraft beim Überfall auf den Süden des Landes war und Ende der 1960er Jahre erneut einen Vereinigungskrieg lostreten wollte; dass Fidel Castro während der Kuba-Krise keine Gelegenheit ausließ, um eine diplomatische Beilegung des Konflikts zu sabotieren, dass er für den Fall einer amerikanischen Invasion der Insel Chruschtschow gar zu einem nuklearen Erstschlag gegen die USA riet und dass er 25 Jahre später in Angola erneut die Konfrontation suchte – all dies zeigt die Grenzen der amerikanisch-sowjetischen Abschreckungspolitik auf.

In der Erwartung formuliert, es stets mit einem kalkulierbaren und im Zweifel erpressbaren Gegner zu tun zu haben, sah man sich allzu oft Akteuren gegenüber, die sich nicht einschüchtern und schon gar nicht demütigen lassen wollten, die sich also den Rationalitätserwartungen

der Abschreckungsdoktrin entzogen. Insofern gibt die Politik der »Kleinen« Auskunft über die Möglichkeiten und Grenzen einer Bändigung des Streits zwischen den »Großen«.

Auch die Beziehungen der Hegemonialmächte zu ihren wichtigsten Verbündeten waren überraschend konfliktrichtig. Zu korrigieren ist vor allem die These, dass die sowjetische Führung internationale Spannungen und Krisen durchweg als Instrument zur bündnispolitischen Disziplinierung einsetzen konnte. In vielen Fällen waren es ausgerechnet die Hinterassen in Osteuropa, vor allem die DDR, die eine Annäherung Moskaus an die Klassenfeinde im Westen als Gefährdung ihrer innenpolitischen Ordnung sahen und sie folglich hintertrieben.

Ebenso wenig konnten sich die USA der Disziplin ihrer politischen Freunde gewiss sein. Die Alleingänge Großbritanniens und Frankreichs sind hinlänglich bekannt, nicht zuletzt ihr Beitrag zum »kleinen Tauwetter« Mitte der 1950er Jahre. Aber auch Kanada und die skandinavischen NATO-Mitglieder drängten in internen Konsultationen wiederholt auf Alternativen zur »Politik der Stärke«. Wie auch immer: Ob Krisen und Konflikte angeheizt oder eingedämmt wurden, hing von volatilen, in ihrer Stoßrichtung kaum berechenbaren Konstellationen und Interessen ab.

Mikrokosmen des Kalten Krieges

In jüngster Zeit nimmt das Interesse an einer Mikroperspektive auf den Kalten Krieg zu. »De-Centralizing the Cold War«, so der forschungsleitende Begriff, steht im Grunde für den Versuch, neben der Diplomatie- und Militärgeschichte – genauer gesagt: ergänzend zu ihr – die Gesellschaftsgeschichte zu Wort kommen zu lassen. Gefragt wird nach sozialen Praxen, kulturellen Gewohnheiten und wirtschaftlichen Beziehungen unterhalb des Radars der »großen Politik«.

Wollte man einen gemeinsamen Nenner dieser diversifizierten Ansätze benennen, so ließe sich von einer Thematisierung »verflochtener Parallelwelten« sprechen – von Sphären also, die sich wechselseitig beeinflussen und zugleich auf merkwürdige Weise ihr Eigenleben behalten. »Top-down« oder »bottom-up«-Analysen sind dabei methodisch nur von begrenztem Wert, man muss vielmehr auf Prozesse gegenseitiger Aneignung und Transformation achten.

Im Grunde geht es um Anpassungsleistungen, um eine »Übersetzung« politisch-ideologischer »Rahmenrichtlinien« in den Alltag, um die daraus resultierenden Reibungsverluste und Neuorientierungen. Dem entspricht

die Bandbreite einschlägiger Untersuchungen: Studien zur Geschichte der geteilten Stadt Berlin stehen neben Analysen von hochgeheimen Forschungszentren in Ost und West, die einerseits auf extreme Abschottung bedacht waren und dennoch auf vielfältige Weise mit ihren zivilen Umfeldern verbunden blieben, Betrachtungen zum Alltag in Städten mit hohem Anteil ausländischer Truppen werden ergänzt um Studien zum Zivilschutz und staatlich-privaten Bunkerbau. Nicht zuletzt geht es um die Produktion und Zirkulation von Wissen und um Imaginationen von Gegenwart und Zukunft.

Ende und Erbe des Kalten Krieges

Erstaunlich ist nicht nur, wie unerwartet und wie schnell der Kalte Krieg zu Ende ging. Erstaunlich ist vor allem, dass die Umwälzung in den meisten Fällen mit friedlichen Mitteln erfolgte. Das gilt für Polen und Ungarn, die den Reformeifer Gorbatschows seit 1988 noch übertrafen, ebenso wie für die DDR. Zwar schloss die dortige Führung eine »chinesische Lösung« – die gewaltsame Unterdrückung von Protesten wie auf dem Tiananmen-Platz in Peking Anfang Juni 1989 – nicht aus. Weil aber die Rückendeckung aus Moskau fehlte und die Massenproteste von Tag zu Tag anschwellen, schreckte man zurück.

In Rumänien hingegen erschoss die Armee tausende Demonstranten, ehe das alte Regime abtreten musste. Selbst Michael Gorbatschow setzte gegen den Zerfall der UdSSR 1990 Militär ein: in Aserbaidschan, Litauen und Lettland. Vergeblich. Am 31. Dezember 1991 hörte die Sowjetunion auf zu bestehen, zehn Monate nach der Auflösung des Warschauer Pakts und nicht mit einem »big bang«, sondern still und leise.

Gleichwohl blieb der Kalte Krieg – in Ost und West – auf unterschiedliche Weise präsent. Denkgewohnheiten, Unsicherheitswahrnehmungen, Feindbilder und Stereotype verschwinden ebenso wenig über Nacht wie die Institutionen, die zum Zwecke des Kalten Krieges aufgebaut worden waren und denselben fast ein halbes Jahrhundert lang am Laufen hielten – wobei die bürokratischen Eigeninteressen und das Beharrungsvermögen von Militärapparaten und Geheimdiensten besonders ins Gewicht fallen.

Ob man dieses komplexe Beziehungsgeflecht als »Staatlichkeit im Wandel« oder »deep state« bezeichnet, ist letztlich egal. Es kommt darauf an, der Frage nachzugehen, wie anpassungsfähig diese Institutionen sind oder inwieweit sie versuchen, eigene Interessen und Deutungsmacht in einem geänderten Umfeld weiterhin durchzusetzen.

Erinnerungsorte und Mythen

Die Erinnerung an den Kalten Krieg wird museal aufbereitet an den Orten des Geschehens, in Museen oder Ausstellungen. Die Interpretationen sind so vielfältig wie die ehemals Beteiligten, sie spiegeln nationale Sichtweisen oder politische Vorgaben. In Vietnam stehen die von US-Truppen verübten Kriegsverbrechen im Mittelpunkt. Südkorea schreibt eine seit den 1950er Jahren gültige Erzählung von unschuldiger Opferschaft und heldenhafter Gegenwehr fort – derweil in Ostmitteleuropa die Zeit nach 1945 vor allem als sowjetische Fremdbestimmung beschrieben wird.

In den USA und Großbritannien wird der Kalte Krieg primär als Wettlauf um die besten Flugzeuge, Panzer und Schiffe inszeniert, teilweise auch als Nervenkitzel an ausrangierten Abschussanlagen für Raketen. Museen der Teilstreitkräfte und virtuelle Orte im Internet halten die Erinnerung in Russland wach. In Deutschland sind Atombunker, Überbleibsel an der deutsch-deutschen Grenze und für die Flucht aus dem Osten gebaute Tunnelanlagen zu besichtigen, mehrheitlich aber Relikte staatlicher Überwachung und Haft in der DDR. Insgesamt ist ein Defizit besonders auffällig: Nirgendwo wird der Kalte Krieg bisher als weltumspannende Geschichte erzählt.

Gedanklich überlebt hat der Kalte Krieg auch in Gestalt seiner taktgebenden Mythen. Mythen stehen – egal zu welcher Zeit und an welchem Ort – unter anderem für den mehr oder weniger zielführenden Versuch, das Unverständene und nicht Verstehbare zu bändigen. Konsequenterweise avancierte der Spion in Ost und West zum mythologischen Prototypus seiner Zeit. Seinem geheimnisumwitterten Treiben konnte man alles und jedes zuschreiben: den Ausbruch von Kriegen, technologische Rückschläge, innenpolitische Unruhen.

Zugleich nährte die Jagd auf Spione auch die Illusion, das verdinglichte Böse buchstäblich aus der Welt schaffen zu können. Andererseits setzte der Kampf gegen das Geheimnisvolle strikte Geheimhaltung voraus. Genauer gesagt den Aufbau von Apparaten und Institutionen, die für das Versprechen von Sicherheit einen vertrackten Preis forderten: Abschottung, Intransparenz, Exklusion.

Damit aber schließt sich der Kreis. Wird gesichertes Wissen rar, schlägt die Stunde politischer Spekulanten und all jener, die Fiktives zum Faktischen erklären und umgekehrt. Im Verfertigen von Verschwörungstheorien haben sie ihre Beschäftigung und eine bis heute stetig wachsende Kundschaft gefunden – denn nichts bedient die Erwartung an Teilhabe, Offenbarung und Wissen besser als die Skandalisierung des Arkanums und

der Diskurs über mythenumrankte Verschwörungen in Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft. Selbstverständlich hat es dergleichen auch vor 1945 gegeben; aber für Verschwörungstheorien wirkte der Kalte Krieg wie politisches Doping.

Wie hängt der Kalte Krieg mit unserer Gegenwart zusammen?

Eine weithin unterschätzte Grundfrage ist, welchen Beitrag geschichtliches Wissen über den Kalten Krieg für eine politische Zeitdiagnose leisten kann? Einen erheblichen – unter mehreren Gesichtspunkten:

Konfliktmoderation

Wer den Kalten Krieg hauptsächlich als Epoche von Krisen und Kriegsgefahr beschreibt, erzählt eine unvollständige Geschichte. Nicht minder relevant – und mit Blick auf aktuelle Verwerfungen ebenso aufschlussreich – sind die Versuche zur Moderation und Eindämmung dieses Konflikts. Sie markieren Knotenpunkte, an denen scheinbar eingefrorene Denk- und Handlungsmuster verflüssigt und Grenzen des Sag- und Machbaren getestet, umgangen oder gar außer Kraft gesetzt wurden.

Für Historiker ist dieses Kapitel des Kalten Krieges wegen zahlreicher Forschungs- und Wissenslücken eine fachwissenschaftliche Herausforderung. Vor dem Hintergrund der sich seit Jahren eintrübenden internationalen Beziehungen dürfte es aber auch für die politische Bildung und die öffentliche Diskussion im Allgemeinen von Interesse sein. Ertragreicher als die vordergründige Suche nach Gemeinsamkeiten zwischen alten Eskalationsmustern und einem »neuen Kalten Krieg« erscheint eine derartige Herangehensweise in jedem Fall.

Auf der nördlichen Halbkugel wird die zwischenstaatliche Moderation von Krisen und Konflikten als Entspannungspolitik oder Detente bezeichnet. Seit den späten 1960er Jahren forciert, setzte sie klassische Prinzipien der Diplomatie wieder in ihr Recht: Unterschiedliche Wertvorstellungen und scheinbar unvereinbare Interessen sollen kein Hemmnis für Verhandlungen sein, auch hartnäckige Feindbilder können durch persönliche Gespräche abgebaut werden, regelmäßige Kontakte bringen in ruhigen Zeiten Bewegung in die Politik und beruhigen sie, sobald schwere Wetter aufziehen.

Es ging also um die Produktivität von Entschleunigung und um Kommunikation als Wert an sich. Wer der Versuchung des schnellen Urteils widersteht, kühlt Emotionen ab, gibt allen Beteiligten die Chance zur

Selbstkorrektur und öffnet Spielräume. Und bewertet Interessenausgleich, Kompromiss und den Respekt vor legitimen Sicherheitsinteressen der anderen Seite höher als ideologische Diskreditierung und politische Bloßstellung.

Die Rede ist also vom Goldstandard bilateraler wie multilateraler Beziehungen – von Vertrauen. Bestand die klassische Politik des Kalten Krieges darin, den Gegner über die eigenen Absichten im Unklaren zu lassen und mit fortgesetzten Nadelstichen zu verunsichern, also mit Vorsatz Misstrauen zu säen, so bezeichnet Entspannungspolitik den beiderseitigen Verzicht auf derlei psychologische Abnutzungsstrategien. Das neue Credo fußte auf dem altbekannten Leitmotiv: Sobald Kontrahenten weniger übereinander und stattdessen mehr miteinander reden, versetzen sie sich in die Lage, Strittiges nicht allein vom eigenen Standpunkt, sondern auch aus der Perspektive des Gegenübers zu beurteilen.

Angestoßen wurde ein Lernprozess mit ungewissem Ausgang, gepoltet vom Willen zur ideologischen Entgiftung. In jedem Fall wurden Berechenbarkeit und Verlässlichkeit wieder zu politischen Primärtugenden. Und Empathie galt nicht länger als Zeichen von Schwäche, sondern von aufgeklärter Souveränität.

Grenzen, Grenzüberschreitungen und Grenzgänger

Die angeblich hermetisch voneinander abgeschotteten Lager des Kalten Krieges erweisen sich bei näherer Betrachtung als überraschend porös – nicht, weil die Protagonisten es so wollten, sondern weil sie nicht immer Herr über die von ihnen angestoßenen Entwicklungen waren. Auf Grundlage dieser Hypothese erschließt die zeithistorische Forschung neuerdings Themenfelder, die lange Zeit ignoriert worden waren: Wann, wo, unter welchen Umständen und von wem wurden die Grenzen des Sag- und Machbaren getestet, umgangen oder gar außer Kraft gesetzt? Wann und wo wurde der »Eiserne Vorhang« durchlässig? Welche blockübergreifenden Austauschprozesse – in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur – kamen in Gang? Welche Hürden konnten genommen werden, welche erwiesen sich als unüberwindlich oder gar irreversibel?

Gegenläufiges, Beharrendes und Öffnendes während des Kalten Krieges zu thematisieren, schärft den Blick für Eigendynamiken und nicht intendierte Konsequenzen, kurz: für die Bruchstellen in scheinbar festgefühten Ordnungen.

Damit treten zugleich »Grenzgänger« in den Blick, Akteure aus nahezu allen politischen und gesellschaftlichen Milieus, die sich mit der zeittypischen

Abschottung, Exklusion und Sprachlosigkeit nicht abfinden wollten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die fixe Idee des Unvereinbaren und Unverhandelbaren in Frage stellten. Die Rede ist von Unternehmern, Bankern und Wissenschaftlern, Vertretern von Parteien und Kirchen, von Umweltschützern, Abrüstungsexperten und Juristen, von Menschenrechtsaktivisten, Oppositionellen und Dissidenten, kurz: von global vernetzten Privatleuten, Nicht-Regierungsorganisationen oder politikberatenden »Think Tanks«, die eine Paralleldiplomatie unterhalb der staatlichen Ebene betrieben.

Obwohl »Grenzgänger« im Osten unter ungleich schwierigeren Bedingungen als ihre westlichen Ansprechpartner agierten und sich im Unterschied zu diesen nicht auf den Rückhalt politisierter Zivilgesellschaften verlassen konnten, ist eine aus beider Perspektive erzählte Geschichte des Kalten Krieges dennoch sinnvoll. Sie kann Begegnungen, wechselseitige Beeinflussung oder Entfremdungsprozesse sichtbar machen und vor allem verdeutlichen, wie durchlässig die Grenzen tatsächlich waren.

Zivilgesellschaftliche »Gegenexperten«: Abrüstung, Menschenrechte, Umweltschutz

Mit den »Grenzgängern« des Kalten Krieges betrat ein neuer Typus politischer Aktivisten die Bühne: Experten für Abrüstung, Menschenrechte, Umwelt und Völkerrecht. Jenseits des etablierten Politikbetriebs arbeiteten sie in Bürgerkomitees oder berieten transnationale Friedensinitiativen von Ärzten und Naturwissenschaftlern. So wurde Außen- und Militärpolitik seit den 1970er Jahren immer mehr zu einem zivilgesellschaftlichen Anliegen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in den Debatten über Friedens-, Menschenrechts- und Umweltfragen nicht nur fallbezogenes Expertenwissen ausgetauscht wurde. Verhandelt wurden in erster Linie alternative Politikentwürfe und Zukunftsvisionen jenseits des Kalten Krieges – sei es in Gestalt kooperativer, aus dem Korsett militärischen Denkens gelöster Sicherheitsarchitekturen, sei es in Form demokratischer Partizipationsmodelle, die sich nicht der Logik eines systemkonformen Blockdenkens fügten.

Vor diesem Hintergrund sollte es möglich sein, eine seit Jahr und Tag virulente Debatte auf einer belastbaren Grundlage weiterzuführen: Ob und in welchem Maße grenzgängerische Gegenexperten tatsächlich zu einer Auflockerung erstarrter Fronten beitragen konnten und welchen Anteil sie an der Überwindung des Kalten Krieges hatten.

Blockfreie und Neutrale

Grundsätzlich sollte der Kalte Krieg als globale Verflechtungsgeschichte analysiert und beschrieben werden. So wichtig die Hauptakteure des Konflikts – die USA und die Sowjetunion – waren, so überholt ist die Vorstellung einer in Zentrum und Peripherie aufgeteilten Welt samt der Annahme, dass Hegemonialmächte je nach Gusto und Gelegenheit andere wie Schachfiguren hätten bewegen können. Vielmehr geht es um eine ironische Pointe: Je weiter die konkurrierenden Machtblöcke des Nordens in den globalen Süden vordrangen und dort um Verbündete, strategische Bastionen und ökonomische Ressourcen buhlten, desto mehr riskierten sie eine Überdehnung ihrer materiellen und ideellen Ressourcen. Nolens volens mussten sie auf die Dienste vermeintlich Schwacher in Asien, Lateinamerika und Afrika zurückgreifen, mitunter auch auf buntscheckige und wenig berechenbare »Koalitionen von Willigen«.

Auf diese Weise konnten kleine und mittlere Akteure Handlungsspielräume ausbauen und Gewinne einstreichen, die ihnen in anderen Konstellationen vermutlich verwehrt geblieben wären – vorweg bei der Finanzierung wirtschaftlicher Prestigeobjekte oder beim Ausbau ihrer geheimdienstlichen und militärischen Machtapparate. Mitunter sah es gar so aus, als wedelte der Schwanz mit dem Hund.

Obwohl die meisten Blockfreien in der Praxis oft weit hinter den selbst gesteckten Ansprüchen zurückblieben – d. h. in ihren eigenen Ländern gegen Menschenrechte verstießen, zwecks Aufwertung ihres außenpolitischen Status Militärhilfe von den Supermächten akzeptierten oder wie Indien und Pakistan gar gegeneinander Krieg führten –, ist nicht zu bestreiten, dass sie sich immer wieder um eine Mediation zwischenstaatlicher Konflikte sowie um den Aufbau regionaler Sicherheitssysteme bemühten. Gerade die Rede von Josip Broz Tito, dem Staatschef Jugoslawiens, von der »aktiven friedlichen Koexistenz« steht für den mit langem Atem betriebenen Versuch, die konfrontative Handlungslogik des Kalten Krieges zu durchbrechen.

Mit Tito und seinen Mitstreitern rückt zugleich das für die Blockfreien wichtigste Forum in den Blick, die Vereinten Nationen. Sie waren nicht allein der Ort, an dem die taktgebenden Dynamiken der Zeit ihre politische Sprache fanden: Globalisierung, Dekolonialisierung und Kalter Krieg. Am Beispiel der UNO lässt sich vor allem rekonstruieren, wie es um die ausgleichenden Potentiale des »globalen Südens« insgesamt bestellt war.

Ängste, Feindbilder, Angstunternehmer

Diffuse Ängste standen im emotionalen Zentrum des Kalten Krieges. Gewiss gehört Angst zur psychologischen Grundausstattung aller Gesellschaften, zweifellos hat es nie angstfreie Epochen in der Menschheitsgeschichte gegeben. Im Kalten Krieg war dergleichen weit mehr als ein steinerne Gast.

Angst und die Suche nach Mitteln zu ihrer Einhegung okkupierten die politische Vorstellungswelt, wie bereits ein flüchtiger Blick nach Ost und West zeigt: Im November 1952 wurde der vormalige Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Rudolf Slánský, als angeblicher Kopf eines »Verschwörungszentrums« zum Tode verurteilt. Es war der Höhepunkt einer Serie von Schauprozessen und Verfolgungswellen im Ostblock, die vor niemandem – auch nicht vor Kommunisten – halt machte. Die ständige »Säuberung« der Gesellschaft und der eigenen Reihen war Ausdruck politischer Paranoia und zugleich Instrument der Gleichschaltung des gesamten politischen Lebens. Als Slánský im Dezember hingerichtet wurde, waren die Gegner der Kommunisten im Ostblock längst verstummt, emigriert, verhaftet oder ermordet.

Auch im Westen grassierte die Furcht vor »Unterwanderung«. In den USA kam es seit den späten 1940er Jahren zu einer wahren Hatz auf Lehrer, Schauspieler und Journalisten, die als Mitläufer des internationalen Kommunismus verunglimpft wurden. Die KPUSA spielte zu diesem Zeitpunkt im öffentlichen Leben längst keine Rolle mehr. Auch in der Bundesrepublik fristete die KPD ein Schattendasein, als sie 1956 verboten wird. Die Liste der Beispiele ließe sich beliebig verlängern – bis hin zu den inflationierten Ängsten vor einem Atomkrieg in den 1980er Jahren.

Verdeckte und »hybride« Kriegsführung

»Verdeckte Kriegsführung« spielte eine überragende Rolle im Kalten Krieg. Gemeint ist, Einflusszonen der Gegenseite zu destabilisieren und den eigenen Machtbereich gegen »Unterwanderung« abzuschotten: mit wirtschaftlichen und geheimdienstlichen Instrumenten, mit ideologischen Kampagnen und Söldnern. Dabei wollten Ost wie West nicht als Drahtzieher in Erscheinung treten. Neben Afrika war Mittel- und Lateinamerika der Hauptschauplatz.

In Guatemala ermöglichte die CIA 1954 einen Militärputsch gegen die Regierung unter Jacobo Arbenz, in Chile wurde der sozialistische Präsident Salvador Allende 1973 mit Unterstützung der USA während

eines Staatsstreichs getötet, auf Kuba wollte Washington einen Regimewechsel erzwingen. Seit den 1970er Jahren intensivierten die UdSSR und ihre Verbündeten verdeckte Operationen in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique: die Ausbildung von Militär, Polizei und Guerillas, Waffenhilfe und Mordkomplote waren auch hier die Mittel der Wahl. Kuba betrieb dabei einen besonders hohen Aufwand – meistens ohne Rücksprache mit Moskau. Um ein weiteres Ausgreifen Havannas zu unterbinden, eröffneten die USA in der Spätphase des Kalten Krieges eine geheime Front in Nicaragua und El Salvador.

Nach dem Ende des Kalten Krieges: Was ging schief?

Seit 1991 brachen ehemals tiefgefrorene Konflikte wieder auf, etwa in Jugoslawien und auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR. Zugleich entstanden neue Brandherde – vornehmlich im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika.

Das Festhalten an alten Macht- und Einflussphären blockierte eine kooperative Konfliktlösung seitens der Großmächte und verstellte nicht zuletzt den Weg zu einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa und Asien – dies war der Preis der Ausdehnung von NATO und EU nach Osten und der Preis für den versäumten Brückenbau zu Russland. Obendrein steckten und stecken alle Atommächte Milliarden in die Modernisierung ihres nuklearen Arsenal und unterlaufen damit wichtige Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen, beispielsweise den 1987 geschlossenen INF-Vertrag. Dessen Aufkündigung am 1. Februar 2019 durch den unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump setzte den Schlusspunkt unter eine Entwicklung, die sich schon unter seinen Amtsvorgängern abgezeichnet hatte.

Noch mehr beunruhigen die neuerlichen Konflikte zwischen den USA, China, Russland und Europa, ganz zu schweigen von der Eskalation des Dauerstreits mit dem Iran. Viele Drohgebärden erinnern an Momente des vergangenen Kalten Krieges. Im klassischen Sinne kann der Kalte Krieg als abgeschlossene Epoche gelten. Überdauert hat indes das Streben nach Machtausdehnung und Gewinnmaximierung zu Lasten der Konkurrenz – ein Resultat des Unwillens oder der Unfähigkeit, Vertrauen zur Leitwahrung internationaler Beziehungen zu machen und damit die Basis eines belastbaren Friedens zu schaffen.

Erschienen auf DA Online am 23.12.2019.



Am 23.05.1949 wird das Grundgesetz offiziell verkündet. Konrad Adenauer, der spätere erste Bundeskanzler, spricht dazu im Parlamentarischen Rat.

Arne Hoffrichter

Einheitsrhetorik und Teilungspolitik in West und Ost

Zur Rechtfertigung der deutschen Teilung im Prozess der doppelten Staatsgründung

Der Herbst 2019 steht im Zeichen des Herbstes von 1989. Durch den Fokus auf das Ende der DDR und die Wiedervereinigung wird meist überblendet, dass sich 2019 auch die Gründung der beiden deutschen Staaten und mithin die Festschreibung der Teilung zum 70. Mal jährt. Dabei eignet sich dieser historische Komplex um die »Doppelte Staatsgründung«¹ kaum für eine positive erinnerungs- und geschichtspolitische Aufladung. Die Bedeutung für die Deutschen und die internationale

Politik steht hinter den Ereignissen der Jahre 1989/90 jedoch keineswegs zurück.

Im Folgenden sollen weniger die Hintergründe und Ursachen der Teilung im Detail betrachtet werden. Es gilt vielmehr, den Umgang und die öffentliche Rechtfertigung der Akteure in Ost und West für eine Politik zu veranschaulichen, die eine »Zwei-Staaten-Lösung« billigte oder sogar förderte, jedoch rhetorisch den Erhalt der Deutschen Einheit nie in Frage stellen durfte. Sowohl die westdeutschen als auch die ostdeutschen Akteure beteuerten »in entschiedenem Einheitspathos«, Gesamtdeutschland nicht preisgeben zu wollen, schufen aber gleichzeitig gemeinsam mit den jeweiligen Alliierten zwei Staaten, die über 40 Jahre nebeneinander Bestand hatten.²

Nachdem die Bundesrepublik bereits am 23. Mai 1949 aus der Taufe gehoben worden war, fand der Prozess mit der offiziellen Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 zumindest formal seinen Abschluss. De facto bestanden ab diesem Zeitpunkt zwei Staaten. Dennoch postulierten beide Regierungen in den Folgejahren ihren jeweiligen Alleinvertretungsanspruch für die gesamte deutsche Bevölkerung.

Der Weg zur Zweistaatlichkeit

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde recht bald Gewissheit, dass sich aufgrund der ideologischen und machtpolitischen Ausrichtung der Westalliierten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen, eine gemeinsame Zukunft Deutschlands durch alle vier Besatzungsmächte kaum gestalten ließ. Spätestens ab 1947 setzten die beiden Großmächte USA und Sowjetunion einen Prozess in Gang, der in der Folge von Aktion, Reaktion und Gegenreaktion, schließlich 1949 die Gründung von zwei Staaten unterschiedlicher Ausrichtung auf deutschem Boden bewirkte.³ Die Entstehung des Ost-West-Gegensatzes und der neuen bipolaren Weltordnung führte letztlich dazu, dass die beiden deutschen Teilstaaten gewissermaßen als »Kinder des Kalten Krieges« entstanden.⁴

Die Sowjetunion hatte schon 1945 Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zugelassen, ein Jahr später Kommunalwahlen durchgeführt und schließlich auch früher als die Westalliierten Zentralverwaltungen installiert.⁵ Dies diente unter anderem dem Zweck, ihre Besatzungszone als Muster für Gesamtdeutschland zu präsentieren. Schließlich sah sie sich aber ab dem 1. Januar 1947 mit dem Zusammenschluss der britischen und US-amerikanischen Zonen zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) einem

ersten vorstaatlichen Gebilde in Westdeutschland gegenübergestellt. Zwar hatte der spätere Vorsitzende des SED-Zentralkomitees Walter Ulbricht bereits zu Beginn des Jahres 1946 in Moskau einen Plan für die weitere Entwicklung der Sowjetischen Besatzungszone vorgelegt, der gegebenenfalls auch eine Spaltung Deutschlands in Kauf nahm.⁶ Doch achtete das östliche Lager in der Außenwirkung strikt darauf, den Eindruck zu erwecken, den westlichen Schritten zur Verfestigung staatlicher Strukturen keineswegs vorzugreifen, sondern nur nachzuzufolgen. Die Verantwortung für eine mögliche Spaltung Deutschlands wollten die sowjetischen Machthaber um Stalin Bonn und Washington anlasten. Ferner hegte die Sowjetunion noch immer die Hoffnung, ein zunächst neutrales Gesamtdeutschland später dem eigenen Lager zuzuschlagen.⁷

Neben der Gründung der Bizone sind die Übergabe der Frankfurter Dokumente durch die Alliierten im Juli 1948 und der damit verbundene Auftrag, eine Verfassung auszuarbeiten, wichtige Wegmarken in Richtung Weststaat. Ab dem Herbst 1948 wurde der dortige Staatsgründungsprozess zudem wesentlich durch Konrad Adenauer geprägt, der als Vorsitzender der CDU und des Parlamentarischen Rates seine Handlungsspielräume im Sinne eines politischen Pragmatismus zu nutzen wusste. Eine feste Anbindung an den Westen verbunden mit einem Souveränitätszuwachs für den Weststaat hatte für ihn Priorität vor einer Wahrung der Deutschen Einheit um jeden Preis. Die Einheit sollte später ausgehend von dem staatlichen Provisorium Bundesrepublik vollendet werden.⁸

Auf die Initiativen zur Einsetzung eines Wirtschaftsrates für die Bizone durch die Westalliierten reagierte die Sowjetische Militäradministration im Juni 1947 mit der Installation der Deutschen Wirtschaftskommission, die von nun an bis zur offiziellen Gründung der DDR zentrale Verwaltungs- und mitunter auch Regierungsaufgaben wahrnahm.⁹ Legitimistisch abgedeckt wurden die Vorbereitungen für einen Oststaat ab Dezember 1947 durch die Verbindung mit der Volkskongreß-Bewegung. Dem Konzept einer vermeintlich einheitlichen *Nationalen Front des demokratischen Deutschlands* folgend waren in die insgesamt drei Volkskongresse neben SED-Mitgliedern auch solche der anderen Blockparteien und Vertreter der Massenorganisationen involviert.¹⁰ Faktisch waren aber auch die als solche stilisierten bürgerlichen und liberalen Parteien CDU, NDPD und LDPD nur Feigenblätter der deutlich auf sozialistische Dominanz angelegten Einheitslisten. Obleich das Verfahren der Delegiertenbestimmung sehr intransparent war, sollte eine demokratische Vertretung des Volkes nach außen kommuniziert werden, die schon aufgrund des großen Überhangs an SED-Vertretern nicht existierte.¹¹ Aus dem *II. Deutschen Volkskon-*

greß ging schließlich der *Deutsche Volksrat* hervor. Der Volksrat – quasi das Pendant zum Parlamentarischen Rat in Westdeutschland – legte im Oktober 1948 einen ersten ostdeutschen Verfassungsentwurf vor, der jedoch zunächst nicht verabschiedet wurde. Aus den genannten Gründen bremste die Sowjetunion die ostdeutschen Parteikader noch aus. Als wesentliche Katalysatoren auf dem Weg zur Zweistaatlichkeit wirkten schließlich Währungsreform, Berlin-Blockade und Luftbrücke – auch wenn die Sowjetunion mit der Abriegelung West-Berlins gerade die Gründung eines Weststaates verhindern wollte.¹² Nachdem das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft getreten und die westliche Staatswerdung im September 1949 mit der Vereidigung der ersten Bundesregierung abgeschlossen war, billigte der Deutsche Volksrat – gerade umgewandelt in die DDR-Volkskammer – am 7. Oktober 1949 den Verfassungsentwurf für die DDR. Wenige Tage später nahm auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Arbeit auf.¹³



Blick auf das Präsidium des Deutschen Volksrates während seiner 9. Sitzung am 7.10.1949 in Berlin. Es war der Gründungstag der DDR. Am Rednerpult steht Wilhelm Pieck, erster und einziger Präsident der DDR.

Das doppelte Gesamtdeutschland

Aufgrund der ideologischen Gegensätze und der sich herausbildenden politischen Blöcke war den meisten Entscheidungsträgern schon seit 1947 bewusst, dass die Entwicklung zumindest mittelfristig auf zwei deutsche Staaten hinauslief. Schließlich wurde die Bindung der drei westlichen Besatzungszonen an die im Entstehen begriffene westliche Staatengemeinschaft immer enger, und nichts deutete auf eine Kehrtwende hin. Spätestens mit der Aufnahme der Westzonen in das *European Recovery Program* – besser bekannt als Marshallplan – war klar, dass Eindämmungspolitik und kapitalistisches Wirtschaftssystem den Weg zu einem Weststaat vorzeichneten, der sich kaum mit Kommunismus und Planwirtschaft vereinbaren ließ. Gleichmaßen deutlich trat hervor, dass die Sowjetunion nur ein vereinigtes Deutschland akzeptieren würde, das jeglicher Westbindung eine Absage erteilte.¹⁴

Die beiden Staatsgründungen in Ost-Berlin und Bonn waren nicht nur das Produkt der Besatzungsmächte, sondern auch der deutschen Politiker. Die Gründung von zwei Staaten allerdings kollidierte mehrheitlich mit dem Selbstverständnis in der deutschen Bevölkerung: Denn die »deutsche Einheit war nach dem Krieg für alle Deutschen nicht eine Frage, sondern eine Selbstverständlichkeit.«¹⁵ Es galt also beiderseits des fallenden *Eisernen Vorhanges*, die eigene Staatsgründung einerseits als bloße, unabdingbare Reaktion auf das Vorgehen jenseits der Zonengrenze darzustellen und andererseits im Rahmen der jeweiligen Ausrichtung als Lösung zu präsentieren, die es nun auf Gesamtdeutschland auszuweiten galt. Deutlichen Ausdruck fand dies in beiden Verfassungen: Das Grundgesetz machte schon in seiner Präambel den gesamtdeutschen Anspruch auf Wahrung nationaler und staatlicher Einheit geltend. Dort hieß es, dass das deutsche Volk »auch für jene Deutschen gehandelt (hat), denen mitzuwirken versagt war«, womit die Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone gemeint war. Ferner wird der aktive Wiedervereinigungsgedanke als Auftrag formuliert: »Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.«¹⁶ Die erste Verfassung der DDR erklärte in Artikel 1 Deutschland zu einer »unteilbaren Republik«, in der es »nur eine deutsche Staatsangehörigkeit« gebe und schloss damit die Westdeutschen ein.¹⁷

Das Neue Deutschland und die Legitimation der DDR-Gründung

Abseits der jeweiligen konstitutionellen Grundausrichtung versuchten beide Seiten auch öffentlich zu untermauern, einzig legitimiert zu sein, für alle Deutschen zu sprechen. Hierbei kann die Berichterstattung aus dem *Neuen Deutschland (ND)* als repräsentativ angesehen werden, da die Zeitung als »Zentralorgan der SED« stets die Linie der ostdeutschen Führungsriege wiedergab.¹⁸ Auf den Erlass des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 reagierte das *ND* vergleichsweise moderat und betonte lieber die ostdeutschen Bemühungen zum Erhalt der Deutschen Einheit. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand entsprechend der ab dem 29. Mai 1949 zusammentretende *III. Deutsche Volkskongreß*, der nicht weniger als »das Tor der deutschen Zukunft öffnen« sollte, wie das *ND* titelte. »Einheit und gerechter Friede steht auf den Fahnen des Kongreßes geschrieben.« Mit dieser Formel brachte das *ND* einerseits die zentrale öffentliche Zielrichtung der Zusammenkunft zum Ausdruck, verdeutlichte andererseits aber damit auch schon, dass Westdeutschland und die Westalliierten nicht an Frieden und Einheit interessiert seien, wie der Autor später mit einem Fingerzeig auf die Berlin-Frage noch verdeutlicht: »Hier leisten Millionen deutscher Menschen den deutschen Beitrag zu einem dauerhaften Weltfrieden. Dort möchten die Hinterbliebenen General Clays Berlin doch noch einen Krieg wert machen.«¹⁹

Die Zusammensetzung des *III. Volkskongreßes* untermauerte hierbei den gesamtdeutschen Anspruch. Waren doch unter den rund 2 000 Delegierten auch über 600 Vertreter aus Westdeutschland.²⁰ Gewählt worden waren die Delegierten am 15. Mai 1949 wiederum über eine Einheitsliste, in der die SED und die ihr verbundenen Massenorganisationen wie etwa der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und die Freie Deutsche Jugend unter Erich Honecker die deutliche Majorität stellten. Darüber hinaus wurde schon die Zustimmung zur Einheitsliste mit der Frage der Deutschen Einheit verbunden, wohlwissend, dass das Grundgesetz zu diesem Zeitpunkt bereits fertiggestellt war. So lautete die Frage an die Wähler und Wählerinnen in der SBZ: »Bist Du für die Einheit Deutschlands und stimmst Du der von den demokratischen Parteien und Massenorganisationen aufgestellten Kandidatenliste zu?« Es wurde mithin suggeriert, dass der Weg zur Deutschen Einheit nur über die Einheitsliste führte. Die Wahlen dienten aber auch insgesamt dazu, dem *III. Volkskongreß* und seinen späteren Entscheidungen einen legitimierenden Anstrich zu verleihen – obgleich noch immer rund ein Drittel der Ostdeutschen den Vorschlag abgelehnt

hatte.²¹ Auch deshalb wurde das *ND* wohl nicht müde, auf die Bevölkerung als unmittelbare Legitimationsquelle zu verweisen: »Das deutsche Volk erwartet vom 3. Deutschen *Volkskongreß*, daß er die Nationale Front, die das Volk inzwischen selbst zu bilden begann, durch ein klares Programm vorwärtsreißt.«²²

Der letzte formale Schritt zur Staatsgründung erfolgte rund vier Monate später, nachdem das erste Bundeskabinett seine Arbeit aufgenommen hatte. Aber auch hier standen die Betonung des Einheitsstrebens und der demokratischen Legitimität im Vordergrund der propagandistischen Berichterstattung des *ND*. So ließ die Zeitung schon am 6. Oktober 1949 – gewissermaßen vorbereitend – keinen Zweifel daran, dass das für den nächsten Tag geplante Inkrafttreten der Verfassung und damit die staatsrechtliche Gründung der DDR »Im Namen des ganzen Deutschland« geschehe, so die Schlagzeile des Aufmachers. Der Autor betonte ferner dass »die ganze bisherige Tätigkeit des Deutschen Volksrates, die in aller Öffentlichkeit vor sich ging, eine seiner besten Legitimationen« sei. Im Weiteren fällt auf, dass die Abgrenzung zu Westdeutschland deutlicher und der Ton schärfer als noch im Mai 1949 wurde. So hieß es weiter über den Volksrat: »Diese Körperschaft war es, die als erste gegenüber dem landesverräterischen Treiben der Separatisten und Quislinge das Banner der deutschen Einheit entrollte, den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungsmächte für Deutschland immer wieder forderte und nicht müde wird, ihre Stimme für diese deutschen Lebensfragen zu erheben.« Der neuen Regierung der Bundesrepublik wurde das Bemühen um die Deutsche Einheit abgesprochen und durch den Schmähevvergleich mit dem norwegischen NS-Kollaborateur Vidkun Quisling²³ unmissverständlich vorgeworfen, als bloße Erfüllungsgehilfin der Westalliierten zu agieren. Hieraus wiederum ließ sich eine weitere Legitimationsgrundlage für die Gründung des Ost-Staates ziehen, wie das *ND* zum Abschluss nochmals klar stellte: »Der Deutsche Volksrat allein ist befugt, berechtigt und verpflichtet, eine provisorische Regierung zu schaffen, die im Namen des ganzen Deutschland nicht nur sprechen, sondern auch entschlossen handeln kann.«²⁴

Die DDR-Machthaber konstruierten gewissermaßen eine Notwehrlage, die keinen weiteren Aufschub mehr duldete, um zumindest *einen* (aus ihrer Sicht) legitimierten Staat auf deutschem Boden zu schaffen. Dies wurde in einem anderen Artikel vom gleichen Tag noch zugespitzt: »Die Bildung eines separaten Weststaates, der Erlaß des Besatzungsstatutes, die völkerrechtswidrigen Demontagen, die Verweigerung eines Friedensvertrages und die Bevormundung durch die Hohen Kommissare [...], all das lässt

den schweren Notstand erkennen, in den Deutschland durch die Diktatpolitik der Westmächte versetzt worden ist.«²⁵ Im Wesentlichen hatte das *ND* somit schon vor dem eigentlichen DDR-Gründungsdatum die Zielrichtung ausgegeben. So verwundert es auch nicht, dass die Staatsgründung und die ihr folgende Regierungsbildung in dem zentralen Aufmacher des *ND* vom 07. Oktober 1949 als »Schlag« gegen die Bundesregierung um Adenauer verkauft wurde. Überhaupt avancierte der Name des ersten Bundeskanzlers gerade im DDR-Jargon zur Standard-Verunglimpfung für alle westlichen Politiker. Wandte sich die Propaganda doch zumeist gegen die »Bonner Separatregierung« der »Adenauers«.²⁶ Ferner wurde – durchaus zutreffend – auch auf die NS-Vergangenheit bzw. -Verstrickung von westlichen Regierungsvertretern und Parlamentariern verwiesen.²⁷ Zusammenfassend wird jedoch abermals deutlich, dass die DDR-Politiker öffentlich auf keinen Fall in den Ruch geraten wollten, aktiv auf einen Ost-Staat hingearbeitet zu haben, sondern nur aufgrund der westlichen Staatsgründung selbst gehandelt hatten, um – so paradox dies erscheint – die Deutsche Einheit nicht aufzugeben.

Die Bundesrepublik und der Alleinvertretungsanspruch

Auch in der westdeutschen Presse war der Ton in den Reaktionen auf die DDR-Staatsgründung alles andere als zurückhaltend. Sowohl *Die Welt* und die *Frankfurter Rundschau* als auch die *Süddeutsche Zeitung* prangerten vor allem an, dass Wahlen zur Volkskammer erst für den Oktober 1950 vorgesehen waren. Aus dem Legitimationsdefizit folgte die westdeutsche Presse schließlich die Konsequenz, dass der Kontakt mit der DDR-Führung keinesfalls deren Anerkennung als staatlicher Regierung bedeuten dürfe.²⁸ Die Wochenzeitung *Die Zeit* brachte besonders prägnant auf den Punkt, was sie von der Gründung eines Ost-Staates hielt. Unter der Überschrift »Moskaus Bastard-Regierung« behauptete der Autor, dass »die Eberts, Ulbrichts, Grotewohls und Piecks sowie Hitlers Generale Müller und Lenski [...] laut die Einsetzung einer Sowjetzonenregierung verlangt« hätten. Die Ähnlichkeit zu den Formulierungen aus dem *ND* sticht ins Auge: Wo das ostdeutsche Blatt von *den Adenauers* schrieb, wird hier die despektierlich-personifizierende Pluralisierung auf die SED-Führungsriege ausgedehnt, um im nächsten Schritt auch noch auf Kontinuitäten zum Nationalsozialismus zu verweisen. Hatte das *ND* die Legitimität des Volkskongresses vehement betont, setzte *Die Zeit* gerade an diesem Punkt an, um die Rechtmäßigkeit der kommenden DDR-Regierung anzupran-

gern. Danach hätten sich die bisherigen Zentralverwaltungen ohnehin schon auf Geheiß der Sowjetunion als diktatorische Regierung geriert. Wenn sich aber daraus eine offizielle Ost-Regierung forme, bestehe »für alle westdeutschen Stellen die Pflicht, die Legitimität dieser Regierung nachzuprüfen.« Ferner dürften mit den neuen Machthabern keinerlei Verträge abgeschlossen werden, »denn das hieße ja, sie anzuerkennen.«²⁹

Was hier noch als Zeitungsberichterstattung erschien, sollte kurz darauf zur Staatsraison der Bundesrepublik erhoben werden. Natürlich hatte auch Konrad Adenauer der Ost-Republik unmittelbar nach deren Gründung die Legitimität und damit den Rang eines gleichrangigen Verhandlungspartners abgesprochen, sah sich aber dennoch von der öffentlichen Meinung dazu gedrängt, nochmals klar Stellung zu beziehen.³⁰ Der Bundeskanzler nutzte hierzu die Bundestagssitzung vom 21. Oktober 1949. Adenauer stellte zunächst fest, dass die Westdeutschen im Gegensatz zu den Ostdeutschen in Freiheit lebten – ein Paradigma, das die westliche Staatenwelt in den Folgejahren ebenso zu ihrem Mantra erheben sollte, wie die Sowjetunion und ihr Bündnis das des Friedens.³¹ Die Verantwortung für die deutsche Teilung wies er von sich: »Im Gegensatz zu der Sowjetzone trat in den drei Westzonen bei den westlichen Alliierten das Bestreben, eine einheitliche staatliche Organisation für diese drei Zonen zu schaffen, erst auf der Londoner Konferenz der sechs Mächte [...], die vom Februar bis Juni 1948 abgehalten wurde, zutage. [...] Dieses Bestreben zeigte sich also erst, als die Entscheidung in der Ostzone [...] schon weit fortgeschritten war, als der Erste und der Zweite Volkskongreß und der Volksrat schon geschaffen waren.« Erst danach sei der Parlamentarische Rat zur Ausarbeitung des Grundgesetzes einberufen worden.³² Hier gleichen sich die Argumentationsmuster in Ost und West. Tritt doch nur allzu deutlich hervor, dass sich der langwierige Prozess der doppelten Staatsgründung hervorragend dazu eignete, ihn der eigenen Argumentation anzupassen. Je nachdem, in welches Ereignis der historischen Abfolge man den entscheidenden Schritt zur Staatsgründung hineinlas, konnte die Entschuldigung für den eigenen Beitrag an der deutschen Teilung konstruiert werden.

Adenauer jedenfalls nutzte die Regierungserklärung im Folgenden, um nicht weniger als das Selbstverständnis der Bundesrepublik im Verhältnis zur DDR zu definieren. Die Bundestagssitzung vom 21. Oktober 1949 kann daher mit Recht als die Geburtsstunde des Alleinvertretungsanspruchs bezeichnet werden.³³ »Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit die alleinige legitime staatliche Organisation des deutschen Volkes. [...] Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich auch verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in

der Sowjetzone leben. Sie versichert sie ihrer Treue und Sorge. Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen.«³⁴

Im Ergebnis hatte der unmissverständlich formulierte Alleinvertretungsanspruch auch weitreichende praktische Folgen. Beide deutschen Staaten erkannten einander nicht an und konnten mithin auch keine diplomatischen Beziehungen miteinander aufbauen. Weiter ging gar noch die westdeutsche Hallstein-Doktrin, die besagte, dass es für die Bundesrepublik einen unfreundlichen Akt darstelle, wenn eine andere Nation diplomatische Beziehungen mit der DDR aufbaut. Tatsächlich brach die Bundesrepublik deshalb 1957 mit Jugoslawien und 1963 mit Kuba die eigenen diplomatischen Beziehungen ab. Die Sowjetunion blieb aufgrund ihrer herausgehobenen Stellung eine Ausnahme. Das starre Dogma wurde erst durch die neue Ostpolitik der Regierung Brandt (»Wandel durch Annäherung«) und den Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten gelockert. Beide Staaten unterhielten vom 2. Mai 1974 an »Ständige Vertretungen«, die faktisch als Botschaften fungierten, nur nicht den Namen tragen durften.³⁵ Ein kleiner Rest der Einheitsrhetorik aus dem Jahr der doppelten Staatsgründung erhielt sich so noch bis zur Wiedervereinigung.

Erschienen auf DA Online am 20.9.2019.

Anmerkungen

- 1 Den Terminus führte Christoph Kleßmann mit seinem gleichnamigen Standardwerk ein: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 5. Aufl., Göttingen 1991.
- 2 Zum Gegensatz in Rhetorik und politischem Handeln exemplarisch: Peter Graf Kielmansegg, Das geteilte Land, Deutsche Geschichte 1945–1990, München 2007, S. 490–493; Ulrich Mählert, Kleine Geschichte der DDR, 7. Aufl., München 2010, S. 34–35; Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 35–38.
- 3 Vgl. hierzu detailliert Udo Wengst, Zwischen Aufrechterhaltung der Einheit und Teilung der Nation: Das Jahr 1948 in der deutschen Geschichte, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellung und Kontinuitäten im Prozess der Gründung der DDR, München 2000, S. 25–38; Wolfgang Benz, Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945–1949, Berlin 2009.
- 4 Siehe Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von Ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 97.
- 5 Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 611–612.
- 6 Siehe Jan Foitzik (Hg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954, München 2012, S. 60.
- 7 Vgl. Mählert, DDR (Anm. 2), S. 52–53.
- 8 Siehe Wolfrum, Demokratie (Anm. 4), S. 101.
- 9 Vgl. Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, 5. Aufl., München 2012, S. 24.

- 10 Siehe Nationale Front für Einheit und Frieden, in Neues Deutschland, 29.05.1949, S. 1; Detaillierter aus Sicht der SED hierzu: Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949, in: Bundesarchiv (BArch), DY 30/IV 2/2/47.
- 11 Vgl. Klaus Schroeder, Der SED-Staat, 2. Aufl., München 1999, S.47.
- 12 Siehe Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 44; Schroeder, SED-Staat (Anm. 11), S. 71.
- 13 Vgl. Mählert, DDR (Anm. 2), S. 53–55.
- 14 Siehe Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln u. a. 2001, S. 26–29.
- 15 Peter Bender, Deutschlands Wiederkehr, Stuttgart 2007, S. 37; vgl. auch Udo Wengst/Hermann Wentker, Einleitung: in dies. Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 7–14, hier S. 7.
- 16 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Präambel von 1949.
- 17 Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (1949); Weiterführend auch Horst Möller, 1949 – Zwei deutsche Staaten, eine Nation? Zum nationalen Selbstverständnis in den Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hg.), Das doppelte Deutschland (Anm. 15), S. 15–33.
- 18 Zur Rolle des ND im Gründungsprozess der beiden deutschen Staaten vgl. auch Jochen Meiners, Die doppelte Deutschlandpolitik. Zur nationalen Politik der SED im Spiegel ihres Zentralorgans »Neues Deutschland« 1946 bis 1952, Frankfurt a. M. 1987.
- 19 Das Tor der deutschen Zukunft öffnen, in: Neues Deutschland, 28.05.1949, S. 1.
- 20 Siehe ebd.
- 21 Zur Volkskongreß-Bewegung etwa Benz, Auftrag Demokratie (Anm. 3), S. 303–310.
- 22 Nationale Front für Einheit und Frieden, in: Neues Deutschland, 29.05.1949, S. 1.
- 23 Vidkun Quisling war ein norwegischer Faschist und Kollaborateur mit dem NS-Regime während der Besetzung Norwegens.
- 24 Im Namen des ganzen Volkes, in: Neues Deutschland, 06.10.1949, S. 1.
- 25 Das Parlament der Deutschen wird handeln, in: Neues Deutschland, 06.10.1949, S. 1.
- 26 Siehe Tag der Geburt der Deutschen Demokratischen Republik, in: Neues Deutschland, 07.10.1949, S. 1.
- 27 Vgl. Robert Keller: Deutschlands Beitrag zum Frieden, in: Neues Deutschland, 07.10.1949, S. 2.
- 28 Ostzonen-Regierung provisorisch, in: Die Welt, 08.10.1949; Ostzonenstaat ausgerufen, in: Frankfurter Rundschau, 08.10.1949; Deutsche Republik der Ostzone proklamiert, in: Süddeutsche Zeitung, 08.10.1949; vgl. hierzu auch die kleine »Zeitungslese« zur DDR-Gründung, in: Dieter Zimmer, Auferstanden aus Ruinen. Von der SBZ zur DDR, Stuttgart 1989, S. 199–203 (Es gilt allerdings zu beachten, dass das Buch kurz vor dem Mauerfall entstanden und durchaus noch durch seine westdeutsche Perspektive geprägt ist.).
- 29 Moskaus Bastard-Regierung, in: Die Zeit, 06.10.1949.
- 30 Vgl. Leere Worte helfen Ostdeutschland nicht!, in: Die Zeit, 08.10.1949.
- 31 Siehe Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 13. Sitzung, 21.10.1949, S. 307.
- 32 Ebd., S. 308.
- 33 Vgl. Adolf M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989, S. 210; Vgl. zu Adenauers Regierungserklärung auch Julia Angster, Ankunft im Westen: Die Bundesrepublik Deutschland, in: Edgar Wolfrum (Hg.), Die Deutschen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2004, S. 26–39, hier S. 30.
- 34 Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 13. Sitzung, 21.10.1949, S. 308; Birke, Nation ohne Haus (Anm. 33), S. 254.
- 35 Siehe Conze, Die Suche nach Sicherheit (Anm. 2), S. 450–451.



Detlev Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Treuhandanstalt, und Birgit Breuel, Vorstandsmitglied der Treuhandanstalt 1991. Nach der Ermordung Rohwedders am 1. April 1991 wurde Breuel dessen Nachfolgerin.

Keith R. Allen

Internationale Finanzakteure und das Echo des Sozialismus

Seit 30 Jahren debattieren Politikerinnen und Politiker, Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie die Öffentlichkeit über die gesellschaftspolitischen Folgen der raschen Entstaatlichung in Ostdeutschland. Die Forschung stützt sich derzeit vor allem auf Zeitzeugenaussagen und arbeitet heraus, vor welchen Herausforderungen das Privatisierungsmanagement stand und welche Chancen und Härten die im Eiltempo vollzogene Entstaatlichung der DDR-Wirtschaft für die Ostdeutschen mit sich brachte.¹

Ein ganz wesentlicher Aspekt der Privatisierung fand in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bislang wenig Beachtung. Denn erst neuerdings macht sich die Forschung daran, anhand von schriftlichem Archivgut nachzuvollziehen, *wer* eigentlich die Entstaatlichungsstrategien in den neuen ostdeutschen Bundesländern und im ehemaligen Ost-Berlin entwickelte und *wie* diese dann umgesetzt wurden.² Die Namen internationaler Consultingfirmen und Investmentbanken wurden in diesem Zusammenhang bislang nur flüchtig zur Kenntnis genommen. Wir wissen wenig darüber, wie das Handeln ausländischer Investoren und Wirtschaftsberater die rasante Veräußerung von Betrieben und Liegenschaften nach der überraschenden Wiedervereinigung Deutschlands beeinflusste.

Treuhand-Auftrag in den Händen externer Unternehmensberatungsfirmen

Um Ost- und Westdeutschland wirtschaftlich zusammenzuführen, erteilte die Bundesregierung der öffentlich-rechtlichen Treuhandanstalt (Treuhand) einen außergewöhnlichen Auftrag: Sie sollte binnen weniger als fünf Jahren 8500 ehemalige Staatsbetriebe mit über vier Millionen Beschäftigten verkaufen, abwickeln oder umstrukturieren. Um diese gewaltige Aufgabe zu bewältigen, stützte sich die Treuhand, die zu Spitzenzeiten 4000 Beschäftigte hatte, in großem Stil auf externe Fachleute. In der Berliner Treuhandzentrale wurde ein unabhängiger Leitungsausschuss geschaffen, der aus etwa 100 Finanzfachleuten führender Unternehmensberatungen bestand. Diese sollten Bilanzen erstellen und anschließend bei der Veräußerung staatlicher oder nunmehr schon marktwirtschaftlich arbeitender Unternehmen von Rostock an der Ostsee bis nach Zittau an der deutsch-tschechisch-polnischen Grenze beurteilen, welche Investoren infrage kamen. Sie formulierten Ausschreibungen, erteilten Ratschläge an Firmen, bei denen Umstrukturierungen bevorstanden, waren zeitweilig im Management der Treuhandanstalt angestellt, legten Bonitätsbewertungen vor und berieten Unternehmen, die den Erwerb von ostdeutschen Betrieben erwogen. Wie stark Beratungsgesellschaften in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre in die Entstaatlichung der ostdeutschen Wirtschaft eingebunden waren, lässt sich an folgenden Zahlen festmachen: 1992 wendete die Treuhand laut Bundesrechnungshof 460 Millionen D-Mark für externe Berater und 360 Millionen D-Mark für die eigene Belegschaft auf, wobei der Löwenanteil der Beratungshonorare an Investmentbanker floss.³ Vorrangig wurden Berater rekrutiert, die persönlich oder institutio-

nell eng mit Großbritannien und den USA vernetzt waren und die Defizite der Treuhand aufzeigen sollten. Sogar für die Aufdeckung von Korruptionfällen – in einigen Treuhand-Niederlassungen kam es bei Verkäufen zu massiven Unregelmäßigkeiten, die in der Öffentlichkeit hohe Wellen schlugen – bemühte die Treuhandanstalt Beratungsfirmen.

Der Treuhand-Vorstand richtete Ende 1991 ein weitgehend mit Ausländern besetztes Direktorat »Investor Services« und ein internationales Ausschreibungsbüro ein. Veräußerungen von Unternehmen erfolgten in der Regel durch Angebote. Damit Interessenten aus dem Ausland die Möglichkeit hatten, Angebote einzureichen, beauftragte die Treuhand nicht nur Beratungsfirmen und Investmentbanken, sondern warb bei sogenannten Management-Buy-Ins, Management-Buy-Outs⁴ und branchenspezifischen Auktionen auch selbst um externe Fachleute, die Angebote einholen und auswerten konnten. Vor Ort in den Betrieben wurden auch Maßnahmen eingesetzt, um ostdeutschen Belegschaften bei der Übernahme ihrer eigenen Betriebe Zugang zu Kapital zu ermöglichen (sogenanntes Employee-Buy-out).

Starke Beteiligung ausländischer Finanzberater an der Treuhand

Warum ermächtigte die Bundesregierung die Treuhandanstalt, derart massiv ausländische Finanzberatung einzukaufen? Die Treuhand war eine neue Institution, die vor immensen innenpolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen stand. Personal und Investmentkapital wurden rasch benötigt. Darüber hinaus wollte man Vorwürfen von deutschem Protektionismus und Überbürokratisierung entgegentreten, die in Medien die Runde machten. Hinzu kam, dass die Treuhand – was häufig übersehen wird – sich selbst refinanzieren musste. Während Meldungen über die Umwandlung von Staatsbetrieben in gewinnorientierte Unternehmen und Klagen über die verheerenden sozialen Folgen der schnellen Entstaatlichung Schlagzeilen machten, knüpfte die Treuhand enge Arbeitsbeziehungen mit ausländischen Investmentbankern, um Kredite für ihre stetig anwachsenden Aktivitäten zu bekommen. Zu diesem Zweck band die Treuhand Vermittler ein, die als Investmentexperten fungierten und zugleich die Türen zu sogenannten institutionellen Anlegern öffneten. Während die Privatisierungsteams der Treuhand sich von Unternehmensberatungen mit Personal versorgen ließen, sorgten die Spitzenmanager der Anstalt dafür, die benötigten Geldmittel zu günstigen Konditionen zu beschaffen. Mehr als drei Viertel des Treuhand-Budgets stammte aus

Kredit, die auf den Finanzmärkten aufgenommen wurden. 1993 befand sich ein Drittel aller Treuhand-Anleihen im Wert von mehreren Milliarden D-Mark in ausländischer Hand.

Die sozialistischen Wurzeln der Treuhand

Dass die deutschen Privatisierer so stark auf externe Finanzexperten aus dem englischsprachigen Raum setzten, liegt an Umfang und Größenordnung der Herausforderungen nach 1989. Es kamen aber noch weitere Faktoren hinzu. Und hier spielten Verbindungen aus der sozialistischen Vergangenheit eine maßgebliche Rolle. Im Herbst 1989 führten die neuen politischen Konstellationen und auch die Reformzusagen der SED-Führung zu einem deutlich intensiveren Austausch zwischen den beiden deutschen Regierungen. Eine Woche nach dem Mauerfall drängte Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) den ehemaligen SED-Parteichef von Dresden und neuen sozialistischen Ministerpräsidenten Hans Modrow und seine Wirtschaftsministerin Christa Luft, schnellstmöglich weitreichende Reformen einzuleiten, um Investitionskapital anzulocken. Haussmann und sein Staatssekretär Dieter von Würzen sprachen zunächst pflichtschuldig von der Notwendigkeit, die westeuropäische Integration zu beschleunigen. Sie machten aber gegenüber Modrow und Luft deutlich, die sozialistischen Reformkräfte müssten begreifen, wie zentral die »Kapitalbeteiligung« für das Funktionieren multinationaler Wirtschaftsordnungen geworden sei.⁵ Westdeutsche Unterstützung setze, wie Haussmann und von Würzen betonten, die rasche Einleitung einer für private Investitionen günstigen Entstaatlichungspolitik voraus.

Mit der Herkulesaufgabe, Investitionen in die ostdeutsche Planwirtschaft zu locken, beauftragten Modrow und Luft innerhalb ihrer reformorientierten sozialistischen Regierung ein zwölfköpfiges Gremium unter Vorsitz eines Mannes aus der sozialistischen Nomenklatura: Wolfram Krause. Der im Moskau der 1950er-Jahre ausgebildete Ökonom war zuvor im Zentralkomitee der SED und von 1974 bis 1979 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission gewesen.

Krause hatte sich Ende der 1970er-Jahre mit der ostdeutschen Führung zerstritten. Das Zerwürfnis war jedoch nicht so gravierend, als dass er jeden Einfluss innerhalb der SED verloren hätte. Krause arbeitete die beiden wichtigsten wirtschaftspolitischen Beschlüsse aus, die in den kritischen Monaten der Regierung Modrow verabschiedet wurden: zum einen das sogenannte Joint-Venture-Gesetz, das Anreize für Investitionen aus dem Ausland schuf,

und zum anderen den Beschluss zur Gründung einer Treuhandanstalt. Das im Januar 1990 verabschiedete Joint-Venture-Gesetz gestattete ausländischen Konzernen Kapitalbeteiligungen an ostdeutschen Unternehmen von bis zu 49 Prozent. Diese Obergrenze wurde nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 für die meisten Unternehmen abgeschafft.⁶ Mit der Formulierung des ostdeutschen Statuts einer Treuhandanstalt ging das reformsozialistische Trio Modrow-Luft-Krause auf eine Forderung demokratischer Reformer ein. Die als Holdinggesellschaft konzipierte Behörde sollte das ostdeutsche »Volkseigentum« schützen. Mittels Anteilsscheinen sollte die Treuhand ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger an den Erlösen der Privatisierung beteiligen.⁷ Dieser hauptsächliche Grund für die Einrichtung der Holding fiel allerdings schnell unter den Tisch. Stattdessen wurde im ersten Statut der Treuhand festgelegt, dass die Anstalt vorübergehend die Anteile der meisten ostdeutschen Unternehmen halten sollte. Während dieses Übergangszeitraums sollte die Holding einer strikten parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Am 1. März 1990 beschloss der Ministerrat, als höchstes exekutives Organ der DDR, Krauses Vorschlag einstimmig.⁸

Währungsunion soll Ostdeutschland schnell in Bundesrepublik eingliedern

Während Krause und seine Mitstreiter in der DDR sich bemühten, mittels Joint-Ventures ausländisches Engagement einzuwerben, wurden gleichzeitig grundlegende Pläne für eine Währungsunion zur Umsetzung weitreichender Wirtschaftsreformen in der DDR geschmiedet. Das radikale Ziel der vorgeschlagenen Währungsunion bestand darin, Ostdeutschland zügig in die Bundesrepublik einzugliedern.

Eine Allianz ostdeutscher konservativer Parteien, die sich mit Helmut Kohls westdeutscher CDU verbündet hatte, errang bei den Wahlen im März 1990 einen Erdrutschsieg. Modrow und Luft schieden aus der Regierung aus. Wolfram Krause indes wechselte zur neu gegründeten Treuhand. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 unterstand die Treuhand noch dem ostdeutschen Ministerpräsidenten, danach aber dem Bundesministerium der Finanzen. Während die Leitung der Treuhand in den ersten Monaten ihres Bestehens häufigen Veränderungen unterlag, hatten Krause und andere ostdeutsche Mitarbeitende großen Spielraum. Krause ging mit seiner 91-köpfigen Belegschaft daran, Tausende ostdeutsche Betriebe in Unternehmen nach westdeutschem Beispiel umzuwandeln. Er richtete die erste Privatisierungsabteilung der Treuhand mit 15 Niederlassungen in

ganz Ostdeutschland ein, und er traf sich mit ausländischen Investmentexperten. Der Brite John Redwood bot der ostdeutschen Regierung an, Kontakte zu britischen Investmentbanken herzustellen. Diese waren weltweit gefragte Experten, weil sie die Privatisierungsaktivitäten im Großbritannien der 1980er-Jahre mitgestaltet hatten.⁹ Auch nach der Ernennung des westdeutschen Sanierers Detlev Karsten Rohwedder zum Präsidenten der Treuhand blieb Krause an zentraler Stelle in wichtige Veräußerungsfragen eingebunden, die die Treuhand zu lösen hatte. Ende 1990 war er einer der wenigen Ostdeutschen auf der Leitungsebene der Treuhand. Als klarer wurde, welche Aufgaben das Bundeskanzleramt und das Finanzministerium der Treuhand übertrugen, lag seine Zuständigkeit bei der Beschaffung riesiger Kapitalmengen im In- und Ausland.

Treuhand wird Privatisierungsagentur – Banken reden entscheidend mit

Als geschäftsführender und später stellvertretender Direktor der Treuhand nahm Krause in den ersten Monaten des Bestehens der Anstalt an wichtigen Treffen mit westdeutschen Kollegen teil und fungierte als Bindeglied zwischen der ostdeutschen Regierung, der bundesdeutschen Politik wie auch der Geldgeberseite. Eine wegweisende Zusammenkunft fand am 18. Mai 1990 statt – just an dem Tag, an dem die Finanzminister Ost- und Westdeutschlands den Staatsvertrag über die Einführung der D-Mark unterzeichneten. An diesem 18. Mai hatten westdeutsche Bankdirektionen und einflussreiche westdeutsche Politikerinnen und Politiker Krause als Alleinvertreter der Treuhand zu einer vertraulichen Besprechung nach Frankfurt am Main geladen. In den Geschäftsräumen der Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. diskutierte man über Pläne, die Treuhand durch eine Änderung des Statuts von einer Holding in eine Privatisierungsagentur umzuwandeln. Am Tisch saßen Direktoren führender deutscher Banken wie der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank sowie einflussreiche Privatbankiers. Ein weiterer Gesprächsteilnehmer war der Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt, Sighart Nehring.¹⁰ Die westdeutschen Bankdirektoren forderten, die Treuhand solle nur gegenüber der neuen konservativ geführten ostdeutschen Regierung und nicht gegenüber der Volkskammer rechenschaftspflichtig sein. Außerdem wollten sie den Einfluss der Arbeitnehmervertretungen auf Entscheidungsprozesse der Treuhandanstalt beschneiden. Sie verlangten zusätzlich, das Mandat der Treu-

hand klar zu befristen, die bis dahin zentralisierte Treuhandanstalt nach Branchen zu strukturieren, auch Grund und Boden in die Entstaatlichung einzubeziehen und externe Berater mit langjähriger Erfahrung am Kapitalmarkt einzubinden, die auch mit Insolvenzverfahren umgehen konnten. Externe Experten sollten nicht nur beratend tätig, sondern auch im künftigen Vorstand der Treuhand vertreten sein und in ihren Vorstandsbereichen direkte Entscheidungsbefugnisse ausüben.

Die meisten Vorschläge, die bei dieser Zusammenkunft im Mai 1990 vorgebracht wurden, erhielten Zustimmung. In einem Punkt erkannten die Finanzakteure die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens an: Sie wollten die Privatisierungsagentur nicht in ein Unternehmen umwandeln. Nach Meinung der Banker sollte die Treuhand vielmehr eine Anstalt öffentlichen Rechts bleiben, damit sie sich künftig mithilfe von Staatsgarantien günstige Kredite besorgen konnte. Das Ministerium in Bonn und auch der in seinem Auftrag handelnde Wolfram Krause in der Ost-Berliner Treuhand-Zentrale, der formell auch die nach wie vor weitgehend intakte ostdeutsche Industrie vertrat, drängten darauf, den zuvor in der DDR-Volkskammer vereinbarten Kurs beizubehalten. Aber ihr Standpunkt war nicht mehr maßgeblich. Eine Woche nach Krauses Besuch in Frankfurt wiesen Bundesbeamte den neuen ostdeutschen Wirtschaftsminister Pohl nachdrücklich darauf hin, dass ein beschleunigter Privatisierungskurs nicht länger wegen »politischer Vorbehalte in der DDR« verzögert werden dürfe.¹¹ Die Unterstützung aus Westdeutschland setzte die Zustimmung zu einer zügigen Privatisierung voraus, die von einer parlamentarischen Mitwirkung abgekoppelt werden und sich auf externen Sachverstand stützen sollte.

Veränderte Aufgaben für die Treuhand ab Mitte Juni 1990

Mitte Juni 1990 verabschiedete das ostdeutsche Parlament zügig ein neues Gesetz, das die Hauptaufgaben der Treuhand veränderte: Ihr vorrangiges Ziel bestand nunmehr darin, Staatsvermögen zu privatisieren und mit den Verkaufserlösen die steigenden Schulden der Treuhand auszugleichen.¹² Für die veränderte Aufgabenstellung gab es mehrere Gründe. Zum einen waren die Treuhand-Firmen auf Kredite westdeutscher Geschäftsbanken angewiesen, die zu diesem Zeitpunkt aber noch erklärten, dass sie nicht bereit wären, diese Kredite zu gewähren. Zum anderen warnten westdeutsche Notenbanker, angesichts der inzwischen erdrückenden Verbindlichkeiten ostdeutscher Firmen in einer der härtesten Währungen der Welt, dass ostdeutsche Unter-

nehmen besonders sorgfältig darüber nachdenken müssten, wie sie das Kapital einsetzten. Während im Sozialismus die Verschuldung von Staatsbetrieben als irrelevant galt, kämpften die Firmen, die demnächst kapitalistische Unternehmen werden sollten, erbittert um jede D-Mark, um ihre Löhne bezahlen und den Bankrott abwenden zu können.

Finanzkonzepte setzten sich in der Treuhandanstalt schließlich durch, weil in- und ausländische Banken sich beharrlich dafür stark machten und vorbrachten, dass die Treuhand auf ein internationales Expertentum angewiesen sei, das sich mit der Veräußerung von Staatsvermögen auskannte. Entsprechend eindeutige Weisungen kamen zudem auch aus dem Bonner Finanzministerium und dem Bundeskanzleramt. Im Herbst 1990 fassten die Direktoren der Treuhand und ihr Finanzchef Krause den Plan, sich bis Ende 1991 die für deutsche Verhältnisse schwindelerregende Summe von 25 Milliarden D-Mark zu leihen.¹³ Damit die Treuhand diese Summe zu günstigen Konditionen aufnehmen konnte, griff das Finanzministerium im Oktober 1990 zu einer außergewöhnlichen Maßnahme: Es gewährte der Treuhand denselben Reputationsstatus wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Auf diese Weise wollte man die Treuhand international attraktiver machen und ihre Position stärken, wenn es darum ging, Geldinstitute um Kredite zu bitten. Sowohl das Finanzministerium als auch die Treuhand selbst versprachen sich von diesem erweiterten Mandat für die Banker »eine positive Wirkung auf die Privatisierung von Treuhand-Firmen.«¹⁴

Treuhandanstalt wird international mit »alten Bekannten«

Die Eintrübung der Konjunkturaussichten Anfang 1991 führte dazu, dass das Bemühen um intensivere Beziehungen der Treuhand zu ausländischen Bankern zur Chefsache wurde. Ende April 1991 ermunterte Bundeskanzler Helmut Kohl die neue Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel zur Gründung eines Büros in der Weltfinanzmetropole New York.¹⁵ Im Juni 1991 rief Kohl vor dem Bundestag »Deutschlands Partner und Freunde in der Welt« auf, die Chancen des »Wiederaufbaus« in den neuen Bundesländern viel stärker zu nutzen. Diese Aufforderung zu intensiverer Investitionstätigkeit wurde von ausländischen Botschaften, Finanzinstituten und Unternehmensberatungen aufmerksam registriert.¹⁶ Um von der Seite der Treuhand verstärkt Auslandskontakte aufzubauen, setzte man auf Mitglieder der ostdeutschen Bürokratie, die ihre Westkontakte noch zu DDR-Zeiten geknüpft hatten. Insbesondere traf dies auf den ehemaligen SED-Funktionär Wolfgang Stamm zu, der seit 1974 Stellver-

tretender Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau gewesen war und zudem die Arbeitsgruppe Automobilbau der sogenannten »Gemischten Kommission DDR-Frankreich« geleitet hatte. Bereits 1990 knüpfte Stamm Kontakte zur amerikanischen Investmentbank Salomon Brothers.

Zusammenfassung und Ausblick

Versuche von Politik und Regierung, die Entstaatlichung voranzutreiben, gingen nie allein von Westdeutschland aus. Die Verantwortung für die Abschaffung von Kollektiveigentum zugunsten von Privateigentum in Ostdeutschland lag in den Händen von gewählten Mandatsträgerinnen und -trägern, von Bundes- und Landesbehörden, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Ihr Handeln bei der Veräußerung des ostdeutschen Staatsbesitzes und beim Einwerben von internationalem Investitionskapital verlangt danach, genauer erforscht zu werden. Gleiches gilt für die Empfehlungen transnationaler Finanzakteure. Sie zogen oftmals weniger Aufmerksamkeit auf sich als das Handeln von Regierung, Politik und Behörden, hatten jedoch maßgeblichen Einfluss darauf, wie Handlungsspielräume genutzt und welche Entscheidungen gefällt wurden.¹⁷ Die Treuhand kaufte Beratungsleistungen im Umfang von Hunderten Millionen D-Mark ein und nahm Hunderte Milliarden D-Mark an Krediten auf den internationalen Kapitalmärkten auf. Nicht nur westdeutsche Industrielle und Bundesbeamte, sondern auch internationale Finanzvermittler hatten Anteil am massenhaften Verkauf von Staatsvermögen in Ostdeutschland.

Aus der Sicht der deutschen Privatisierer und ihrer gut bezahlten internationalen Berater waren die unzähligen Schwierigkeiten bei der »Transformation« des Ostens Ergebnis von zwei Generationen Sozialismus sowjetischer Prägung. Akteurinnen und Akteure aus der sozialistischen Vergangenheit wirkten Anfang der 1990er Jahre jedoch ganz konkret am Umbau mit. Das raue Eintauchen Ostdeutschlands in eine international vernetzte Wirtschaft wurde von erfahrenen sozialistischen Planwirtschaftlern mitgestaltet. Die Treuhand war ihre Schöpfung, und einige wichtige Mitglieder der Nomenklatura hielten bis 1992 einflussreiche Positionen und übernahmen zentrale Aufgaben. Sie sorgten dafür, dass Treuhand-Firmen Bilanzen in D-Mark vorlegten, warben im In- und Ausland um Investitionen und Refinanzierung und gestalteten die Zukunft der Treuhand als Beratungsanbieter für Osteuropa mit, um so Beziehungen, die das

sozialistische Regime Ostdeutschlands in den 40 Jahren seines Bestehens aufgebaut hatte, neues Leben einzuhauchen.

Hochrangige Akteurinnen und Akteure aus sozialistischer Zeit traten ab 1992 nicht mehr in Erscheinung. Jedoch spielten die innerdeutschen Beziehungen, die vor 1989 gewachsen waren, in den frühen 1990er Jahren für Ost- wie auch für Westdeutsche (und ausländische Investoren) eine entscheidende Rolle. Um nur ein Beispiel anzuführen: Detlev Rohwedder, bis April 1991 Präsident der Treuhand, hatte in den 1970er- und 1980er-Jahren in erheblichem Umfang Geschäfte mit DDR-Betrieben getätigt. Als Vorstandsvorsitzender des Dortmunder Stahlkonzerns Hoesch versuchte Rohwedder nach dem Mauerfall, seine Beziehungen zu ostdeutschen Wirtschaftsführern gewinnbringend zu nutzen. Als er im Dezember 1989 ein Telefonat mit dem DDR-Minister für Maschinenbau führen wollte, bekam er diesen nicht selbst zu sprechen, sondern geriet stattdessen an Wolfram Krause, seinen künftigen Finanzchef bei der Treuhand.¹⁸ Die Nachwirkungen solcher innerdeutschen wie auch internationalen Kontakte blieben Jahre nach der Auflösung der Treuhand spürbar.

Dieser Beitrag beteiligt sich nicht an der Kontroverse über Erfolg oder Misserfolg der deutschen Wiedervereinigung oder über die Rolle der Treuhand bei der Überwindung – oder Vertiefung – der Spaltung des Landes. Hier sollte vielmehr nachgezeichnet werden, welche internationalen Faktoren und welche Beziehungen aus sozialistischen Zeiten die Eingliederung der DDR-Wirtschaft in das kapitalistische Wirtschaftssystem der 1990er Jahre mit bedingten. Die Probleme bei der Neuordnung der ökonomischen Hinterlassenschaften der DDR lassen sich nicht allein auf Rückstände infolge planwirtschaftlicher Fehlentwicklungen und Autarkiebestrebungen zurückführen. Das nun verstärkt zugängliche schriftliche Archivgut im In- und Ausland macht Stück für Stück Kontinuitäten zur sozialistischen Planwirtschaft sichtbar und verweist auf die maßgebliche Rolle des internationalen Finanzmarkts bei der Eingliederung Ostdeutschlands in die erweiterte Bundesrepublik.

Erschienen auf DA Online am 11.12.2019.

Anmerkungen

- 1 Zur Einführung: Marcus Böick, *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, 1990–1994*, Göttingen 2018.
- 2 Vgl. Dierk Hoffmann, *Im Laboratorium der Marktwirtschaft: Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994*. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: *Vierteljahreshefte für Zeitschichte* 66 (2018) 1, S. 167–185.

- 3 Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.), Treuhandanstalt, Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Bonn 1994, S. 447 u. 449. Die tatsächliche Summe war höher, da die Honorare für Auftragnehmer, die für die von der Stasi – im Rahmen des zur Stasi gehörenden Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) – betriebenen ostdeutschen Firmen später ohne die Treuhand als Vermittlerin direkt vom Bonner Finanzministerium übernommen wurden.
- 4 Bei Management-Buy-In (MBI) handelt es sich um die Übernahme eines Unternehmens durch ein Management von außen oder darum, dass die Übernahme mithilfe eines Investors durch ein fremdes Management angestrengt wird. Das Management-Buy-out (MBO) hingegen beschreibt eine Unternehmensübernahme, bei der das betriebsseigene Management die Kapitalmehrheit vom bisherigen Unternehmensinhaber erwirbt.
- 5 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Wirtschaftliche Zusammenarbeit (streng vertraulich), 19.11.1989, in: Bundesarchiv (BArch), DE 10/9.
- 6 Siehe gez. W. Krause, Entwurf einer Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbaren Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989, 19.1.1990, in: Bundesarchiv (BArch), DC 20/11269; siehe auch Dieter Grosser, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, S. 119–127.
- 7 Siehe Dokument 12/15., Vorlage Nr. 12/29, 12. Sitzung, 12. Februar 1990, Freies Forschungskollegium »Selbstorganisation« für Wissenskatalyse an Knotenpunkten, in: Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Bd. 5 Dokumente, Wiesbaden 2000, S. 352–354.
- 8 Siehe Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 14, 8.3.1990, Nachdruck in: Treuhand Dokumentation 1990–1994, Berlin 1994, S. 1–5.
- 9 Vgl. Amt des Ministerpräsidenten, Schreiben von J.C.J. Ramsden an Voigt, in: Bundesarchiv (BArch), DC 20/6069. John Redwood war damals für »Corporate Affairs« zuständiger Staatsminister im Ministerium für Handel und Industrie und ist derzeit ein führender Brexit-Befürworter.
- 10 Vgl. Treuhandanstalt, 18.5.1990, in: Bundesarchiv (BArch), B 136/35286.
- 11 Siehe Gemeinsame Abteilungsleiterkonferenz mit der Leitung des Ministeriums für Wirtschaft der DDR anl. des Besuchs von Minister Dr. Pohl am Dienstag, 29. 5.1990, 7.6.1990, in: Bundesarchiv (BArch), DE 10/122.
- 12 Vgl. Gesetzblatt DDR Teil I, Nr.33 vom 17.6.1990; siehe auch Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Stenographisches Protokoll, 10. Wahlperiode, 14. Tagung, 15.6.1990, in: Treuhandanstalt Dokumentation, Bd. I, S. 187–200.
- 13 Siehe Schreiben von Köhler an Rohwedder, 20.9.1990, in: Bundesarchiv (BArch), B 412/2542.
- 14 Grundsätze für die Mittelaufnahme der Treuhandanstalt, 30.10.1990, in: Bundesarchiv (BArch), B 412/2549.
- 15 Vgl. Schreiben von Helmut Kohl an Breuel, 29.4.1991, in: Bundesarchiv (BArch), B 412/3171.
- 16 Zur Frage, wie diese Maßnahmen sich auf den Verkauf an Ausländer auswirkten, siehe Keith R. Allen, »Directing Foreign Investment: Swiss Engagements after (and before) 1989«, in: Central European History 53 (2020) 1, <https://doi.org/10.1017/S0008938919000992>, letzter Zugriff am 5.3.2020.
- 17 Eine Einführung in die Arbeit, die KPMG für die Treuhand leistete, liefert Marcus Böick, Die Entdeckung der DDR im Frühjahr 1990: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben«, in: Dieter Ziegler et al. (Hg.), Vertrauen als Auftrag. Von der Deutsch-Amerikanischen Treuhand-Gesellschaft zur KPMG AG, München 2015, S. 217–233.
- 18 Siehe Schreiben von Rohwedder und Flohr an Professor Dr. Grünheld, Minister für Maschinenbau, »Zu diesem konkreten Fall wird Koll. Krause eine telefonische Verabredung treffen, d. h. ein Brief ist nicht erforderlich.«, 12.12.1989, in: Bundesarchiv (BArch), DE 10/120.



1991 gründete Dr. Hartmut Quendt ein Backwarenunternehmen in Dresden. Hier steht der Mittelständler im Jahr 2000 zusammen mit Mitarbeiterinnen an einer Backanlage.

Max Trecker

Soziale Marktwirtschaft ohne Mittelstand? Wiedervereinigung und Unternehmertum in Ostdeutschland

Mittelstand und soziale Marktwirtschaft gehören eng zusammen. Wenn in Deutschland von »Hidden Champions« die Rede ist, bezieht sich dies auf kleine und mittlere Unternehmen, die zumeist im süddeutschen Raum beheimatet sind. Dies war jedoch nicht immer so. Mit der Wiedervereinigung bot sich in Ostdeutschland die Chance, dem Mittelstand zu alter Stärke zu verhelfen und gleichzeitig die Akzeptanz von Marktwirtschaft und Demokratie zu stärken.

Der sogenannte Mittelstand bildet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Laut Daten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beschäftigten die auch KMU¹ genannten Unternehmen des Mittelstands zum Jahresende 2018 31,7 Millionen Menschen. Damit standen sie für über 70 Prozent aller in Deutschland Erwerbstätigen. Allein seit dem Jahr 2006 haben die Unternehmen des Mittelstands in Deutschland 5,5 Millionen mehr Personen eingestellt als entlassen.² Auch wenn Großunternehmen wie Siemens oder BMW mehr mediale Aufmerksamkeit erhalten, spielen sie für das alltägliche Wirtschaftsgeschehen eine vergleichsweise geringe Rolle. Die oben genannten Fakten erklären, warum die Politik die Sorgen und Wünsche des Mittelstands nicht einfach übergehen kann. Ähnlich verhält es sich in Ländern wie den USA und Großbritannien. Auch hier arbeitet ein Großteil der Erwerbstätigen in KMU.

Historisch hat Mittelstand besondere Rolle in Deutschland

Der Begriff Mittelstand ist im deutschsprachigen Raum sehr stark historisch vorgeprägt und mit verschiedenen Bedeutungen aufgeladen, die über das rein Ökonomische hinausgehen. Dies macht den deutschen Mittelstandsbegriff einzigartig und hebt ihn vom angelsächsischen oder romanischen Sprachraum ab. Wie der Name bereits andeutet, erfüllt der Mittelstand im Ideal eine Scharnierfunktion zwischen Ober- und Unterschichten in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Bereits im 19. Jahrhundert wurden dem Mittelstand aus selbständigen Handwerkern, wohlhabenden Bauern und Angehörigen der Freien Berufe³ spezielle Tugenden zugesprochen wie Fleiß, Sparsamkeit und Disziplin. Ökonomische Selbständigkeit wurde mit Unabhängigkeit im politischen Denken gleichgesetzt. Um 1900 geriet dieser alte Mittelstandsbegriff zunehmend in Konflikt mit den aufstrebenden Schichten der Angestellten und höheren Beamten, die formal nicht »selbständig« waren, aber im Einzelfall ebenso wohlhabend sein konnten wie ein etablierter Handwerksmeister oder Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei.⁴

Es gehört zum Wesen des deutschen Mittelstandsbegriffs, dass dessen Existenz stets in Gefahr zu sein schien. Dies hängt zum einen mit dem Aufstieg des modernen Angestellten um 1900 zusammen und zum anderen mit der Herausforderung durch den Marxismus. Im Mittelstand sahen viele »bürgerliche« Ökonominen und Ökonomen ein Bollwerk gegen die von Marx prophezeite Verelendung und Vermassung breiter Bevölkerungsschichten durch die Konzentration von Kapital in den Händen von Wenigen. Wenn Marx Recht hatte, so musste

der Mittelstand sich schrittweise selbst auflösen, indem ein kleiner Teil in die höchsten Gesellschaftsschichten aufstieg und der weitaus größere Part in das triste Dasein von »Lohnsklaven« hinabsank. Diese Unsicherheit spiegelt sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts in öffentlichen Debatten wider.⁵ Die Verfassung der Weimarer Republik enthielt eigens einen »Mittelstandsparagraphen« laut dem Gesetzgebung und Verwaltung der Republik die Aufgabe hatten, den Mittelstand in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu fördern und gegen »Überlastung und Aufsaugung zu schützen.«⁶ Der Hintergedanke hierbei war, dass eine liberale Demokratie nur existieren könne, wenn es eine starke Schicht von Selbständigen gäbe. Eine Gesellschaft aus verarmten Lohnarbeiterinnen und -arbeitern sowie reichen Kapitalistinnen und Kapitalisten, welche nur von Zinsen lebten ohne selbst zu arbeiten, müsste demnach in die Diktatur abgleiten.

»Soziale Marktwirtschaft« als neoliberales Konzept nach 1945

Eine Reihe von Ökonominen und Ökonomen versuchte vor dem Hintergrund von Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus, den Liberalismus neu zu denken. Aus der Kritik an (national)sozialistischer Planwirtschaft und Manchesterkapitalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts entwickelten sie den »Neoliberalismus«.⁷ Die soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist eine Variante dieses Neoliberalismus. Für die Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, wie Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, kam dem Mittelstand eine entscheidende Rolle für den Aufbau einer besseren Gesellschaft zu. Für Theoretiker wie Röpke steht fest, dass mittelständische Betriebe weniger konjunktursensibel seien als Großbetriebe und in Krisenzeiten weit länger an ihren Beschäftigten festhielten.⁸ Der Großbetrieb produziere, so Röpke, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und damit politische Instabilität. Auf lokaler Ebene führe das Wachstum von Großbetrieben zur Entstehung von Monokulturen, in denen eine kleine Gruppe von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern Zwang und Konformitätsdruck auf die Beschäftigten ausübe.⁹ Herrsche hingegen eine Vielfalt an (mittelständischen) Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, könnten die Beschäftigten von diesem Pluralismus profitieren und sich den Betrieb suchen, der vom Arbeitsklima und den Bedingungen am besten zu ihnen passe.¹⁰

Ein Markt für alle – mit »Marktpolizei« gegen Monopole

Eine pluralistische Wirtschaft, so der mit Röpke eng befreundete Ökonom Alexander Rüstow, sei entscheidend, um in Abgrenzung zum real existierenden »Kapitalismus« des 19. und 20. Jahrhunderts eine echte Marktwirtschaft zu etablieren.¹¹ Erklärtes Ziel war eine Rückkehr zu den ursprünglichen Idealen des Liberalismus, eine Rückkehr zu Adam Smith und eine Abkehr vom »Vulgärliberalismus«. Auch wenn Reformen wie Rüstow und Röpke in der frühen Bundesrepublik nicht ohne Einfluss blieben, ist von dem konkreten politischen Programm der sozialen Marktwirtschaft als »neoliberalem« Projekt nur wenig umgesetzt worden. Eingang in die Wirtschaftspolitik fand vor allem die Kartellpolitik. Eine starke »Marktpolizei« sollte der Entstehung von Monopolen entgegenwirken und den Markt für alle »frei« und »offen« halten. Zumindest rhetorisch und in eingeschränktem Maß auch politisch fand die besondere Förderung des Mittelstands Eingang in die Politik der Bundesrepublik.

DDR beschränkte privaten Mittelstand

Im Zuge von Mauerfall und Wiedervereinigung gewann das Schlagwort der sozialen Marktwirtschaft wieder an Bedeutung. Die Übertragung des westdeutschen »Erfolgsmodells« sollte dem Osten den gleichen Wohlstand bringen, wie ihn die Westdeutschen bereits seit Jahrzehnten genossen. Es handelt sich damit bei der Wiedervereinigung nicht nur um ein rein politisches, sondern auch um ein sozioökonomisches Experiment. Demokratie und soziale Marktwirtschaft sollten Hand in Hand gehen. Damit stieg die Mittelstandsförderung in Ostdeutschland zu einem wichtigen Thema auf, denn ohne eine breite Schicht regional verankerten Unternehmertums konnte es weder Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten noch Demokratie geben. Das SED-Regime der DDR hatte das private Unternehmertum nach 1949 immer weiter beschränkt und in mehreren Verstaatlichungswellen einen Großteil der Unternehmerinnen und Unternehmer enteignet. Dabei hatte der Schwerpunkt des gesamtdeutschen Mittelstands vor 1945 nicht so sehr in Bayern und Baden-Württemberg, sondern in Sachsen, Thüringen und Berlin gelegen.

Insgesamt gab es folgende Ansätze, um wieder einen starken Mittelstand in Ostdeutschland zu etablieren: Große Hoffnungen waren mit der Reprivatisierung von über 12 000 im Jahr 1972 verstaatlichten kleinen und mittleren Industriebetrieben verbunden. Zudem hatten gerade im Dienstleis-

tungsbereich etwa 100 000 kleinere Unternehmen mit zumeist weniger als zehn Angestellten ihre Eigenständigkeit als Privatunternehmen im Sozialismus bewahren können. In den 1980er Jahren hatten die Inhaberinnen und Inhaber von privaten Handwerksbetrieben mit zu den privilegiertesten Bevölkerungsschichten der DDR gehört. Darüber hinaus sollte die von der Treuhandanstalt (THA) durchgeführte Privatisierung des sogenannten Volkseigentums Chancen für Ostdeutsche eröffnen, einen Betrieb zu erwerben und sich unternehmerisch zu betätigen.¹²

Reprivatisierung – kein leichtes Unterfangen

Gemessen an den hohen Erwartungen der Wendezeit 1989/90 zeigten die ergriffenen Maßnahmen nicht den erhofften Erfolg. Erste Reprivatisierungsmaßnahmen waren bereits von der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow eingeleitet worden und gerieten nach der Wiedervereinigung zunehmend ins Stocken. Dies lag zum einen an der Gesetzeslage, die es den neu gegründeten Landesverwaltungen und der THA schwer machte, rasch über die Zukunft eines ehemals privaten Betriebes zu entscheiden, besonders wenn mehrere Parteien Ansprüche auf einen Betrieb oder auch nur Teile eines Betriebs angemeldet hatten.¹³ Zum anderen waren nur wenige Betriebe in ihrem Zustand zum Zeitpunkt der Verstaatlichung erhalten geblieben. Viele Betriebe waren erweitert, verlagert, geschlossen oder mit größeren Betrieben verschmolzen worden. Das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn zählte für das Jahr 1996 3 000 reprivatisierte mittelständische Industriebetriebe mit insgesamt weniger als 100 000 Beschäftigten.¹⁴ Allein die 1972 verstaatlichten Unternehmen hatten etwa 500 000 Angestellte aufgewiesen. Gemessen hieran mussten die Zahlen zur Reprivatisierung enttäuschen.

Westen ohne Plan von privatem Unternehmertum in der DDR

Die Unternehmerinnen und Unternehmer in der DDR hatten bereits im Januar 1990 eine eigene Interessenvertretung gegründet und versucht, sich bei Akteurinnen und Akteuren in West und Ost Gehör zu verschaffen. Hierbei stießen sie gerade bei Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft in Westdeutschland auf Verwunderung. Vielen Westdeutschen war nicht klar, dass es auch 1989/90 noch ein privates Unternehmertum in der DDR gab. Aufgrund dieses Wahrnehmungsdefizits hatten

es Unternehmerinnen und Unternehmer aus der DDR schwer, mit ihren Anliegen Gehör zu finden. So klagte der Vorsitzende des Unternehmerverbandes der DDR im Februar 1990 auf einer prominent besetzten westostdeutschen Tagung zu Wirtschaftsfragen:

»Bei unseren Gesprächen in der Bundesrepublik haben wir feststellen müssen, daß es dort überhaupt keine richtigen Vorstellungen davon gibt, was es an Unternehmer-Potential in der DDR gibt. Es gab keine Zahlen, man wußte nichts von den über 100 000 Privatbetrieben in der DDR, die Gewehr bei Fuß stehen, die sofort loslegen, wenn man ihnen nur die Möglichkeit dazu gibt. In einer Art missionarischer Tätigkeit haben wir in der Bundesrepublik um Verständnis für unsere Situation geworben, und zwar nicht nur beim Wirtschaftsministerium, sondern u. a. auch beim DIHT [Deutscher Industrie- und Handelstag].«¹⁵

Die hohen Erwartungen konnten sich auch hier nicht erfüllen. Viele Unternehmen, die 40 Jahre Sozialismus sowjetischer Prägung überlebt hatten, mussten in den frühen 1990er Jahren ihre Tätigkeit einstellen. Dies hatte sowohl handfeste ökonomische als auch kulturelle Ursachen. Der nach 1972 verbliebene Teil des privaten Unternehmertums hatte sich stark an das sozialistische System angepasst und Denkweisen und Praktiken entwickelt, die im DDR-System sinnvoll waren und das Überleben sichern konnten, im westdeutschen System hingegen hinderlich waren.¹⁶ Durch die Entscheidung für eine möglichst rasche Wiedervereinigung blieb den Betroffenen wenig Anpassungszeit. Zudem bedeuteten die Währungsunion und das gewählte Tauschverhältnis für Mark der DDR in D-Mark von 1:1 für die kleinen und mittleren Unternehmen in der DDR einen mindestens ebenso großen Aufwertungsschock und Wettbewerbsnachteil wie für die großen Staatsbetriebe.

Treuhand verfolgt zunächst keine Mittelstandsstrategie

Somit blieb noch die THA übrig, um aus der Masse der Volkseigenen Betriebe (VEB) einen blühenden Mittelstand zu schaffen. Die Treuhand nahm sich des Themas Mittelstand nur widerwillig und erst im Laufe des Jahres 1991 an, als die Probleme der ostdeutschen Wirtschaft unübersehbar wurden. Dies hatte in erster Linie mit dem Selbstverständnis des Managements der Treuhand zu tun. Das Führungspersonal verstand die THA primär als Verkaufs- und nicht als Gründeragentur.¹⁷ Die Bevorzugung von einheimischen und/oder mittelständischen Käuferinnen und Käufern war daher nur zu rechtfertigen, wenn es sich auch um das »beste« Angebot

handelte. Die THA ging ab 1991 zunehmend davon ab, die Verkaufserlöse zu maximieren und übernahm immer mehr strukturpolitische Aufgaben wie den Erhalt »industrieller Kerne« sowie die Förderung des ostdeutschen Mittelstands.

Ein weiteres Erklärungsmuster für das Zögern der Treuhandanstalt findet sich in den Debatten der Wirtschaftswissenschaften in den frühen 1990er Jahren. Diese Debatten wurden vor allem von westlichen Ökonomen und Ökonomen geprägt, die einheimischen Eliten wenig Können und Willen zutrauten, das staatssozialistische System in eine liberale Marktwirtschaft westlichen Typs zu »transformieren«¹⁸. Das Staatseigentum sollte demnach idealerweise in regimefremde Hände gelangen. Dies bedeutete gerade bei größeren Unternehmen den Verkauf an ausländische Investoren. Ausländische Investoren sollten das notwendige Wissen und Können mitbringen, um die Ideale einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu verbreiten. Für Ostdeutschland musste dies bedeuten, dass Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Außenhändlerinnen und Außenhändler, die theoretisch über das notwendige technische Wissen und die Erfahrung verfügten, um sich mit neuen Produkten auf dem Weltmarkt behaupten zu können, mit Skepsis betrachtet wurden. Es hatte nur äußerst wenige Technik- und Wirtschaftsexpertinnen und -experten in der DDR gegeben, die nicht eng mit Partei- und Staatsorganen verbunden gewesen waren.

Diese Personengruppe mit Skepsis zu betrachten war nicht notwendigerweise ungerecht vonseiten der Treuhandanstalt. Das Management der THA machte sich angreifbar, wenn es Vermögensgegenstände an Funktionsträgerinnen und -träger des SED-Regimes verkaufte. Häufig stand der Vorwurf von Korruption und »alten Seilschaften« im Raum. Ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung empfand es als befremdlich, wenn alte System-Kader ihre Karrieren nahezu ungebremst fortsetzen konnten und offizielle Besitzzurkunden für ganze Unternehmen oder Betriebsteile bekamen. In einigen Fällen wurden solche Vorgänge von der regionalen Presse aufgegriffen, um das Management der Treuhandanstalt unter Druck zu setzen. Privatisierungen an Westdeutsche waren gegen solche Vorwürfe naturgemäß immun.¹⁹

Kehrtwende: Mittelstandsprogramm startet ab 1991

Im Frühjahr 1991 diskutierte und beschloss die Leitungsebene der Treuhandanstalt ein spezifisches Mittelstandsprogramm. Es enthielt zwei Kernbestandteile zur Förderung des Mittelstands und Unternehmertums in Ostdeutschland: zum einen sollten die staatlichen Großbetriebe in so viele

kleine und mittlere Unternehmenseinheiten aufgespalten werden wie möglich. Das Stichwort lautete hier Entflechtung. Zum anderen wurden erstmals MBO und MBI systematisch gefördert. MBO (Management-Buy-Out) bedeutet den Verkauf eines Betriebes oder Betriebsteils an Beschäftigte desselben Betriebes, in der Regel an leitende Angestellte. MBI (Management-Buy-In) meint den Verkauf eines Betriebes an ein Management-Team, das noch nicht im betreffenden Unternehmen arbeitet. Bei MBOs stammte der überwältigende Teil der Kaufenden aus Ostdeutschland, bei MBIs hingegen eher aus Westdeutschland. Da MBO und MBI jedoch gleichermaßen zur Schaffung inhabergeführter Unternehmen führten, handelte es sich um Existenzgründungen im Mittelstand. Die Leitung der Treuhandanstalt zeigte somit eine gewisse ideologische Flexibilität, da MBO und MBI von der Wirtschaftswissenschaft nicht zu den favorisierten Formen der Privatisierung gezählt wurden.²⁰

Mittelstand verlor in den 1990er Jahren seinen Markt im Osten

Bei der Entflechtung handelte es sich um ein gut gemeintes aber nicht unbedingt gut durchdachtes Vorhaben. Auch wenn die Zusammensetzung der ehemaligen Kombinate im DDR-System willkürlich anmutete, waren zumindest einzelne Betriebsteile integral miteinander verbunden. Fiel einer dieser Bestandteile weg, konnte dies andere Betriebsteile an den Rand des Ruins bringen. Die Leitung der THA hatte nicht bedacht, dass große Teile des Mittelstands in einer modernen Industriegesellschaft in einem symbiotischen Verhältnis mit der Großindustrie existieren. Der Bankrott der ostdeutschen Großindustrie musste somit auch die Chancen des ostdeutschen Mittelstands stark beeinträchtigen. Der ostdeutsche Mittelstand litt in den 1990er Jahren an ähnlichen Problemen wie die Großindustrie: es fehlten die Kunden. Der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft, die fehlende Konkurrenzfähigkeit auf westlichen Märkten und das Desinteresse der Ostdeutschen an nicht-westlichen Produkten ließen die Auftragseingänge quasi über Nacht rapide einbrechen.²¹ Darüber hinaus zeigten sich westdeutsche Banken in der Vergabe von Krediten äußerst restriktiv. Ostdeutsche Unternehmerinnen und Unternehmer hatten große Schwierigkeiten, an notwendige Kredite zu kommen, um ihre Betriebe zu modernisieren und konkurrenzfähig zu machen. Dieser Missstand konnte nur zum Teil durch öffentliche Banken wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgefangen werden.

Auch wenn die hohen Erwartungen der Wendezeit 1989/1990 sich nicht erfüllt haben, steht fest, dass es auch in Ostdeutschland etablierte und leistungsfähige mittelständische Unternehmen gibt. Ein Teil dieser Unternehmen ist aus der Konkursmasse der DDR-Wirtschaft hervorgegangen. Bei einem anderen Teil handelt es sich um nach 1990 erfolgte Neugründungen.²² Die größeren dieser Betriebe befinden sich oftmals nicht in ostdeutschem Besitz, sondern gehören zu westdeutschen oder ausländischen Anteilseignern. Bei kleineren Unternehmen – auch im Industriesektor – verhält es sich hingegen andersherum; sie befinden sich überwiegend in ostdeutschem Besitz.

Ein neuer ostdeutscher Mittelstand braucht Zeit

Bis diese Unternehmen durch organisches Wachstum eine ähnlich strukturbestimmende Größe erreicht haben werden, wie der süddeutsche Mittelstand, werden noch ein bis zwei Generationen vergehen. Die Erwartung, dass der ostdeutsche Mittelstand nach 1990 innerhalb kürzester Zeit zu alter Stärke der Vorkriegszeit zurückfände, war in hohem Maße unrealistisch. Die relative Stärke des süddeutschen und die relative Schwäche des ostdeutschen Mittelstands sind zwei Seiten derselben Medaille. Ein bedeutender Teil der innovativsten Unternehmen aus Berlin, Sachsen und Thüringen hatte seine Aktivitäten zwischen 1945 und 1961 in den süddeutschen Raum verlagert und war nach 1990 nicht wieder in die alte Heimat zurückgekehrt.

Erschienen auf DA Online am 2.12.2019.

Anmerkungen

- 1 Kleine und mittlere Unternehmen, im Englischen SME abgekürzt.
- 2 Siehe KfW Bankengruppe (Hg.), KfW-Mittelstandspanel 2019, Frankfurt am Main 2019.
- 3 Hierzu gehören unter anderem Ärzte, Anwälte und Architekten.
- 4 Siehe Gustav Schmoller, Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen?, Göttingen 1897, S.24–6.
- 5 Siehe Schmoller, Mittelstande (Anm. 4).
- 6 Artikel 164 der Weimarer Reichsverfassung.
- 7 Der Begriff wurde ursprünglich auf dem Colloque Walter Lippmann in Paris im Jahr 1938 geprägt.
- 8 Siehe Wilhelm Röpke, Die Funktion des Klein- und Mittelbetriebes in der Volkswirtschaft, in: Handwerk und Kleinhandel in der modernen Volkswirtschaft. Entwicklungsmöglichkeiten und Rechtsgrundlagen, St. Gallen 1947, S.31.

- 9 Der praktische Unterschied zwischen privaten und staatlichen Monopolbetrieben ist demnach gering.
- 10 Vgl. Röpke, Funktion des Klein- und Mittelbetriebes (Anm. 8), S. 35–37.
- 11 Vgl. Alexander Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, Marburg 2001, S. 120–122.
- 12 Siehe Heike Belitz, Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern, Berlin 1995, S. 12.
- 13 Vgl. Friedrich Kaufmann/Axel Schmidt, Mittelstand und Mittelstandspolitik in den neuen Bundesländern: Rückgabe enteigneter Unternehmen, Stuttgart 1992, S. 1–2.
- 14 Friedrich Kaufmann, Die Situation der reprivatisierten Unternehmen in den neuen Bundesländern, Bonn 1997, S. 1–2, S. 53.
- 15 Rudolf Stadermann, Gewerbefreiheit in der DDR sichern, in: Deutscher Industrie- und Handelstag (Hg.), DIHT-Kongreß deutsch-deutscher Marktplatz 13. Februar 1990 in Berlin (West), Bonn 1990, S. 33.
- 16 Vgl. Andreas Pickel, Radical Transition: The Survival and Revival of Entrepreneurship in the GDR, Boulder 1992, S. 89–92.
- 17 Siehe Gesprächsprotokoll zwischen Vertretern des Vorstands der THA und der IHK Berlin zur Förderung von MBO/MBI vom 10. August 1992, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), B 412/22604.
- 18 Diese Debatten werden häufig unter dem Begriff Transformationsforschung zusammengefasst.
- 19 Siehe beispielhaft den Brief von Bürgermeister Sterzik der Gemeinde Unterwellenborn im Landkreis Saalfeld an Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Duchac vom 13.3.91, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Freistaat Thüringen – Thüringer Staatskanzler Nr. 1204.
- 20 Kate Bayliss, Post-conflict Privatisation: A Review of Developments in Serbia and Bosnia Herzegovina, London 2005, S. 15.
- 21 Redemanuskript von Hero Brahms, Vorstandsmitglied der THA, für einen Vortrag vor der IHK Dortmund am 10. März 1993, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), B 412/3849.
- 22 Anfang der 1990er Jahre gab es sowohl ein hohes Interesse der ostdeutschen Bevölkerung am Erwerb ehemaliger Staatsbetriebe als auch an der Gründung komplett neuer Unternehmen. Mitte der 1990er Jahre ebte diese Gründungswelle aber wieder ab, und die Konkurszahlen begannen die Zahl der Neugründungen zu übersteigen.



Führungspositionen in Ostdeutschland werden auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung seltener von Ost- als Westdeutschen bekleidet.

Holger Lengfeld

Kaum Posten für den Osten

Das Ausmaß und mögliche Ursachen der Unterrepräsentanz von Ostdeutschen auf Führungspositionen in Ostdeutschland

30 Jahre nach der Wiedervereinigung wird in Politik und Öffentlichkeit darüber debattiert, inwiefern die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen auch in Ostdeutschland erreicht wurde. Diese Frage hat eine materielle und eine wertbezogene Dimension. In der materiellen Dimension geht es um wirtschaftliche Fragen wie um das Ausmaß von Beschäftigung und Produktivität, um Löhne und Renten, aber auch um Straßenbau, Gesundheits-

versorgung, Bildungsmöglichkeiten und Freizeitgestaltung. Vergleiche ergeben, dass sich das Niveau des Lebensstandards in den ostdeutschen Bundesländern dem der westdeutschen Länder annähert, aber in vielerlei Hinsicht immer noch geringer ist.¹

In der wertbezogenen Dimension geht es gegenwärtig um das Empfinden vieler Ostdeutscher, nicht als Bürger mit gleichen Rechten voll anerkannt und damit in der Gesamtgesellschaft nicht angekommen zu sein. Neuere Publikationen aus der Sozialwissenschaft, aber auch aus der Politik deuten darauf hin, dass die Wahrnehmung fehlender Anerkennung der spezifischen Lebensleistung eine Protesthaltung befördert, die sich in einem höheren Anteil von Stimmen für die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) niederschlagen könnte.²

Beides, materielle Ungleichheiten und das Gefühl der fehlenden Anerkennung, könnten dazu führen, dass Menschen in Ostdeutschland zunehmend die Wahrnehmung entwickeln, dauerhaft eine eigene Bevölkerungsgruppe innerhalb des Landes zu bilden. Deren Interessen seien dann gegen die von Westdeutschen durchzusetzen. Zuletzt hat der Berliner Soziologe Steffen Mau von Ostdeutschland als einer »frakturierten« Gesellschaft gesprochen und ein Bild aus der Medizin bemüht: Ostdeutschland durchziehen zahlreiche Brüche, die seit der Wende entstanden seien und die schlecht verheilten. Seine Diagnose: »Eine frakturierte Gesellschaft ist anfälliger für Stimmungen, die aus dem Gefühl des Zu-kurz-Kommens entspringen, aus der Entwertung des eigenen Lebensmodells, aus kulturellen Irritationen, ökonomischer Prekarisierung und den Zumutungen zunehmender Flexibilisierung.«³ Und er schlussfolgert, dass Ostdeutschland für lange Zeit eine Teilgesellschaft mit eigener, auf kollektiven Verletzungen beruhender Identität bleiben werde. Zwar gibt es keine eindeutigen Belege der empirischen Forschung für diesen Umstand. Dass dies jedoch passieren könnte, darauf deutet eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2019 hin. Ihr zufolge sehen sich 47 Prozent der Bürger in Ostdeutschland ausschließlich als Ostdeutsche, während sich nur 44 Prozent als Angehörige der gesamten Nation fühlen. Unter Westdeutschen dominiert dagegen die gesamtdeutsche Identität. Vor allem ostdeutsche AfD-Anhänger seien in hohem Maße vom ostdeutschen Identitätsgefühl geprägt.⁴

In diesem Beitrag beschäftige ich mich mit der Frage, wie groß der Anteil der Ostdeutschen an Machtpositionen innerhalb des Territoriums der ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) ist und welche Gründe ein möglicherweise ungleicher Zugang zur Macht haben kann. Teilhabe an Macht ist eine zentrale Dimension der materiellen Lebenschancen. Wer

Entscheidungen über andere treffen kann, hat in der Regel ein höheres gesellschaftliches Ansehen und ist zufriedener mit seinem Leben, und er identifiziert sich stärker mit dem sozialen Raum, über dessen Ausgestaltung er mitentscheidet. Zugleich schafft Repräsentation die Möglichkeit der positiven Identifikation mit dem Gemeinwesen. Ostdeutsche, die Führungspositionen innehaben, sind zugleich Vorbilder für Angehörige jener, die sich als Ostdeutsche fühlen. Sie signalisieren, dass die Gesellschaft offen ist und es jede/r bis ganz nach oben schaffen kann. Fehlt diese Repräsentation, so kann es zu den gesellschaftlichen Frakturen und sozialen Verletzungen kommen, die Steffen Mau beschrieben hat.⁵

Die Frage ist daher: Nehmen Ostdeutsche 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in gleichem Anteil Top-Führungspositionen in Politik, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens in den fünf ostdeutschen Bundesländern ein, so wie es ihrer Bevölkerungszahl entspricht? Und wenn dies nicht so ist: Worin liegen die Ursachen der Unterrepräsentanz? Hier unterscheide ich zwei Ursachenbündel, Diskriminierung einerseits und sozialstrukturelle Effekte andererseits. Ich beschränke mich bewusst auf das Territorium der ostdeutschen Bundesländer, frage also in der Regel nicht nach der Repräsentanz von Ostdeutschen auf Spitzenpositionen in Gesamt- oder Westdeutschland.

Das Ausmaß der Repräsentanz von Ostdeutschen in Spitzenpositionen

Wie groß das Ausmaß der Repräsentanz von Ostdeutschen auf Führungspositionen ist, wissen wir nicht genau. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen sind einschlägige empirische Studien rar, insbesondere aus jüngerer Zeit. Dies mag daran liegen, dass sich die Sozialwissenschaften seit den 2000er Jahren von der sogenannten Transformationsforschung abgewandt haben, also der Analyse der Anpassung eines neuen Institutionensystems auf dem Territorium der früheren DDR. Es liegen daher wenige Studien aus den 1990er Jahren und dann erst wieder für Mitte der 2000er Jahre vor.

Der andere Grund ist, dass die Ergebnisse zwischen den Studien variieren, je nachdem, wie man genau Führungsposition definiert und welche gesellschaftlichen Bereiche man untersucht. Schließlich variiert auch die Definition des Kriteriums der Zugehörigkeit, also die Art, wer als ostdeutsch gilt. Werden dazu nur Menschen gezählt, die in der DDR geboren wurden und ihre Jugend dort verbracht haben, gehören dazu auch Personen, die nach 1990 in den neuen Bundesländern geboren wurden,

deren Eltern aber DDR-Bürger waren, oder sogar Personen, die in der DDR geboren wurden, aber einen Teil ihrer Lebenszeit in Westdeutschland verbracht haben und später nach Ostdeutschland zurückgekehrt sind? Weil von dieser Definition abhängt, wie groß der Anteil der Personen ist, der in den Studien als Ostdeutsche identifiziert wird, variiert damit auch ihr Größenanteil.

Die älteste, aber umfassendste Studie ist die »Potsdamer Elitestudie« aus dem Jahr 1995.⁶ Darin wurde eine Gesamterhebung von Top-Führungspositionen für Gesamtdeutschland durchgeführt. Es wurden 14 gesellschaftliche Sektoren mit mehr als 4500 Spitzenpositionen identifiziert. Auf Basis von über 2000 Interviews haben die Forscher unter anderem die ost- und westdeutsche Herkunft ermittelt. Es zeigte sich, dass die Ostdeutschen, die zum Befragungszeitpunkt rund 20 Prozent Bevölkerungsanteil hatten, in der Politik mit einem Drittel der Amtsträger sehr stark vertreten waren, gefolgt vom Kulturbereich, den Gewerkschaften und den Medien. Unter den 249 Leitungspositionen der größten Unternehmen in Deutschland war dagegen nur eine Person mit ostdeutscher Herkunft. Insgesamt lag der Anteil der Ostdeutschen an den Führungspositionen für Gesamtdeutschland bei 11,6 Prozent und innerhalb der neuen Bundesländer bei rund 60 Prozent. Er war damit geringer als es dem Bevölkerungsanteil der Ostdeutschen entsprach, jedoch größer, als man es aufgrund des Problems des Kompetenztransfers im Systemübergang vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft erwarten konnte.⁷

In den Jahren 2004 und 2016 wurden zwei weitere Studien durchgeführt, diesmal aber nur auf dem Gebiet Ostdeutschlands. Im Jahr 2004 hat der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) für sein Magazin »Umschau« eine Erhebung des Anteils der in Ostdeutschland geborenen und dort sozialisierten obersten Führungskräfte durchgeführt. 2016 haben Michael Bluhm und Olaf Jacobs diese Studie in ihrer Leipziger Elitenstudie wiederholt.⁸ In beiden Studien wurden die Inhaber der Führungspositionen in folgenden Sektoren bestimmt:⁹ Politik (Landesregierungen), Großunternehmen (Vorstände), Wissenschaft (u. a. Rektoren), Medien (Chefredakteure), Justiz (Richter der obersten Gerichte der Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs-, Finanz- und Verfassungsgerichtsbarkeit) und Bundeswehr (Generäle). Da beide Studien das gleiche Untersuchungsdesign aufweisen, lassen sich die Ergebnisse direkt über die Zeit vergleichen.

Die Leipziger Studie zeigte, dass der gemessene Anteil Ostdeutscher deutlich geringer war als in der »Potsdamer Elitestudie«: »Von den insgesamt betrachteten 1099 Eliteangehörigen konnte für 249 Personen eine ostdeutsche Herkunft ermittelt werden – ein Anteil von knapp 23 Prozent«, ¹⁰ bei

etwa 87 Prozent Bevölkerungsanteil in Ostdeutschland. Höhere Anteile waren für die Politik (70 Prozent) und die Regionalzeitungen (62 Prozent) festzustellen. Besonders gering waren Ostdeutsche beim Militär (Generäle; 1 Prozent), den Leitungen der obersten Gerichte (Vorsitzende Richter, Präsidenten, Vizepräsidenten: knapp 6 Prozent) und unter Hochschulrektoren (14 Prozent) vertreten.

Der Vergleich mit den Daten der MDR-Studie von 2004 zeigt erstaunlicherweise, dass es innerhalb von elf Jahren kaum Veränderungen gegeben hat. Die Autoren haben lediglich ein sehr langsames Nachrücken auf sehr niedrigem Niveau festgestellt. Das gilt besonders in jenen Bereichen, in denen Posten eher langfristig und stark nach fachlicher Qualifikation vergeben werden oder wo das periodische Ausscheiden von Führungskräften die Bedingung dafür ist, dass eine Person aus Ostdeutschland die Chance hat, nachrücken zu können. Die relativ größten Zuwächse hat es in den Medien (etwa bei den Rundfunkanstalten: 2004: 17 Prozent, 2015/16: 27 Prozent) und bei den Vorständen der 100 größten Unternehmen (2004: 20 Prozent, 2015/16: 25 Prozent) gegeben. In den Top-Positionen der Politik und in der Wissenschaft waren sogar weniger Ostdeutsche zu finden als noch 2004.¹¹

Die vorliegenden Studien weisen in der Summe darauf hin, dass der Anteil der Personen, die in der DDR geboren, dort aufgewachsen und anschließend in den ostdeutschen Bundesländern lebten, zu jedem Zeitpunkt insgesamt geringer war als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprochen hätte. Zudem scheint es im Zeitverlauf zwischen den frühen 1990er Jahren und Mitte der 2000er Jahre sogar zu einem Rückgang gekommen zu sein – jedenfalls dann, wenn die unterschiedlichen Ergebnisse nicht maßgeblich durch methodische Unterschiede zwischen der »Potsdamer Elitestudie« 1995 und der MDR-Studie (für die keine Methodenbeschreibung und auch kein Originalbericht verfügbar ist) verursacht werden. Die Befunde deuten zudem an, dass es zwischen 2004 und 2015 nur zu einem sehr langsamen Anstieg des Anteils Ostdeutscher gekommen ist, der zudem zwischen den Sektoren sehr unterschiedlich ausfällt und gelegentlich auch rückläufig ist.

Allerdings haben wir in der Forschung zu wenige Studien und zu wenig Befragungszeitpunkte, um robuste Aussagen über einen klaren Trend treffen zu können. Zudem muss man in Rechnung stellen, dass die erwähnten Studien ausschließlich Top-Führungspositionen in Spitzenorganisationen untersucht haben. Es ist zu vermuten, dass auf der darunter liegenden Ebene der Organisationen, etwa den Amtsgerichten, den Bürgermeisterpositionen in den Städten, oder auf der zweiten Ebene der Führungskräfte (z. B. Ressortleitende Redakteure in den Medien) der Anteil Ostdeutscher

deutlich höher liegt. Darauf weisen Befunde einer Studie aus Mitte der 2000er Jahre hin. In Umfragen unter Betriebsleitungen von klein- und mittelständischen Unternehmen ergab sich, dass 77 Prozent der ostdeutschen Unternehmensleiter bereits vor 1989 Spitzenpositionen innehatten. Insgesamt waren 37 Prozent der befragten Führungskräfte in Ostdeutschland aufgewachsen.¹²

Mögliche Ursachen für die Unterrepräsentanz von Ostdeutschen

Warum gibt es so wenig ostdeutsche Führungskräfte in den neuen Ländern? Die Antwort, die die bisherige Forschung geben kann, ist dünn. Empirische Studien zu den Ursachen fehlen weitgehend. Deshalb konzentriere ich mich auf einige begründbare Vermutungen. Diese liefern keine abschließenden Belege, sondern haben den Stellenwert von Thesen, die von empirischen Studien geprüft werden müssten.

Die erste und oftmals naheliegende These ist die Diskriminierung bei der Auswahl von Personen auf vakante Positionen. Da in den meisten oben beschriebenen Sektoren Führungspositionen auf Arbeitsmärkten vergeben werden, kann uns die Arbeitsmarktforschung wichtige Hinweise auf die Ursachen von Diskriminierung geben.¹³

Die Sozialwissenschaftlerin Lena Hipp unterscheidet in einem Überblicksbeitrag fünf Formen der Diskriminierung: Die wohl älteste und einfachste Erklärung ist die der Diskriminierung aufgrund von Geschmack (»discrimination by taste«). Arbeitgeber vermeiden die Einstellung von Personen, die sie nicht mögen, weil sie von ihnen z.B. in sozialer, geschlechtlicher oder ethnischer Herkunft abweichen. Sie stellen lieber Personen ein, die ihnen selbst ähneln. Statistische Diskriminierung bedeutet, dass Arbeitgeber Personen mit bestimmten Gruppenmerkmalen bevorzugen, weil sie vermuten, dass diese mit höherer (statistischer) Wahrscheinlichkeit produktiver sind als Personen mit anderen Gruppenmerkmalen. Statusbasierte Diskriminierung liegt vor, wenn Arbeitgeber annehmen, dass bestimmte soziale Gruppen anderen Gruppen im Hinblick auf ein bestimmtes Merkmal (etwa Leistungsbereitschaft oder Zuverlässigkeit) unterlegen wären, was zu gruppenbezogenen Kompetenzunterschieden führen würde. Diese Vorurteile über Kompetenzunterschiede führen dazu, dass Personen, die niederrangigen Gruppen angehören, mehr leisten müssten, um als gleichwertig zu Angehörigen von höherrangigen Gruppen angesehen zu werden. Weitere Formen sind die normative Diskrimi-

nierung (Ausgrenzung aufgrund von sozialen Wertvorstellungen) und die institutionelle Diskriminierung, wonach z.B. gesellschaftlich verankerte Wertvorstellungen bestimmten Gruppen, etwa Frauen, Rollen zuschreiben, die mit der Übernahme von höheren Positionen auf dem Arbeitsmarkt unvereinbar erscheinen.

Insbesondere die geschmacksbezogene, statistische und statusbasierte Diskriminierung könnten für einen Teil der Unterrepräsentanz von Ostdeutschen auf Führungspersonen verantwortlich sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn die auswählenden Personen oder Gremien der Organisationen überwiegend mit Personen besetzt sind, die in der alten Bundesrepublik aufgewachsen sind. Insbesondere könnten diese Ansätze erklären, warum der Wandel in der Besetzung von Positionen mit Ostdeutschen über die Zeit so langsam vonstattengeht. Dass westdeutsche Entscheider Personen ostdeutscher Herkunft auch noch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in einem derart massiven Umfang geringere Kompetenzen unterstellen oder sie vorurteilsbehaftet ansehen, ist allerdings nicht sehr plausibel. Deshalb ist es hilfreich, sich zusätzlich mit sozialstrukturellen Erklärungen der Unterrepräsentanz zu beschäftigen.

Die wichtigste sozialstrukturelle Erklärung verweist auf die Folgen der demografischen Verläufe in den Wanderungen zwischen Ost und West, und zwar in beide Himmelsrichtungen. Den Startpunkt macht die Wiedervereinigung. Weil diese als Ausdehnung des westdeutschen Institutionensystems organisiert wurde, waren in den neuen Ländern Experten gefragt, die sich besser mit der Praxis westlicher Institutionen, Normen und Gesetzen auskennen mussten – einschließlich der ungeschriebenen kulturellen Regeln der Marktwirtschaft. In der Folge kam es in Ostdeutschland binnen kurzer Zeit zu einem enormen Austausch der Führungseliten – eben durch Westdeutsche. Zu vermuten ist, dass viele der neuen, damals zugezogenen westdeutschen Eliten auch heute noch Führungspositionen innehaben, weil sie in den frühen 1990er Jahren, bei Stellenantritt, relativ jung waren. Denn um den riesigen Bedarf zu decken, bekamen viele Westdeutsche, wenn sie in den Osten gingen, die Chance auf einen Karriereaufstieg, auf den sie im Westen noch viele Jahre hätten warten müssen. Für viele von ihnen war die Wiedervereinigung daher ein biografischer Glücksfall und ein enormer Karrierebeschleuniger. Die wenigen existierenden Studien zeigen, dass die West-Eliten, die in den 1990er Jahren nach Ostdeutschland gingen, tatsächlich deutlich jünger waren als die Ostdeutschen auf Führungspositionen.¹⁴ Entscheidend ist, dass sie aufgrund ihres geringeren Durchschnittsalters eine lange Verweildauer auf den Positionen hatten und teilweise noch haben.

Dazu ein fiktives Beispiel aus der Wissenschaft: Man stelle sich ein Universitätsinstitut vor, das im Jahr 1993 mit westdeutschen Wissenschaftlern besetzt wurde. Nehmen wir weiter an, dass die fünf neu berufenen Professoren bei Stellenantritt 40 Jahre alt waren. Wenn keiner von ihnen das Institut zwischenzeitlich verlassen hätte, gingen sie alle 2018 in Rente. Das bedeutet, dass die Positionen über 25 Jahre für andere Personen blockiert gewesen wären. Ostdeutsche Nachwuchswissenschaftler hätten also lange warten müssen, bis sie die Chance auf eine der begehrten Professuren bekommen hätten.

Überträgt man diesen Blockadeeffekt auf die Spitzenpositionen, die von den oben genannten empirischen Studien untersucht wurden, so hat man einen Hinweis auf die strukturellen Ursachen, warum der Wandel so langsam vonstattengeht. Zwar wissen wir nicht mit Sicherheit, wie groß dieser Effekt ist. Dass es ihn gab und immer noch gibt, ist aber wahrscheinlich. Den Nachteil haben jene jüngeren Ostdeutschen, die nach 1990 ihre zumeist sehr gute akademische Ausbildung gemacht haben und bislang kaum zum Zuge gekommen sind.

Ein zweiter möglicher Erklärungsfaktor betrifft die Zahl der potenziellen ostdeutschen Kandidatinnen und Kandidaten, die für Führungspositionen in Frage kommen. Studien gehen davon aus, dass weit über zwei Millionen Menschen seit 1990 das Territorium der neuen Bundesländer verlassen haben und nach Westdeutschland übersiedelt sind.¹⁵ Zuletzt wurde sogar von über 3,6 Millionen Wegzügen berichtet, denen 2,5 Millionen Zuzüge aus Westdeutschland gegenüber standen.¹⁶ Die Weggezogenen waren überdurchschnittlich jung, besser ausgebildet und häufiger weiblich. Aufgrund des höheren Bildungsniveaus wären einige von ihnen, statistisch gesehen, langfristig für Führungspositionen in Frage gekommen. Die Abwanderung kann also zu einer Verknappung des Pools an möglichen Führungskräften mit ostdeutscher Herkunft geführt haben. Zwar zeigen neueste Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, dass der Auswanderungstrend 2017 gestoppt zu sein scheint.¹⁷ Bei den 18 bis 29-Jährigen verliert der Osten aber nach wie vor Potenzial an den Westen.

Ähnlich ist die Lage in der Politik. Zwar lag der Ostanteil bei den Landesministern in den neuen Ländern im Jahr 2015 mit etwa 70 Prozent deutlich höher als in anderen gesellschaftlichen Bereichen.¹⁸ Da Regierungsmitglieder deutlich häufiger wechseln, ist hier die Chance für Ostdeutsche auch entsprechend größer. Bei den Staatssekretären, den wichtigsten politischen Beamtenpositionen, war der Ostanteil mit 46 Prozent aber deutlich niedriger. Das könnte teilweise eine Folge des fehlenden Nachwuchses sein. Weil es aber in jedem Bundesland mehr oder weni-

ger gleich viele politische Spitzenjobs gibt, ist es möglich, dass es im Osten weniger fachlich geeignete Personen gibt, die sich für den harten Weg einer politischen Karriere entscheiden, weshalb häufiger auf Westdeutsche zurückgegriffen werden könnte.

Fazit

Der Transfer von überwiegend jungen westdeutschen Eliten nach 1990 scheint die Spitzenpositionen in Ostdeutschland über 30 Jahre lang entscheidend blockiert zu haben. Wurde in der Zwischenzeit dann doch einmal eine Stelle frei, so blieb möglicherweise durch unterschiedliche Formen der Diskriminierung die Unterrepräsentanz weiter erhalten. Ich formuliere dieses Fazit aber bewusst vorsichtig. Denn die zugrundeliegenden Prozesse sind komplex. Für Betroffene sind sie zumeist unsichtbar und auch für die Forschung schwer zu identifizieren. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass hochsensible Daten benötigt werden, die oftmals gar nicht oder nur sehr aufwändig erhoben werden können.

Diese Prozesse laufen mehrheitlich hinter dem Rücken der Öffentlichkeit ab. Sie zu identifizieren, ist Aufgabe der Wissenschaft. Es ist im Interesse des Zusammenhalts der gesamten deutschen Gesellschaft, dass das Ausmaß und die Mechanismen der Unterrepräsentanz von Ostdeutschen umfassend erforscht werden. Hierzu kann auch das »Institut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (IfgZ)« beitragen, das derzeit gegründet wird. Es wird von elf universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen getragen und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.¹⁹ Denn die sozialwissenschaftliche Forschung kann dazu beitragen, dass Integrationsprobleme in der Gesellschaft sachgerechter und nicht vorrangig emotional diskutiert werden – auch, wenn das Gefühl der Betroffenen, nicht anerkannt zu sein, verständlich ist und oft in Frustration mündet. Der sachlich-nüchterne Blick der Wissenschaft auf die Macht der sozialen Strukturen hilft zumindest zu erkennen, dass ein krasser Wandel wie der Zusammenbruch einer ganzen Gesellschaftsordnung einen längeren Schatten auf die Zukunft wirft, als man es sich gemeinhin vorstellt.²⁰

Erschienen auf DA Online am 10.9.2019.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018, Berlin 2018, insbes. S. 44–56.
- 2 Vgl. Steffen Mau, Lütten Klein. *Leben in der Transformationsgesellschaft*, Berlin 2019; vgl. auch Petra Köpping, *Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten*, Berlin 2018.
- 3 Mau, Lütten Klein (Anm. 2), S. 17.
- 4 Vgl. Renate Köcher, *Deutsche Fragen – deutsche Antworten: Das ostdeutsche Identitätsgefühl*, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24.7.2019.
- 5 Siehe Mau, Lütten Klein (Anm. 2).
- 6 Vgl. Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf u. a., *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen 1997, darin insbes. Jörg Machatzke, Kapitel II, *Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung*, S. 64–68; Eine Übersicht über die verfügbaren Studien geben Ronald Gebauer/Axel Sahlheller/Lars Vogel, *Bestandsaufnahme*, in: *Deutsche Gesellschaft (Hg.), Deutsche Eliten: Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven*, 2017, S. 14–33.
- 7 Vgl. Machatzke (Anm. 6), S. 66.
- 8 Als Ostdeutscher wurde gezählt, »wer vor dem 31. Dezember 1975 in der DDR geboren wurde und dort bis 1989 oder kurz zuvor gelebt hat«; siehe Michael Bluhm/Olaf Jacobs, *Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung*. Leipzig 2016, S. 7.
- 9 Siehe ebd.
- 10 Ebd., S. 29.
- 11 Bluhm/Jacobs, *Wer beherrscht den Osten?* (Anm. 8).
- 12 Vgl. Bernd Martens, *East German economic elites and their companies two decades after the transformation (»Wende«): Still following the patterns of the 1990s*, in: *Journal of East European Management Studies* 13 (2008) 4, S. 305–326, hier S. 307 und 309; siehe auch Paul Windolf, *Die Transformation der ostdeutschen Betriebe*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 6 (1996) 4, S. 467–488.
- 13 Vgl. Lena Hipp, *Ungleichheiten und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9/2016, <http://www.bpb.de/221588>, letzter Zugriff 1.9.2019.
- 14 Vgl. Wilhelm Bürklin, *Die Potsdamer Elitestudie von 1995: Problemstellungen und wissenschaftliches Programm*, in: Bürklin/Rebenstorf, *Eliten in Deutschland* (Anm. 6), S. 27; Martens, *Economic Elites* (Anm. 11), S. 309.
- 15 Vgl. Mau, Lütten Klein (Anm. 2), S. 190 ff; Birgit Glorius, *Go west: internal migration in Germany after reunification*, in: *BELGEO* 3 (2010), S. 281–292; Nadia Granato/Annekatrien Niebuhr, *Arbeitskräftewanderungen nach Qualifikation Verluste in Ostdeutschland gehen zurück*, in: *IAB Kurzbericht 7 (2009)* des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg.
- 16 Vgl. Christian Bangel u. a., *Ost-West Wanderung: Die Millionen, die gingen*, *Zeit online*, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>, letzter Zugriff 31.8.2019.
- 17 Siehe Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, *Bevölkerungsbilanz (je 10 000 Einwohner) in Ostdeutschland, 1990 bis 2016*, <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/B06-Bevoelkerungsbilanz-Ostdeutschland-ab-1990.html?nn=9991392>, letzter Zugriff 1.9.2019; ders., *Go East: Erstmals mehr Umzüge von Westdeutschland in die ostdeutschen Flächenländer*, *Pressemitteilung* v. 30.01.2019.
- 18 Vgl. Bluhm/Jacobs (Anm. 8), S. 10.
- 19 Siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung, *»Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt« startet*. Pressemitteilung 093/2018, <https://www.bmbf.de/de/institut-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt-startet-7044.html>, letzter Zugriff 20.8.2019.
- 20 Siehe Mau, Lütten Klein (Anm. 2), S. 248 f.



Ab 1990 wurde in Ostdeutschland nicht nur das System bundesdeutscher Universitäten übernommen, sondern auch viele Lehrkräfte kamen nun aus dem Westen.

Maja Apelt und Irene Zierke

**»Im eigenen Leben nicht mehr mitspielen
zu dürfen, ist hart.«**

**Wirkungen der Umgestaltung
an einer ostdeutschen Hochschule**

1989/90 begannen in den östlichen Bundesländern im Zuge der Friedlichen Revolution in der DDR sowie später mit der deutschen Vereinigung vollständige Umstrukturierungen sowie auch Neugründungen von Hochschulen. Diese übernahmen ab 1990/91 nicht nur die Struktur bundesdeutscher Universitäten, sondern auch führendes Personal aus westdeutschen Bundesländern. An dieser Transformation der Universitätslandschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kritisiert etwa Peer Pasternack, Sozialwissen-

schaftler und Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg, dass die Systemintegration der wissenschaftlichen Einrichtungen gelungen sei, aber nicht die Sozialintegration des Personals. Demnach wurden die Hochschulen in revolutionärer Geschwindigkeit umstrukturiert, die mittlere ostdeutsche Wissenschaftlergeneration blieb dabei jedoch auf der Strecke.¹

Unsere These lautet in diesem Zusammenhang: Überlegungen zu ostdeutschen Identitäten dürfen nicht allein auf die DDR-Vergangenheit der Personen rekurrieren,² sondern sie müssen den Wende- und Transformationsprozess in Ostdeutschland in Rechnung stellen. Dieser Prozess erklärt zu großen Teilen, warum sich viele Ostdeutsche als Bürger/innen zweiter Klasse fühlen und meinen, sich mehr als andere anstrengen zu müssen, um anerkannte berufliche Positionen zu erreichen.³

Um dies zu untersuchen, greifen wir auf qualitative Forschungsmethoden – leitfadengestützte, narrative Interviews – zurück, die wir zwischen 2014 und 2017 mit 29 Beschäftigten an einer ostdeutschen Universität führten, welche wir aus Gründen der Anonymisierung hier »Universität Beheim« nennen.⁴ Professor/innen und Mitarbeiter/innen aus Wissenschaft und Verwaltung erzählen in Interviews, wie sie die Transformationsphase an ihrer Universität erinnern, welchen beruflichen Pfad sie zu dieser Zeit einschlugen und welche Erfahrungen sie dabei im universitären wie privaten Alltag gemacht haben.

Die Stichprobe wurde nach folgenden sozialstrukturellen Dimensionen ausgewählt:

1. universitärer Status,
2. Geschlecht sowie
3. Ost- oder West-Herkunft.

In unserem Beitrag stellen wir exemplarisch anhand von vier Interviews dar, wie die Interviewten die Transformation erlebt und welche Folgen erfahrene Zuschreibungen als »ostdeutsch« für ihr Selbstkonzept hatten. Dabei legen wir zugrunde, dass Identitäten im Rahmen gesellschaftlicher Strukturen konstruiert werden. Sie sind nicht ein für alle Mal festgelegt, vordeterminiert und schicksalhaft, sondern sie werden in Interaktionen, einem bestimmten sozialen Umfeld und über akteursspezifisches Handeln geformt. Sie sind biografisch und situativ veränderbar.⁵

Es zeigt sich, dass sich die Interviewpartner/innen nicht als Opfer konstruieren, sondern als Subjekt ihrer Biografie, das sich erfolgreich gegen Abwertungen und Stigmatisierungen wehrt. Die Befragten erlangten – nach einigen turbulenten Jahren – eine stabile Beschäftigung in der Universität. Unabhängig davon, ob sie die von ihnen antizipierte Position

erreicht haben oder nicht, artikulieren sie trotz beruflicher Stabilität anhaltende Verunsicherungen und Verletzungen seit der Transformation von einer DDR- zu einer bundesrepublikanischen Universität. Die ausgewählten Interviews wurden mit folgenden Personen geführt:

AP: außerplanmäßiger Professor

VA: Verwaltungsangestellte

OP: ordentliche Professorin

WM: wissenschaftliche Mitarbeiterin

Akteure der Transformation ostdeutscher Hochschulen in den 1990er Jahren

»Aber du wusstest teilweise gar nicht, wohin der Hase eigentlich läuft«

Wie eingangs dargestellt, wurden die Strukturen ostdeutscher Hochschulen zwischen 1989 und 1994 weitgehend aufgelöst und dem westdeutschen System angepasst.⁶ In der ersten Transformationsphase von Mitte 1989 bis Anfang 1990, als es in der DDR-Gesellschaft »brodelte« und Reformkräfte versuchten, eine friedliche Revolution in Gang zu setzen, begannen auch an den Hochschulen die Auseinandersetzungen über drängende Veränderungen. Häufig gelang es allerdings eher den beharrenden Kräften, ihre Positionen zu erhalten und Neuerungen auf einem »kosmetischen« Niveau zu belassen. Andere fühlten sich als Reformer angesprochen und zeigten sich insbesondere in der zweiten Phase um 1990/91 zu fachlichen, technischen und zu strukturellen Neuheiten bereit. An der Universität Beheim gab es wie an anderen Hochschulen eigenständige Reformbestrebungen. Teilweise wurden Gremien demokratisch gewählt, verließen politisch kompromittierte, fachlich offensichtlich wenig qualifizierte oder ungeeignete Kolleg/innen die Hochschule. Andere wurden entlassen oder in den Vorruhestand versetzt. Verbliebene Mitarbeiter/innen versuchten, eigene Studienstrukturen aufzubauen. Ausgewählte Angehörige der Universität Beheim, die bereits vor 1989 dort beschäftigt waren, erinnern sich nachfolgend daran.⁷

AP – seit 2001 außerplanmäßiger Professor – hebt die damaligen Freiräume hervor, die er gemeinsam mit Kolleg/innen nutzte:

»Bis zur deutschen Einheit, Oktober 1990 [...] Solche Räume hab ich nie wieder, also werd ich auch nie wieder erleben. [...] man konnte machen. [...] Es gab kein »Ja, das darf man nicht machen« [...] Und es wurde ja auch viel gemacht.

Also wie gesagt, 'n neuer Studiengang, der aus unserer Sicht, aus meiner Sicht, internationalen Standards genügt hätte, haben wir geschaffen, in relativ kurzer Zeit und andre Dinge auch. Also, es war eine sehr kreative Zeit.» (Z. 500–511)

»Es war hochprofessionell, hoch international.« (Z. 580f)

Anerkennung für die geleistete Arbeit während dieser Zeit scheint es bis heute nicht oder nicht in ausreichendem Maße zu geben. AP vermittelt den Eindruck, als ob er sein Engagement im Nachhinein legitimieren und verteidigen müsste und betont, was er geschaffen hat:

»Dass es überhaupt hier [Bezeichnung des Studienganges] gibt, das rechne ich mir persönlich [...] schon als Verdienst an.« (Z. 559–570)

Die Verwaltungsangestellte VA bekam im März 1989 die Chance, im universitären Rechenzentrum ein zentrales Schreibbüro aufzubauen.

»Hat alles ganz erfolgreich angefangen, dann kam die Wende, bums aus.« (Z. 89–90)

Mit der Wende wurde sie abrupt in die »Warteschleife« versetzt bei vollem Gehalt. Nach wenigen Monaten übernahm sie in einem universitären ABM-Projekt eine ihr angebotene Stelle als Sekretärin.

»Hat mir unheimlich Spaß gemacht, war ein tolles Team. War natürlich noch so ein DDR-Biotop.« (Z. 132f)

Auch das Institut von OP führt Ende 1989 neue Strukturen ein. Um seinen Erhalt zu sichern, orientieren sich seine Mitarbeiter/innen an westlichen Vorbildern. Zugleich wählen sie ihre Vorgesetzten basisdemokratisch, OP wird Leiterin ihres Bereichs.

»Das [Institut] hat ... fast ein Jahr lang ... existiert, ... [und] was wir damals immer noch geglaubt haben, durch die gute Evaluation noch 'ne Chance [zu] haben, das zu retten, da hatten wir keinerlei Chance, wenn ich das heute so einschätze.« (Z. 166–199)

Markierungen als Ostdeutsche

»Weil ich mich irgendwie ertappt fühlte«

In der dritten Transformationsphase wurde selten auf diese Reformbemühungen zurückgegriffen. Stattdessen wurden ab 1991 und mit der Berufung der ersten vornehmlich westdeutschen Professor/innen die Hochschulstrukturen gänzlich nach westdeutschem Vorbild eingerichtet.⁸ Im Zuge dessen wurden viele Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau und im nichtwissenschaftlichen Bereich abgebaut, unbefristete Beschäftigungsverhältnisse weitgehend in befristete umgewandelt. In Beheim wurden Verträge über drei oder sechs Monate ausgestellt, die zumeist nur kurzfristig verlängert wurden. Ehemalige Wissenschaftler/innen wechselten auf ausgeschriebene Verwaltungsstellen, andere den Wissenschaftszweig. Im Ergebnis dieser Prozesse wurde in Ostdeutschland das bis 1989 beschäftigte Personal an Universitäten um schätzungsweise 60 Prozent reduziert.⁹ Bezüglich der Positionen ostdeutscher Hochschulangehöriger kann vereinfacht von einem Fahrstuhleffekt nach unten gesprochen werden. An den Universitäten vollzog sich – wie in der ostdeutschen Gesellschaft allgemein – eine sozialstrukturelle Überschichtung durch Westdeutsche: Hochschulbereiche wurden »verwestlicht« und zugleich »vermännlicht«. Existenzielle Unsicherheiten griffen um sich.¹⁰

Die Autor/innen Jana Hensel und Wolfgang Engler stellen in ihren Gesprächen über ostdeutsche Identität heraus, dass in dem gesellschaftlichen Transformationsprozess eine Selbst- und Fremdidentifizierung als Ostdeutsche/r einsetzte.¹¹ Deren Leistungen während DDR- und Wendezeit wurden abgewertet, einst erreichte oder zugewiesene Positionen gingen verloren.¹² Im Laufe von 40 Jahren gebildete politische und gesellschaftliche Institutionen, Normen und Regeln wie auch institutionalisierte, habitualisierte Handlungsweisen verloren an Gültigkeit. Ostdeutsche wurden zu Fremden beziehungsweise zu Outsidern im eigenen Land, Zugereiste aus den alten Bundesländern zu »Einheimischen«.¹³ Die Übertragung westdeutscher politischer und rechtlicher Strukturen auf die ostdeutschen Bundesländer sowie der Verlust von Positionen bewirkten bei vielen Menschen extreme Verunsicherungen. Sie verloren Möglichkeiten der Orientierung und das Gefühl für den eigenen Platz in der Gesellschaft, »the sense of one's place«.¹⁴ Erst nach und nach erfassten sie, welche Regeln gültig, welche Ressourcen anerkannt und welche Strategien wirksam waren.

Auch die Ostdeutschen unter den 29 Interviewpartnern erfuhren im Transformationsprozess an ihrer Hochschule, dass sie als nicht passend

oder falsch, unterqualifiziert oder nicht zugehörig, eben als »Andere« markiert wurden. Dabei war es nicht entscheidend, ob dies wortwörtlich an die einzelne Person herangetragen, beziehungsweise als Gerücht oder in Erzählungen zu einem Teil des Alltagswissens wurde. Diese Markierungen bewirken, dass ostdeutsche Männer wie Frauen sich in berufsbioграфischen Erzählungen gezwungen sehen, ihre Position zu begründen. Das soll im Folgenden an ausgewählten Zitaten verdeutlicht werden.

AP hat die Zeit nach dem 3. Oktober 1990 als Kampf um die eigene Existenz und zugleich als Kampf zwischen Ost und West erlebt. Er artikuliert Zuschreibungen als »Ossi«, »Indio« oder »Hilfsassistent«, mit denen er sich auseinandersetzt:

»Als ich [von einem Fellowship 1994] dann wiederkam, hab ich dann `nen Vertrag für sechs Jahre gekriegt. Ja? [...] Und dann haben die wieder versucht, mich rauszuschmeißen [...] Und dann haben zwischendurch Professoren versucht, eben wie überall sozusagen, Ossi wie [...] ich sag's mal politisch unkorrekt... den Indio [zu behandeln], ja. Kamen also Leute an, plus Mikrofon, die also 20 Jahre lang nur in Westdeutschland auf Drittmittelprojekten waren und die wurden jetzt hier Professor. Und die dachten jetzt, die können uns behandeln wie ihre Hilfsassistenten.« (Z. 116–128)

Ihm wurde kundgetan, dass die Universität Beheim kein Platz mehr für ihn sei. Obwohl ursprünglich einheimisch, fühlt er sich als Fremder und wird zum Objekt institutioneller Diskriminierung gemacht. Dennoch sieht er sich nicht einfach als Opfer dieser Prozesse, sondern stellt heraus, dass er aktiv um seine Chance gekämpft hat. Trotz aller Widrigkeiten und Versuche, ihn zu entlassen, bleibt er an der Universität Beheim.

Teil seines Widerstandes gegen die Opferrolle ist es, seine »Gegner« zu diskreditieren, also diejenigen Westdeutschen, die von ständigen Drittmittelprojekten aus Professuren bekamen.¹⁵ Er bezeichnet sie als »akademisches Prekariat«. (Z. 173)

Die Professorin OP ist in dieser Frage ambivalent. Einerseits empfindet sie anfangs »Berührungssängste« gegenüber westdeutschen Kolleg/innen, andererseits erschreckt sie die »Rivalität zwischen« ostdeutschen Kolleg/innen um universitäre Positionen. Sie selbst will als Individuum und als Wissenschaftlerin gesehen werden. Das gelingt nur bedingt, wie in ihrem späteren Alltag als Professorin deutlich wird:

»Mir ist das mal passiert, dass ich `ne Vorlesung gehalten habe und da kam dann einer [...] auf mich zu. Und der hatte auch so Schmisse, also der war wahrschein-

lich im Studentenkorps. Und der hat zu mir gesagt: »Frau [Name], Sie können noch so gut Ihre Vorlesung machen, aber Ihnen merkt man noch deutlich Ihre politische Vergangenheit an, Sie können nicht lügen«. Und da stand ich so da und dachte: »Mensch, der hat dich so richtig ertappt irgendwie (lacht kurz auf), [...] was sagst du jetzt nur? Damals haben mich Studenten gerettet, die haben gesagt: »Mensch, hau ab, lass die Frau in Ruhe«. So in der Art, und denen war ich so dankbar, denn ich war nicht in der Lage 'ne ordentliche Antwort zu geben, weil ich mich irgendwie ertappt fühlte. Ich dachte: »Mensch, der merkt dir noch an, dass du wirklich da vor Jahren da noch ganz anders gesprochen hast und so«. Und der hat ja Recht, eigentlich ist es unmöglich.« (Z. 642–651).

OP wird hier und in anderen Situationen als Ostdeutsche mit »politischer Vergangenheit« markiert. Das demütigt sie, denn wiederholte Überprüfungen auf Mitarbeit bei der Staatssicherheit oder eine besondere Position in der SED fallen bei ihr negativ aus. Dennoch schafft sie es nicht, sich von entsprechenden Vorhaltungen gänzlich zu emanzipieren.

Selbstbewusst reagiert hingegen die Verwaltungsangestellte VA auf Zuschreibungen, die sie als rückständig bezeichnen:

»Man hat, gerade in meiner Position als Sekretärin und Verwaltungstante [...], dann auch mit diesen Leuten zu tun, und das war dann doch ein bisschen so wie man es dann vielleicht von anderen auch schon gehört hatte: dass die so taten, als müssten die uns das Rechnen und Schreiben beibringen, als ob wir die Blöden wären, ja?« (Z. 135–139)

»Und die selber waren vielleicht die fünfte Garnitur, die hier rüber gekommen ist. Das war wirklich [...] mit diesen anderen Menschen war für mich nicht leicht. [...] Ich war nie eine Anhängerin von »früher haben wir das so und so gemacht«, dazu war ich damals noch viel zu jung [...] aber dieses sich behandeln lassen als wäre man irgendwie so einer ganz unten, das konnte ich nicht ab, ja?« (Z. 141–152)

Die Begegnung mit ihrem »ersten echten West-Chef« und die spätere Zusammenarbeit mit weiteren Westkolleg/innen wertet sie im Vergleich zu dieser allgemeinen Einschätzung durchaus positiv. Die regionale Herkunft verliert für VA an Bedeutung, auch weil sie sich als Fachkraft profilieren kann.

Einschneidend sind die Erinnerungen von WM – wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Beheim. Sie hadert anhaltend mit den universitären Umstrukturierungen, die den Abschluss ihrer Habilitation und die angestrebte Karriere verhinderten:

»Meine Habilschrift war im Wesentlichen fertig, und ich wusste, dass ich im Juni 1990 verteidigen soll. Und im April, ich glaube, das war der 14. April, wurden wir [...] alle entlassen.« (Z. 57–59)

Auch die vorgesehenen Gutachter der Habilitationsschrift wurden entlassen. Zu westdeutschen Kolleg/innen hatte sie noch keine Kontakte, sodass das Habilitationsverfahren nicht eröffnet werden konnte.

Verletzungen und Unsicherheiten aus der Wendezeit haben dazu geführt, dass sie das Projekt Habilitation nicht noch einmal in Angriff genommen hat. Ebenso erzählt sie, dass sie Angebote aus den USA und eine Bewerbung an eine andere Universität abgelehnt hat. Sie begründet dies mit familiären Aufgaben und weil sie den Neuaufbau der Uni Beheim nicht verpassen, sich einbringen wollte. Das macht sie sieben Jahre lang auf Grundlage befristeter Arbeitsverträge.

»...immer wieder und ohne Perspektive und ohne, ohne, ohne ... und es ging vor und zurück, also. Jetzt habe ich mir einen unbefristeten Vertrag [gesichert], kann meinen Job machen. Also dass sich beruflich für mich etwas verbessert hätte? Ne. Im Osten wäre ich längst Professor. 1990 wäre ich ein Professor geworden.« (Z. 1354–1358)

WM ist frustriert, als Ostdeutsche trotz ihres Fachwissens und Engagements in Lehr- und darauf bezogenen Forschungsaktivitäten keine Professur erreicht zu haben. Denn eigentlich

»...waren plötzlich alle [Ostdeutschen] nicht mehr gefragt. Punkt. Und wenn man uns noch mitmachen ließ, dann mussten wir dafür sehr dankbar sein. Aber das war ja unser Land. Das war unsere Hochschule. Das war unser Leben. Und im eigenen Leben nicht mehr mitspielen zu dürfen, das ist schon hart.« (Z. 991–996)

Als Makel erkennt sie ihre Herkunft aus einem System, das sich überlebt hat und mehrheitlich abgelehnt wird.

Schlussbemerkungen

Die Selbstbilder der Interviewpartner/innen haben sich während der Transformationszeit verändert. Sie offenbarten, dass kaum geltendes Recht und weniger neuartige Strukturen sie verletzten – schließlich versuchten sie erfolgreich, sich anzupassen und als erforderlich erkannte Änderungen des DDR-Systems zu unterstützen. Verletzungen wurden eher ausgelöst durch den Transfer von Eliten und Kolleg/innen sowie die unmittelbare Konfrontation mit deren Vorurteilen und alltäglichen, als negativ empfundenen Zuschreibungen. Es handelt sich um Markierungen als Ostdeutsche im Sinne von weniger kompetent, weniger wert, politisch verstrickt in ein inakzeptables System etc. Die Interviewpartner/innen unterscheiden sich aber darin, welche Label sie aufnehmen, wie sie damit umgehen und sie schließlich verarbeiten. Bedeutsam erscheint uns dabei, dass eine vermeintlich objektiv erfolgreiche Position nach der Transformation nicht direkt mit einer erfolgreichen Selbstthematizierung einhergeht.

Es bleibt anzumerken, dass skizzierte Verletzungen unserer Interviewpartner/innen keine Abwehrhaltungen bewirken, wie sie sich im Rechtspopulismus gegenüber der Gesellschaft zeigen. Aber sie sind anhaltend, identitätsstiftend und präsent, wenn sie »proviziert« werden.

Erschienen auf DA Online am 21.6.2020.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Peer Pasternack, Die wissenschaftliche Elite der DDR nach 1989, in: Hans-Joachim Veen (Hg.), Alte Eliten in jungen Demokratien. Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Köln/Weimar/Wien, 2004, S. 121–148, hier S. 126, S. 129, S. 142.
- 2 Vgl. bspw. Kathleen Heft, Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit, in: Feministische Studien 2 (2018), S. 357–366.
- 3 Siehe Naika Foroutan, Das nennt man Emanzipation, in: Zeit Online, 1.4.2019, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-03/naika-foroutan-ostdeutsche-muslime-diskriminierung-rassismus, letzter Zugriff 17.05.2019.
- 4 Wir bedanken uns bei allen Universitätsangehörigen, die uns für Interviews zur Verfügung standen. Außerdem geht unser Dank an alle Studierenden, die an unserer Untersuchung mitgearbeitet haben.
- 5 Vgl. Alexander Geimer/Steffen Amling/Sasa Bosancic (Hg.), Subjekt und Subjektivierung. Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse, Wiesbaden 2019.
- 6 Siehe Renate Mayntz, Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: dies. (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/M. 1994, S. 283–312.
- 7 Bei der Zitation gelten folgende Regeln: Z verweist auf die Zeilennummern der Sequenz im Transkript des jeweiligen Interviews, Auslassungen aus dem Interview oder Einfügungen der Autorinnen sind in eckige Klammern gesetzt.

- 8 Vgl. Mayntz, Die Erneuerung (Anm. 6); siehe auch Hellmut Wollmann, Die Transformation der politischen und administrativen Strukturen in Ostdeutschland – zwischen ›schöpferischer Zerstörung, Umbau und Neubau, in: Hans Bertram/Raj Kollmorgen (Hg.), Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen 2001, S. 33–52.
- 9 Vgl. Pasternack, Die wissenschaftliche Elite (Anm. 1).
- 10 Vgl. Stefan Hradil/Eckart Pankoke (Hg.), Aufstieg für alle? Opladen 1997; Reinhard Krakel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M. 2004, S. 284–315; Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle, Bonn 2010, S. 185, S. 367; Raj Kollmorgen, Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten, in: Ulrich Busch/Michael Thomas (Hg.), Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin 2015, S. 189–220, hier S. 212.
- 11 Vgl. Wolfgang Engler/Jana Hensel, Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin 2018.
- 12 Vgl. Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln 1995.
- 13 Siehe Norbert Elias/John L. Scotson, Etablierte und Außenseiter, Frankfurt/M. 1990; Alfred Schütz, Der Fremde, in: ders., Gesammelte Aufsätze, Bd. 2, Den Haag 1972, S. 53–69.
- 14 Vgl. Erving Goffman, Symbols of Class Status, in: The British Journal of Sociology, 2 (1951) 4, S. 294–304.
- 15 »Unter Drittmitteln werden diejenigen finanziellen Mittel verstanden, die den Hochschulen und Forschungseinrichtungen oder einzelnen Forschern in diesen Institutionen über die vom Unterhaltsträger zur Verfügung gestellten laufenden Haushaltsmittel und Investitionen (Grundausrüstung) zusätzlich von dritter Seite zufließen. Sie werden i. d. R. für bestimmte Projekte oder Forschungsbereiche befristet bereitgestellt. Das kann mit Auflagen des Drittmittelgebers über Gegenstand und Organisation des Forschungsvorhabens, über die Bewirtschaftung der Mittel und über die Veröffentlichung und Nutzung der Forschungsergebnisse verbunden sein.« Bundestagsdrucksache 10/225, 4.07.1983, S. 2.



Sportunterricht mit einer Erzieherin in einer Tagesstätte im Ost-Berliner Stadtbezirk Lichtenberg für Kinder, die als schulbildungsunfähig galten.

Pia Schmüser und Raphael Rössel

Pflege als Alltagsphänomen: Familien behinderter Kinder in der Bundesrepublik und DDR

»Im VIII. Parteitag des ZK wurde doch so viel gesprochen und geschrieben, daß jegliche Hilfe den kranken Menschen gegeben wird, zumal unserem Sohn in keiner Beziehung mehr geholfen werden kann.«¹

Um einem bereits fünf Jahre zuvor auf Bezirksratsebene gestellten Antrag auf Heimunterbringung ihres Sohnes mit Trisomie 21 Nachdruck zu verleihen, erinnerte eine Sächsin 1973 das Ministerium für Gesundheits- und Sozialwesen an die bereits 1971 proklamierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ihre Eingabe war gleichzeitig politisch wie

familiär begründet: Angesichts der sich für sie aus der heimischen Kindspflege ergebenden Einschränkungen stellte sie die Wirksamkeit des Parteitagsbeschlusses infrage.

Dieser Fall steht für ein bisher vernachlässigtes Feld deutsch-deutscher Zeitgeschichte. Pflege ist und war überwiegend ein häusliches und damit oft familiäres Phänomen – auch in der transformierten Bundesrepublik leben weniger als 2,7 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen ganz-tätig in Heimen.² Die Behinderung eines oder mehrerer Kinder bedingt(e) für Familien oft die Ausrichtung des gesamten Alltags auf deren Bedürfnisse.

Dieser Beitrag vergleicht Pflegealltage in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften. Unter »Familien« verstehen wir (Groß-)Eltern-Kind-Beziehungen, was neben Kernfamilien weitere mehrgenerationale Konstellationen potentiell miteinbezieht. Wir untersuchen, wie diese Gemeinschaften sich tagtäglich Pflegeanforderungen stellten, welchen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen sie unterlagen und wie sie diese selbst veränderten. Neben einer Einbettung in die sozialstaatlichen Rahmungen in Ost und West werden drei Perspektiven eingenommen. Erstens steht im Mittelpunkt, wie Haushalte sich organisierten. Zweitens wird auf sich wandelnde Erwartungen und Bedürfnisse der Gepflegten und Pflegenden geblickt. Drittens wird erörtert, wie geschlechtliche Leitbilder und gesellschaftliche Vorstellungen über die Betreuungswürdigkeit von Menschen mit Behinderungen in die Familien hineinwirkten. Wir argumentieren, dass sich die Pflegeherausforderungen in der sozialen Praxis in beiden Staaten oft ähnelten. Durch ungleiche Familienideale, Aufmerksamkeitskonjunkturen und zivilgesellschaftliche Verhältnisse gestalteten sich innerfamiliäre Handlungsspielräume jedoch sehr verschieden. Diese Unterschiede trafen nach 1989/90 im Transformationsprozess aufeinander und hallen bis in die Gegenwart nach.

Pflegehierarchien in der Nachkriegszeit

Die Nachkriegszeit war eine Zeit des Pflegens. Aus einer großen Gruppe sorgebedürftiger Kriegssopfer ragten die politisch stark organisierten verwundeten Veteranen hervor. Die Mehrheit der 1,5 Millionen westdeutschen Kriegsversehrten wurde in der Familie versorgt. Bei ihren Ehefrauen, die neben dem Betten, Kleiden und Nähren der Gatten nicht selten auch deren Erwerbsausfall kompensieren und meist mehrere Kinder versorgen mussten, setzte rasch eine pflegerische Überlastung ein.³ Ihrer Entkräftung wurde in der jungen Bundesrepublik bereits 1950 mit dem Zusammen-

schluss der Müttergenesungswerke begegnet. In Westdeutschland lebten laut einer Volkszählung zeitgleich auch 33 776 Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen unter 15 Jahren und 14 114 zwischen 15 und 18 Jahren.⁴ Wie viele Jugendliche mit geistigen und psychischen Beeinträchtigungen der »Euthanasie« entkommen waren, ist jedoch nicht eindeutig überliefert. Dennoch: Anders als bei kriegsversehrten Ehemännern stand hinter der Versorgung dieser nur wenige Jahre zuvor als »erbkrank« betitelten und tausendfach ermordeten Kinder kein »Dank des Vaterlandes«⁵. In Ostdeutschland wurde aus ideologischen Gründen einer Privilegierung der Kriegsversehrten aktiv entgegengewirkt, auch durch die 1951 neu kodifizierte Anerkennung als »Schwergeschädigte« anhand des körperlichen Zustands und nicht nach der Behinderungsursache.⁶ In der Praxis mussten allerdings auch die ostdeutschen Veteranen freilich versorgt und gepflegt werden.

Anders als bei Kriegsversehrten war weder im Westen noch im Osten mit der Pflege von Kindern mit Behinderungen die Idee verbunden, durch Wiederherstellung männlicher Erwerbskraft vermeintlich in Unordnung geratene Familienverhältnisse wieder in normale Bahnen zu lenken. Im Gegenteil: Unter dem Einfluss tradierter eugenischer Vorstellungen über die Leiden behinderter Menschen und unter hohem Wohnungsdruck entschieden sich viele Familien, sich zumindest *einer* Pflegebelastung zu entledigen. Anders als bei den Veteranen war bei Kindern mit Behinderungen eine Heimeinweisung gesellschaftlich anerkannt. Wengleich in vielen Heimen Gewalt zum Alltag gehörte,⁷ galten sie Eltern oft als geeigneterer Ort für ihre Kinder als die eigene Familie. Denn lange boten vorrangig Heime (Aus-)Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen. In der jungen Bundesrepublik wie in der DDR wurde die Anstaltsunterbringung der Kinder oft mit familiärer Überforderung begründet.

Verschärft wurde die Problematik in Ostdeutschland durch die Verbreitung weiblicher Erwerbstätigkeit, die auch von Müttern eingefordert wurde. Einen entscheidenden Einfluss auf die familieninterne Rollenverteilung hatte dies jedoch im Großen und Ganzen nicht: Auch in der DDR kamen Haushalt und Haussorge im Regelfall der Mutter zu, sodass die Erwartungshaltungen der Pflege und der Berufstätigkeit in Konflikt treten konnten. Noch in den 1970er Jahren fragten Erfassungskarteien für Kinder mit Behinderungen nach dem Grund einer Teil- oder Nichterwerbstätigkeit der Eltern. Hier stellte die Kindspflege eine häufige Antwort dar, jedoch fast ausschließlich in Bezug auf Mütter.⁸ Dieses staatliche Interesse an einer möglichst lückenlosen Erfassung der »Geschädigten« fungierte auch als Planungsgrundlage für das Heim- und Sondererziehungssystem sowie die medizinische Betreuung. Ein wesentlicher Unterschied zu Westdeutsch-

land war dabei eine 1954 eingeführte, später aktualisierte Meldepflicht von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen für Eltern, Ärzte und Lehrer, gestützt von regelmäßigen ärztlichen Reihenuntersuchungen. Diese obligatorische Integration in das Fürsorgenetz strukturierte auch den familiären Alltag mit, ermöglichte sie doch Zugang zu, verpflichtete aber auch zur Nutzung von Pflegeangeboten. Auch stellte sie regelmäßigen Kontakt zu Beamten sowie pädagogischen und medizinischen Experten her.⁹

In Westdeutschland verhinderte auch die Erinnerung an NS-Listensysteme eine ärztliche Meldepflicht.¹⁰

Die DDR wies allerdings zunächst gravierende Versorgungslücken bei der institutionellen Unterbringung von Kindern mit Behinderungen auf, insbesondere bei denen, die als »schulbildungsunfähig, aber förderungsfähig« oder gar »förderungsunfähig« eingestuft wurden. Viele wurden vorerst in Altersheimen oder Erwachsenenpsychiatrien, also in gerade nicht auf ihre Bedürfnisse ausgelegten Einrichtungen untergebracht oder verblieben in der häuslichen Pflege. Auch fehlten in der Diktatur unabhängige Fürspracheorgane, die diese und andere Missstände hätten öffentlich problematisieren können.

Die familiäre Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern wurde in der DDR wie der Bundesrepublik als politisches Unterscheidungsmerkmal vom anderen Deutschland verstanden, aber beiderorts auch als Bruch mit dem Nationalsozialismus gewertet.¹¹ Diese Neuordnungen übten auf Frauen Druck aus, durch Sorgetätigkeit respektive Sorge- und Erwerbstätigkeit die Realisierung einer marktwirtschaftlichen oder sozialistischen Zukunft sicherzustellen.¹² Der Pflege von Kindern mit Behinderungen wurde in diesen Visionen allerdings in keinem der beiden deutschen Staaten ein zentraler Ort gegeben.

Neue Sichtbarkeiten und ein »monströses Krippenheer«

Erst Mitte der 1950er Jahre änderte sich dies – im Westen. Getrennt nach Behinderungsformen schlossen sich in rascher Folge Eltern- und Expertenverbände zusammen, deren bekanntester die *Lebenshilfe* ist. Sie resultierten aus lokalen Vernetzungen, oft mit dem Ziel, Kindern mit Behinderungen eine (Sonderschul-)Bildung und Berufskarriere zu ermöglichen. Ihre politische Interessenarbeit nahm mit der starken Medienpräsenz des Contergan-Skandals Fahrt auf. Vor dem Hintergrund einer versäumten Medikamentenprüfung sahen einzelne Eltern erstmals ihre Chance, den Staat in die Pflicht zu nehmen. In unzähligen Briefen hoben sie Versorgungslücken her-

vor: »Nach meinen bisher gemachten Erfahrungen kam ich zu der Auffassung, daß alle Sorgen und Kosten für ein solches Kind nur in der Hand der leidgeprüften Eltern liegen.«¹³ Es pflegten weiterhin vornehmlich Frauen, die nun ebenfalls die Härten des Pflegealltags politisierten: »Wir Mütter wollen nichts den das seelische Leid wo wir bihs jetzt mitgemacht haben das kann man nicht mit Geld bezahlen. Wenn Sie etwas für die Mütter tun wollen so geben Sie Ihr ein paar hundert Mark damit wir mit unsrer Familien einmal Urlaub machen können und aus dem Leid heraus kommen.«¹⁴

Allerdings wurden Mütter nicht entlastet, sondern das weibliche Aufgabenspektrum erweiterte sich. In den Reihen westdeutscher Elternverbände dominierte nicht nur ein bürgerliches Familienbild, Heilmediziner adressierten Mütter als ausführendes Organ neuer Haustherapien. Während verheiratete Frauen zunehmend auf (Teilzeit-)Anstellungen drängten, beschrieben Fachleute die Abwesenheit der Mütter von Kindern mit Behinderungen als höchst gefährlich. Die Auswirkungen konnten vermeintlich jenseits der Mauer beobachtet werden: »Mit Sorge blickt deshalb der sozialhygienisch orientierte Arzt in den Osten unseres Landes, in dem aus einer kurzsichtigen Fehleinschätzung des Fetisches ›Arbeitsproduktivität‹ ein monströses Heer an Kinderkrippen errichtet wurde, um die jungen Mütter systematisch aus den Familien in die Fabriken zu bringen. 1967 betrug das Angebot an Krippenplätzen für die Kinder bis zu 3 Jahren in der DDR 538 auf 1 000 Neugeborene bzw. für je 1 000 Neugeborene eines Jahrganges 174 Plätze. Es lag damit gegenüber der Bundesrepublik mit 3 Plätzen auf 1 000 Kinder eines Geburtsjahrganges fast 60mal höher.«¹⁵

Tatsächlich erlebte in der DDR die Zahl an Einrichtungsformen und -plätzen einen Anstieg, der sich in den 1970er Jahren noch besonders intensivierte. Dies lag auch daran, dass das Konzept einer gänzlichen »Förderungsunfähigkeit« von Menschen mit schweren geistigen Behinderungen zunehmend hinterfragt wurde, ohne aber gänzlich aufgegeben zu werden. Eine flächendeckende Versorgung wurde gleichwohl nicht erreicht. Das Jahr 1971 mit dem Machtwechsel an der Spitze der DDR-Führung zu Erich Honecker und seinen sozialpolitischen Auswirkungen eröffnete Eltern von Kindern mit Behinderungen neue Argumentationsmöglichkeiten. Der gesteigerte staatliche Anspruch auf bessere Lebensstandards, humanistisch-sozialistische Fürsorge und Integration von Menschen mit Behinderungen konnte für individuelle Forderungen adaptiert und mit gestärktem Selbstvertrauen vorgebracht werden.

So auch in der eingangs zitierten Eingabe mit explizitem Verweis auf den VIII. SED-Parteitag: Besagte Mutter formulierte die Weigerung regulärer Krippen, ihren Sohn wegen seiner Behinderung aufzunehmen, als Ein-

schränkung ihres sozialistischen Grundrechts auf Arbeit: »Ich konnte wegen Andreas über drei Jahre nicht arbeiten gehen, da man ihn nicht in einer Krippe aufgenommen hatte (wegen seiner Krankheit).« Ihre permanente Fürsorgetätigkeit gefährde außerdem die Beziehung zu ihrem Gatten und schränke ihre Lebensqualität stark ein: »Seit dem Jahr 1966 sind wir verheiratet und konnten in unserer jungen Ehe (d. h. mein Mann ist 30 Jahre und ich bin 28 Jahre alt) aufgrund unseres Sohnes noch nicht einmal in den Urlaub fahren.«¹⁶

Eine breite elterliche Politisierung, verbandliche Organisation und umfassende Interessenvertretung blieb dennoch unmöglich. Ferner fehlte neben der um 1970 in Westdeutschland einsetzenden Anstaltskritik auch der Katalysator Contergan – das Medikament wurde in der DDR nicht zugelassen. Im Gegenteil, die DDR-Presse externalisierte diese körperliche Schädigung und die oft schlechte finanzielle Absicherung der Familien als Resultat kapitalistischer Hybris.¹⁷

Aktivistische Herausforderungen im Westen, Lokalinitiativen im Osten

Gegen die Erwartung lückenloser Hauspflege von Menschen mit Behinderungen rebellierten in Westdeutschland Pflegende und Gepflegte. Dies taten sie allerdings nicht gemeinsam, sondern neben- und gegeneinander, denn die Frauen- und Behindertenbewegungen entzweiten sich über Reproduktionsrechte, vor allem über Abtreibungen potentiell behinderter Kinder.¹⁸ Die neugegründeten Frauenreihen großer Publikumsverlage nahmen in den späten 1970er Jahren Erlebnisberichte von Müttern unter ihren ersten Veröffentlichungen auf.¹⁹ In diesen wiesen Mütter Therapieanforderungen zurück und stilisierten sich als kompetentere Expertinnen für die Kindeserziehung im Vergleich zu den meist männlichen Medizinern. Einzelne Betroffene erzählten von täglicher Ausgrenzung, aber nicht minder von Ehezerwürfnissen und fehlender Pflegebereitschaft ihrer Partner. 1980 berichtete eine West-Berliner Mutter eines Kindes mit Trisomie 21 der feministischen *Courage* vom Ende ihres von Teilzeitarbeit, Grundpflege und Fahrten zur Tagesstätte geprägten Alltags: »Ewig gibt es Streitereien wegen Oliver. Wenn er abends im Bett ist, bin ich völlig entkräftet und will meine Ruhe haben. Ja, aber Oliver gehört nicht nur mir alleine. Ist denn kein anderer aus der Familie für ihn da?«²⁰

Vertreterinnen und Vertreter der westdeutschen Behindertenbewegung sahen elterliche Pflege als Hemmnis der Persönlichkeitsentfaltung und ersten Schritt zur permanenten Institutionalisierung. Angehörige der soge-

nannten »Krüppelbewegung« sprachen polemisch gar vom »Risiko, nicht-behinderte Eltern zu bekommen«. ²¹ Einzelne Kritikerinnen und Kritiker griffen Eltern sowie Journalistinnen und Journalisten für publikumswirksame Ratgeber an, die ein Bild von Behinderung als familiärer Belastung transportieren würden. ²² Vor der Wiedervereinigung hatten Eltern wie Behindertenaktivistinnen und -aktivisten sich in der westdeutschen Öffentlichkeit erfolgreich positioniert. Im Osten formulierte der IX. SED-Parteitag 1976 nochmals nachdrücklicher und umfangreicher Ansprüche auf dem Gebiet der Rehabilitation und Integration von Menschen mit Behinderungen, etwa bei Kultur und Freizeit. Ab den 1970er Jahren entstanden vermehrt Lokalinitiativen Angehöriger. ²³ Eine dem Westen vergleichbare Präsenz gewannen in der DDR jedoch weder Behindertenaktivistinnen und -aktivisten noch Elternvertreterinnen und -vertreter.

Epilog: Das Echo deutsch-deutscher Pflegegeschichte

Die transformierte Bundesrepublik trägt eine doppelte familiäre Care History in sich. Erwerbsarbeit und Haussorge waren in DDR und Bundesrepublik verschieden besetzt, was unterschiedliche Tagesstättenstrukturen hervorbrachte. Seit den 1990er Jahren werden diese auch in den alten Ländern ausgebaut, gelten aber als historisch spezifisch ostdeutscher Emanzipationsfaktor. ²⁴ Dort werden Krippen weiterhin deutlich öfter genutzt. ²⁵

Der Blick auf die Pflege von Kindern mit Behinderungen in Familien zeigt allerdings, dass private Rollenverteilung *nicht* direkt an Angebotsstrukturen abgelesen werden kann. Denn gemein war beiden deutschen Gesellschaften, dass sie Pflege ungebrochen weiblich dachten. Dies verdeutlicht erneut die Begrenztheit der DDR-Emanzipationsrhetorik. Die Lebenswelten beiderseits der Mauer waren von finanzieller Unsicherheit geprägt. Dennoch entwickelte sich der Erfahrungsraum der Pflegenden und Gepflegten unterschiedlich. Im Osten galt Behinderung lange als primär kapitalistisches Phänomen, wie *Contergan* zu belegen schien. Wie Heranwachsende mit Behinderungen ²⁶ verwiesen auch ihre Mütter auf das sozialistische Arbeitsrecht, um staatliche Unterstützung zu erwirken. Ihre Anliegen nahmen jedoch keine dröhnenden Echokammern analog zu westdeutschen Elternverbänden auf. Die Pflege von Menschen mit Behinderungen gehörte im Osten anders als weibliche Erwerbstätigkeit auch nicht zu den Eckpfeilern des Staatsbildes. Lücken zwischen sozialistischem Ideal und Lebensrealität wurden diesen Familien vielleicht besonders bewusst. In den Alltagseinschränkungen mehrfach belasteter Mütter

von Kindern mit Behinderungen offenbart sich eine Spannung zwischen emanzipatorischem Anspruch und autoritärer Praxis der DDR, die Konrad Jarausch mit dem Begriff »Fürsorgediktatur«²⁷ umfasst.

Im Westen entsponnen sich öffentliche Deutungskämpfe über Pflegepraktiken zunächst zwischen kirchlichen Vertreterinnen und Vertretern, Medizinerinnen und Medizinern, bürgerlichen Familienverbänden und später Aktivistinnen und Aktivisten der Behinderten- und Frauenbewegungen. Doch: In Ost *und* West protestierten Eltern und behinderte Menschen bei staatlichen Stellen, wenn auch in unterschiedlicher Form und Taktung. Sie politisierten ihr Privatleben, indem sie die jeweiligen Familienideale als Argumentationshilfe nutzten. Allerdings blieben eben nicht nur Strukturen, sondern vor allem Sagbarkeitsregeln deutlich anders gelagert. Davon unberührt teilten west- und ostdeutsche Pflegende und Gepflegte die gleichen Grundprobleme, die auch im vereinten Deutschland fortwirken: Selbstbestimmung und Sicherheit.

Wir danken Erik Theede (wiss. Hilfskraft am Kieler Lehrstuhl für Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts) für seine Anmerkungen zu diesem Beitrag.

Erschienen auf DA Online am 3.12.2019.

Anmerkungen

- 1 [Autorin anonymisiert] an Ministerium für Gesundheits- und Sozialwesen, Betr: Eingabe über eine Dringlichkeitsbescheinigung zur Unterbringung in einem Pflegeheim unseres Sohnes Andreas [Name geändert, P.S./R.R.], 19.2.1973, in: Bundesarchiv (BArch), DQ 1/10696.
- 2 2003 gab es nur knapp 180000 Heimplätze bei einer Zahl von 6,6 Millionen Menschen mit anerkannten schweren Behinderungen. Daten aus: Erster Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Situation der Heime und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner (Stand: 15.08.2006).
- 3 Vgl. Vera Neumann, Nicht der Rede wert. Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik. Lebensgeschichtliche Erinnerungen, Münster 1999.
- 4 Siehe Volkszählung 1950: Die Körperbehinderten nach Art und Ursache der Behinderung, nach Altersgruppen und nach dem Zeitpunkt des Eintritts der Behinderung, Summenblatt, in: Bundesarchiv (BArch), B 128/3953.
- 5 Vgl. zu Wandel und Kontinuität der sozialrechtlichen Kompensation versehrter Veteranen, die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg unter diesem Schlagwort verhandelt wurde, James M. Diehl, Change and Continuity in the Treatment of German Kriegsopfer, in: Robert G. Moeller (Hg.), West Germany under Construction. Politics, Society, and Culture in the Adenauer Era, Ann Arbor 1997, S. 93–108, hier S. 106–108.
- 6 Vgl. Bertold Scharf/Sebastian Schlund/Jan Stoll, Segregation oder Integration? Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der DDR, in: GWU 70 (2019) 1/2, S. 52–70, hier S. 54–59.

- 7 Siehe Hans-Walter Schmuhl/Ulrike Winkler, Gewalt in der Körperbehindertenhilfe. Das Johanna-Helene-Heim in Volmarstein von 1947 bis 1967, Bielefeld 2010.
- 8 So in Erfassungskarteien für psychisch geschädigte, schulbildungsunfähige Kinder in den Beständen des Stadtarchivs Rostock, Stadtarchiv Rostock (StA Rostock), 2.1.1 10987.
- 9 Vgl. Diana Ramm, Die Rehabilitation und das Schwerbeschädigtenrecht der DDR im Übergang zur Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Akteure, Kassel 2017, S. 56–60.
- 10 Vgl. Elsbeth Bösl, Politiken der Normalisierung. Zur Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2009, S. 250–253.
- 11 Vgl. Christopher Neumaier, Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken, Berlin 2019, S. 327 f.
- 12 Vgl. Thomas Lindenberger, Everyday History. New Approaches to the History of Post-War Germanies, in: Christoph Kleßmann (Hg.), The Divided Past. Rewriting post-war German History, Oxford 2001, S. 43–67, hier S. 60–64.
- 13 [Autor anonymisiert] an Bundesgesundheitsministerin Schwarzhaupt, Betreff: Bundessozialhilfe, 19.09.1963, in: Bundesarchiv (BArch), B 189/11735, Bl. 323.
- 14 [Text so], [Autorin anonymisiert] an Gesundheitsministerin Schwarzhaupt, Betreff: Contergan, in: Bundesarchiv (BArch), undatiert [Eingang: 25.5.1962], B 189/11735, Bl. 106.
- 15 [Johannes] Pechstein, Hilfe für das sozial behinderte Kind, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.), Behinderte Kinder. Früherkennung, Behandlung, Rehabilitation, Köln [1971], S. 63–67, hier S. 65.
- 16 [Autorin anonymisiert], Eingabe (Anm.1).
- 17 Vgl. O.A., Geschehen in einem Land, dessen höchste Repräsentanten so oft und gern von menschlichen Erleichterungen sprechen, in: Neues Deutschland, 27.4.1970, Pressedokumentation des Deutschen Bundestages, 540–0/7.
- 18 Vgl. Britta-Marie Schenk, Selbstbestimmte Fortpflanzung? Behinderung und Geschlecht in der Bundesrepublik, in: GWU 70 (2019) 1/2, S. 71–87, hier S. 82–85.
- 19 Siehe Ingrid Häusler, Kein Kind zum Vorzeigen? Bericht über eine Behinderung, Reinbek bei Hamburg 1979.
- 20 Katharina K., Er wird immer viele Jahre zurück sein. Alltägliche Arbeit mit einem behinderten Kind, in: Courage 5 (1980) 2, S. 32–35, hier S. 35.
- 21 Udo Sierck, Das Risiko, nichtbehinderte Eltern zu bekommen. Kritik aus der Sicht eines Behinderten, München 1989.
- 22 So einer der frühesten und produktivsten öffentlichen Selbstadvokaten, Fredi Saal, in Bezug auf Barbara Beuys Elternreportage *Am Anfang war nur Verzweiflung* (1984). Fredi Saal, Es ist schwer, ein unerwünschter Gast zu sein (1987), in: ders., Rudi Tarneden (Hg.), Leben kann man nur sich selber. Texte 1960–1994, Düsseldorf 1994, S. 32–48.
- 23 Vgl. Sebastian Barsch, Menschen mit Behinderungen in der DDR, in: Jan Cantow/Katrin Grüber (Hg.), Eine Welt ohne Behinderung. Vision oder Alptraum? Berlin 2009, S. 51–64, hier S. 59–61.
- 24 Zuletzt: Anja Schröter, Unabhängige Frauen. Geschlechterverhältnisse und Ehegattenunterhalt in der ostdeutschen Scheidungspraxis 1980 bis 2000, in: Thomas Großbölting/Christoph Lorke (Hg.), Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017, S. 295–312, hier S. 298–300.
- 25 Vgl. Pressemitteilung Nr. 379 des Statistischen Bundesamtes, 26.09.2019, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/09/PD19_379_225.html, letzter Zugriff am 6.11.2019.
- 26 Der Berufssuche und Arbeitswelt behinderter Menschen in der DDR widmet sich Bertold Scharfs entstehende Dissertation.
- 27 Konrad Jarausch, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: APuZ B 20 (1998), S. 33–46.



Die Modegruppe Chic, Charmant und Dauerhaft (CCD) hatte »Kultcharakter« während der 1980er Jahre in der DDR. Ihre privat organisierten Modeshows füllten die Säle. Sie stellten für das Publikum eine »Oase« im DDR-Alltag dar.

Interview mit Andrea Prause

Die Freiheit der Distanzierten – die alternative Modeszene der DDR

In den 1980er Jahren formierte sich in den Städten der DDR eine alternative Modeszene. Es wurde nicht nur Mode privat in kleinen Werkstätten produziert und auf Märkten verkauft, vor allem Modeshows bildeten ein Ventil für die Macher/innen und ihr Publikum, um den Anpassungsdruck des Staates aushalten zu können. Andrea Prause hat im Rahmen ihrer Dissertation zu diesem Phänomen geforscht. *Deutschland Archiv Online* befragte sie dazu.

Deutschland Archiv (DA): Sie beschreiben in Ihrem Buch »Catwalk wider den Sozialismus« die alternative Modeszene, die sich in den 1980er Jahren in der DDR entwickelte. Wieso hat Sie das Thema gereizt?

Andrea Prause: Ich bin selbst 1979 in der DDR geboren. Zehn Jahre später fiel die Mauer. Mit zunehmendem Alter habe ich mich gefragt, wie ich mich selbst verhalten hätte in diesem Land. Der Staat hat ja viel Anpassungsdruck ausgeübt. Ich weiß, dass ich selbst rebellierte hätte, aber gleichzeitig hätte ich eben auch studieren wollen. Zum 20-jährigen Mauerfalljubiläum 2009 gab es eine Open-Air-Ausstellung in Berlin am Alexanderplatz. Dort bin ich auf ein Foto von einer Modenschau gestoßen: Da stolzierte der heutige Türsteher vom Berghain, Sven Marquardt, als Punk über den Laufsteg. Darüber wollte ich mehr wissen. Die Anpassung oder Nichtanpassung junger Menschen in der Diktatur – das hat mich gereizt.

DA: Wie entstand die alternative Modeszene in der DDR?

Andrea Prause: In der DDR gab es ein offizielles Modeschaffen vom Design, über die Herstellung bis zum Vertrieb. Privatstrukturen waren nicht vorgesehen. Aber der Bedarf und die geschmacklichen Präferenzen der DDR-Bürger/innen wurden nicht zufriedengestellt. Spätestens in den 1980er Jahren entwickelten sich Parallelstrukturen jenseits der üblichen Kompensationsmethoden wie Westpakete, für sich selbst zu nähen, in Ungarn oder in der Tschechoslowakei einkaufen oder systematisches Anstehen in Schlangen vor Geschäften, weil es dort vielleicht West-Jeans gab.

Zu Beginn der 1980er Jahre gab es einen Parallelmarkt. Dafür wurden zum Beispiel Trödelmärkte genutzt. Dort wurde privat hergestellte Mode, die sich am Westen orientierte, verkauft. Dabei wurden die Materialien verarbeitet, die es im Osten gab: Bettlaken, OP-Laken, Windelstoffe, Fallschirmseide, Spaltleder (ein Abfallprodukt aus der Lederproduktion) oder auch T-Shirts aus dem Handel, die verändert wurden. Der Unterschied waren die Schnitte und die Drucke. Es wurden Micky-Mäuse oder Tigerköpfe im Siebdruckverfahren aufgedruckt. Das wurde in kleinen Werkstätten in privaten Haushalten in Miniserien hergestellt. In den 1980er Jahren führten die Märkte und die anderen Kompensationsstrategien dazu, dass nur ein Drittel der getragenen Mode eins zu eins aus dem Handel kam. Die ökonomische Unabhängigkeit junger Kreativer, die dort erfolgreich waren, führte ab Mitte der 1980er Jahre dazu, dass ein Teil von ihnen Modenschauen, Modeshows und Modetheater inszenierten. Dort wurde dann abwegige Mode, die auch von westlichen Subkulturen inspi-

riert war, gezeigt – zum Teil auch mit politischem und gesellschaftlichem Protest. Die Schauen wurden nicht für den Verkauf durchgeführt, lediglich Bühnen erwarben ab und an Kostüme.

DA: Was war anders an der Generation in der DDR, die in der letzten Dekade des Staates diese Subkultur prägte?

Andrea Prause: In den 1980er Jahren erodierte die DDR ökonomisch, politisch, gesellschaftlich und kulturell. Zudem fand ein Wertewandel statt. Der Soziologe Bernd Lindner bezeichnet die Generation der um 1960 in der DDR Geborenen, die auch die alternative Modeszene prägte, als die »Distanzierten«. Die »Aufbaugeneration« und die folgende »integrierte Generation«, die stark von der Sozialpolitik Erich Honeckers geprägt war, fühlten sich dem Staat und dem Sozialismus noch verbunden. Sie standen am Ende der DDR auch für Reformen und nicht für das Abschaffen der DDR. Die »Distanzierten« sind gar nicht erst in die Ideologie des Sozialismus eingestiegen. Für sie war die Orientierung an kollektiven Werten, an Sicherheit und an einer Utopie, die in einer fernen Zukunft lag, absurd. Sie konnten auch mit dem antifaschistischen Gründungsmythos der DDR und den vorgefertigten Lebensentwürfen nichts mehr anfangen. Die wollten Spaß, Freiheit, Authentizität. Es waren Individualist/innen, die ihr Leben so gestalten wollten, wie sie es für richtig hielten. In diesem Kontext sind ja auch verschiedene alternative Jugendkulturen in der DDR entstanden: etwas früher die Punks, dann die Hip-Hopper, die Skater und die Modeszene. Mode war in den 1980er Jahren auch in der DDR das Medium, um sich als Individuum auszudrücken. Und es war ein ungefährliches Medium, um seine Verweigerungs- und Protesthaltung darzustellen.

DA: Die Protagonist/innen der alternativen Modeszene hatten nach ihrer Selbstdefinition keinen Platz in der DDR-Gesellschaft. Haben sie deshalb rein optisch und mit ihrem selbstbewussten Auftreten den Staat herausgefordert?

Andrea Prause: Viele der Leute aus der Modeszene haben in ihrer Kindheit und Jugend erstmal nach einem Platz in der DDR-Gesellschaft, auch in der Berufsstruktur, gesucht. Sie wollten eine kreative Ausbildung und wollten studieren. Sie suchten nicht den offenen Konflikt. Aber sie passten sich nicht an und wurden eher von außen zum Rebellen stilisiert, weil der Staat nichtangepasste Menschen nicht tolerierte. Aber anders als

die Mehrheit der »Distanzierten« haben sie sich nicht angepasst, sondern gesagt: »Jetzt erst recht. Ich mache mein eigenes Ding, auch wenn ich Nachteile in Kauf nehmen muss«. Diese Trotzhaltung war charakteristisch für die Modeszene. Mit ihrer Haltung wollten sie die Elterngeneration und die Mehrheitsgesellschaft provozieren. Die fanden sie trist, langweilig und nicht identifikationswürdig. Die Herausforderung des Staates war eher sekundär. Das passierte erst am Ende der 1980er Jahre, als es einfacher wurde, offen Kritik zu äußern. Im ersten Moment ging es darum, sich zu zeigen und zu zeigen, dass man anders ist und dieses Anderssein auch zu inszenieren. Da spielte auch ein großes Maß an Darstellungslust, Narzissmus und Egomane eine Rolle. Aber immer auf eine sympathische, ansteckende, bunte und schillernde Art und Weise.

DA: Einige der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekamen Probleme mit Volkspolizei und Stasi nur wegen ihres auffälligen Äußeren. Was hat sie bewegt trotzdem weiterzumachen und sich nicht anzupassen?

Andrea Prause: Genau das hat mich herausgefordert, die spannende Entwicklung zur Annahme der Außenseiterrolle zu untersuchen. Anpassung war für diese Jugendlichen keine Option, denn das hätte bedeutet, was man ablehnte: Konformität. Die haben sich mit ihrem Außenseitersein identifiziert und es galt als »cool« auf dem Alexanderplatz mal verhaftet zu werden. Wer für den DDR-Staat zu absurd aussah und zum Beispiel als Mann Glitzer in den Haaren hatte, wie der Friseur Frank Schäfer, der bei der Gruppe »Chic, Charmant und Dauerhaft« (CCD) auf dem Laufsteg mitgelaufen ist, der wurde verhaftet. Für Frank Schäfer, der ständig die Geschlechterrollen ad absurdum führte, wäre es eher merkwürdig gewesen, nicht verhaftet zu werden. Die Diskrepanz zwischen der sozialistischen Ideologie und der Realität ließ diesen Staat und die angepassten Bürger/innen für diese Jugendlichen als völlig absurd erscheinen. Gabi Frauendorfer aus Leipzig erzählte mir, dass ihr die Mehrheit der DDR-Bürger/innen vorkam wie aufgezogene Maikäfer, die immer bis zur Tischkante fahren und wieder umkehren – ferngesteuerte Individuen. Deshalb war die Nonkonformität der zentrale Bezugspunkt. Der Ausstieg schien die einzige Option zu sein: Entweder durch »innere Emigration« in die Parallelstrukturen. Das funktionierte in den 1980er Jahren ziemlich gut. Oder man wollte das Land verlassen. Ab 1983 erleichterte ein Gesetz, die Familienzusammenführung, wenn man mit jemanden aus dem westlichen Ausland verheiratet war. Diese Option nutzen viele.

DA: Wie konnte es eigentlich geschehen, dass die Schattenökonomie auf den Märkten von der DDR nicht kontrolliert wurde, wo dem Staat doch Einnahmen fehlten? Teilweise setzten die Leute 8000 Mark an einem Wochenende um.

Andrea Prause: Das habe ich mich auch gefragt, aber dazu habe ich in den Akten nichts gefunden. Klar ist, der Staat registrierte durchaus, dass damit große Summen umgesetzt wurden. Es wurde aber nicht weiter verfolgt, es sei denn, man wollte jemanden damit politisch erpressen. Ich glaube, die Schattenökonomie wurde geduldet, weil es in der DDR so viele Krisenherde gab und die Stasi und andere staatliche Institutionen andere Dinge zu bekämpfen hatten. Außerdem kompensierten die Designer/innen und Schneider/innen einen Mangel und boten den DDR-Bürger/innen damit eine Ventilfunktion. Und das wurde geduldet.

DA: Woher kam die Lust Modeshows zu inszenieren? War es Protest?

Andrea Prause: Die Lust war nicht plötzlich da. Die gab es schon parallel zu der Schattenökonomie. Aber dafür musste man persönlich reifen, eine Idee entwickeln und sich auch trauen auf den Laufsteg zu gehen. Mitte der 1980er Jahre waren die Protagonist/innen Anfang 20 und haben sich getraut für junge Menschen eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Es waren mehrheitlich Künstler/innen und sehr kreative Menschen, die versuchten ihrem alternativen Lebensstil mittels der provokanten Modeshows Ausdruck zu verleihen und andere anzustecken. Ich bin am Anfang meiner Arbeit davon ausgegangen, dass es um politischen Protest und Veränderungen ging. Aber nein, es ging um Hedonismus, zu zeigen, wer man ist, sich zu verkleiden, sich selbst zu suchen und zu finden. Als sie merkten, dass sie Aufmerksamkeit erregten, kam die Idee dazu, die Stasi zu ärgern. Denn die Stasi stand ja in ihren grauen Dederon-Jacken im Publikum. So kam die Lust an der Provokation des Staates und der Mehrheitsgesellschaft.

DA: Interessant ist auch, aus welchen Materialien die Show-Outfits bestanden. Erfinderisch aus Mangel?

Andrea Prause: Eine der Hauptdesignerinnen von CCD in Berlin, Sabine von Oettingen, hatte den Anspruch, dass alles, was sie herstellte, aus der DDR kommen musste. Sie wollte zeigen, dass man aus dem, was es hier gab, etwas machen konnte. So wurde aus Erdbeerfolie und Duschvor-

hängen geschneidert. Eine Angelreue wurde zur Tasche umfunktioniert. Und es wurden Sachen aus Theaterbeständen verarbeitet.

DA: Gab es einen Austausch zwischen den alternativen Modeszenen im Osten und im Westen?

Andrea Prause: Im Westen gab es die Off-Line Modemesse und die Ave, die über Inszenierungen zum Beispiel mit Mode aus Müll und Plastik den Massenkonsum und die Massenproduktion der Mode ad absurdum führten. Deren Akteur/innen und die aus der DDR besuchten sich und davon profitierten sie. Aber einen intensiven Austausch gab es nicht. Westliche Modemacher berichteten mir, dass sie von der Handwerkskunst im Osten fasziniert waren. Im Osten gab es die Luxussituation, mit den Modeshows kein Geld verdienen zu müssen. Das Geld wurde über die Märkte generiert. Und mit dem Geld, so sagte eine Designerin, konnten sie »dem Affen Zucker geben«. Die Anfertigung der Kostüme, die am Ende der 1980er Jahre gezeigt wurden, dauerte mehrere Wochen bis zu einem Monat. Da wurden beispielsweise Mäntel aus zig verschiedenen Lederstücken zusammengeklebt. Die Modemacher/innen im Osten sahen hingegen neidisch auf den Westen, weil die mit ihren Modenschauen ohne Auftrittsgenehmigungen durch das ganze Land reisen durften.

Erst am Ende der 1980er Jahre als die Kulturpolitik in der DDR durchlässiger wurde, kam es zu einer kreativen Befruchtung zwischen den alternativen Modeszenen im Osten und im Westen. Die Off-Line tourte einmal durch die DDR-Provinz. Die Shows waren immer ausverkauft. Die DDR-Gruppe »Allerleirauh« durfte auch einmal bei der Off-Line im Westen ausstellen und auftreten. Die alternative Modeszene hatte aber im Osten eine ganz andere gesellschaftspolitische Relevanz: Kunst und Kultur standen im Dienst des Staates und alles, was nicht für den Staat war, sondern provozierte und abweichend war, hatte eine politische Bedeutung.

DA: Wie war es möglich, dass sich die Modeshows in der DDR zu einem eigenen Kulturgenre entwickeln konnten?

Andrea Prause: Die Modeshows im Osten füllten die Säle. Das damalige Publikum erinnert sich noch heute daran, dass es eine Art Oase oder Insel war, die Modeinszenierungen zu sehen. Sie vermittelten ein Gefühl von freier Welt. Und genau das wollten die Gruppen auch zeigen, dass es auch in der DDR – zumindest am Ende der 1980er Jahre – möglich war, man selbst zu sein. Wenn der Staat sich anmaßt, über guten und schlech-

ten Geschmack in der Mode zu entscheiden, dann ist Mode, die sich dem nicht beugt, eine Form von Verweigerung bis hin zum Protest. Die Berliner Gruppen waren weniger politisch, aber in Karl-Marx-Stadt – dem heutigen Chemnitz – gab es die Gruppe »Avantgarde«. Die führten eine Mode-Oper auf, die von einem Zahnarzt war, der die Doppelgesichtigkeit in der DDR und die Fernsteuerung der Bürger/innen nicht mehr ertragen konnte. Die Hauptfigur darin war eine Art Harlekin, der als Diktator mit einer Harlekinmaske herumlief und fröhlich seine Untertanen um sich scharte, denen er mit Haarspray die Köpfe vernebelte und sie wie Marionetten tanzen ließ. Dann gab es eine Revolution des Gefolges, sie rissen ihm die Maske herunter und tanzten danach ganz losgelöst. Damit haben sie die SED-Diktatur auf die Schippe genommen.

DA: Haben sie dafür noch ein weiteres Beispiel?

Andrea Prause: Die Gruppe »Artich« aus Lübben zeigte einzelne Szenen, die Aspekte der DDR-Gesellschaft und der SED-Diktatur kritisierten. In einer Szene lief die Gruppe mit Gummistiefeln über die Bühne, um zu zeigen, in welchem Morast die DDR-Gesellschaft sich befand und nicht mehr vorwärts kam. Oder sie trugen Stroh auf den Köpfen, um auszudrücken, wieviel Stroh in den Köpfen der SED-Funktionäre steckte. Frieda von Wild brachte es mir gegenüber auf den Punkt: »Die Modenschauen waren ein gutes Ventil, um ein ganzes Stück Frust und Wut auf der Bühne weg zu tanzen«.

DA: Schließlich machte die DDR auch Zugeständnisse an die Gruppen und ließ sie auftreten. Wie kam das?

Andrea Prause: Bei den staatlichen Reaktionen auf die Modegruppen, die provokant auftraten, gab es einen Dreiklang aus Überwachung, Kontrolle und Repression sowie Versuche, sie in das DDR-Kulturschaffen zu integrieren. Das war ein letztes Aufbäumen des Staates, die wollten kontrollieren, was auf den DDR-Bühnen gezeigt wurde. Denn alles, was auf die Bühnen und auch auf den Laufsteg kam, musste zensiert werden. Auf der anderen Seite wollte die DDR auch zeigen, dass sie Angebote an die Jugendlichen machte und sich weltoffen geben. So nach dem Motto, wir brauchen keine Reformen von unten, die DDR ist auch cool.

Von den 300 bis 400 Modegruppen, die registriert waren, war der Großteil sehr konventionell. Nur die wenigsten waren provokant oder politisch. Viele waren als Volkskunstkollektive unterwegs und oft an staat-

liche Betriebe angeschlossen. Aber durch die Erosionserscheinungen am Ende des Jahrzehnts gab es auch eine neue Generation von Jugendclubleiter/innen. Und die ließen auch Gruppen ohne »Pappe« – wie die Auftrittsgenehmigung genannt wurde – auftreten. Womit sie sich natürlich aus dem Fenster lehnten. Einige von ihnen mussten dann auch gehen, aber das war es ihnen scheinbar wert.

DA: Der Stasi ist es aber offenbar nie gelungen in die Gruppen einzudringen. Warum war das nicht möglich?

Andrea Prause: In den engen Kern derer, die die provokanten Shows inszenierten, ist es der Stasi nicht gelungen, Spitzel einzuschleusen. Ich habe insgesamt 40 Akteur/innen der Szene interviewt, fast allen gegenüber hat es Anwerbeversuche gegeben, als inoffizieller Mitarbeiter/in (IM) über die anderen zu berichten. Aber dieser harte Kern hat sich sehr stark mit seiner Außenseiterrolle und der Parallelwelt identifiziert. Dazu kam, dass es enge Freundeskreise waren und die Protagonist/innen niemals ihre Freund/innen verraten hätten. Überwacht wurden sie natürlich. Es gibt Berichte von Wohnungsdurchsuchungen, die das Unverständnis der Stasi gegenüber Jugendkulturen wiedergeben. Außerdem wurden deren Nachbar/innen befragt. Und es gab Beobachtungen, die der Szene auffallen sollten, damit ihnen klar war, dass der Staat sie im Blick hatte. An der Peripherie der Modegruppen, die konventioneller waren, da wurden IM eingeschleust, die über die Stimmung in der Gruppe, über Ausreisepläne und das gesellschaftspolitische Klima berichteten.

DA: Wie konnte in der DDR eine solche Parallelwelt entstehen?

Andrea Prause: Diese Subkultur war ein absolutes Kind der DDR. Weil die DDR eine Mangelgesellschaft war, sicherten die Einnahmen aus den Marktverkäufen die komplette Existenz ab. Die Einnahmen lagen oft weit über dem, was die DDR-Bürger/innen im Durchschnitt verdienten. Außerdem war es durch die starke Subventionspolitik Honeckers, mit der er sich Zustimmung erkaufen wollte und die DDR in die Pleite trieb, günstig in der DDR zu wohnen und zu leben. Alle Interviews ergaben auch, dass es den Mitgliedern der Modegruppen nicht um Geld gegangen ist. Sie bemängeln eher, dass heute Geld alles bestimmt.

DA: Was wurde aus dem Phänomen Modeshows nach dem Mauerfall?

Andrea Prause: Als die sozialistische Ideologie löcherig wurde, gab es ab 1988 eine Art Explosion. Die Szene wurde größer, differenzierte sich aus und wurde politischer. Nach dem Mauerfall gab es ein plötzliches Interesse aus dem Westen. Die DDR-Opposition wurde eingeladen zu Veranstaltungen und da waren auch die Modegruppen dabei. Aber dieser Exotenstatus verlor sich sehr schnell, und es kam Mitte 1990 zu einer Implosion. Dieses Treibhausgebilde konnte nur unter der Bedingung einer Diktatur und in der Mangelgesellschaft existieren, es zerfiel nun in seine Einzelteile. Es gab keine Reibungsfläche mehr, weder die Anpassungsgesellschaft noch den Staat. Dazu kam, dass sich alle Akteur/innen Einkommensquellen suchen mussten, denn der Verkauf auf Märkten funktionierte nicht mehr. Auch die mentale Anpassung hat sehr viel Energie kostet. Viele sind, weil sie zuvor in der DDR eingesperrt waren, auch erstmal gereist, und sie haben ihr Studium oder ihre Ausbildung nachgeholt. Aber auch ihr Publikum gab es nicht mehr. Das wollte jetzt zu den großen Konzerten, wo man jahrzehntelang nicht hinkam. Alle Säulen des Phänomens sind weggefallen.

DA: Was machen die Protagonist/innen der Szene heute?

Andrea Prause: Die verstreuten sich erstmal in alle Himmelsrichtungen, teilweise auch auf andere Kontinente. Aber die meisten sind wieder in Deutschland gelandet – auch in Berlin. Sie haben auch wieder Kontakt zueinander. Ein Großteil arbeitet in kreativen und künstlerischen Bereichen. Aber niemand konnte sich als Designer oder Designerin etablieren. Manche verkaufen wieder auf Märkten. Aber diesen Status wie eine Art Popstar, den sie in der DDR hatten, hat keine/r wieder erreicht. Die machen zwar coole Sachen, aber niemand ist damit bekannt geworden.

Das Interview führte Anja Linnekugel.

Erschienen auf DA Online am 10.7.2019.



Die Lage der DDR-Wirtschaft verschlechterte sich im Jahr 1989 weiter. Doch die SED-Führung setzte weiter auf die Planwirtschaft. Hier ein Blick auf den Chemiestandort Bitterfeld im Dezember 1989.

Jörg Roesler

Zwischen Realitätsakzeptanz und Planillusion

Die Behandlung der Wirtschaftspläne durch das Politbüro in den ersten drei Quartalen 1989

Wie die Wirtschaft der DDR 1989 in ihrem letzten bis zum Oktober noch von der SED-Führung kontrollierten Jahr ausgesehen hat, darüber lässt die gängige Literatur über die Geschichte der DDR keinen Zweifel aufkommen. So tat es auch Hermann Weber, ihr Chronist mit dem größten Bekanntheitsgrad, Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. In einer aktualisierten Ausgabe seines erstmals 1976 veröffentlichten »Grundriss der DDR-Geschichte« heißt es: »Tatsächlich stagnierte die Wirtschaft, die Ausrüstung war ver-

altet und der technologische Rückstand wurde dramatisch.«¹ Die Schuld für diese Entwicklung sah Weber im Verhalten, um nicht zu sagen in der Unfähigkeit, der SED-Führung. Webers Einschätzung stimmen die meisten Historiker, die sich mit der DDR-Geschichte beschäftigten, zu. So auch, um noch einen von ihnen zu zitieren, der Berliner Politikwissenschaftler und Historiker Stefan Bollinger. Das »Scheitern der Wirtschaftspolitik« führt er darauf zurück, dass die SED-Führung »weder willens noch in der Lage« gewesen sei, »auf die veränderten Bedingungen im Lande ... angemessen zu reagieren«.²

Es ist interessant, zu sehen, wie im Westen der Zustand der DDR-Ökonomie 1989 eingeschätzt wurde: Die renommierteste Beobachtungsinstitution war zweifellos das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit Sitz in West-Berlin. Seine DDR-Abteilung unter Leitung von Doris Cornelsen analysierte seit Jahren die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland unter Nutzung eines breiten Spektrums von Daten. Ihre Lageberichte genossen weltweit Anerkennung. Im turnusgemäßen »Bericht zum ersten Halbjahr 1989« schätzte Cornelsen ein: »Die DDR-Wirtschaft hält längerfristig ein Wirtschaftswachstum, von 4 v. H. jährlich für erforderlich. Diese Rate wurde auch dem Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1989 zugrunde gelegt. Nach dem Bericht über das erste Halbjahr 1989 ist bisher das vorgesehene Wachstumstempo erreicht worden.«³

Das klingt nicht nach bereits eingetretenem oder unmittelbar drohendem ökonomischen Desaster, wenn auch im DIW-Bericht Probleme bei der Erfüllung der »Staatsplanpositionen in Industrie und Landwirtschaft und im Verkehrsbereich, bei der Ersatzteilversorgung und der Investitionstätigkeit« benannt wurden⁴.

In der Beurteilung des Zustandes der DDR-Wirtschaft und der Qualität der von der DDR-Führung getroffenen Entscheidungen weichen die zitierten Quellen für 1989 deutlich voneinander ab. Kannte die politische Führung in Ost-Berlin 1989 die ökonomische Situation der DDR? Allerdings war, im Unterschied zu anderem Zahlenmaterial über die Entwicklung der Volkswirtschaft, der Schuldenstand der DDR gegenüber dem Westen selbst den meisten hohen Wirtschaftsfunktionären nicht bekannt. Auch für sie blieb dieser eine geheime Verschlussache, gehütet von DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski.

Welche Maßnahmen ergriff man für die Überwindung der ökonomischen Schwierigkeiten?

Es liegt für den Wirtschaftshistoriker nahe zu versuchen, diese Fragen für das Wirtschaftsjahr 1989 anhand von Politbüroprotokollen zu beant-

worten. Denn das Politbüro stand an der Spitze der zentralisierten Leitung der DDR. »Da sich alle Entscheidungsträger der DDR an diese Zentralisierung angepasst hatten«, urteilen Organisationswissenschaftler, die 1994 die Ergebnisse ihrer Untersuchungen über die Funktionsweise der DDR veröffentlichten, »reichten sie Beschlussvorlagen über den Weg Minister – Abteilungsleiter des ZK – Politbüromitglieder dem Politbüro ein, denn dessen Beschlüsse garantierten eine vorrangige Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen.«⁵

Das Politbüro tagte in der Regel wöchentlich, jeweils dienstags. Behandelt wurde ein breites Themenspektrum, das von der Politik, speziell der Außenpolitik, über die Wirtschaft, das Wohnungswesen, die Kultur bis hin zum Sport reichte. Die schwerpunktmäßige Behandlung bestimmter Themenbereiche erfolgte turnusgemäß: Das Thema Wirtschaft dominierte die Tagesordnung der Politbürositzungen jeweils im Februar, wenn es um die Analyse der Erfüllung des Wirtschaftsplanes des Vorjahres und den Start ins laufende Planjahr ging. Eine weitere intensive Befassung mit Wirtschaftsfragen erfolgte im August, um die Erfüllung der Planvorgaben des ersten Halbjahrs sowie eventuelle Korrekturen für das zweite Planhalbjahr zu diskutieren. An diesem Organisationsrhythmus wurde auch im Jahr 1989 bis zum Oktober festgehalten. Um die Frage zu beantworten, wie das Politbüro als maßgebliche Entscheidungsinstitution die Wirtschaftslage der DDR bis zum Herbst 1989 einschätzte und Wirtschaftslenkung betrieb, sind die Politbüroprotokolle dieser beiden Monate von besonderem Interesse.

Zögernde Realitätsakzeptanz im Politbüro

Auf den ersten Blick verlief die Jahresplanung 1989 bis Ende September wie in jedem anderen Jahr des Fünfjahrplans. Die »Direktive zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990« zielte darauf ab, die erstmals unter Erich Honecker (Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Staatsratsvorsitzender) – nach Ulbrichts Ablösung – Anfang der 1970er Jahre proklamierte »Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« auch in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre »erfolgreich fortzusetzen«. Sie sei der Kern der ökonomischen Strategie bis zum Jahr 2000, hieß es. Was dazu der Wirtschaftsverantwortliche des ZK der SED, Günter Mittag, gegenüber den Parteitag delegierten auf dem XI. Parteitag vorbrachte, war mit gleichen oder ähnlichen Worten jedes Mal bei der Verabschiedung der Fünf-

jahrpläne für die 1970er und 1980er Jahre verkündet worden: »Die der Direktive zugrunde liegenden Ziele sind auf hohes Wachstumstempo der Volkswirtschaft gerichtet. Insgesamt ist eine weitere bedeutende Beschleunigung der Arbeitsproduktivität, der Effektivität und Qualität der Produktion zu erreichen.«⁶

Das sollte bedeuten: Alles läuft wie gewohnt. Tatsächlich hatte sich jedoch mit der Ableitung des Jahresplanes aus den Perspektivplanzielen, mit der Festsetzung der Kontrolltermine im Februar und August 1989 die Routine im Planungsprozess erschöpft. Das wurde deutlich, als sich das Politbüro am 7. und 14. Februar 1989 turnusgemäß mit der Auswertung des abgelaufenen Planjahres 1988 und den Bedingungen, unter denen der Start ins neue Planjahr stattgefunden hatte, befasste. Schon die Zeit für den Meinungsaustausch war ungewöhnlich lang angesetzt. Das resultierte daraus, dass man in den ersten drei Planjahren bei wichtigen Kennziffern unter den angestrebten Zuwachsraten geblieben war. Für 1989 wollte man daher mit Blick auf das im Fünfjahrplan vorgesehene Wirtschaftswachstum besonders ehrgeizige Planziele setzen und auf deren Realisierung drängen.

Was und wie unter den Politbüromitgliedern im Februar 1989 diskutiert wurde, lag ebenfalls jenseits jeder Routine: Wegen der nach einigen Jahren des Abbaus wieder zunehmenden Verschuldung der DDR in harter Währung (Valutaverschuldung), war die Erfüllung der Exportaufgaben ins SW (sozialistisches Wirtschaftsgebiet) und NSW (nicht sozialistisches Wirtschaftsgebiet) das erste Thema in der Diskussion. »Im NSW-Export beginnen wir wieder mit Rückständen«, bedauerte der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer. Es müsse deshalb alles unternommen werden, um »die Ablösung bzw. Senkung von NSW-Importen zu beschleunigen«. Insgesamt seien »NSW-Exporte bzw. planwirksame NSW-Importensenkungen in Höhe von mindestens 100 Millionen Mark zu mobilisieren«.⁷

Zweitwichtigstes Thema der Diskussionen im Politbüro im Februar und August war die Absicherung der versprochenen verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Das dritte waren Maßnahmen zur Überwindung des Rückstandes im Wohnungsbau.⁸

Soweit aus den Protokollen der Politbürositzungen erkennbar, die sowohl Wort- als auch Beschlussprotokolle sind, wurden ausgewählte Produktions- und Versorgungsprobleme im Februar wie im August 1989 offen angesprochen.

Insgesamt gesehen gab es bei der Diskussion um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes durchaus das Bemühen der Politbüromitglieder, brennende Probleme zu erkennen und anzusprechen. Wie wurde diese Bereitschaft zur Realitätsakzeptanz vom Politbüro weitergegeben?

Geschönte Vermittlung der wirtschaftlichen Probleme an die Kombinatleitungen

Dem Politbüro und den Ministerien nachgeordnet waren im Bereich der Industrie die Kombinate. Um die Kombinatdirektoren direkt und diskret anzusprechen, war seitens des Politbüros bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine spezielle Instanz geschaffen worden – die »Mittagsseminare«. In diesen Seminaren diskutierte der Wirtschaftssekretär des ZK der SED, Mittag, mit den Generaldirektoren die Planaufgaben und die Planerfüllung der Industriezweigleitungen.

Das übliche Ritual für das zweite Halbjahr 1989 lief auf der »Kontrollberatung des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des Zentralkomitees der SED« am 31. August 1989 in Leipzig ab. In seinem Referat stellte Günter Mittag fest, dass bis Ende Juli 69 zentralgeleitete und 37 bezirksgeleitete Kombinate alle Hauptkennziffern des Planes erfüllt hätten. Von den besonders wichtigen Staatsplanpositionen seien 344 von 383 realisiert worden. 39 wurden nicht erfüllt. Das sei, kommentierte Mittag, »gegenüber dem Vorjahr ein Fortschritt«. ⁹ Allerdings hätte die Nichterfüllung der genannten Staatsplanpositionen »große volkswirtschaftliche Auswirkungen«. ¹⁰ Ungeachtet dieser und anderer Probleme rief Mittag auf der Kontrollberatung vom 31. August dazu auf, den Jahresplan zu erfüllen, »die insgesamt erreichte positive Entwicklung fortzuführen und an Tempo zuzulegen«. ¹¹

Mittag verfolgte mit seinem Referat über den Zustand der DDR-Industrie offensichtlich zwei Ziele: Eine gute Stimmung bei den Industriezweigverantwortlichen zu erzeugen, ihnen Mut zu machen und gleichzeitig auf sie Druck auszuüben, mehr zur Bewältigung der von ihm im Referat benannten Problemfälle zu unternehmen.

Die »Stimmungen und Meinungen« innerhalb der Arbeiterschaft im Sommer 1989

An Presse bzw. Rundfunk und Fernsehen wurden nur die in Mittags Referat enthaltenen Erfolgsmeldungen weitergegeben. Die Kombinatdirektoren wurden dringlich angehalten, den nur für sie bestimmten Mix aus Erfolgs- und Misserfolgsmeldungen nicht zu verbreiten. Bei der Aushändigung der knapp 70-seitigen Broschüre, mit dem auf der Kontrollberatung vom 31. August in Vorbereitung der Leipziger Messe gehaltenem Referat Mittags, wurden ihnen folgende Verhaltensregeln mitgeteilt: »Die Auf-

bewahrung hat sorgfältig zu erfolgen. Von diesem Material dürfen keine Abschriften oder Kopien hergestellt werden. Genossen, die sorglos mit parteiinternem Material umgehen, werden zur Verantwortung gezogen.«¹²

Wie reagierten die Arbeiter in den Industriebetrieben auf die Berieselung mit Erfolgsmeldungen in den Medien nach den Politbürotagungen? Man kann sich darüber heutzutage recht gut ein Bild machen: In Archiven zugänglich sind die Berichte von SED, Blockparteien, Polizei, FDGB, Staatssicherheitsdienst und FDJ zu »Stimmungen und Meinungen« innerhalb der Bevölkerung. Der Historiker und Projektleiter in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagenbehörde, Ilko-Sascha Kowalczuk, hat sich ausgiebig mit diesen Berichten über die Stimmung in der Arbeiterschaft beschäftigt und sie für 1989 in einer 2014 veröffentlichten Publikation so zusammengefasst: »Jegliche Zukunftshoffnung schien zerstoßen. Die Arbeitsbedingungen sind immer wieder als unmöglich angeprangert, die Probleme als gesellschaftsimmanent hingestellt und die Marktwirtschaft des Kapitalismus der sozialistischen Planwirtschaft als weit überlegen bezeichnet worden.« Vielfach erinnere man sich, dass es »in den 1970er Jahren den Menschen besser gegangen sei«.

Festgehalten wurde auch: »Je älter unsere Republik wird, umso mehr wird erwartet, dass Engpässe mal der Vergangenheit angehören.« Stattdessen verwiesen die Berichte immer wieder auf die unzureichende Versorgung hin: »Zu lange Wartezeiten bei PKW-Bestellungen, schlechtes Warenangebot, unzureichende Dienstleistungsangebote, fehlende Ersatzteile. Beklagt wurde, dass Produkte in den Export gingen, die man selbst gern gehabt hätte.« In einem Stasi-Bericht vom Sommer 1989 hieß es über Magdeburger Gleisbauarbeiter: »Es wurde eingeschätzt, dass viele Dinge des täglichen Bedarfs, außer Grundnahrungsmittel, nur noch mit großem zeitlichen, nervlichen und finanziellen Aufwand beschaffbar sind.«¹³

Natürlich wurden in diesen Berichten ganz überwiegend kritische »Stimmungen und Meinungen« wiedergegeben. Aber offensichtlich waren diese unter den Beschäftigten weit verbreitet. Dafür gibt es Hinweise anderer Art: Immer häufiger mussten die Berichterstatter des Staatssicherheitsdienstes im Jahre 1989 notieren, dass Arbeiter, die in den Betriebskampfgruppen Mitglied waren, ihren Austritt erklärten.¹⁴

Angesichts dieser im Frühjahr und Sommer 1989 vorherrschenden Stimmung unter der Arbeiterschaft konnte es für die SED-Führung eigentlich nur einen Weg geben, um die Arbeiter und Angestellten zur Beibehaltung oder gar Verstärkung ihrer Leistungsbereitschaft zu gewinnen: größte Offenheit, Benennung der Ursachen für Probleme in der Produktion sowie die Auflistung der Gründe für die unzureichende Versorgung.

Dies hätten die Verantwortlichen mit dem glaubhaften, nachvollziehbaren Versprechen alles zu tun, um mit geeigneten Maßnahmen Abhilfe zu schaffen, verbinden müssen.

Wie weit ging die Bereitschaft der Funktionäre des Politbüros, zwecks Gewinnung der Bevölkerung durch eine derartige Herangehensweise die Wirtschaftsprobleme anzupacken?

Stures Festhalten an der Planillusion im Politbüro

Natürlich konnten die im Politbüro geführten Diskussionen um unzureichende Planerfüllung bei wichtigen Positionen im Februar wie auch im August 1989 nicht mit der Feststellung der ökonomischen Probleme enden. Es galt Abhilfe zu schaffen. Auch darüber, wie man im Politbüro meinte den Problemen Herr zu werden, erlauben die Akten einen Einblick: Im »Beschluss über Schlussfolgerungen aus dem Plananlauf für die weitere Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1989« vom 14. Februar 1989 wurde u. a. festgelegt »die für Februar/März geplanten durchschnittlichen arbeitstäglichen Produktionsleistungen in hoher Kontinuität und entsprechend angemessener Verpflichtungen zu überbieten.« Beschlossen wurde auch »die vollständige Umsetzung und Erstellung der Produktionsauflagen«, »das geplante Verhältnis der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Entwicklung des Lohnes in allen Kombinat und Betrieben (allen ist unterstrichen!) einzuhalten« und »die Lieferdisziplin (der Betriebe) gegenüber Binnenhandel, Export und Kooperationspartnern zu erhöhen.«¹⁵

Ein halbes Jahr später, nachdem eine Überprüfung der Realisierung der Planaufgaben für das erste Planhalbjahr abgeschlossen war und die Ergebnisse vorlagen, wiederholte sich diese Art von Auflagen zur Abhilfe. Angesichts der gewachsenen Probleme fielen sie allerdings noch pauschaler aus als sonst.¹⁶

Im Politbüro hegte man offensichtlich ungeachtet der Wirtschaftsprobleme des Jahres 1989 weiterhin Illusionen über die Wirksamkeit der Planung, etwa in dem Sinne: Wenn man die Rückstände bei der Planerfüllung ermittelt hat, über die für deren Tilgung notwendigen Maßnahmen Übereinstimmung erzielt und die Aufholziele benannt hat, ist seitens der Leitung wieder alles in Ordnung. Dann bedarf es nur noch der konkreten Vorgaben an die jeweiligen Adressaten, die Kombinatleiter und die »Werkstätigen in den Betrieben«, um die aufgetretenen Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Diese Vorgehensweise, von mir als Planillusion bezeichnet, hatte in der vierzigjährigen Planungsvergangenheit der DDR sicherlich mehr oder

minder, keineswegs aber immer, bei der Mobilisierung der Leitungskader bzw. der Betriebsbelegschaften zur Lösung anstehender Probleme geholfen. Die spätestens ab dem Sommer 1989 in den Betrieben weit verbreitete miserable Stimmung unter den Beschäftigten, über die man sich im Politbüro durchaus informieren konnte, wenn man nur wollte, stellte die Wirksamkeit derartiger »Planungsinitiativen« jedoch völlig infrage.

Nicht nur deshalb, auch angesichts der sachbezogenen Probleme, denen sich die DDR-Wirtschaft in den 1980er Jahren gegenüber sah, z. B. bei der Rohstoffversorgung aus der Sowjetunion bzw. den weiterhin geltenden Cocom-Handelsbarrieren des Westens, erwies sich ein derartiges Herangehen an die Wirtschaftsprobleme durch die SED-Führung als illusionär. So verringerte sich im August 1989, ungeachtet aller Appelle, die Zahl der nichterfüllten Staatsplanpositionen nur von 39 auf 35.¹⁷ Wenn der Historiker Bollinger schreibt, dass die SED-Führung nicht in der Lage gewesen sei, »auf die veränderten Bedingungen im Lande (...) angemessen zu reagieren«,¹⁸ dann ist das vor allem auf deren Illusionen über die Möglichkeiten der Planung zurückzuführen.

Verabschiedung von der Planillusion und Akzeptanz der Realität durch das Politbüro

Der Abschied von der Planillusion und somit die Akzeptanz der ökonomischen Realität wurde in der DDR erst durch einen Wechsel an der Spitze von Partei und Regierung möglich. Dieser wurde durch die »Montagsdemonstrationen« in Leipzig ausgelöst, auf denen ab Anfang Oktober umfassende Reformen gefordert wurden. Am 18. Oktober 1989 entband das Politbüro Erich Honecker von seiner Funktion als Generalsekretär der SED. Auch Günter Mittag verlor seine Stellung als Wirtschaftssekretär des ZK der SED. Egon Krenz wurde Honeckers Nachfolger. Nunmehr war es möglich, der Parteiführung ein ungeschminktes Bild von der ökonomischen Lage der DDR einschließlich der Schlussfolgerungen vorzulegen. Dazu hatte eine kleine Arbeitsgruppe unter Leitung des Chefs der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, und des Leiters des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, Alexander Schalck-Golodkowski, Mitglied der Wirtschaftskommission des ZK der SED, in den Wochen zuvor ein Reformprogramm erarbeitet.¹⁹ Das am 30. Oktober an Krenz übergebene, zunächst noch intern bleibende Papier enthielt im ersten Punkt die Forderung, die grundlegenden gesellschaftlichen Ziele des Landes unbedingt mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR in Übereinstimmung zu

bringen: »Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform, erforderlich.«²⁰

Legt man die aus den internen Unterlagen gewonnenen Erkenntnisse über den Zustand der DDR-Wirtschaft und ihrer Wirtschaftspolitik in den ersten drei Quartalen des Jahres 1989 zugrunde, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die eingangs zitierten DDR-Historiker die Wirtschaftslage und die Aktivitäten der DDR-Führung zur Steuerung der Wirtschaft zu negativ darstellen. Gleichzeitig wird deutlich, dass das westdeutsche Wirtschaftsinstitut DIW sie seinerzeit jedoch zu positiv einschätzte. Webers Feststellung von einer 1989 stagnierenden ostdeutschen Wirtschaft entsprach – wirtschaftsstatistisch gesehen – nicht den Tatsachen. Bollingers Einschätzung, die DDR-Führung sei »weder willens noch in der Lage« gewesen »angemessen zu reagieren«, lässt sich nur zum Teil zustimmen. Die DDR-Führung verschloss die Augen keineswegs vor den ökonomischen Problemen. Sie war durchaus fähig, diese im Detail zur Kenntnis zu nehmen. Verallgemeinernde Schlussfolgerungen vermied sie generell. Auf die benannten Probleme zu reagieren, erwies sie sich nur bedingt in der Lage. Gerade in den ersten neun Monaten des Jahres 1989 war erkennbar, dass das Politbüro in seiner strukturellen und personellen Zusammensetzung nicht bereit war, vollends den Ernst der wirtschaftlichen und politischen Situation zu akzeptieren, sie öffentlich zu machen und die notwendigen grundlegenden Reformschritte zu beschließen.

Diese inkonsequente Haltung, wurde teilweise mit dem Alter der Politbüromitglieder begründet. Diese Begründung ist jedoch nicht stichhaltig: Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Gremiums lag 1989 bei 67 Jahren. Es unterschied sich damit nicht signifikant von dem der Mitglieder der höchsten politischen Vertretungen im Westen. Die das Herangehen an den Plan bestimmende Vorstellung, alles sei machbar, wenn man die Planziele nur exakt formuliere und deren Verwirklichung konsequent überwache, entsprach wohl eher den tradierten Handlungsmustern dieser in der DDR erwachsen gewordenen Generation. Es verwundert deshalb nicht, dass ein langjähriges Politbüromitglied wie Schürer, der spätestens seit 1988 die problematische wirtschaftliche Situation der DDR begriffen hatte und warnen wollte, keine Chance erhielt, auf den routinemäßigen Politbürositzungen zu Wirtschaftsfragen seine Meinung über den Ernst der Lage darzustellen. Deshalb ließen er und Schalck-Golodkowki in einem kleinen Zirkel von Fachleuten einen Reformplan erarbeiten. Sie waren bestrebt, unter Umgehung des »Dienstweges« über das Politbüro, den Parteichef persönlich für das Reformvorhaben zu gewinnen.²¹

Die »Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen« der gesamten politischen Führung bekannt zu machen, gelang den

Autoren des »Schürerpapiers« tatsächlich erst ab November 1989, denn nach der Ablösung von Erich Honecker durch Egon Krenz funktionierten die alten SED-Strukturen nicht mehr wie gewohnt. Doch bereits ab Dezember verringerten sich die zeitweilig günstigeren Aussichten, die Reformvorschläge zu verwirklichen, erneut.

Mitte Dezember, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl begeistert in Dresden empfangen worden war, entschloss er sich, unter Berufung auf dieses »Schlüsselerlebnis«, Kurs auf die rasche Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik einschließlich der Übernahme des bundesdeutschen Wirtschaftssystems zu nehmen.²² In den Medien bekannt wurde die Verschuldungslage der DDR erst im Umfeld der ersten freien Volkskammerwahl. Die Tageszeitung *taz* machte in ihrer Ausgabe vom 19. März 1990 eine der Vorarbeiten des »Schürerpapiers«, eine mit dem 28. September 1989 datierte »Geheime Kommandosache« öffentlich, die beschrieb, dass die DDR bei weltweit 400 Banken in der Kreide stand. Um diese Schulden zu tilgen, müssten jährlich, so die Autoren, 8 bis 10 Milliarden Valuta-Mark zusätzlicher Kredite mobilisiert werden. Die Banken seien aber nicht bereit, »ihre Limite für die DDR« zu erhöhen.²³ Kohl konnte seine Entscheidung nach dem für sein Vorhaben günstigen DDR-Wahlergebnis dann im Verlauf des Jahres erfolgreich realisieren. Reformpläne zur DDR-Wirtschaft wie das »Schürerpapier« wurden dadurch rasch obsolet.

Was aber wäre gewesen, wenn der Kanzler bei seinem ursprünglichen Glauben geblieben wäre, dass man mit einem schnellen Einigungsprozess nicht rechnen könne.²⁴ Wäre das »Schürerpapier« dann die richtige Lösung für die Probleme der DDR-Wirtschaft gewesen?

Für eine seriöse Beantwortung muss die Frage gestellt werden, ob ein Wirtschaftsreformprojekt, das wie das »Schürerpapier« einen schrittweisen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vorsah, in einem anderen kommunistischen Staat in einer vergleichbaren krisenhaften wirtschaftlichen Situation und unter ähnlichen weltpolitischen Bedingungen unternommen wurde. Und hat es dort zum Erfolg, das heißt zur Überwindung des wirtschaftlichen Niedergangs und zur Wiedergewinnung der ökonomischen, sozialen und politischen Stabilität im Lande, geführt?

Naturgemäß richtet sich der suchende Blick dabei auf die anderen Staaten Osteuropas, die Ende der 1980er Jahre aus ganz ähnlichen Gründen wie die DDR ihren wirtschaftlichen Niedergang erlebten.²⁵ Ein positives Beispiel ist die Realisierung des auf den Übergang von der Plan- zu einer Marktwirtschaft ausgerichteten Reformvorhabens in Polen. Dort hatte der Wirtschaftswissenschaftler Leszek Balcerowicz einen »Plan zur marktwirtschaftlichen Reform der Volksrepublik Polen« ausgearbeitet. Diesen setz-

ten Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und seine Nachfolger mit Vorsicht schrittweise um. So gelang es die Ende der 1980er Jahre stagnierende Wirtschaft Polens, deren Zuwachsrate des volkswirtschaftlichen Bruttoprodukts 1989 gegenüber 1988 bei lediglich 0,2 Prozent lag, 1992 wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen,²⁶ auch wenn es 1990 zunächst zu einem unvermeidlichen Einbruch um 11,6 Prozent kam. Dieser ergab sich im ersten Jahr der Umstellung auf die Marktwirtschaft und dem Beginn einer begrenzten Privatisierung der Wirtschaft Polens.

Der Unterschied zwischen den Folgen der marktwirtschaftlichen Reform in Polen und den Folgen der von Kanzler Kohl per Schocktherapie betriebenen Einführung der Marktwirtschaft in der DDR ist signifikant. War 1989 die Volkswirtschaft der DDR gegenüber dem Vorjahr noch geringfügig (um 2,1 Prozent) gewachsen,²⁷ so sank deren Bruttosozialprodukt infolge der im Juli 1990 eingeleiteten Schocktherapie durch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Jahr 1990 um 16,5 Prozent auf 83,5 Prozent des Vorjahresniveaus und im Jahr 1991 erneut auf 69,9 Prozent des Niveaus von 1989, bevor in den folgenden Jahren die ostdeutsche Wirtschaft wieder anwuchs.²⁸

Mazowiecki hatte in Polen ganz bewusst – teilweise sogar gegen den Willen von Chefreformer Balcerowicz²⁹, der eine raschere Verwirklichung seiner Vorstellungen anstrebte – eine solche Schocktherapie vermieden.

Ein solch positives Reformergebnis, wäre angesichts ähnlicher Transformationsziele beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft auch im Falle der Realisierung des »Schürer-Plans« wahrscheinlich gewesen. Allerdings hätte die Voraussetzung dafür geheißen, dass die Bundesrepublik der DDR die Chance zu einer eigenständigen Gestaltung des Weges in die Marktwirtschaft über einen längeren Zeitraum gegeben hätte. Vorstellbar ist das, denn nach Aussage des Kohl-Biografen Jürgen Leinemann rechnete der Kanzler zunächst damit, dass der Einigungsprozess zehn Jahre dauern würde und sein Ende November 1989 formuliertes Zehn-Punktepapier war, schätzte Leinemann ein, noch ein »vorsichtiges und vages Programm«.³⁰ Dazu hätte auch eine Aufforderung an ausreisewillige DDR-Bürger durch den Kanzler gepasst, sich vor Ort an der Einführung der Marktwirtschaft aktiv zu beteiligen, anstatt die DDR zu verlassen. Eine Geste, die möglicherweise auch in der Bevölkerung der Bundesrepublik auf Zustimmung gestoßen wäre.

In einem solchen Falle wäre die Phase der Unfähigkeit des Politbüros, sich bereits während der ersten drei Quartalen des Jahres 1989 von der Planillusion zu trennen, als Episode des Zögerns vor der Inangriffnahme einer schwierigen, aber erfolgreichen Wirtschaftsreform bald vergessen worden.

Anmerkungen

- 1 Hermann Weber, DDR. Grundriss der Geschichte, Hannover 1991, S. 202–203.
- 2 Stefan Bollinger, Die finale Krise der DDR, in: ders. (Hg.), Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004, S. 16–17.
- 3 Doris Cornelsen, DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1989, in: DIW-Wochenbericht Nr. 31 (1989), S. 361.
- 4 Ebd., S. 363–366.
- 5 Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Band 2, Hamburg 1994, S. 813.
- 6 Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, Berlin 1986, S. 7, 8, 15, 22.
- 7 Politbüro des ZK der SED, Berlin 7. 2. 1989, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), DY 30 2/2039, Nr. 70.
- 8 Siehe ebd.
- 9 Vgl. Referat des Genossen Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, auf der Kontrollberatung des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK am 31. August 1989 in Leipzig (Parteiinternes Material), Berlin 1989, S. 8.
- 10 Vgl. Politbüro des ZK der SED, Berlin 22.8.1989, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), DY 30 IV 2/2039, Nr. 77.
- 11 Referat Mittag, S. 5.
- 12 Ebd., S. 1.
- 13 Ilko-Sascha Kowalczyk, Revolution ohne Arbeiter? Die Ereignisse 1989/90, in: Peter Hübner, Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution, Berlin 2014, S. 565–566.
- 14 Siehe ebd., S. 567.
- 15 Politbüro des ZK der SED Berlin 14.2.1989, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), DY 30 2/2039, Nr. 70.
- 16 Politbüro des ZK der SED Berlin 15.8.1989, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), DY 30 2/2039, Nr. 76.
- 17 Politbüro des ZK der SED Berlin 5.9.1989, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), DY 30/2039 Nr. 77.
- 18 Bollinger, Die finale Krise der DDR (Anm. 2), S. 16–17.
- 19 Der Text des »Schürerpapiers« ist veröffentlicht in: Gerhard Schürer, Gewagt und Verloren. Eine Deutsche Biografie, Berlin 2014, S. 457–477.
- 20 Ebd., S. 469.
- 21 Vgl. ebd., S. 19–21.
- 22 Siehe Jürgen Leinemann, Helmut Kohl. Inszenierung einer Karriere, Berlin 1998, S. 65.
- 23 Vgl. Holger Eckermann, DDR war im September 1989 pleite, taz v. 19.03.1990, S. 4.
- 24 Siehe Schürerpapier (Anm. 19), S. 63.
- 25 Vgl. dazu auch die Argumentation von Dieter Segert, Professor an der Universität Wien, eines Spezialisten für die Transformationsanalyse Osteuropas: Dieter Segert, Verpasste Chancen im 41. Jahr, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3–37/2019, S. 6.
- 26 Vgl. Gerd Neumann, Vier Jahre Transformation in Polen. Analyse des Verlaufs der polnischen Wirtschaftsreform, Berlin 1994, S. 38.
- 27 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 14.
- 28 Vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1992, Köln 1992, S. 5.
- 29 Adam Michnik, Die auferstandene Unabhängigkeit und die Dämonen der samtenen Revolution, in: Zehn Jahre Transformation in Polen. Sonderausgabe, Potsdam 1999, S. 8–9.
- 30 Vgl. Leinemann, Helmut Kohl (Anm. 22), S. 63–64.



Erich Honecker (r), Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Staatsratsvorsitzender der DDR, und Mitarbeiter des Staatlichen Forstbetriebes präsentieren die Strecke der erlegten Hasen.

Interview mit Helmut Suter

Honeckers Jagdfieber zahlte die Bevölkerung

Im Jahr 2018 erschien das Buch »Honeckers letzter Hirsch« von Helmut Suter zur Jagd in der DDR. Dazu gab er *Deutschland Archiv Online* ein Interview, das sich der DDR-Staatsjagd und dem Jagdleben der Repräsentanten der DDR-Staatsführung widmet.

Deutschland Archiv (DA): Obwohl in der DDR das Motto »Die Jagd gehört dem Volke« galt, nutzte die Staatsführung die Schorfheide als Staatsjagdgebiet. Wie kam es dazu?

Helmut Suter: Das hat eine Vorgeschichte: Seit Mitte des 19. Jahrhunderts – mit dem Bau des Jagdschlusses Hubertusstock unter König Friedrich Wilhelm IV. – galt die Schorfheide als Zentrum der geheimen Diplomatie. Er nutzte das Schloss für politische Gespräche und traf dort politische Entscheidungen. Die Frage nach einer preußischen Beteiligung am Krimkrieg im Jahr 1854 soll Friedrich Wilhelm IV. in der Schorfheide entschieden haben – Preußen blieb neutral. Außerdem liegt das Jagdgebiet nah an Berlin. Hier konnte man in der Natur und bei der Jagd jenseits der Etikette in lockerer Atmosphäre Gespräche führen. Das setzte sich auch nach der Monarchie fort. Zur Zeit der Weimarer Republik jagten hier Otto Braun (Sozialdemokrat und preußischer Ministerpräsident) und Paul von Hindenburg (führte ab 1916 die Oberste Heeresleitung und wurde 1925 zum zweiten Reichspräsidenten der Weimarer Republik gewählt). Ab 1933 – während der Diktatur der Nationalsozialisten – hielt Hermann Göring (Reichskommissar für Luftfahrt und Reichskommissar für das preußische Innenministerium sowie später Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe) Hof in Carinhall, wie ein König. Er empfing dort Staatsgäste und ging teilweise in Fantasie-Jagduniformen zur Jagd. Das Potenzial der Jagd für Politik und Diplomatie wollte auch die DDR-Staatsführung nutzen. Sie entschied, das Erbe in der Schorfheide anzutreten.

DA: Bei dieser Vorgeschichte?

Helmut Suter: Über ethische Fragen gegenüber der NS-Geschichte setzte man sich hinweg. Walter Ulbricht (Generalsekretär des Zentralkomitees der SED ab 1950, ab 1953 bis 1971 Erster Sekretär) nutzte zum Beispiel das frühere Gästehaus von Carinhall (das schlossähnliche Hauptgebäude war auf Veranlassung Görings 1945 gesprengt worden, DA) – das spätere Hotel Döllnsee – um dort Gespräche zu führen, auch wenn er sich aus der Jagd nichts machte. Es ist ein schwieriges Thema, warum die DDR-Staatsführung die Schorfheide als Staatsjagdgebiet für sich nutzte. Auch sie schätzte die Nähe zu Berlin. Es galt das Motto: »Wir treffen uns da, dann sind wir ungestört.« Um beim Jagden ungestört Gespräche jenseits des Protokolls zu führen, wurden Staatsgäste zur Jagd in die Schorfheide eingeladen.

DA: Was war das Besondere daran, die Jagd als Mittel zur Pflege von diplomatischen Beziehungen zu anderen Staaten oder von Kontakten zu Wirtschaftsgrößen zu nutzen? Was bot die DDR-Staatsjagd ihren Gästen?

Helmut Suter: Die DDR-Staatsführung wusste aus der Historie, dass die gemeinsame Jagd dazu führt, dass man offen miteinander über politische

Probleme sprechen konnte. Wenn man in der Lage war, die Jagd positiv für den Gast zu gestalten, dann wurde der lockerer. Deshalb ist Erich Honecker (Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzender) gern mit den Staatsgästen rausgefahren nach Hubertusstock. Einfach nur ein gutes Essen anbieten, das war nichts Außergewöhnliches. Aber eine besondere Trophäe (ein starker Hirsch mit einem endenreichen Geweih, DA), die der Gast nicht in seinem heimischen Revier hatte und die in der Schorfheide herangezüchtet wurde, war der Anreiz. Beim Schüsseltreiben – dem gemeinsamen Essen nach der Jagd – und einer guten Flasche Rotwein wurde dann über Politik, Wirtschaft und über Geld gesprochen. Hier verhandelte Honecker mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, Franz-Josef Strauß, über den Milliardenkredit für die DDR. Auch der Krupp-Generallbevollmächtigte Berthold Beitz war mehrfach in der Schorfheide.

DA: Und wie passte das zum Grundsatz »Die Jagd gehört dem Volke«?

Helmut Suter: Das war natürlich ein Widerspruch. Bereits 1954 – ein gutes Jahr nachdem das Jagdgesetz in Kraft getreten war – ging es los mit der Privilegierung der Staatsführung. Der damalige DDR-Innenminister Willi Stoph arbeitete daran, attraktive Jagdgebiete exklusiv für die Mitglieder des Politbüros zu reservieren. Und es ging auch darum, die Jagdinteressen der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) zu berücksichtigen und penibel einzuhalten.

DA: Wieviel Fläche beanspruchten die Repräsentanten der DDR für ihre privaten Jagden? Und wer von ihnen hatte das Privileg, über ein eigenes Jagdgebiet zu verfügen?

Helmut Suter: Bis 1989 gab es in der DDR 18 Staatsjagdgebiete mit 98 921 Hektar. Dazu kamen noch elf Wildforschungsgebiete mit rund 82 000 Hektar – dort wurde zwar Wildforschung betrieben, aber die Inspektion Staatsjagd (eine Unterabteilung des Landwirtschaftsministeriums) sah auch solche Gebiete als geeignet an, um sie für staatliche Repräsentanten zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich gab es auch noch die Sonderjagdgebiete von Erich Honecker und Erich Mielke, dem Minister für Staatssicherheit. Honeckers Jagdgebiet in der Schorfheide umfasste 20 550 Hektar und Mielkes Gebiet in Neuhaus-Wolletz hatte 23 000 Hektar. Rund zwei Prozent der Jagdfläche der DDR standen allen Repräsentanten der Staats- und Parteiführung zur Verfügung. Dazu kamen noch 6,9 Prozent der Fläche für die sowjetischen Offiziere. Mielke und

Honecker konnten nach Gutsherrenart entscheiden, wer in »ihren« Jagdgebieten jagen durfte und wer nicht.

DA: Was wusste die DDR-Bevölkerung über die Jagdgebiete der Politbüromitglieder?

Helmut Suter: In den Anrainergemeinden der Jagdgebiete der Politbüromitglieder war durchaus bekannt, wer da jagte. Denn aus den Gemeinden kamen viele Beschäftigte, die in den Jagdgebieten tätig waren, wie im Militärforstbetrieb, im Sägewerk oder im Zaunbau. Eine Voraussetzung dafür war, dass sie keine Westverwandtschaft hatten. Die Beschäftigten sind nach anderen Tarifen bezahlt worden, erhielten Prämien und hatten damit auch eine gewisse herausragende Rolle. Dafür haben sie das Jagdleben der DDR-Führung geduldet. Allerdings gab es auch Kritik von angrenzenden LPGen (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften): Die konnten ihre Felder in der trockenen Jahreszeit nicht ordentlich bewässern und erfüllten ihr Planziel nicht. Dabei bekamen sie mit, dass es für den Wildacker im Sonderjagdgebiet eine Beregnungsanlage gab. Aber diese Kritik wurde von Günter Mittag (von 1966 bis 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, ab 1976 Sekretär des ZK für Wirtschaftsfragen) abgewiegelt, wenn es Beschwerden gab.

Was nicht bekannt war, waren die Kosten, die die Sonderjagdgebiete verursachten. Das war streng geheim. Auch, wer dort was geschossen hatte, blieb unter Verschluss. Dass Honecker, Mielke, Mittag und Stoph Jagdhäuser hatten, wurde dabei gar nicht negativ aufgefasst. Das kannten die Anrainer der Jagdgebiete von früher – so nach dem Motto: Erst war es der Kaiser, dann der Nationalsozialist Göring und nun sind es eben die aus dem Politbüro. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister waren auch ein bisschen stolz, und es gab positive Entwicklungen in ihren Gemeinden: In Groß Schönebeck wurde die Straße asphaltiert. In Schlufft gab es ein Abwassernetz, sonst gab es nur Sickergruben. Und als Mielke zugetragen wurde, dass ein Kindergarten gebraucht werde, ließ das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) einen Kindergarten bauen. Die Empfänger dieser Wohltaten, die nach Gutsherrenart verteilt wurden, hielten sich dann mit ihrer Kritik zurück.

DA: Die strengen Regeln des Jagdgesetzes schienen für Honecker und Co. nicht zu gelten. Warum setzten sich die führenden Köpfe über die Vorschriften hinweg?

Helmut Suter: »Die Jagd gehört dem Volke« – in gewisser Weise traf das Motto zu, aber bei genauer Betrachtung war das eine Farce. Die Staats- und Parteiführung waren diejenigen, die die Arbeiterklasse leiteten und führten. Nach ihrem Verständnis arbeiteten sie so hart für die DDR, dass sie sich auch Besonderes leisten durften. Schon unter Ulbricht entstand das ungeschriebene Gesetz, dass die Repräsentanten von Staat und Partei von Prüfungen befreit waren. Also Honecker besaß weder eine Fahrerlaubnis noch hatte er eine Jagdprüfung abgelegt. Aus diesem Verhalten ließ sich eine Überheblichkeit gegenüber der Bevölkerung ableiten.

DA: Im Gegensatz zu den einfachen Jägern in der DDR verfügten Honecker, Mielke und Co. über verschiedene Jagdwaffen. Auf welche Weise wurden sie in der Regel beschafft und wer hat sie bezahlt?

Helmut Suter: Honecker bekam als Staats- und Parteichef Jagdwaffen bei Staatsbesuchen geschenkt zum Beispiel von Breschnew, dem Generalsekretär der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion). Der Chef der Kommunistischen Partei der CSSR Gustav Husák schenkte ihm eine Repetierwaffe, die in Brno produziert wurde. Damit ging er am liebsten zur Jagd. Insgesamt hatte er 38 Waffen. Mittag und Stoph (Vorsitzender des Ministerrates der DDR) beschafften sich zu dieser Zeit über die Koko (Kommerzielle Koordinierung) von Alexander Schalck-Golodkowski Jagdoptik und Jagdwaffen aus dem Westen. Das wurde immer aus der Staatskasse bezahlt. Selbst haben sie gar nichts bezahlt. Dem Honecker haben Mittag und Co. dann auch mal eine Waffe geschenkt, um sich ihn gewogen zu halten und zu vernebeln, was sie sich so alles im Westen bestellten. Ab den 1980er Jahren wurde es so geregelt, dass alle Beschaffungen jagdlicher Art für die Staatsführung über den Schreibtisch von Mielke gingen. Das bezahlte dann das MfS über einen Devisenfonds.

DA: Außerdem sollen Honecker, Mielke und Co. über teure Fahrzeuge aus dem Westen für die Jagd verfügt haben. Wie war das denn mit dem Devisenmangel in der DDR vereinbar?

Helmut Suter: Ab 1982 wurden insgesamt acht Geländewagen der Marken Land Rover und Mercedes gekauft. Das organisierte Mittag auch über Schalck-Golodkowski und bezahlt hat das MfS. Das lief wieder ähnlich ab: Mittag besorgte die Wagen und schenkte einen Erich Honecker. Seine Wagen ließ er, weil ihm als Diabetiker ein Unterschenkel amputiert worden war, in West-Berlin umbauen. Aber auch die anderen Wagen wurden nach

individuellen Wünschen gestaltet. Allein der Umbau der Autos belief sich auf 1,76 Millionen D-Mark. Angesichts des Devisenmangels und der wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR wird die Abgehobenheit der DDR-Führung deutlich. Mittag kannte die Sorgen der Betriebe und Kombinate, die keine Ersatzteile für Maschinen aus dem Westen beschaffen konnten und improvisieren mussten, um klarzukommen. Außerdem wurden über Mielke drei bis vier Aro-Geländewagen aus Rumänien gekauft, die sonst gar nicht in die DDR eingeführt wurden. Diese wurden dann von anderen Politbüromitgliedern gefahren, die in der Rangordnung niedriger standen. An Mielke, Stoph und Mittag wagte sich keiner heran und die hatten auch die Hand auf den Finanzen. Es wurden Millionen aus dem Staatshaushalt für die Jagd abgezweigt, die ans MfS gingen. Das tauchte nirgendwo in den offiziellen Dokumenten auf. Diese Informationen sind in den BStU-Unterlagen gefunden worden.

DA: Die Bewirtschaftung der nicht öffentlich zugänglichen Jagdgebiete war insgesamt sehr aufwendig. Was führte zu den hohen Kosten?

Helmut Suter: Die Kosten für die Sonderjagdgebiete entstanden größtenteils durch den Umbau und die Unterhaltung der Jagdhäuser sowie und durch Neubau. Die Jagdhäuser wurden repräsentativ gestaltet. Auch der Chef des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) Harry Tisch hat sich in Born (Mecklenburg-Vorpommern) ein Jagdhaus neu ausbauen lassen. Weil seiner Frau die Schrankwand nicht gefiel, wurde die wieder rausgerissen und eine neue eingebaut – sie mussten es ja nicht bezahlen. Für die Jagdhäuser haben Honecker und die anderen übrigens nur eine Miete nach den Grundsätzen der DDR entrichtet. Das entsprach in etwa einer Miete, die DDR-Bürger für eine Neubauwohnung gezahlt haben. Aber die Kosten für Heizung und Strom haben sie nicht beglichen. Das lief über die Verwaltung der Waldsiedlung in Wandlitz, der geschlossenen Wohnanlage für Politbüromitglieder. Die Kosten wurden so insgesamt vertuscht. Die weiteren Kostentreiber in den Jagdgebieten waren der Zaunbau, der Bau von Jagdkanzeln (auch Hochsitz genannt, DA) und Jagdschirmen (eine zu ebener Erde errichtete Jagdeinrichtung hinter der Wild beobachtet und geschossen werden konnte, DA) und die Wildfütterung. Für diese Aufgaben gab es jeweils eigene Betriebe.

Im Jahr 1970 betrug der Zuschuss für die gesamten Staatsjagdgebiete und Sonderjagdgebiete 5 Millionen Mark (Ost). 1987 waren es schon 20,5 Millionen Mark. Dabei hatte sich die Anzahl der privilegierten Jäger gar nicht verändert. Für 1990 waren schon 12,7 Millionen Mark für Instandsetzun-

gen im DDR-Haushalt veranschlagt und weitere 31,4 Millionen Mark zur Stützung sollten aus der Rohholzerzeugung dazukommen. Allein für das Staatsjagdgebiet Schorfheide wurde für 1989 ein Verlust von 8,7 Millionen Mark ausgewiesen. Die Einnahmen betragen nur 1,27 Millionen Mark. Die kamen aus den Abschussprämien, dem Verkauf von Wildfleisch an die Interhotels und aus dem Export, zum Beispiel an Restaurants in West-Berlin. Die Lücke von rund 7,4 Millionen Mark wurde mit Steuereinnahmen gestopft, die eigentlich dem Staatshaushalt und damit der Allgemeinheit zufließen sollten.

DA: Anders als die einfachen Jäger in der DDR, konnte die Staatsführung offensichtlich so viel Wild jagen, wie sie wollte. Woher kam dieser Drang so viel Wild zu erlegen?

Helmut Suter: Ein Mitglied in einem Jagdkollektiv musste sich unterordnen, hervorragende Leistungen erbringen und im Durchschnitt zehn bis zwölf Jahre warten, bis er mal einen reifen Hirsch zugewiesen bekam, den er strecken durfte. Für die privilegierten Jäger gab es keine Reglementierung. Da fielen fünf bis sechs Hirsche an einem Tag. Man fuhr raus zur Jagd, um Beute zu machen. Dabei sollte nicht der schwächste Bock geschossen werden, sondern immer starke Hirsche. Bei Günter Mittag musste der Jagdleiter stramm stehen, wenn er mit der Jagd unzufrieden war.

Die Jagdleiter hatten dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Kraftfutter da war und Ruhe im Jagdrevier herrschte – also keine Fremden Pilze suchen oder spazieren gingen. Wenn Wild so gehalten wird, dann wird es zahm wie eine Herde Rinder. Dann kann man die Uhr danach stellen, wann der Hirsch an die Kirre (Futterstelle, DA) kommt. Wenn der Jagdleiter zu Mittag sagte: »Um 18:00 Uhr steht der Hirsch«, dann war der um 17:45 Uhr am Hochsitz, der Hirsch kam und Mittag hat geschossen. Der ging nicht auf die Pirsch im Wald. Das wurde bereits seit der Zeit vor Kaiser Wilhelm I. so organisiert. Die Sitzungen des Politbüros sind zur Brunftzeit im August und September so gelegt worden, dass man zeitig zur Jagd gehen konnte.

DA: Die Fotos der Jagdhäuser, die im November 1989 aufgenommen wurden, zeigen Innen- und Außenwände, die voll waren mit Trophäen. Es gab Berge von weiteren Jagdtrophäen, die noch nicht einmal dekorativ aufgehängt wurden, was hatte das zu bedeuten?

Helmut Suter: Nur die stärksten Trophäen wurden repräsentativ aufgesetzt. Die Messingteile ließ Mielke teilweise in der Metallwerkstatt im

Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen mit dem Abschussdatum und dem Ort gravieren. Das hatte Brisanz, dies von den politischen Gefangenen machen zu lassen, aber die wussten nicht, was sie da taten und für wen.

Honecker, Mittag und Co. hatten nachher so viele Trophäen, dass sie gar nicht mehr alle aufhängen konnten. Manch einer von den Jägern aus den Jagdkollektiven wäre froh gewesen, wenn er eine Trophäe bei sich in der Wohnstube gehabt hätte. Bei Mittag ging es irgendwann nicht mehr um die Trophäe, sondern nur noch ums Schießen. Honecker verschenkte Trophäen auch an Mitarbeiter aus dem Personenschutz. Ansonsten gingen die auch nach Thüringen in eine Knopffabrik. Wenn die Repräsentanten Trophäen verkauft haben, dann haben sie – bis auf Honecker – das Geld in die eigene Tasche gesteckt. Das lief auch bei den Abschussprämien so. Die hat auch jeder Kollektivjäger bekommen. Für ein Wildschwein gab es 15 oder 10 Mark. Die Prämien wurden am Ende eines Jagdjahres ausbezahlt. Nur Honecker hat das an den Prämienfonds des Militärforstbetriebes weiterleitet und es wurde an dessen Mitarbeiter ausbezahlt.

DA: In Ihrem Buch beschreiben Sie auch die Waldschäden, die durch den hohen Wildbestand entstanden. Was wurde dagegen unternommen?

Helmut Suter: Bis Ende 1989 galt in den Staatsjagdgebieten ähnlich wie zur Kaiserzeit und wie unter dem führenden Nazi Göring der Grundsatz: Wild vor Wald. Der Wald war also nur Mittel zum Zweck. Das Wild hat aus Langeweile die Bäume geschält. Diese wurden dann durch Einzelbaumbehandlung durch ein Drahtgeflecht geschützt. Bei Tausenden von Bäumen, ist das ein enormer finanzieller Aufwand.

DA: Selbst im Herbst 1989 ging Honecker noch zur Jagd. Wie kam es, dass er trotz der Friedlichen Revolution und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR weiter seinem Hobby frönte, als sei nichts gewesen?

Helmut Suter: Honecker nahm die Stimmung in der DDR und die Rufe nach Veränderungen durchaus wahr, aber er vertraute offensichtlich auf die Versicherungen Mielkes, dass die Proteste vom Westen gesteuert seien, nicht von Dauer sein würden und alles unter Kontrolle sei. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation soll auch nach Auskunft von Honeckers Personenschützer, Bernd Brückner (Major des MfS), Günter Mittag vieles vertuscht und abgewiegelt haben. Man habe alles im Griff und er müsse sich keine Sorgen machen, hieß es stets. Honecker hatte allem Anschein nach kein gesundes Misstrauen gegenüber seinen Getreuen. Er holte

keine eigenen Erkundigungen ein, sondern glaubte, was ihm vorgelegt wurde. Er verstand auch nicht, dass alles um ihn herum zusammenbrach. Dass er weiter zur Jagd ging, ist wieder ein Beleg für die Abgehobenheit und die Missachtung der Bevölkerung. Noch am 14. Oktober 1989 jagte Honecker zusammen mit Mittag. Nach seinem erzwungenen Rücktritt am 18. Oktober hatte sein Nachfolger Egon Krenz ihm zugesagt, dass er wie bisher seiner privilegierten Jagd nachgehen könne. Am 8. November schoss Honecker seinen letzten Hirsch in der Schorfheide.

DA: Der Großteil der Bevölkerung erfuhr erst ab November 1989, was in den Sonderjagdgebieten vor sich ging. Wie reagierte sie auf das, was sie dort sah?

Helmut Suter: Vor allem an der Müritz, wo Stoph sein Jagdgebiet hatte, gab es Unruhe und die Häuser wurden gestürmt. Die Bürgerinnen und Bürger sahen, dass er aufwendige Gewächshäuser betrieb und was dort an Trophäen herumlag. Dabei wurde auch deutlich, dass Honecker im Vergleich zu Stoph doch eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung hatte. Denn in der Schorfheide blieb es ruhig. Honecker hatte die Bürgerinnen und Bürger der DDR nicht am Zutritt der Schorfheide gehindert. Man konnte an seinem Jagdhaus vorbeigehen. Er hat sich nur auf seinen Personenschutz verlassen. Bei Stoph dagegen und auch bei Mittag galt strenge Abschottung. Mittags Familie hat auch sofort gepackt und das Jagdhaus über Nacht geräumt. Als dort die Bürger sahen, dass er ein Schwimmbad hatte, das im November 1989 beheizt wurde, waren sie vollkommen entsetzt.

DA: Wie wurden die Jagdprivilegien der DDR-Staatsführung in der Wendezeit betrachtet?

Helmut Suter: Die Jagdprivilegien der DDR Staats- und Parteiführung und die damit verbundenen Kosten wurden zunächst durch den Untersuchungsausschuss der Volkskammer der DDR zur Überprüfung von Amtsmissbrauch, Korruption und der persönlichen Bereicherung ab Ende 1989 öffentlich bekannt. Honecker, Mielke, Mittag, Stoph und Tisch kamen später wegen Korruption und Amtsmissbrauch vor Gericht, aber keiner von ihnen wurde zu einer Strafe verurteilt, weil sie entweder verstarben oder aus Gesundheitsgründen die Haft nicht mehr antreten konnten.

DA: Zum Abschluss noch eine Frage: Wer darf heute in der Schorfheide jagen?

Helmut Suter: Heute kann jede Bürgerin und jeder Bürger einen Jagdschein machen und einen sogenannten Begehungsschein bei der Forstverwaltung erwerben, um in der Schorfheide zur Jagd zu gehen. Je nach Geldbeutel können auch Pirschgebiete gepachtet werden. Außerdem gibt es Vorgaben, was geschossen werden darf. Wer eine große Trophäe schießen will, muss dafür bezahlen.

Das Interview führte Anja Linnekugel.

Erschienen auf DA Online am 22.5.2019.



Szene aus der US-amerikanischen Fernsehserie »Holocaust« von 1978. Erzählt wird in dem insgesamt über sieben Stunden dauernden Film anhand der fiktiven jüdischen Familie Weiss die Geschichte der Judenverfolgung und -vernichtung in der NS-Zeit.

Katrin Hammerstein

Eine Fernsehserie schreibt Geschichte – Reaktionen auf die Ausstrahlung von »Holocaust« vor 40 Jahren

Vor genau 40 Jahren, zwischen dem 22. und 25. Januar 1979, war die vierteilige Fernsehserie »Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss« (USA 1978) in den dritten Programmen der ARD zu sehen. Am Beispiel von drei fiktiven Familien – der jüdischen Familie Weiss und den »arischen« Familien Dorf und Helms – erzählt sie die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Die Ausstrahlung dieser Serie gilt als wichtige Zäsur für den Umgang mit dem Nationalsozialismus und seinen

Verbrechen. Mit Einschaltquoten von bis zu 40 Prozent erzielte sie eine breite gesellschaftliche Resonanz und weckte nicht nur ein bis dahin ungekanntes Interesse an diesem Thema in der Öffentlichkeit, sondern löste auch intensive Diskussionen über die nationalsozialistische Vergangenheit aus. Auch die Bezeichnung der Verfolgung und Ermordung der Juden als »Holocaust« setzte sich mit der Serie durch.

Für WDR, NDR und SWR ist dies ein Anlass, die vier Folgen noch einmal zu zeigen. Dazu erläuterte WDR-Fernsehleiter Jörg Schönenborn im November 2018: »Die Serie ›Holocaust‹ hat Fernseh- und Zeitgeschichte geschrieben. [...] Sie brachte den Holocaust ins kollektive Bewusstsein der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. [...] Ich finde es wichtig, diese historische Serie auch 40 Jahre nach der Erstausstrahlung wieder zu zeigen. Denn in einer Zeit, in der Antisemitismus in unserer Gesellschaft leider immer noch eine Rolle spielt, haben die Zuschauerinnen und Zuschauer somit die Möglichkeit, die Serie mit aktuellem Blick zu sehen.«¹

Die Bundesrepublik und »Holocaust«

1979 war die Ausstrahlung in der Bundesrepublik durchaus umstritten. Die ARD-Sender waren uneins drüber, ob man »Holocaust« zeigen sollte oder nicht. Seitdem die Serie im Jahr zuvor in den USA und danach in weiteren Staaten wie Israel zu sehen war, wurde »im Land der Täter« darüber in den Tages- und Wochenzeitungen diskutiert; auch Historiker und Politiker meldeten sich zu Wort. Kritisiert wurden die triviale Machart der »Seifenoper« und die Kommerzialisierung des Völkermords an den Juden. Befürchtet wurde aber auch, die Deutschen könnten damit kollektiv schuldig gesprochen werden, und Diplomaten warnten davor, dass das Image der Bundesrepublik im Ausland geschädigt werden könnte.² Von neonazistischer Seite kam es bei Koblenz und Münster sogar zu Anschlägen auf Sendeanlagen, um die Ausstrahlung zu verhindern. »Offenbar können die Deutschen auch die bunten Abziehbilder aus ihrer Vergangenheit nur mühsam bewältigen«³, hieß es im *Spiegel* eine Woche vor Sendestart. Andere wie etwa die Bundeszentrale für politische Bildung sahen in der Serie hingegen die »Chance [...], daß Millionen von deutschen Fernsehzuschauern [...] auf eine unmittelbare, wenn auch stark emotionale Weise mit diesem dunklen Kapitel unserer Geschichte konfrontiert werden«; dies biete die Möglichkeit, die deutsche Vergangenheit »mit moralischem Mut und kritischem Verstand so aufzuarbeiten, daß daraus ein Gewinn für die Zukunft erwächst«.⁴

Hierum bemühten sich auch die Fernsehverantwortlichen, indem sie der

Serie die Dokumentationen »Antisemitismus« und »Endlösung« voranstellten und nach jeder Folge eine ebenfalls im Fernsehen übertragene Diskussionsrunde mit Experten veranstalteten.⁵ Tatsächlich wurde die Ausstrahlung der »Holocaust«-Serie nicht nur zu einem Medienereignis, sondern auch zu einem Anstoß, sich mit der NS-Geschichte auseinanderzusetzen. Tausende Anrufe und Briefe gingen beim WDR ein und die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung wurden mit Anfragen nach Materialien geradezu überschüttet. »Das Volk ist aufgewühlt, betroffen und plötzlich von großem Wissensdurst erfüllt«⁶, schrieb Marion Gräfin Dönhoff, frühere Chefredakteurin und Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*. Es gab antisemitische Äußerungen und Drohbriefe von Rechten, die sich über die »Hetzserie« beschwerten.⁷ Vor allem zeigten sich aber Bestürzung und Erschütterung in den Zuschauerreaktionen. Plakativ brachte die *Bild*-Zeitung die herrschende Betroffenheit zum Ausdruck, als sie am Tag nach der Ausstrahlung des ersten Teils, die Reaktion des Bundespräsidenten beschreibend, titelte: »Scheel weinte«⁸.

Die starke Resonanz der Serie beruhte vor allem auch auf der Individualisierung des historischen Geschehens als Familiengeschichte(n), die eine Identifikation mit den Filmfiguren und ihrem Schicksal ermöglichte. Dieses ging »unmittelbar nicht nur in den Verstand, sondern auch in das Herz hinein[...]«, wie es der Abgeordnete Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg (CSU) in der zwei Monate später stattfindenden Debatte des Bundestags über die Verjährung von NS-Verbrechen formulierte: »Ein Stück des Unbegreifbaren und des Unfaßbaren schien plötzlich greifbar und deswegen persönlich mitleidbar.«⁹ Die Serie gestattete, so eine damals erarbeitete Handreichung für die Erwachsenenbildung, die »Identifizierung der Zuschauer mit den »guten« Protagonisten, den Opfern unserer eigenen Geschichte«¹⁰.

Wurde die Emotionalität der Serie auch vielfach kritisiert, so hatte die Emotionalisierung der Vergangenheit dennoch bedeutende Wirkung. Der *Spiegel* sprach von einem »schwarzen Freitag für die Historiker«¹¹, lieferte der Fernsehfilm doch inhaltlich nichts Neues, erreichte aber – im Gegensatz zu den Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft – die breite Bevölkerung und sorgte für eine gesellschaftliche Debatte über die Vergangenheit. »[V]ia Fernsehen kam eine Nation ins Gespräch«¹², brachte es das Magazin weiter auf den Punkt.

Dabei rückten nicht nur die aus »rassischen« Gründen verfolgten jüdischen Opfer in den Vordergrund der Wahrnehmung, sondern auch die Frage nach Verantwortung und Täterschaft, die in der Serie direkt angesprochen wurde. So war in der deutschen Version der Schluss geändert

worden: Statt mit der Auswanderung des jüngsten Sohns der Familie Weiss nach Palästina wie im amerikanischen Original endete die letzte Folge mit einem Schuldeingeständnis des Onkels der vom NS-Regime profitierenden Familie Dorf: »Wir haben uns alle mitschuldig gemacht. Ich hab' zu so vielem geschwiegen. [...] Ich hab' mit angesehen, was passierte, und nichts getan. Wir müssen erkennen, dass wir uns alle schuldig gemacht haben.«¹³

Die der Serie auch an anderen Stellen implizite Aufforderung zur selbstkritischen Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus tat ihre Wirkung. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sei bislang »abgeprallt am psychischen Abwehrpanzer der verschworenen Volksgemeinschaft der Nichtwisper und Nichtwahrhaber«, äußerte der Soziologe Helmut Dahmer. Nun habe der Film »in die kollektive Amnesie eine kleine Bresche geschlagen«¹⁴. Für Eugen Kogon, Autor des 1946 erschienenen Werks »Der SS-Staat« und während des »Dritten Reichs« selbst im Konzentrationslager inhaftiert, war gar »[e]in Bann [...] gebrochen«: »Man kann über die schrecklichen Dinge bis in die Schuld- und Mitschuldfrage [...] endlich miteinander sprechen.«¹⁵

Nicht zuletzt ist auch die Entscheidung des Bundestags, die Verjährung von NS-Verbrechen endgültig aufzuheben, unter anderem auf die Wirkung von »Holocaust« zurückzuführen. Die Mehrheit derjenigen, die die Serie gesehen hatten, sprach sich für die Aufhebung aus. Während der Verjährungsdebatte im Bundestag nahmen, wie die hier bereits zitierte Äußerung von Stauffenberg deutlich macht, mehrere Abgeordnete Bezug auf die Serie.¹⁶ Justizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) warnte in diesem Zusammenhang allerdings davor, die Aufhebung der Verjährung zur einzigen Antwort auf »Holocaust« werden zu lassen; es gelte »vielmehr, die Bereitschaft in voller Breite zu nutzen, die jetzt zur Auseinandersetzung mit der NS-Gewaltherrschaft vorhanden ist«.¹⁷

Angesichts der durch die Serie angestoßenen Diskussion über die Vergangenheit empfahlen westdeutsche Staatsrepräsentanten auch den beiden anderen Staaten, die aus dem »Dritten Reich« hervorgegangen waren, also der DDR und Österreich, die Ausstrahlung von »Holocaust«. So regte Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) an, den Film im anderen Teil Deutschlands ebenfalls zu zeigen, da auch die Menschen in der DDR ein Recht hätten, »Anlaß und Stoff zu bekommen, über unsere gemeinsame deutsche Geschichte erneut nachzudenken«¹⁸. Bundespräsident Walter Scheel wiederum meinte in einem Interview mit der österreichischen Presse, dass auch Österreich gut daran tue, sich den Film anzusehen, und prophezeite ähnliche Reaktionen wie in der Bundesrepublik.¹⁹

»Holocaust« in der DDR und in Österreich

Während die Serie in Österreich Anfang März 1979 ausgestrahlt wurde – der ORF wartete bewusst die Reaktionen auf den Film in der Bundesrepublik ab²⁰ –, wurde sie in der DDR nicht gesendet. Dahinter standen mehrere Gründe: Zunächst konnte man in der DDR in der US-amerikanischen Produktion nur kommerzielle Motive und eine verfälschende Darstellung der Geschehnisse entdecken. Vom »Tod in der Gaskammer als umsatzsteigerndes Farbfernsehspiel«²¹ war in einer ostdeutschen Filmkritik etwa die Rede. Es sei ein »durch und durch kommerzielles Unternehmen«, von dem man, so der Rundfunksender »Stimme der DDR« am Tag nach der Ausstrahlung der ersten Folge in Westdeutschland, »von vornherein die Darstellung historischer Zusammenhänge nicht erwarten [könne], insbesondere [nicht] über das Zusammenspiel der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals mit den unmittelbaren politischen Repräsentanten des Faschismus.«²² Kritisiert wurden zudem die zionistischen Tendenzen des Films, dessen Konzentration auf die jüdischen Opfer – schließlich seien »auch Kommunisten und Zeugen Jehovas im KZ gewesen«²³ – sowie das darin gezeichnete Bild des Widerstands, das nur die Juden und den Widerstand aus geistlichen Kreisen einbeziehe, andere »Kämpfer gegen den Faschismus« dagegen unberücksichtigt lasse.²⁴

Weiterhin sah man in der DDR im Gegensatz zum westdeutschen Bundeskanzler keinerlei Grund, erneut über die gemeinsame Geschichte nachzudenken. Denn, so hieß es in der ostdeutschen Fachzeitschrift *Film und Fernsehen*, es gebe »nun mal keine ›gesamtdeutschen Nachkriegsversäumnisse‹: »Nicht ›die Deutschen‹ haben Nachhilfeunterricht nötig. Der historische Hilfsschüler heißt Bundesrepublik Deutschland. Sie ist sitzengeblieben. Mitten in ihrer unbewältigten Vergangenheit.«²⁵ In eben diese Kerbe schlug der Regisseur Konrad Wolf auf einer Tagung der Akademie der Künste der DDR im Mai 1979:

»In Fragen des Antifaschismus können wir im Bedarfsfall Nachhilfeunterricht erteilen, und unsere Kollegen würden mit Freude die DEFA-Retrospektive [»Faschismus und seine Überwindung«] zur Erweiterung und Richtigstellung des Holocaust-Pakets zur Verfügung stellen.«²⁶

Im Rahmen der Retrospektive wurden 1979 unter anderem »Ehe im Schatten« (D 1947), »Stärker als die Nacht« (DDR 1954) oder »Nackt unter Wölfen« (DDR 1963) gezeigt, Filme, auf die auch der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker wenige Tage, nachdem »Holocaust« in der Bundesrepublik zu sehen war, in einer Rede explizit hinwies, um zu unterstreichen, dass

die Aufklärung über den Faschismus und seine Verbrechen in der DDR zu den Selbstverständlichkeiten gehöre.²⁷

Parallel dazu lenkte die SED-Parteizeitung *Neues Deutschland* im Umfeld der »Holocaust«-Serie die Aufmerksamkeit auf die laut DDR-Lesart erfolgreiche »Vergangenheitsbewältigung« in Ostdeutschland und die skandalös defizitäre der Bundesrepublik. So wurde einerseits über Leistungen der Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der DDR, andererseits über die angeblich drohende Verjährung solcher Verbrechen, verschleppte NS-Prozesse und neonazistische Ausschreitungen in Westdeutschland berichtet.²⁸ Die Serie selbst wurde in der Zeitung ebenso wenig thematisiert wie Reaktionen darauf, obwohl sie in Teilen Ostdeutschlands über das Westfernsehen zu sehen war und dort, so der *stern*, ein erstaunliches Interesse hervorrief.²⁹ Über Berichte und Interviews der Westmedien sind zum Teil Stimmungsbilder und einzelne Äußerungen von DDR-Bürgern überliefert.

Eine von der *Zeit* vorgenommene Befragung von Ostdeutschen zu »Holocaust« kam zu dem Ergebnis, dass diese sich nicht nur »über die Nazizeit besser informiert als ihre Landsleute«, sondern »auf der moralisch besseren Seite der Nation zu Hause fühlen«.³⁰ Der Schriftsteller Stephan Hermlin meinte dagegen, »Holocaust« habe die DDR kaum weniger erschüttert als die Bundesrepublik.³¹ Vor allem die junge Generation wolle, so berichtete ein Ost-Berliner Psychologe, »alles über diese merkwürdige Nazizeit [...] erfahren, die entweder verschwiegen wird oder uns aus der Sicht der Sieger erläutert wird«.³² Auch andere DDR-Bürger problematisierten das offizielle, auf dem Antifaschismus-Mythos basierende Geschichtsbild der DDR, bei dem stets das »unausgesprochene[...] Verständnis« mitschwinge, »daß Urheber der Grausamkeiten die Väter der Westdeutschen waren – nicht unsere Väter«.³³ Dass die nationalsozialistische Judenverfolgung als solche in der DDR weitgehend ausgeblendet wurde, sprach der Leiter der Jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin, Peter Kirchner, an und wünschte sich »eine entsprechende, ausführliche Diskussion zu diesem Thema in unserer Presse, in unseren Medien«.³⁴ Diese gab es, wie deutlich geworden ist, jedoch nicht.

Anders in Österreich: In dem Land, das mit dem »Anschluss« 1938 Teil des »Großdeutschen Reichs« geworden war, sich aber als »erstes Opfer Hitlerdeutschlands« verstand und mit diesem Opfermythos jegliche Verantwortung für den Nationalsozialismus von sich wies, fand die Debatte um »Holocaust« durchaus medialen Niederschlag.³⁵ Bereits vor der Ausstrahlung, die sechs Wochen später als in der Bundesrepublik stattfand, wurde das Für und Wider auch vor dem Hintergrund der Reaktionen im Nachbarstaat diskutiert. Die Kritiker bezogen sich in Österreich ebenfalls vor allem auf

den Kollektivschuldvorwurf. Die Deutschen würden in der Serie als »Mördervolk« dargestellt; die Serie zu zeigen, sei laut einem Artikel in *Die Presse* »Holocaust-Masochismus«. ³⁶ Auch antisemitische Untertöne machten sich bemerkbar, und gegen die Holocaust-Opfer wurden die Opfer von Krieg und Vertreibung als »ein anderes Brandopfer« ³⁷ aufgerechnet.

Die Befürworter hofften dagegen auf einen Anstoß zur Reflexion, der dann auch selbstkritisch nach der Mitverantwortung Österreichs am Nationalsozialismus fragte, nach seinem »Anteil an der Endlösung« ³⁸, wie das Nachrichtenmagazin *profil* titelte. So sah der Politikwissenschaftler Anton Pelinka in der Serie ein »Vehikel historischer Aufklärung und moralischer Aufweckung« und meinte:

»Österreich wird seinen Holocaust zu sehen bekommen. Und das ist gut: Waren doch Hitler und Kaltenbrunner, Eichmann und Globocnik und viele, viele der kleinen Massenmörder Österreicher; wurde doch die Ideologie der Unwertigkeit des Judentums wesentlich in der Hexenküche nationaler Vorurteile des alten Österreich gebraut; [...] hat doch in kaum einem anderen Land der Totstell-Reflex, das ständige Wegschauen gegenüber dem Menschheitsphänomen Auschwitz, so neurotische Züge wie eben in unserer so kleinen, so heilen Welt.« ³⁹

Auch der *Kurier* stellte unter Hinweis auf die österreichische Beteiligung am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen fest: »Wir hätten den ›Holocaust-Schock bitter nötig.« ⁴⁰ Selbst das Boulevard-Blatt *Kronen-Zeitung* begrüßte die Ausstrahlung der Serie, »umso mehr, als ein Teil der Geschehnisse, die 34 Jahre nach Kriegsende die Deutschen noch so schwer belasten, auch auf Österreich zutrifft.« ⁴¹ Verstärkt wurden auch spezifisch österreichische Ereignisse der NS-Zeit wie die so genannten Reibpartien bei den »Anschluss«-Pogromen 1938 thematisiert. Damals war die jüdische Bevölkerung gezwungen worden, pro-österreichische und antinazistische Parolen von Gehsteigen und Wänden zu entfernen. Es »wäre verfehlt, die nationalsozialistischen Judenverfolgungen einzig und allein als ein Problem der Deutschen« ⁴² aufzufassen, hieß es in dem für die österreichischen Schulen erstellten Begleitheft *›Holocaust‹ und Österreich* aus dem Jahr 1978.

Nach der Ausstrahlung, die mit Einschaltquoten von bis zu 52 Prozent noch mehr Aufmerksamkeit erregte als in der Bundesrepublik, vermisste das *profil* zwar »[d]ie tiefe Betroffenheit, die [...] die Ausstrahlung [dort] begleitet hatte«. ⁴³ Dennoch ist »Holocaust« auch für den österreichischen Vergangenheitsdiskurs ein »Veränderungspotential« ⁴⁴ zuzusprechen, sorgte die Fernsehserie hier doch ebenso sowohl für eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit

für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus als auch für eine selbstkritische Beschäftigung mit der eigenen Verantwortung und Täterschaft.

Die Erstausstrahlung der deutschen Fassung der »Holocaust«-Serie im Jahr 1979 blieb in ihrer Wirkung einmalig. Mehrfach gab es seither Wiederholungen, die erste im Jahr 1982; keine rief jedoch mehr eine solche Resonanz hervor. Dies hängt gewiss auch mit der durch den Film geweckten Aufmerksamkeit für die Verbrechen des Nationalsozialismus und dem seither erweiterten Wissensstand zusammen. So hat die Fernsehserie vor 40 Jahren Geschichte geschrieben und wird mittlerweile selbst als historisch angesehen – weniger wegen ihrer den 1970er Jahren entsprechenden »historischen« Machart als vielmehr wegen ihrer Bedeutung für die Erinnerungskultur.

Erschienen auf DA Online am 18.1.2019.

Anmerkungen

- 1 WDR, NDR und SWR zeigen »Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss«, Pressemitteilung des WDR, 30.11.2018, https://presse.wdr.de/ploungue/wdr/programm/2018/11/2018_1130_holocaust.html, letzter Zugriff am 25.12.2018.
- 2 Zu den verschiedenen Standpunkten vgl. z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.4.1978; Der Spiegel, 17.4.1978, 29.1.1979; Die Zeit, 2.2.1979; Abendpost, 24.1.1979.
- 3 Der Spiegel, 15.1.1979.
- 4 Holocaust. Materialien zu einer amerikanischen Fernsehserie über die Judenverfolgung im »Dritten Reich«. Erarbeitet und zusammengestellt von Wilhelm von Kampen, Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung 1978, S. 6, 21.
- 5 Vgl. u. a. Peter Reichel, Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, München/Wien 2004, S. 255.
- 6 Die Zeit, 2.2.1979. Zu den Reaktionen in der Bundesrepublik vgl. z.B. Die amerikanische TV-Serie »Holocaust« – Rückblicke auf eine »betroffene Nation«. Beiträge und Materialien, in: Historische Sozialforschung 30 (2005), Heft 4, S. 4–154; Jens Müller-Bauseneik, Die US-Fernsehserie »Holocaust« im Spiegel der deutschen Presse (Januar–März 1979). Eine Dokumentation, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Die Fernsehserie »Holocaust« – Rückblicke auf eine »betroffene Nation«, März 2004, <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-us-fernsehserie-holocaust-im-spiegel-der-deutschen-presse-januar-maerz-1979>.
- 7 Vgl. Heiner Lichtenstein/Michael Schmid-Ospach (Hg.), Holocaust. Briefe an den WDR, Wuppertal 1982, S. 70.
- 8 Zit. nach Julia Kölsch, Politik und Gedächtnis. Zur Soziologie funktionaler Kultivierung von Erinnerung, Wiesbaden 2000, S. 104, Anm. 179.
- 9 Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte, 8. WP, 145. Sitzung, 29.3.1979, Bonn 1979, S. 11583.
- 10 Mediendidaktische Handreichungen »Holocaust«. Die Geschichte der Familie Weiß, in: Weiterbildung und Medien 1 (1978), Heft 2, S. 1–15, hier S. 3.
- 11 Der Spiegel, 29.1.1979.
- 12 Ebd.

- 13 »Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss« (USA 1978, dt. Fassung), Teil 4, Schlusssequenz. Zu den inhaltlichen Änderungen der Serie vgl. auch Susanne Brandt, »Wenig Anschauung? Die Ausstrahlung des Films »Holocaust« im westdeutschen Fernsehen (1978/79), in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwenker (Hg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt 2004, S. 257–268, hier S. 260f.
- 14 Helmut Dahmer, »Holocaust« und die Amnesie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29 (1979), B 22, S. 33–37, S. 34, 36.
- 15 Eugen Kogon, »Der Neonazismus in Bedrängnis und Angriff«, in: Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik 34 (1979), Heft 3, S. 2–4, Zitat S. 2.
- 16 Vgl. die Plenardebatte am 29.3.1979, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags (Anm. 9), z. B. S. 11583, 11571, 11594. Zur Wirkung von »Holocaust« auf die Verjährungsdebatte vgl. auch Frank Bösch, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft. Von »Holocaust« zu »Der Untergang«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 1–32, hier S. 2; Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt 1997, S. 379 Anm. 88.
- 17 Zit. nach Yizhak Ahren u. a., Das Lehrstück »Holocaust«. Zur Wirkungspsychologie eines Medienereignisses, Opladen 1982, S. 12f.
- 18 Helmut Schmidt am 24.1.1979 in der Haushaltsdebatte des Bundestags, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages (Anm. 9), 131. Sitzung, 24.1.1979, S. 10315.
- 19 Vgl. Interview mit Walter Scheel, in: Die Presse, 17./18.2.1979.
- 20 Vgl. profil, 30.1.1979, 6.2.1979.
- 21 Heinz Grote, »Holocaust«, in: Film und Fernsehen 7 (1979), Heft 3, S. 2.
- 22 Stimme der DDR, zit. nach Harald Kleinschmid, »Ein Weg ohne Ende«. Zur Reaktion der DDR auf »Holocaust«, in: Deutschland Archiv 12 (1979), S. 225–228, Zitat S. 225.
- 23 Zit. bei Marlies Menge, Keine hohen Nazis in der DDR. Holocaust und die Reaktionen im Osten, in: Die Zeit, 2.2.1979, Zeit-Dossier.
- 24 Vgl. Siegfried Friese, Holocaust nah und fern, in: Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft 24 (1983), Heft 5, S. 102–123, hier S. 110; Kleinschmid, »Ein Weg ohne Ende« (Anm. 22), S. 228.
- 25 Grote, »Holocaust« (Anm. 21); zu den ostdeutschen Reaktionen vgl. auch Martina Thiele, Publizistische Kontroversen über den Holocaust im Film, Münster/Hamburg/London 2001, S. 329–333.
- 26 Konrad Wolf, Nachhilfeunterricht, in: Film und Fernsehen 7 (1979), Heft 6, S. 2.
- 27 Zit. bei Kleinschmid, »Ein Weg ohne Ende« (Anm. 22), S. 226.
- 28 Vgl. z. B. Neues Deutschland, 20.1.1979, 27.1.1979, 14.2.1979; Grote, »Holocaust« (Anm. 21); vgl. dazu auch Müller-Bauseneik, US-Fernsehserie (Anm. 6), S. 133; Kleinschmid, »Ein Weg ohne Ende« (Anm. 22), S. 225, 227f.
- 29 Vgl. stern, 1.2.1979.
- 30 Menge, Keine hohen Nazis in der DDR (Anm. 23).
- 31 Vgl. Wo sind wir zuhause? Gespräch mit Stephan Hermlin, in: Freibeuter 1 (1979) Heft 1, S. 47–55, hier S. 50.
- 32 Zit. nach stern, 1.2.1979.
- 33 Zit. nach ebd.
- 34 Peter Kirchner im Interview mit dem ARD-Korrespondenten Fritz Pleitgen, zit. nach Kleinschmid, »Ein Weg ohne Ende« (Anm. 22), S. 226.
- 35 Vgl. zu den österreichischen Reaktionen u. a. Heidemarie Uhl, Von »Endlösung« zu »Holocaust«. Die TV-Ausstrahlung von »Holocaust« und die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, in: dies. (Hg.), Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts, Innsbruck u. a. 2003, S. 153–179; Oliver

Marchart/Vräath Öhner/Heidemarie Uhl, »Holocaust« revisited. Lesarten eines Medienereignisses zwischen globaler Erinnerungskultur und nationaler Vergangenheitsbewältigung, in: Tel Aviver Jahrbuch 31 (2003), S. 307–334, hier S. 323–327.

36 Die Presse, 3.2.1979.

37 Ebd., vgl. dazu auch Uhl, von »Endlösung« zu »Holocaust« (Anm. 35), S. 164.

38 Profil, 13.3.1979.

39 Anton Pelinka, Tabu Auschwitz, in: profil, 13.2.1979.

40 Kurier, 10.2.1979.

41 Neue Kronen-Zeitung, 3.2.1979.

42 Wolfgang Neugebauer, »Holocaust« und Österreich, Wien 1978, S. 1.

43 Profil, 6.3.1979.

44 Marchart/Öhner/Uhl, »Holocaust« revisited (Anm. 35), S. 326.

BERLINER GEDENKTAFEL

In diesem Haus wohnte von 1950 bis 1958

HEINZ BRANDT

16. 8. 1909 – 8. 1. 1986

Journalist und Redakteur

Gegner des Nationalsozialismus, von 1934 bis 1945

Haft in Zuchthaus und Konzentrationslagern.

Zunächst Funktionär, später Regimekritiker in der DDR.

1958 Flucht in den Westen. 1961 von der DDR-Staatssicherheit entführt und inhaftiert. Nach seiner Freilassung 1964 tritt er in der Bundesrepublik für einen humanen Sozialismus.



Über 33 Jahre nach seinem Tod wurde Heinz Brandt im August 2019 als Streiter für einen »humanen Sozialismus« in Berlin geehrt. An seinem früheren Wohnhaus in Pankow hängt nun diese Gedenktafel.

Manfred Wilke

Ein widerständiges Leben: Heinz Brandt

30 Jahre nach dem Ende der SED-Herrschaft im Osten Deutschlands ehrte kürzlich Tom Sello, Berlins »Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«, Dr. h. c. Heinz Brandt (1909–1986). Er enthüllte am 16. August 2019 eine »Berliner Gedenktafel« für Brandt an jenem Pankower Wohnhaus, in dem dieser mit seiner Familie bis zu seiner Flucht 1958 nach West-Berlin gewohnt hatte.¹

Öffentliche Ehrungen solcher Art erfolgen oft posthum und sind von vielerlei Zufällen abhängig. In diesem Fall war nicht zuletzt Sello selbst die treibende Kraft; er hatte 1989 in der Berliner Umweltbibliothek zu den Aktivisten der Friedlichen Revolution in der DDR gehört.

Die Aufarbeitung des Widerstandes gegen die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) konzentrierte sich nach 1990 zunächst auf die Öffnung der Akten der Staatssicherheit, um die eigene Oppositionsgeschichte der Akteure von 1989/90 zu ermitteln, um sie zu veröffentlichen.

Brandts politische Tätigkeit betraf die Zeit vor dem Mauerbau. Damals ging es in der DDR noch um Demokratie, nationale Einheit und einen Friedensvertrag der Siegermächte über und mit Deutschland. Den Aktivisten von 1989 ging es vor allem um die Freiheit in der DDR; gerade unter den Bürgerrechtlern war die Frage der nationalen Einheit der Deutschen kein vordringliches Thema, ihr Banner waren die Menschenrechte, um die Demokratisierung der DDR zu erstreiten. Das Leben von Brandt ist ein Zeugnis für die Bedeutung des geistig-politischen Widerstands gegen die SED-Diktatur lange vor deren Ende.

Somit ist die Ehrung von Brandt ein Schritt zu einer wichtigen Erkenntnis: Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in der DDR sind integraler Bestandteil der demokratischen Geschichte der Deutschen. Karl Wilhelm Fricke beendete 1984 seinen Report über »Opposition und Widerstand« gegen die SED mit einer damals in der Bundesrepublik eigensinnigen These: »Eine wie immer geartete Lösung der deutschen Frage in Freiheit wäre kaum mehr denkbar, wenn der Diktatur der SED nicht mehr Opposition und Widerstand entgegengesetzt würden. Da der reale Sozialismus in der DDR eine wesentliche (obschon nicht die einzige) Ursache der deutschen Teilung ist, sind Opposition und Widerstand gegen die Herrschaft der SED immer auch ein Beitrag zur Wahrung der Wiedererlangung der deutschen Einheit.«²

Heinz Brandts Lebensweg würdigte Tom Sello unter anderem mit den Worten, er »vereint alle Signaturen des 20. Jahrhunderts: seine Utopien und Hoffnungen, seine Täuschungen, Selbsttäuschungen und Katastrophen. Heinz Brandt war Jude, Kommunist, Sozialdemokrat, Grüner. Er wurde von den Nazis verfolgt, überlebte Auschwitz und die Todesmärsche. Er und seine Familie litten unter Hitler und Stalin gleichermaßen: Die Eltern und der jüngste Bruder Wolfgang wurden von den Nazis ermordet, Bruder Richard kam im stalinistischen Terror der dreißiger Jahre um, Schwester Lili wurde für 17 Jahre nach Sibirien verbannt.«³

Solidarität: Brandt und Neumann

Solidarität war in der sozialistischen Arbeiterbewegung eine verpflichtende individuelle und kollektive Verhaltensnorm, die für Brandt und Siegmund (Siggi) Neumann⁴ bindend war. In Berlin waren sie Mitglieder der KPD, sie lehnten aber den »ultralinken Kurs« der Parteiführung unter Ernst Thälmann und dem Berliner Bezirksleiter Walter Ulbricht ab, den diese KPD-Spitze auf Weisung Stalins verfolgte. Schon damals war für Einsichtige absehbar, dass diese Politik in die Katastrophe für die KPD und Arbeiterbewegung insgesamt führen würde. Gegen diesen selbstmörderischen Kurs gab es auch in der KPD Widerspruch, der aber vom Parteiapparat – bereits damals von »Stalinisten« geführt – unterdrückt wurde. Die KPD trat als Partei der sozialistischen Revolution auf und intensivierte den Kampf gegen ihre parteipolitischen Feinde, die »National«- und die »Sozial-Faschisten«. Mit dieser Gleichsetzung von Sozialdemokraten mit der Hitler-Partei diffamierte die KPD die Sozialdemokraten und verbaute damit Absprachen zwischen den Anhängern beider Parteien gegen den gemeinsamen Todfeind.

Brandt wurde 1933 von der SA in Berlin-Weißensee zusammengeschlagen; nach dem Überleben des Folterkellers der SA forderte ihn Neumann auf, mit ihm nach Paris zu emigrieren. Er hatte für diesen Vorschlag zwei gewichtige Argumente: 1. Die Nazis würden sich lange an der Macht halten und 2. Brandt sei als Kommunist und Jude ein doppelter Todeskandidat. Brandt hörte nicht auf Neumanns Rat.

1933 trennten sich die Wege von Brandt und Neumann für Jahre. Brandt bekannte im Nachhinein, er hätte seinen »Frontfimmel«⁵ gehabt. Wir Nachgeborenen müssen uns heute vergegenwärtigen, dass die Möglichkeiten des zentral gesteuerten totalitären Terrors damals den Zeitgenossen noch unbekannt waren und somit fundamental unterschätzt wurden. Viele Mitglieder von KPD und SPD glaubten, es gäbe nun ein verschärftes Sozialistengesetz, wie unter Bismarck im 19. Jahrhundert.

Die illegale Arbeit von Brandt in Berlin endete schon 1934, er wurde verhaftet und bekam zunächst nur eine Gefängnisstrafe. Sie war der Anfang seines Weges durch die Haftanstalten und Konzentrationslager, der ihn über das KZ Sachsenhausen 1942 nach Auschwitz und 1945 nach Buchenwald führen sollte.

Als wir einander schon länger kannten, fragte ich ihn: Wie konnte ein Häftling in Auschwitz überleben? »Mit Glück« war seine Antwort. Mit einer Geschichte illustrierte er, was dieses Glück in Auschwitz bedeutete: Zwei Häftlinge eines Arbeitskommandos, dem er selbst zunächst zugeteilt

worden war, hatten einen Fluchtversuch unternommen. Bevor die Wachmannschaft die Flüchtlinge suchte, erschoss sie »vorsorglich« den Rest der Kolonne – mit Überlebensglück war er kurz zuvor zu einer anderen Arbeit abkommandiert worden.

Anfang 1945 befreite die sowjetische Armee Auschwitz; die überlebenden und nach den Maßstäben der SS transportfähigen Häftlinge waren vorher in das KZ Buchenwald bei Weimar verfrachtet worden. Der Schwur der befreiten Häftlinge auf dem Appellplatz von Buchenwald blieb für Brandt das Zeugnis seiner Auferstehung. »Heute eint uns der gemeinsame Abscheu vor den Verbrechen der Vergangenheit. Morgen wird uns die unterschiedliche Beurteilung der neuen Verbrechen trennen. Wir stehen – es ist der 11. April 1945 – fahlhäutige Skelette, auf dem Appellplatz von Buchenwald, die Arme emporgereckt: die Schwurhand zeichnet den Eid von Buchenwald in den Himmel.« »Wir haben wieder eine Gegenwart. Unser Schwur – in die Zukunft gerichtet – beschwört die Vergangenheit. Was hinter uns liegt, bindet uns für immer. Trunken verweilen wir im Augenblick. Und so fragen wir uns nicht, was eigentlich nie wiederkehren soll. Auschwitz? Der Schwur war gegen die Verbrechen der Vergangenheit gerichtet, die sie gemeinsam überlebt hatten.«⁶ Bitter fügt er hinzu: »Morgen schon wird alles fraglich sein. Niemand von uns ahnte das Entsetzliche, schon in wenigen Monaten wird die Bombe auf Hiroshima fallen; wird Workuta in aller Munde sein;...«.⁷

Brandt kehrte nach Berlin zurück, meldete sich erneut bei der KPD, die nun geführt von Kadern aus den sowjetischen Exil in der sowjetischen Besatzungszone begann, ihr neues »demokratisches Deutschland« aufzubauen.

Siggi Neumann kämpfte für die spanische Republik

Erst 1946 sollten sich Neumann und Brandt in Berlin wiedersehen. Neumann ging 1933, wie geplant, nach Frankreich und kämpfte ab 1937 für die Republik im spanischen Bürgerkrieg. Neumanns Schicksal in der Emigration erwies sich als ausschlaggebend für seine Entscheidung zugunsten der SPD im Westen nach 1945. Neumann kämpfte im spanischen Bürgerkrieg »in der trotzkistisch beeinflussten »Partido Obrero de Unificación Marxista« (POUM) für die Republik, er fiel den Stalinisten in die Hände«, die ihn einsperrten, erst »in letzter Minute« wurde er von Freunden aus dem Kerker befreit.

Es gelang ihm, auch den Häschern Francos und Stalins zu entkommen und sich nach Frankreich zu retten. Hier entzog er sich rechtzeitig dem

Zugriff der Nazis, er floh nach Schweden.⁸ Nach Kriegsende kehrte Neumann in die britische Besatzungszone zurück und arbeitete im Sekretariat von Kurt Schumacher für den Neuaufbau der SPD, die nur in den westlichen Besatzungszonen zugelassen wurde. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden die Sozialdemokraten zur Fusion mit der KPD zur SED genötigt. 1947 leitete Neumann das Ostbüro beim Parteivorstand der SPD.

1946 besuchte Neumann seinen Freund in Berlin. Er forderte ihn erneut auf, ihm nach Hannover zu folgen und nicht in der Sowjetischen Besatzungszone zu bleiben, um für die SED zu arbeiten; schließlich sei er ja kein Stalinist. Erneut folgte Brandt Neumanns Rat nicht, er blieb in Berlin und in der SED, wo sein Aufstieg als Funktionär in der Landesleitung der SED begann. Beide Freunde versprachen einander aber, in Verbindung zu bleiben.

Brandt besuchte die Parteihochschule der SED und übernahm im November 1950 die Funktion als Sekretär der Landesleitung Berlin. Er wurde »zuständig für Propaganda, also für die Schulung der Partei sowie für die Abteilungskultur und Erziehung, den Kulturbund und die Funktionszeitung »Neuer Weg.«⁹

1949 entstanden zwei Staaten im von den Alliierten besetzten Deutschland, die DDR war fest verbunden mit der Sowjetunion und verkündete nun, dass auf ihrem Territorium eine sozialistische Gesellschaft entstehen sollte. Erst der Tod Stalins 1953, die Volkserhebung in der DDR am 17. Juni 1953, die Absetzung als Sekretär in der Bezirksleitung Berlin, der XX. Parteitag der sowjetischen Kommunisten 1956 und die gewaltsame Niederschlagung der ungarischen Revolution im gleichen Jahr, sollten bei Brandt zum Bruch mit den Stalinisten führen, deren Kopf Walter Ulbricht auch nach Stalins Tod weiterhin die SED führte.

Stalins Tod – Hoffnung auf eine Änderung

Eine Zäsur in der Geschichte des sowjetischen Imperiums war der Tod Stalins am 5. März 1953; eine eiserne Klammer um den sowjetischen Block zerbrach für immer. Die neue kollektive Führung in Moskau versprach einen »Neuen Kurs«. Innenminister und Geheimdienstchef Lawrentij Beria setzte für die Reform ein demonstratives Zeichen.

»Knapp einen Monat nach Stalins Tod, am 4. April 1953 stand auf der zweiten Seite der *Prawda* ein wahrhaft welterschütterndes, aber auch heute fast vergessenes Dokument, ein Kommuniqué des Ministeriums des Inneren (Berija). Es gab die Freilassung aller noch überlebenden Ärzte bekannt, die

in Stalins Januar-Aktion verhaftet worden waren. Sie wurden für unschuldig erklärt, ihre Geständnisse als falsch, durch Folter erzwungen beschrieben.«¹⁰ Mit diesem Kommuniqué des sowjetischen Innenministeriums waren die unglaublichen Geständnisse der Angeklagten in den stalinistischen Schauprozessen erklärt, sie beruhten auf der Folter der Angeklagten.

Die Ergebnisse dieser ersten Reformen der Entstalinisierung waren für das Leben der Menschen in der Sowjetunion eine bedeutsame Verbesserung, vor allem »die Befreiung der Millionenarmee von Gulag-Sklaven«¹¹ hob der Auschwitz-Häftling immer wieder hervor. Für Brandt blieb Chruschtschow einer der größten Sklavenbefreier des 20. Jahrhunderts. In der Sowjetunion wurde nun mit Blick auf die Vergangenheit von verletzter »sozialistischer Gesetzlichkeit« gesprochen, und viele Verurteilte wurden rehabilitiert und freigelassen. Der »Neue Kurs« hatte auch eine ökonomische Seite. Im Juli 1953 hieß es anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung der bolschewistischen Partei: »Die Partei ist für die maximale Befriedigung der ständig wachsenden Ansprüche des Sowjetvolkes verantwortlich.«¹² Kunst und Literatur erlebten ein »Tauwetter«.

Die Neuorientierung der sowjetischen Politik hatte auch Auswirkungen auf die Staaten im sowjetisch geprägten Imperium. Am 2. Juni 1953 trafen sich in Moskau die Führungen von SED und KPdSU. Thema war die äußerst kritische und unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage in der DDR. Gesellschaftspolitische Problemfelder wie Massenflucht nach West-Deutschland, eine mangelnde Versorgung der Bevölkerung, die Politik der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, eine einseitige Bevorzugung der Schwerindustrie sowie die Beeinträchtigung der Privatwirtschaft. Zudem wurde eine falsche Vorgehensweise gegenüber den Kirchen kritisiert.

Die Konstatierung der beiderseitigen Fehler endete mit der nüchternen Feststellung: Das alles schaffe eine Art Gefahr für die politische Beständigkeit der Deutschen Demokratischen Republik. Zur Verbesserung der politischen Situation und zur Stabilisierung der Lage sei ein »Neuer Kurs« einzuschlagen.

Das zentrale Stichwort fiel in Moskau, personalpolitische Konsequenzen wurden nicht gezogen, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl behielten ihre Funktionen, und sie sollten die Kurskorrektur der SED auch ausführen. Bei Brandt und anderen Funktionären der SED keimte die Hoffnung auf, Veränderungen durch den auch für die DDR verkündeten »Neuen Kurs« erwarten zu dürfen.¹³

Dazu sollte es nicht kommen, denn wenige Tage später kam es in Berlin und anderen Städten der DDR am 16./17. Juni 1953 zu Streiks und Demonstrationen. Moskau entschied, die Grenzen des Imperiums auch in Deutschland zu verteidigen.

Zeuge des 17. Juni 1953

Aber die Konsequenzen aus dieser Anweisung mussten in Berlin gezogen werden. Immerhin gab es keine angeordneten Personalentscheidungen in Moskau, im Unterschied zu dem Gespräch mit der ungarischen Führung, die vor diesem Treffen mit der SED stattfand.¹⁴

Die SED musste öffentlich Selbstkritik üben für einige politische »Fehler« gegenüber den Kirchen und Bauern. Ausgenommen von Reformen blieb die angeblich herrschende Arbeiterklasse: Ihr verordnete die SED dagegen eine Lohnkürzung in Gestalt der Erhöhung der Arbeitsnormen. Brandt als Sekretär der Berliner Bezirksleitung der SED wurde Zeitzeuge, als die empörten Bauarbeiter von der »Stalinallee« am 16. Juni in das Zentrum Berlins zogen, um gegen die Normerhöhung zu protestieren. Ihr Marsch entfaltete eine mobilisierende Wirkung, nicht zuletzt dank der Berichterstattung des Rundfunks im amerikanischen Sektor (RIAS).

In vielen Großbetrieben der DDR streikten und demonstrierten am 17. Juni die Belegschaften. Zeitgleich zum Aufbegehren der Bauarbeiter tagte am 16. Juni routinemäßig das SED-Politbüro. Brandt überzeugte seine Kollegen im Berliner Bezirks-Sekretariat, dass die SED sofort reagieren müsse. Angesichts der Demonstration fasste das Sekretariat der Bezirksleitung einen Beschluss, mit dem sie das SED-Politbüro aufforderte, die Lohnkürzung (»Normerhöhung«) zurückzunehmen. Brandt wurde beauftragt, das Politbüro über die Demonstration der Berliner Bauarbeiter zu informieren, um die Rücknahme der Lohnkürzung zu erreichen – in Diskussionen mit Ulbricht erreichte er dieses Ziel.

Aber die Maßnahme kam zu spät, um die Streiks und Massenproteste am 17. Juni noch zu verhindern. Sie konnten nur unterdrückt werden; diese Aufgabe übernahmen sowjetische Truppen, die die Macht der SED vor »ihrer Arbeiterklasse« sicherten.¹⁵ Auf der Demonstration wurden auch Forderungen nach einer deutschen Wiedervereinigung erhoben. Vor aller Augen wurde sichtbar: Die sowjetischen Truppen sicherten die SED-Führung unter Walter Ulbricht, Stalins deutschem Gefolgsmann. Nun war es seine Aufgabe die Macht der SED wieder zu befestigen. Neben Gerichtsprozessen gegen Beteiligte an Streiks und Demonstrationen wurden die Abweichler im Parteiapparat abgestraft. Brandt gehörte dazu. Seine realpolitische Position vom 16. Juni galt nun in der Partei als »kapitulantes Zurückweichen vor dem Klassenfeind«.

Er verlor seine Funktion als Sekretär der Berliner Bezirksleitung der SED und damit im Apparat der Partei. »Im August 1953 wurde Brandt zusammen mit Jendretzky¹⁶ als Sekretär abgelöst. Seine Hoffnungen auf eine vom kommunistischen Machtzentrum ausgehende neue Politik zerstoben.«¹⁷

Enttäuschte Hoffnungen auf einen Neuen Kurs der SED

Für Brandt begann als Folge des 17. Juni und seines Ausschlusses aus dem Sekretariat der Berliner Bezirksleitung der SED »ein politischer Isolierungsprozess«. ¹⁸ Im August 1954 wurde er in »die Archivabteilung des Verlags *Die Wirtschaft* versetzt«. ¹⁹ Brandts Hoffnung auf Freiheit im Sozialismus verflieg endgültig im Herbst 1956, als sowjetische Panzer in Ungarn im November den Volksaufstand gegen die dortige Diktatur blutig beendeten. Bis 1958 blieb die Familie Brandt trotzdem in Ost-Berlin wohnen. Die Hoffnungen auf Liberalisierung in der DDR nach dem XX. Parteitag der sowjetischen Kommunisten 1956 hatten sich als Illusion erwiesen. Der Kreml betraute weiterhin Ulbricht mit der Aufgabe, in der DDR für »Ruhe und Ordnung« zu sorgen.

Mit der Rehabilitierung und Entlassung deutscher Emigranten aus sowjetischer Lagerhaft holten die dreißiger Jahre die SED ein. Zu den in der Sowjetunion freigelassenen Lagerhäftlingen gehörten auch KPD-Mitglieder, die in der sowjetischen Emigration Schutz vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten gesucht oder im Apparat der Kommunistischen Internationalen gearbeitet hatten. Ihre Ausreise in die DDR konnte nun beginnen; für manche von ihnen zog sie sich noch Jahre hin. Das Thema selbst blieb in der DDR tabu, die SED versorgte die Rückkehrer mit Arbeit und Wohnungen, rehabilitierte sie, verhängte aber gleichzeitig ein Redeverbot über ihre Erlebnisse in Stalins Sowjetunion wie über die Rehabilitierung. ²⁰

Karl Schirdewan ²¹ war zu dieser Zeit der Kaderchef der SED. Bei ihm lagen die »Kaderakten« der in der Sowjetunion repressierten deutschen Altkommunisten. Aus ihren Erlebnisberichten ging klar hervor, dass Ulbricht – übrigens gemeinsam mit Herbert Wehner – ein williger Helfer bei der Selektion der deutschen Emigration in Moskau durch Stalins Geheimpolizei gewesen war. »Schirdewan vertrat die Ansicht, Walter Ulbricht sei es nur darum gegangen, Parteiführer zu bleiben.« ²²

Ulbricht vermied dieses Thema, dafür rechnete er im Rechenschaftsbericht auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 mit Schirdewan und seinem Mitstreiter Ernst Wollweber ²³ in der SED-Führung ab. Er warf ihnen vor, sie »wollte[n] der Generallinie der Partei eine opportunistische Linie entgegensetzen«. ²⁴

Chruschtschow wählte Berlin als Ort, um seine Berlin-Offensive gegenüber den Westmächten zu eröffnen. Für sie brauchte er eine geschlossene Führung der SED, und die garantierte ihm Ulbricht. Ein Wechsel an der Spitze der SED, auf den Brandt wohl bis zuletzt gehofft hatte, fand nicht statt. Der Ausschluss der Ulbricht-Gegner aus der Führung der SED

erfolgte vor dem V. Parteitag der SED, auf dem Chruschtschow die unge löste Westberlin-Frage aufwarf und damit die zweite Berlin-Krise auslöste, die mit dem Bau der Mauer 1961 ihren Abschluss fand.

Diese politischen Ereignisse, die unterbliebene Entstalinisierung in der DDR, das Festhalten an Ulbricht durch Moskau, beförderten bei Brandt den Entschluss, mit seiner Familie in Berlin die Stadtteile zu wechseln. Noch waren die westlichen Sektoren vom sowjetischen in der Stadt nicht durch eine Mauer getrennt. Erneut bewährte sich eine Freundschaft: Neumann vermittelte den Kontakt zum Ost-Büro der SPD, im Gegen zug informierte Brandt über Interna der SED. Er verstand dies nach seinen Erfahrungen nicht als Spionage für den Westen, sondern als sozialistischen und gesamtdeutschen Widerstand gegen die Diktatur der von dem Moskau Kader Ulbricht geführten SED.

Chruschtschows Rede auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 war tatsächlich der Auftakt für die zweite Berlin-Krise. Er forderte einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Lösung des »Westberlinproblems«. Ulbricht verdeutlichte den Kern dieser Lösung im Interesse des SED-Regimes: »Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist Berlin. Ein Teil der Hauptstadt, Westberlin, wird gegenwärtig noch als Stützpunkt des kalten Krieges, der Spionage und Sabotage gegen die DDR und die anderen Länder des sozialistischen Lagers missbraucht. Die Aufgabe ist, diesen unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern, die Verhältnisse in Berlin zu normalisieren und die ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen.«²⁵

Ulbrichts Entwurf der Zukunft von West-Berlin beschwor einen internationalen Konflikt herauf, der gegen die Präsenz der Westmächte in der Stadt gerichtet war. Berlin war seit 1945 von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges kontrolliert worden, die die Stadt in vier Sektoren gegliedert hatten; im Ostteil der Stadt hatte die Sowjetunion Oberhoheit, und die drei Westmächte übten sie in West-Berlin bis 1989 aus. Hinter den wohltonenden Worten Ulbrichts verbarg sich das Ziel, den Abzug der Westmächte aus Berlin durchzusetzen.

Exkurs: Widerstand gegen zwei Diktaturen

Es sind zwei Diktaturen, denen sich Brandt widersetzte. Seine Feindschaft zu den Nationalsozialisten hatte schon vor ihrer »Machtergreifung« begonnen. Die Frage des Sturzes der »Hitler-Diktatur« lösten nach dem Scheitern des Attentats vom 20. Juli 1944 die alliierten Armeen. Sie besetzten Deutschland

als »besiegten Feindstaat«, teilten sein verbliebenes Territorium in vier Besatzungszonen und übernahmen die oberste Regierungsgewalt. Brandt erlebte das Kriegsende im KZ Buchenwald als Befreiung.

Er blieb in der KPD, es befremdete ihn zwar, dass er in Berlin im Büro der KPD gefragt wurde, mit welchen »Parteifeinden« er in der Haft zusammengearbeitet habe. Aber er war willens, aktiv am Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik mitzuwirken, die die KPD programmatisch als Etappenziel auf dem Weg zum Sozialismus propagierte.

Brandts Biografie in der nationalsozialistischen Diktatur ist schon durch seine langen Haftjahre als politischer Gefangener des NS-Regimes zweifelsfrei als Widerstand gekennzeichnet. Diese eindeutige Klarheit verliert sich zunächst in der SBZ/DDR. Brandt wird nicht nur Mitglied, sondern höherer Funktionär der SED, der diktatorischen Staatspartei dieses deutschen Teilstaates. Zentral ist für die Verknüpfung und Bewertung seines Widerstandes in beiden Diktaturen der Begriff des Widerstandes selbst.

In ihrer Biografie über den Großvater Claus v. Stauffenberg verwendet Sophie von Bechtholzheim einen plausiblen Begriff, der auch für Brandt galt: »Maßgeblich sei das konkrete Handeln der Menschen trotz aller existenziellen Bedrohung, die Absicht, Alternativen zu entwickeln, Änderungen herbeizuführen und angesichts des immensen Übels das Bessere anzustreben. Darunter sei der Wille zu verstehen, mit den eigenen Möglichkeiten menschliche Würde, Mitmenschlichkeit bis zu einem funktionierenden Rechtsstaat zu erwirken. Das Notwendige tun, um Unrecht zu überwinden, um Menschen zu ihrem Recht und zu ihrer Freiheit zu führen, sei die wahre Legitimation für Widerstand.«²⁶

Der Versuch, die nationalsozialistische Diktatur durch illegale Organisationen zu unterlaufen, scheiterte und hatte für den Kommunisten Brandt die Haft im Konzentrationslager einschließlich Auschwitz zur Folge. Durch Flugblätter war Hitler nicht zu besiegen. Genau darin liegt die historische Bedeutung und Tragik der Tat des 20. Juli 1944, als Stauffenberg die Bombe zündete.

Für seinen Neuanfang in der SBZ/DDR nach der Befreiung Deutschlands vom Nazi-Regime gilt es, von Brandts damaligem Selbstverständnis auszugehen: Er wollte als Kommunist einen sozialistischen Staat und eine entsprechende Gesellschaftsordnung. Der Wunsch nach der ideologischen Gewissheit über den Gang der Geschichte, wurde aber immer wieder konfrontiert mit einer Realität, die neue Ungleichheiten und Unterdrückung für die Menschen hervorbrachte. Die politische und soziale Realität der kommunistischen Diktatur stellten ihn erneut vor die Frage des Verhältnisses der Mittel zum Erreichen des humanen, sozialistischen Ziels.

Der Funktionär der SED geriet in inneren Widerspruch zur Praxis der von Stalinisten geführten Partei, über deren Politik letztlich in Moskau entschieden wurde. Die Realität der Diktatur ließ ihn in der DDR zum »Reformkommunisten« werden, diese versuchten, die Diktatur von innen zu modifizieren. Die zentralistische Struktur kommunistischer Parteiherrschaft ließ im Prinzip eine reformistische Politik außerhalb ihrer Reihen nicht zu, dies widersprach dem totalitären Machtanspruch der kommunistischen Partei. Trotzdem kam es in der Geschichte des Kommunismus immer wieder zu Veränderungen, die durch Reformkommunisten bewirkt worden waren.²⁷

Kehren wir zurück zur Lebensgeschichte von Brandt, als diese Ereignisse noch im Dunkel der zukünftigen Entwicklung lagen.

Entführung aus West-Berlin durch die Staatssicherheit der DDR

Der SED-Parteiapparat vergaß den »Abweichler« Brandt nicht. Die »Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus«²⁸, die im Sommer 1958 an Widerstandskämpfer in der DDR verliehen wurde, sollte der Auschwitz-Überlebende nicht bekommen. Es war ein Signal, das Brandt ernst nehmen musste. Seine Flucht im September 1958 nach West-Berlin war für ihn selbst kein politischer Neuanfang, aber in sozialer Hinsicht, vor allem auch für die Familie, eine erhebliche Umstellung.

Nach einem Jahr ungesicherter Verhältnisse in West-Berlin, fand er durch die Unterstützung von Neumann eine Arbeit als Redakteur der Mitgliederzeitung *metall* in der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt/M. Die Mainmetropole wurde zum neuen Lebensmittelpunkt der Familie. Doch nach Brandts Übersiedlung in die Bundesrepublik begannen im DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) die Planungen für seine Entführung, er sollte in der DDR für seinen »Verrat« vor Gericht gestellt werden.²⁹

Am 16. Juni 1961 schlug die Stasi zu und entführte Brandt aus West-Berlin, wo er als Redakteur von *metall* an dem Kongress der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen teilnahm. Der Einladung einer Dame aus Steglitz zu einem Drink konnte er nicht widerstehen, zumal deren Wohnung auf dem Weg zu Prof. Ossip Flechtheim lag, bei dem er übernachten wollte. Der Drink der MfS-Agentin betäubte ihn und er kam erst wieder zu sich im Untersuchungsgefängnis des MfS in Berlin-Hohenschönhausen.

Das Datum der Entführung hatte sowohl für Brandt als auch für Ulbricht symbolische Bedeutung: Am 16. Juni 1953 war es Brandt, der die SED-Führung zu einer Kurskorrektur veranlasste, die durch den sowje-

tischen Truppeneinsatz am 17. Juni im Nachhinein als Rückzug vor dem Volk erschien.³⁰ Die Vorbereitungen für den Mauerbau am 13. August 1961 in Berlin seitens der SED hatten bereits begonnen.

Solidarität mit dem Entführungsofper

Dieser »Menschenraub« eines Überlebenden von Auschwitz aus West-Berlin löste, für die SED überraschend, sogar internationale Proteste aus. Amnesty international war in London 1961 gerade gegründet worden und nominierte Brandt umgehend zum ersten politischen Gefangenen, für dessen Freilassung sich die Organisation weltweit einsetzte. In der Bundesrepublik solidarisierte sich vor allem die unabhängige politische Linke für ihn, aber auch der DGB sammelte Unterschriften für die Freilassung des *metall*-Redakteurs.

Die Solidarität mit Brandt war unter den Funktionären der Gewerkschaften durchaus umstritten. So rieten kommunistische Gewerkschafter mir, dem jungen Kollegen, eindringlich von der Unterschrift ab; sie hielten sich an die offizielle Sprachregelung der SED, man habe Brandt als Agenten in der Nähe von Potsdam verhaftet. »Agenten verdienen keine Solidarität!« Es war eine Propaganda-Lüge. In Wahrheit hatte das MfS diese Aktion in Steglitz im amerikanischen Sektor von Berlin durchgeführt.

Mit meiner Unterschrift unter die Petition des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) trat Brandt auch in mein Leben, aber erst nach seiner Entlassung aus der Haft 1964 lernte ich ihn 1965/66 persönlich kennen. Wir trafen uns in seinem Büro in der Vorstandsverwaltung der IG-Metall in Frankfurt/M, er trug ein kurzärmliges Hemd, und auf dem linken Unterarm sah ich erstmals die SS-Sklavennummer aus Auschwitz: 69 912.³¹

Ich erstarrte innerlich und war gleichzeitig zornig. Solche Kennzeichnungen kannte ich als Fleischersohn vom Schlachthof in Kassel, Schlachtvieh wurde auch markiert. Diese Begegnung zeigte mir anschaulich, dass Menschen imstande sind, ein solches Verfahren auch auf Menschen anzuwenden.

Die historischen Erfahrungen, die wir in Deutschland gemacht und die Deutsche der Menschheit verschafft haben, führten dazu, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik mit dem Schutz der Menschenwürde in Artikel 1 beginnt: sie »ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«

Der IG-Metall-Vorstand beauftragte die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Gustav Heinemann/Dr. Diether Posser aus Essen mit der Wahrnehmung der Ver-

tretung Heinz Brandts. Die Kanzlei konnte nicht selbst in der DDR tätig werden, da westdeutsche Rechtsanwälte dort vor Gericht nicht zugelassen waren. Deshalb beauftragten die Rechtsanwälte Heinemann/Posser in Ost-Berlin Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolf mit der Vertretung Brandts.

Prozess vor dem Obersten Gericht der DDR

Bevor der Prozess vor dem Obersten Gericht der DDR stattfand, entschied das SED-Politbüro, wer angeklagt wird und über das Strafmaß für die Angeklagten in diesem politischen Prozess. Schon im November 1961 legte Erich Mielke als Minister für Staatssicherheit, das in diesem Fall als Untersuchungsorgan fungierte, dem SED-Zentralkomitee einen Bericht über den Stand der Ermittlungen und die Zielsetzung des Prozesses vor. Mielke: »Aber ich frage Euch, Genossen, wie kann man kämpfen, wenn solche Leute wie Schirdewan und Wollweber, Raddatz und Brandt, die auf hohen und wichtigen Funktionen saßen, von allen Maßnahmen, die wir zur Festigung unserer Republik ergriffen, den Feind informierten, die Verteidigungskraft zersetzten und sich hinterhältig verhielten.«³²

Der Ansatz des Ministers für Staatssicherheit lief auf einen Schauprozess gegen die innerparteilichen Gegner an der Spitze der SED hinaus, Schirdewan und Wollweber hatten bereits ihre Positionen verloren. Dieser Ansatz wurde vom SED-Politbüro verworfen. Mielke wurde beauftragt, die Anklage auf Brandt, Raddatz vom Ausschuss für deutsche Einheit³³ und Fickenscheer zu beschränken. »Raddatz und Brandt waren politisch am bedeutsamsten, Fickenscheer war durch die tatsächliche Verbindung zum Bundesnachrichtendienst interessant.«³⁴ Den Angeklagten wurde schwere Spionage vorgeworfen. Brandt sollte zu 13 Jahren Zuchthaus, Fickenscheer zu zwölf Jahren und Raddatz zu sieben Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt werden.³⁵

Der Prozess gegen Brandt und seine Mitangeklagten fand vor dem Obersten Gericht der DDR am 10. Mai 1962 statt. Zuvor hatte die Führung der SED – von der auch die DDR-Justiz vollständig abhängig war – über Anklage und Strafmaß entschieden: Im März 1962 legte das Politbüro fest, »dass die Anklageschrift gegen Raddatz, Brandt und Fickenscheer nur auf die drei Angeklagten zu konzentrieren sei.«

Seine Haft verbüßte Brandt im Hochsicherheitsgefängnis Bautzen II. Die Zahl der Gefangenen dort schwankte zwischen 150–180. Wie Brandt waren viele der Gefangenen in Einzelhaft und hatten keinerlei Kontakt zueinander und so gut wie keinen nach draußen, außer zu ihren Bewachern.³⁶

Die Kraft der Solidarität oder der Beginn der Entspannungspolitik?

Knut Andresen fragt in seiner Biografie über Heinz Brandt, welche Faktoren seine Befreiung aus Bautzen II bewirkt haben: War es die Solidaritäts-Kampagne, die auf ihn konzentriert blieb, oder war es die nach dem Passierscheinabkommen in Berlin 1963 einsetzende innerdeutsche Entspannungspolitik? Sicher ist, dass beide Komponenten für die Entscheidung Ulbrichts eine Rolle gespielt haben dürften. Neben Brandt waren auch Raddatz und Fickenscheer inhaftiert, aber die Kampagne konzentrierte sich auf Brandt; seine Mithäftlinge kamen erst in der wissenschaftlichen Literatur zu diesem spektakulären Fall in den Blick.

Nach seiner Entlassung 1964 kehrte Brandt an seinen Arbeitsplatz in der Redaktion von *metall* in der IG-Metall-Hauptverwaltung zurück. Er blieb seiner Linie treu und als »Atom pazifist« aktiv in den außerparlamentarischen Bewegungen gegen Atomwaffen und Kernkraftwerke. Solidarität bekundete er für die Reformkommunisten 1968 in der Tschechoslowakei, den Aktivisten der polnischen Solidarnosc und der Opposition in der DDR. Solidarität blieb für ihn eine Verpflichtung. Als die SED-Führung 1976 einen Hausarrest über seinen Freund Robert Havemann in der DDR verhängte, beteiligte er sich an einer Solidaritäts-Aktion für Havemann, sie verdient es im Gedächtnis zu bleiben. Der Aufruf ehemaliger Brandenburger Häftlinge aus der Nazi-Diktatur richtete sich an »die Antifaschisten in Ost und West«. In diesem Zuchthaus war auch Erich Honecker eingesperrt. Die Unterzeichner, zu denen auch Heinz Brandt gehörte, obwohl er nicht in Brandenburg inhaftiert war forderten: »Wir, seine ehemalige Mithäftlinge im Zuchthaus Brandenburg, erinnern daran, dass Robert Havemann seinerzeit aus der Todeszelle heraus durch die illegale Zuchthaus-Zeitung *Der Draht* sowie mithilfe eines von ihm gebastelten illegalen Kurzwellen-Empfängers den Widerstand der Häftlinge maßgeblich unterstützte. Diese Aktion hat entscheidend dazu beigetragen, das Überleben zahlreicher, politischer Häftlinge zu ermöglichen: Zu ihnen gehörte auch der derzeitige SED-Chef Honecker.«³⁷

Am 8. Januar 1986 verstarb Heinz Brandt in Frankfurt am Main. Über 33 Jahre dauerte es, bis er posthum in Berlin geehrt wurde, als Streiter für einen »humanen Sozialismus«, wie es auf jener zu Beginn dieses Textes erwähnten Gedenktafel an seinem alten Wohnhaus in Pankow heißt. Dass ehemalige DDR-Bürgerrechtler diese überfällige Würdigung angestoßen haben, ehrt ihn besonders.

Erschienen auf DA Online am 1.11.2019.

Anmerkungen

- 1 Die Universität Osnabrück verlieh Heinz Brandt am 12. Dezember 1984 die Ehrendoktorwürde auf Antrag des Fachbereiches Sprache, Literatur und Medien; treibende Kraft für diese Ehrenpromotion war Professor Dr. Heinrich Mohr, er würdigte in seiner Laudatio besonders Brandts Autobiografie: »Ein Traum der nicht entführbar ist«. Das Buch zeige einen Menschen »der deutsche Geschichte auf ganz untypische Weise mitgestaltet und erlitten hat«, Universität Osnabrück Fachbereich Sprache und Literatur (Hg.) Verleihung der Ehrendoktorwürde an Heinz Brandt, Osnabrück 1985, S. 12.
- 2 Karl Wilhelm Fricke, *Opposition und Widerstand*, Köln 1984, S. 220.
- 3 Rede des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello am 16. August 2019 in der Neumannstraße 50, Berlin-Pankow.
- 4 Siegmund (Siggi) Neumann (1907–1960): 1933 Emigration nach Paris, 1934 als »Bucharinist« aus der KPD ausgeschlossen, 1945 Rückkehr nach Deutschland, in *Hannover Mitarbeiter im Sekretariat des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher*, siehe Hermann Weber/Andreas Herbst, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918–1945*, Berlin 2004, S. 636 f.
- 5 Siehe Heinz Brandt, *Ein Traum, der nicht entführbar ist*, Frankfurt/M 1985, S. 172.
- 6 Ebd., S. 167.
- 7 Ebd., S. 166.
- 8 Vgl. Heinz Brandt, *Ein Traum* (Anm. 5), S. 173.
- 9 Siehe Knud Andresen, *Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986)*, Bonn 2007, S. 160.
- 10 Heinz Brandt, *Die soziale Revolution des Nikita Sergjewitsch Chruschtschow*, in: Reinhard Crusius/Manfred Wilke (Hg.), *Entstalinisierung*, Frankfurt/M. 1977, S. 298.
- 11 Ebd., S. 301.
- 12 Zitiert nach: Wolfgang Leonhard, *Kreml ohne Stalin*, Köln 1959, S. 122.
- 13 So wurde der administrative Kampf gegen die Kirchen eingestellt, eine neue Beziehung zur SPD gefordert, um den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zu verhindern.
- 14 Vgl. János M. Rainer, *Ungarn 1953–1956, Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung*, in: András B. Hegedüs/Manfred Wilke (Hg.), *Satelliten nach Stalins Tod. Der »Neue Kurs«. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956*, Berlin 2000, S. 142 ff.
- 15 Die sowjetische Reaktion auf die Massendemonstration und Streiks hat der damalige Hohe Kommissar der Sowjetunion in der DDR Wladimir S. Semjonow in seinen Erinnerungen beschrieben: Wladimir S. Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939–1991*, Berlin 1995, S. 294 ff.
- 16 Hans Jendretzky (1897–1992): bereits vor 1933 Funktionär der KPD, Haft wegen illegaler Arbeit gegen das NS-Regime, sein Name wird unter den Aufruf der KPD vom Juli 1945 gesetzt und in das ZK der KPD kooptiert, von 1948 bis 1953 Vorsitzender der SED-Landesorganisation-Berlin. *Deutsche Kommunisten* (Anm. 10), S. 416.
- 17 Andresen, *Widerspruch* (Anm. 11), S. 193.
- 18 Vgl. ebd.
- 19 Siehe ebd., S. 198.
- 20 Vgl. Wilhelm Mensing, *Remigration deutscher Politemigranten aus der Sowjetunion in die sowjetische Besatzungszone/Deutsche Demokratische Republik 1945–1962*, in: *ZdF* Nr. 38/2015, S. 88–124.
- 21 Karl Schirdewan (1907–1998): 1953–1958 Mitglied des Politbüros der SED, 1958 verlor er seine Position im Parteiapparat der SED.
- 22 Heinz Brandt, *Ein Traum* (Anm. 5), S. 327.
- 23 Ernst Wollweber (1898–1967): Teilnehmer am Matrosenaufstand 1918 in Kiel, Kursant der

- Militärschule in Moskau, baute in Kopenhagen eine Sabotage-Truppe auf, die Anschläge auf deutsche Schiffe durchführte. 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1953–1957 leitete er die Staatssicherheit der DDR, sein Nachfolger als Minister für Staatssicherheit wurde Erich Mielke, in: Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten (Anm. 4), S. 1046f.
- 24 Zitiert nach Fricke, Opposition und Widerstand (Anm. 2), S. 113.
- 25 Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED, zitiert nach: Manfred Wilke, Der Weg zur Mauer, Berlin 2011, S. 202.
- 26 Sophie von Bechtolsheim, Stauffenberg, Freiburg 2019, S. 104.
- 27 Zdenek Hejzlar, Chef des Prager Rundfunks während des Prager Frühlings, als es in seinem Heimatland um den Sozialismus mit menschlichem Antlitz ging, hat am Beispiel der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eine Studie über den Reformkommunismus vorgelegt, als das sowjetische Imperium noch existierte: Zdenek Hejzlar, Reformkommunismus, Köln 1976.
- 28 Vgl. Andresen, Widerspruch als Lebensprinzip (Anm. 9), S. 221 ff.
- 29 Zur Bedeutung der Entführungen von Flüchtlingen und Regimegegnern vgl. Susanne Muhle, Auftrag Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2015.
- 30 Der Zeitzeuge Brandt hat ausführlich über die internen Konflikte an der SED-Spitze im Westen berichtet; er erwies sich auch im Nachhinein als ein glaubwürdiger Zeitzeuge.
- 31 »Damit wir die Leichen besser sortieren können, höhnte die SS.«, Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist (Anm. 5), S. 158.
- 32 Erich Mielke, zitiert nach Andresen, Widerspruch als Lebensprinzip (Anm. 9), S. 249.
- 33 Karl Raddatz (1904–1970): Schriftsetzer, wurde 1927 Mitglied der KPD, Häftling im KZ Sachsenhausen, ab 1945–1947 Generalsekretär der VVN für die SBZ, ab 1953 Leiter der Westarbeit im Ausschuss für deutsche Einheit, im Prozess gegen ihn und Brandt zu siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt; vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten (Anm. 4), S. 695.
- 34 Andresen, Widerspruch als Lebensprinzip (Anm. 9), S. 254.
- 35 Vgl. ebd., S. 255.
- 36 Ebd., S. 257.
- 37 Solidarität mit Robert Havemann, in: Robert Havemann. Ein deutscher Kommunist, Manfred Wilke (Hg.), Reinbek 1978, S. 153.

Autorinnen und Autoren

Keith R. Allen, Ph.D.; Historiker, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte am Forschungsprojekt »Geschichte der Treuhandanstalt« mit.

Maja Apelt, Prof. Dr.; ist Professorin für Organisations- und Verwaltungssoziologie an der Universität Potsdam. Sie lehrt und forscht u. a. zu Diversity in Organisationen und Organisationen der Gewalt- und Sicherheitsproduktion.

Cyril Buffet, Dr. habil.; Historiker mit dem Schwerpunkt der internationalen Beziehungen. Er ist der Autor von Büchern über Deutschland und das Kino im Kalten Krieg.

Bernd Greiner, Prof. Dr.; Historiker, Amerikanist und Politologe, Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg und dem Hamburger Institut für Sozialforschung, langjähriger Leiter des Berliner Kollegs Kalter Krieg.

Katrin Hammerstein, Dr.; Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Heidelberg und am Landesarchiv Baden-Württemberg, Abteilung Staatsarchiv Freiburg.

Arne Hoffrichter, Dr. phil.; Historiker und Jurist, wurde an der Universität Göttingen mit einer Studie über das Flüchtlingsdurchgangs- und Notaufnahmelager Uelzen-Bohldamm (1945–1963) promoviert.

Holger Lengfeld, Prof. Dr.; Professor für Soziologie an der Universität Leipzig. Zudem ist er Research Fellow am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) und am neugegründeten Institut für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (IfgZ) beteiligt.

Andrea Prause, Dr. phil.; studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr Buch »Catwalk wider den Sozialismus« erschien 2018.

Jörg Roesler, Prof. Dr.; Wirtschaftshistoriker, bis 1990 an der Akademie der Wissenschaften der DDR Berlin, bis 1994 am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, zuletzt 1995 an der Portland State University/USA beruflich tätig.

Raphael Rössel; ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geschichte des 19.–21. Jahrhunderts an der Universität Kiel. Sein Dissertationsprojekt untersucht den Alltag westdeutscher Familien mit behinderten Kindern zwischen 1945 und 1990.

Martin Sabrow, Prof. Dr.; der Historiker leitet das Leibniz-Zentrum für Zeit-historische Forschung in Potsdam und lehrt Neueste Geschichte und Zeit-geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Pia Schmäser; ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte des 19.–21. Jahrhunderts an der Universität Kiel. Ihr Dissertationsprojekt untersucht den Alltag ostdeutscher Familien mit behinderten Kindern zwischen 1945 und 1990.

Angela Siebold, Dr.; lehrt und forscht an der Goethe-Universität Frankfurt zur jüngsten Zeitgeschichte West- und Osteuropas, zur Migrationsgeschichte, zur Geschichte der Europäischen Integration und zur Public History.

Helmut Suter, ist Leiter des Schorfheidemuseums, lebt in Groß Schönebeck und ist Jagdhistoriker. Von ihm sind zahlreiche Bücher zur Jagd- und Landes-geschichte Brandenburgs erschienen.

Max Trecker, Dr. des.; seit 2017 Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin mit einem Projekt zur Genese des ostdeutschen Unter-nehmertums nach 1990.

Laura Wehr, Dr.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der LMU München; seit 2012 Leitung des DFG-Projekts »Geteiltes Land, geteilte Familien?«.

Manfred Wilke, Prof. Dr.; Soziologe, Zeithistoriker und Publizist, Projektlei-ter am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München, Berlin. 1992 war er Mit-begründer des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin, dessen Leiter er bis 2006 zusammen mit Klaus Schroeder war.

Irene Zierke, Dr.; arbeitete bis 2017 als Privatdozentin an der Universität Potsdam auf dem Gebiet der Sozialstruktur mit Schwerpunkten auf sozialer Ungleichheit, Milieuforschung, Transformation in Ostdeutschland.

Bildnachweis

- S. 11: picture-alliance/dpa
- S. 24: picture-alliance/dpa-Zentralbild, Volkmar Heinz
- S. 35: picture-alliance/dpa, AFP
- S. 45: picture-alliance/dpa, Klaus Rose
- S. 56: picture-alliance/dpa, Consolidated National Archives
- S. 69: picture-alliance/AKG
- S. 72: picture-alliance/dpa
- S. 80: picture-alliance/ZB, Jens Büttner
- S. 91: picture-alliance/dpa, Matthias Hiekel
- S.101: picture-alliance/dpa, Stefan Sauer
- S.111: picture-alliance/ZB, Bernd Wüstneck
- S.121: Bundesarchiv, Bild 183-W0117-0015, Katja Rehfeld
- S.130: Zeitort, Jürgen Hohmuth
- S.139: picture-alliance/dpa-Zentralbild, Paul Glaser
- S.151: BStU, MfS, HA, PS, Fo/0025 Bild 005
- S.161: picture-alliance/dpa
- S.171: bpb/Holger Kulick



Deutschland Archiv 2019

Das Online-Portal „Deutschland Archiv“, hervorgegangen aus der gleichnamigen Zeitschrift, ist ein publizistisches Forum zur deutsch-deutschen und gesamtdeutschen Geschichte. Dieser Band enthält eine Auswahl wichtiger Artikel, die im Jahr 2019 erschienen sind. Dazu gehören Beiträge aus den thematischen Schwerpunkten „Erinnern, Gedenken, Aufarbeiten“, „Transformationsprozesse und Deutsche Einheit“, „Alltag und Gesellschaft“, „Machträume in der DDR“, „Kultur und Medien“ sowie „Un-Rechts-Staat DDR“.